Alfred Hettner

Der Friede und die deutsche Zukunft



Der Friede und die deutsche Zukunft

Der Friede
und die deutsche Zukunft

Von

Alfred Hettner
o. Prof. der Geographie an der Universität Heidelberg



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin 1917

Druck der
Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
Einleitung		7
I. Die Ursache des Krieges		11
II. Der Sinn des Friedens		26
III. Deutschlands Lebensinteressen		40
	1. Das deutsche Volksgebiet	41
	2. Die Sicherheit des Reichsgebietes	43
	3. Der heimische Lebensraum	48
	4. Selbstgenügsamkeit oder Weltbetätigung?	52
	5. Unser Interesse am Orient	59
	6. Kolonialbesitz	63
	7. Weltwirtschaft	76
	8. Verbindung mit der Außenwelt; Freiheit der Meere	83
	9. Politische Macht	93
	10. Zusammenfassung	96
IV. Die Lebensinteressen unserer Verbündeten		99
	1. Die Lebensinteressen Österreich-Ungarns	101
	2. Die Lebensinteressen Bulgariens	105
	3. Die Lebensinteressen der Türkei	106
V. Die Politik des Friedensschlusses		111
VI. Der Friede mit Rußland		119
	1. Die Lage	119
	2. Die Richtlinien unserer Friedenspolitik	127
	3. Polen	133
	4. Baltenland und Litauen	140
	5. Finnland, die Ostsee und Skandinavien	144
	6. Die Ukraine	145
	7. Der Balkan	147
	8. Konstantinopel und die Meerengen	148
	9. Armenien und Persien	151
	10. Wirtschaftspolitische Abmachungen	153
	11. Zusammenfassung	154

Seite

VII. Der Friede mit den Balkanstaaten 156
1. Der Friede mit Rumänien 156
2. Der Friede mit Serbien und Montenegro 160
3. Der Friede mit Griechenland 161

VIII. Der Friede mit Italien 165

IX. Der Friede mit Frankreich 173

X. Der Friede mit Belgien 182

XI. Der Friede mit England und Portugal 194
1. Der Grund der Feindschaft und die Kriegsziele . . 195
2. Der Stand und die Aussichten des Krieges 201
3. Das belgische Problem 203
4. Die orientalische Frage 205
5. Die Rückgabe unserer Kolonien 208
6. Die Freiheit der Meere 209
7. Der Wirtschaftsfriede 212
8. Englische Weltherrschaft und deutsche Weltgeltung . 215
9. Der Friede mit Portugal 221

XII. Der Friede mit den amerikanischen Staaten . 222

XIII. Der Friede mit Japan und China 227

XIV. Die deutsche Zukunft 230

Einleitung.

Die Erörterungen über die Gestaltung des Friedens, der diesen ungeheueren unseligen Weltkrieg zum Abschlusse bringen soll, sind zu einer gewaltigen Masse angeschwollen, die sich, anfangs in der Form geheimer Denkschriften, seit der Milderung der Zensur in Artikeln der Zeitungen und Zeitschriften und zahllosen Broschüren, wie eine Sturmflut über unser Volk ergießt. Wer sich an diesen Erörterungen beteiligen, einen neuen Beitrag zu dieser Friedensliteratur liefern will, muß daher sich und der Öffentlichkeit genau Rechenschaft darüber geben, in welcher Weise er das tun will, inwiefern er glaubt, damit Nutzen zu stiften.

Der Friedensschluß ist eine politische Handlung. Daher gilt von ihm, und zwar im höchsten Maße, was von allen politischen Handlungen gilt, daß er aus dem Entschlusse eines einzelnen oder doch nur einer kleinen Zahl der obersten Leiter unserer Politik und unseres Heeres hervorgehen und von deren Verantwortung getragen sein muß; denn nur bei ihnen findet sich die vollständige Kenntnis der Tatsachen, auf denen der Friede aufzubauen ist, namentlich die Kenntnis des militärischen und wirtschaftlichen Standes des Krieges und damit der Kraftverhältnisse der beiden Parteien, also die Kenntnis, ohne die alle Forderungen in der Luft schweben. Es ist verderblich, wenn die Parteien oder einzelne, die dieser vollen Kenntnis entbehren, sich trotzdem anmaßen, den verantwortlichen Staatsmännern ins Handwerk zu pfuschen, ihnen Anweisungen für ihre Entschlüsse zu geben oder auch nur jede politische Handlung mit lauter harter Kritik zu begleiten. Selbst wenn die Kritik berechtigt ist, kann sie leicht schädlich wirken, weil sie Uneinigkeit erzeugt und nach außen offenbar macht; vielfach aber ist die starke Kritik, die seit Monaten an der

Regierung geübt wird, ungerecht, weil sie von falscher Würdigung der Sachlage ausgeht, dem wirklichen Stande des Krieges zu wenig Rechnung trägt. Darum denke ich nicht daran, über die einzelnen Forderungen, die wir bei den Friedensverhandlungen zu stellen haben, oder andererseits die Zugeständnisse, die wir etwa den Feinden machen müssen, bestimmte Urteile abzugeben, deren Befolgung ich von unserer Staatsleitung verlangen, wegen deren Nichtbefolgung ich sie anklagen würde; solche Überhebung liegt mir fern. Dazu wäre es jetzt auch zu spät; denn allem Anscheine nach sind von unserer Reichsleitung im Einverständnis mit dem gemeinsamen Ausschusse des Bundesrates und des Reichstages die für unsere Friedensforderungen maßgebenden Entschlüsse in den letzten Wochen gefaßt worden.

Aber wenn der Friedensschluß selbst als eine politische Handlung Sache der Regierung sein muß, so muß doch diese Handlung, die auf Jahrzehnte, ja Jahrhunderte die Zukunft des deutschen Volkes bestimmen wird, sich auf die Zustimmung des Volkes stützen, von der öffentlichen Meinung getragen sein, wenn nicht ein furchtbarer Zwiespalt unser Volk zerreißen und auch nach einem noch so glücklichen Frieden unsere Zukunft gefährden soll. Diese Gefahr ist groß. Zwei Parteien stehen sich mit entgegengesetzten oder wenigstens sehr stark abweichenden Ansichten gegenüber und suchen mit lautem Geschrei ihre Ansichten dem Volke wie der Regierung aufzudrängen; gehen sie doch so weit, daß sie einander nicht nur mangelndes Verständnis, sondern bösen Willen, ja sogar Vaterlandsverrat vorwerfen! Die Gemäßigten, die tatsächlich wohl die große Mehrheit des deutschen Volkes ausmachen, kommen in der Presse und überhaupt in der Öffentlichkeit viel weniger zum Worte, und es besteht die Besorgnis, daß auch sie immer mehr in den Strudel hineingezogen und von der Leidenschaftlichkeit und Gehässigkeit des Kampfes der Meinungen angesteckt werden. Aus dem Kreise dieser Gemäßigten heraus möchte ich sprechen, an sie hauptsächlich mich wenden; denn die Hoffnung, die Extremen auf beiden Seiten zu überzeugen, ist gering. Ich will nicht mit lauter Stimme starke Worte sprechen, sondern den Weg

ruhiger Erörterung gehen, will nicht die Leidenschaften aufstacheln, sondern das Verständnis zu fördern und dadurch die Überzeugung zu bilden versuchen. Gewiß brauchen wir heute, wie immer, in unserer Politik einen starken Willen nicht nur der Regierung, sondern auch des deutschen Volkes; aber der starke Wille darf nicht von blinder Leidenschaft, sondern muß von verständiger Überlegung getragen sein. Das deutsche Volk muß die Probleme, um die es sich beim Friedensschlusse und in unserer äußeren Politik überhaupt handelt, sowie die Wege zu ihrer Lösung kennen; sonst kann es nicht den Anspruch erheben, ein politisch reifes Volk zu sein.

Der Standpunkt, von dem ich ausgehe und von dem aus ich hoffe, zur Klärung der öffentlichen Meinung beitragen zu können, ist der des Geographen. Nicht als ob ich meinte, daß die politischen Fragen unmittelbar geographische Probleme seien, wohl aber, daß sie in den geographischen Bedingungen ihre Grundlage haben. Weitaus die meisten Friedensbedingungen werden sich auf Änderungen in der politischen Karte oder in dem politischen, wirtschaftlichen, militärischen Aufbau der Staaten beziehen, der mit der ganzen geographischen Eigenart der Länder in engstem Zusammenhange steht; sie werden eine wahrscheinlich sehr große Änderung im politisch-geographischen Bilde der Erde bewirken. Wie es die Aufgabe der theoretischen oder genetischen Betrachtung der Geographie ist, das politisch-geographische Bild der Erde, so wie es heute ist, beschreibend aufzufassen und zu erklären, so ist es die Aufgabe der praktischen Betrachtung der Geographie, zu zeigen, wie es sein soll und muß, um unsere Wünsche und Forderungen an das Schicksal zu erfüllen. Vor dem inneren Auge des Geographen steht dann ein allerdings nicht rein objektives, sondern in seiner Nationalität und seiner Weltanschauung begründetes Idealbild, das er auf Grund seiner Kenntnisse und Vorstellungen über die Naturbedingungen und die Ursachen des Lebens der Staaten ausmalt. Er sieht auch im Geiste die Aufgabe der Überleitung von dem heutigen Bilde der Staaten zu diesem Idealbild. Insofern darf er hoffen, von dem Standpunkte seiner Wissenschaft aus zur Klärung der politischen Probleme bei-

tragen zu können. Ohne scharfe Grenze verläuft die Aufgabe der Wissenschaft in die der praktischen Politik, die die Mittel und Wege zur Verwirklichung des Ideals zu suchen hat und bestimmen muß, wie weit in der Richtung auf das Ideal wir im gegebenen Augenblicke gelangen können. Darum können die folgenden Betrachtungen, deren Zweck ja politisch ist, nicht immer ängstlich da Halt machen, wo die wissenschaftliche Zuständigkeit des Geographen aufhört, sondern müssen in die eigentlich politische Betrachtung übergehen. Ein von Jugend an reges Interesse für die großen Fragen der Politik und die auf vielen Reisen gewonnene persönliche Anschauung der meisten Länder Europas und mancher außereuropäischer Länder geben mir dazu vielleicht eine gewisse persönliche Berechtigung.

Niemand wird von sich sagen können, daß er alles Beachtenswerte gelesen habe, was früher und jetzt über diese Fragen geschrieben worden ist. Ich habe mir Mühe gegeben, wenigstens das wichtigste in mich aufzunehmen, um womöglich keine in Betracht kommende Frage ganz beiseite zu lassen und um auch alle Standpunkte zu verstehen. Diese Literatur anzuführen oder gar die einzelnen Gedanken auf ihre Urheber zurückzuführen, scheint mir unmöglich; die meisten Gedanken sind, fast möchte ich sagen, wie Volkslieder, so sehr Gemeingut geworden, sind auch so sehr nach und nach entstanden, daß man meist nicht mehr erkennen kann, von wem sie stammen oder wer dazu beigetragen hat. Es mag sein, daß in meinen Ausführungen kein einzelner Gedanke ganz neu ist; mein ist die straffe Zusammenfassung unter einheitlichem geographischem Gesichtspunkte. Dadurch hoffe ich zum Verständnis des furchtbaren Kampfes der Völker um die Erde beizutragen und dem Wohle des Vaterlandes zu dienen; denn das können wir uns ja nicht verhehlen: der kommende Friede wird eine der größten Entscheidungen im Kampfe um die Erde sein und namentlich die Entscheidung über die Zukunft unseres Vaterlandes bedeuten.

I.

Die Ursache des Krieges.

Wer ein Verständnis für den Frieden gewinnen will, nach dem wir uns sehnen, auf den alle unsere Gedanken und alle unsere Anstrengungen gerichtet sind, daß er ein guter Friede werde, muß vorerst den Krieg verstehen, muß genau wissen, worum er eigentlich geführt wird. Dabei wird er nicht an den Zufälligkeiten und den einzelnen willkürlichen Handlungen des Kriegsausbruches haften bleiben dürfen, sondern auf den Grund der Dinge gehen, nach den großen treibenden Kräften fragen müssen; denn nur ein Friede, der die wirklichen Ursachen des Krieges beseitigt, kann die Krankheit, unter der die Welt leidet, heilen und neue, gesündere Zustände schaffen.

Der Anlaß des Krieges ist die Bluttat von Serajevo, bei der bald die Mitwirkung serbischer Regierungsorgane nachgewiesen und die Mitwissenschaft des russischen Gesandten wahrscheinlich gemacht wurde. Das darauf von Österreich-Ungarn an Serbien gerichtete, allerdings sehr scharfe Ultimatum hat alle weitere Ereignisse zur Folge gehabt. Das ist der eine Grund, warum unsere Feinde der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem vermeintlich dahinter stehenden, treibenden und hetzenden Deutschen Reiche die Schuld am Ausbruche des Krieges in die Schuhe schieben und warum so viele Neutrale noch an unsere Schuld glauben. Als Rußland sich schützend vor Serbien stellte und seine ganze Armee mobilisierte, hat das Deutsche Reich Rußland und dessen Bundesgenossen Frankreich den Krieg erklärt. Das ist der zweite Grund, warum wir für die Schuldigen gelten.

Aber auch wenn man sich nur an diese äußeren Anlässe des Krieges hält, liegt die Schuld in Wahrheit auf der anderen Seite. Serbien hatte für sein scheußliches Verbrechen die Strafe verdient,

und Rußland hatte keine Verpflichtung, es zu schützen, sondern schützte es nur, weil es ein böses Gewissen hatte, und weil es sonst sein Ansehen auf der Balkanhalbinsel gefährdet sah. Frankreich sprang sofort bei, weil es den russischen Bundesgenossen zu verlieren fürchtete und den Krieg ja auch seit langem herbeisehnte. Und England, ohne das jene den Krieg kaum gewagt hätten, gab seine Bereitwilligkeit zu erkennen, weil es die Gelegenheit gekommen sah, ohne eigenes Risiko den unbequemen Rivalen niederzuschlagen. Wenn die drei Mächte den ernsten Willen gehabt hätten, den Krieg zu vermeiden, so hätten sie doch noch vor dem österreichischen Ultimatum Serbien zu einem Schritte der Sühne veranlassen können. Österreich-Ungarn mußte um seiner Ehre und seiner Sicherheit willen gegen ein widerspenstiges Serbien einschreiten. Unsere Kriegserklärung war nur ein Akt der Notwehr gegenüber der russischen Mobilmachung, die, wie sich jetzt in dem Prozesse gegen den damaligen Kriegsminister Suchomlinow gerichtskundig herausgestellt hat, trotz dessen ehrenwörtlicher Ableugnung angeordnet war; wenn wir abgewartet hätten, bis die russische Mobilmachung vollendet war und nun Rußland uns den Krieg erklärte, um gleichzeitig mit seiner ganzen Macht über uns herzufallen, so wäre es für uns unmöglich gewesen, uns zunächst mit voller Kraft gegen Frankreich zu wenden. Bittere Erfahrung hat ja gezeigt, daß es auch so schon fast zu spät dafür war, weil Rußland die Mobilmachung schon längst im geheimen vorbereitet hatte und darum viel schneller auf dem Kriegsschauplatze erscheinen konnte, als sonst möglich gewesen wäre. Österreich-Ungarn und wir haben uns im Verteidigungszustande befunden, der Krieg ist von Rußland und seinen ihm schnell beispringenden Bundesgenossen Frankreich und England verschuldet worden. Am Zarismus und seiner Bureaukratie hat sich nun bereits das Gottesurteil vollzogen.

Aber der Mord von Serajevo war, nach dem oft gebrauchten Bilde, nur der Funke, der ins Pulverfaß flog. So gewaltige Ereignisse wie dieser Krieg haben große unpersönliche Ursachen. Er hatte sich seit langem vorbereitet, er rückte immer näher, und die Frage war nur, wann und wie er zum Ausbruche kommen würde.

Unsere Feinde haben sich, jeder aus eigenen Gründen, seit 1904 und 1907 gegen uns zusammengefunden, um uns überall entgegenzutreten, uns zurückzudrängen und zu schwächen, uns, wie der üblich gewordene treffende Ausdruck lautet, politisch und dann auch militärisch einzukreisen. Man braucht ja nicht zu sagen, daß sie den Krieg als solchen wollten; wenn sie ihr Ziel unserer Schwächung und der Aufteilung der Welt unter sich ohne einen Krieg erreichen konnten, wäre es ihnen natürlich lieber gewesen; aber diese offensive Politik mußte einmal zum Kriege führen, wenn wir noch etwas Stolz und Lebenskraft im Leibe hatten. In den letzten zehn Jahren vor dem Kriege reihte sich ein feindlicher und unsere Lebensinteressen verletzender Schritt an den anderen, so daß wir immer wieder dicht am Kriege standen. 1904 teilten England und Frankreich unter Beteiligung Spaniens und Italiens, aber unter Ausschluß Deutschlands Nord-Afrika, 1907 England und Rußland das ganze bis dahin neutrale Asien von Persien bis über Tibet als Interessensphären zwischen sich auf, und in beiden Fällen wurden Deutschland nur widerstrebend einige kleine Zugeständnisse gemacht. Als Österreich-Ungarn 1908 unter dem Zwange der türkischen Revolution das bisherige Okkupationsgebiet Bosnien und Herzegowina formell einverleibte, widersprachen Serbien, Rußland und auch Italien und gaben erst nach, als das Deutsche Reich sich offen auf die Seite Österreich-Ungarns stellte. Frankreich überschritt bald die Befugnisse, die ihm auf der Konferenz von Algeciras in Marokko eingeräumt worden waren, und schritt zu dessen unverhüllter Einverleibung; nur durch sehr energisches Auftreten erreichte Deutschland dafür wenigstens eine gewisse Entschädigung in Zentral-Afrika. 1911 überfiel Italien, das zwar dem Namen nach unser Bundesgenosse war, aber ganz im Sinne und mit Unterstützung Englands und Frankreichs handelte, Tripolis und begann damit die Zerstücklung der Türkei, mit der wir Freundschaft geschlossen hatten. 1912 trat unter der Ägide Rußlands ein Balkanbund ins Leben, der zwar zunächst den Kampf mit der Türkei aufnahm und diese fast ganz aus Europa hinausdrängte, der aber von vornherein ebenso sehr gegen Österreich-Ungarn gerichtet war. Nur der Zwiespalt, der sich bei

der Teilung der Beute im Bunde einstellte, hat uns davor bewahrt, daß unsere Einkreisung auch im Osten vollzogen wurde. Rußland selbst wollte die Bindung der Türkei durch diesen Krieg und ihre Niederlage benutzen, um sich Armeniens zu bemächtigen, und wurde nur durch unseren Einspruch daran verhindert. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß England und Rußland sich unter Mitwirkung Frankreichs und Italiens über die Aufteilung der Türkei geeinigt hatten und sie in derselben Weise wie die Aufteilung Nord-Afrikas und die Aufteilung Persiens und Zentral-Asiens ins Werk zu setzen beabsichtigten, sobald sie sich ihrer militärischen Übermacht über die die Türkei stützenden und schützenden Mittelmächte sicher fühlten. So wurden immer neue, bald gelungene, bald mißlungene Versuche gemacht, Deutschland und Österreich-Ungarn zurückzudrängen und zu demütigen und die Welt ohne sie aufzuteilen. Wenn wir uns dem zugedachten Schicksal nicht kleinmütig fügen, sondern unseren Rang als Großmächte behaupten wollten, so mußte es über kurz oder lang zum Kriege kommen. Die eigentliche Ursache des Krieges ist demnach die gegen uns gerichtete Einkreisungspolitik.

Wenn sich drei Mächte, die einander seit langer Zeit und noch kurz vorher feindlich gegenübergestanden hatten, deren Gegensatz in der Natur der Dinge begründet und unversöhnbar erschien, wenn diese Mächte sich zum gemeinsamen Kampfe gegen uns zusammen fanden, so kann, zumal nachdem die meisten Völker der Erde auf ihre Seite getreten sind, der Verdacht entstehen, daß die eigentliche Schuld bei uns liege, daß wir durch unser Auftreten alle anderen vor den Kopf gestoßen, ihre Interessen und ihr Leben so geschädigt und gefährdet hätten, daß sie nicht anders gekonnt hätten, als sich gemeinsam gegen uns zu wehren. Das behaupten ja unsere Feinde; sie versuchen den Krieg zu einem Kampf gegen Deutschlands Imperialismus, Militarismus und Autokratie zu stempeln. Mit besonders lauten Tönen und zugleich mit besonderer Unkenntnis der Dinge, wie sie wirklich sind, hat der amerikanische Präsident Wilson dieses Lied gesungen.

Es klingt so schön und muß sowohl bei den in den Krieg geführten wie bei den neutralen Völkern wirken, wenn man sagt, daß

man nur dem Störenfriede, der, auf eine starke Militärmacht gestützt, die Welt immer von neuem beunruhige, die Waffen aus der Hand schlagen und dadurch der Welt die Ruhe geben wolle, deren sie bedürfe, um ganz der Pflege und Förderung der Kultur leben zu können. Ein solcher seit Jahren angestimmter, durch eine kenntnislose oder gekaufte Presse überall verbreiteter Schlachtruf mußte die Gemüter gefangen nehmen und zum Kampfe gegen uns begeistern, wenn von unserer Seite fast nichts geschah, um ihm seine Kraft zu nehmen. In der geistigen Regie des Krieges sind uns unsere Feinde entschieden überlegen gewesen. Zweierlei können wir den Feinden zugestehen. Unser Staatsleben und unser Heerwesen haben manche unschöne Auswüchse gehabt, die zwar großenteils mehr äußerlich waren, aber dem fernen Beobachter den Eindruck machen konnten, als ob sie wesentlich seien. Und die Schriftsteller einer Partei, deren laute Stimme im Auslande den falschen Glauben hervorrufen konnte, daß sie einen breiten Resonanzboden im deutschen Volke besäßen und auch die Meinung der Regierung verträten, haben allerdings oft genug Äußerungen getan, die auf eine deutsche Eroberungspolitik schließen lassen konnten, wenngleich nicht in höherem Maße als die französischen, englischen und russischen Imperialisten und Chauvinisten. Aber in Wahrheit, und die leitenden Männer im feindlichen Lager haben das ganz genau gewußt, sind das deutsche Volk und die deutsche Regierung immer friedlich gesinnt gewesen, eine ausschlaggebende, auf den Krieg drängende Militärpartei hat es nicht gegeben, der Kaiser war stolz auf die Bezeichnung als Friedenskaiser. Ein starkes Heer mußten wir haben, weil wir inmitten von zwei starken, uns übel wollenden Mächten wohnen, die ihrerseits in höherem Maße als wir selbst Militärmächte sind; eine starke Flotte mußten wir bauen, um unsere Küsten und unsere überseeischen Interessen gegen englische Angriffe zu schützen; aber 43 Jahre hindurch haben wir von dieser Wehrmacht keinen Gebrauch gemacht, sondern trotz aller Versuchung durch die Feinde den Frieden gehalten, und auch jetzt sind wir nur gezwungen in den Krieg gegangen. Wenn unsere Verfassung nicht dem westlichen Ideale der Demokratie ent-

spricht, was tut das den anderen und welches Recht haben sie, sich in unser Verfassungsleben einzumischen und gar, wie die Amerikaner es jetzt mit ihrer nur ihnen eigenen Unverschämtheit tun, die Absetzung der Dynastie der Hohenzollern zu verlangen? Daß der Krieg ein Kampf gegen die deutsche Autokratie sei, ist ein fadenscheiniger Vorwand, der um so lächerlicher ist, als der Zarismus an diesem Kampfe teilnahm.

Seit dem Ausbruche des Krieges haben die Feinde noch ein ideales Motiv als Panier entfaltet, nämlich die Behauptung, daß sie für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationalitäten kämpften. Rußland und ihm folgend Frankreich und England hätten für die Unabhängigkeit Serbiens eintreten müssen, England sei wegen der verletzten Neutralität Belgiens in den Kampf gegangen, Italien wolle die von Österreich unterjochten Brüder erlösen, durch die Zerstücklung der Türkei und der österreichisch-ungarischen Monarchie wolle man den in diesem Reiche unterdrückten Nationalitäten die Freiheit geben, auch die preußischen Polen und Dänen und die Elsaß-Lothringer wolle man von ihrem Joche befreien. Es braucht nicht erörtert zu werden, wie verlogen die Behauptung Englands ist, daß unser Neutralitätsbruch gegen Belgien es in den Krieg hineingezogen habe; denn es hat sich schon vorher zur Teilnahme am Kriege verpflichtet und es hat sich geweigert, seine Neutralität zu versprechen, auch wenn wir die belgische Neutralität achten würden. Nachdem die Behauptung ihre Schuldigkeit bei dem eigenen Volke und bei den Neutralen getan hatte, hat man sie ruhig fallen lassen. Der Vorwand, für die Freiheit der kleinen Völker zu kämpfen, macht sich auch seltsam im Munde von Staaten, die sämtlich Kulturvölker oder Halbkulturvölker: Frankreich die Nord-Afrikaner und Hinterindier, England die Iren, Buren, Ägypter, Inder und andere, Rußland die Polen, Litauer, Letten, Esten, baltischen Deutschen, Kaukasier usw. unterworfen haben und in ihren Reichen gefangen halten, und die im selben Augenblicke, in dem sie den Schlachtruf ausstoßen, an die Eroberung von Ländern mit fremder Bevölkerung gehen. Es ist wichtig, das zu beachten, wenn die Nationalitätenfrage auf dem Friedenskongresse zur Sprache gebracht wird.

Diese idealen Motive mögen von vielen für die wahren Gründe des Krieges gehalten werden und ihnen die sittliche Kraft geben, die für den Kampf der modernen Volksheere erforderlich ist; für die feindlichen Regierungen aber und die politisch denkenden und politisch einflußreichen Schichten der Bevölkerung sind sie nur ein Deckmantel. Es ist eine furchtbare Torheit mancher unserer Idealisten und Pazifisten, daß auch sie den Mantel für den Inhalt halten und darum den größeren Teil der Schuld am Kriege Deutschland zuschieben. In Wahrheit entspringt der Krieg aus den Lebensinteressen der Völker, wird er um deren Stellung in der Welt geführt, ist er ein entscheidender Akt in dem Kampfe um die Erde. Die „Schuld" Deutschlands besteht nur darin, daß es sich aus dem wirtschaftlichen und politischen Niedergange, der es seit dem sechzehnten Jahrhundert betroffen hatte, erhoben, daß es aufgehört hat, bloß ein Volk der Dichter und Denker zu sein, sondern zugleich wieder ein Volk des tätigen Lebens geworden ist, daß es sich, dank der genialen Führung Bismarcks, zu einem starken Reiche zusammengefügt, eine starke Volkswirtschaft ausgebildet und danach getrachtet hat, wirtschaftlich und politisch nicht etwa an der Stelle anderer Mächte, sondern neben ihnen einen Platz in der Welt zu gewinnen, daß es zwar keine Weltherrschaft oder Hegemonie, wohl aber eine gleichberechtigte Stellung im Kreise der Völker erstrebt, politisches Gleichgewicht auf der Erde fordert. Unsere Entwicklung ist wohl etwas zu stürmisch gewesen, so daß sie den anderen keine Zeit ließ, sich daran zu gewöhnen; es mag auch sein, daß unser Auftreten manchmal etwas rücksichtslos und brüsk war und dadurch unnütz verletzte, den Tadel herausforderte; aber das sind doch Nebensachen, das hat vielleicht den Gang der Dinge beschleunigt, ihn aber nicht bestimmt. Der innerste Grund des Kampfes ist einfach der, daß sich der mitteleuropäische Raum, der bis dahin gleichsam leer gewesen war, plötzlich mit einer neu aufstrebenden Macht füllte, die sich an den anderen stieß und ihren Spielraum einengte. Darum haben sie sich in dem Hasse gegen Deutschland zusammengefunden und sich auf es gestürzt, um es wieder aus der Welt zu schaffen oder wenigstens so zu schwächen, daß es ihre Kreise nicht mehr stören könne;

dadurch würden sie ja auch gegen Österreich-Ungarn und die Türkei freies Spiel bekommen, denn beide erscheinen ihnen alt und schwach, dem Untergange geweiht, zur Aufteilung reif. Weil sie sich nicht im Stande fühlten, den wirtschaftlichen und kulturellen Wettkampf im Frieden zu bestehen, sind sie in den Krieg gegangen.

Im einzelnen sind die Motive der verschiedenen Feinde verschieden.

Frankreich ist, was bei der jetzt üblich gewordenen einseitigen Wendung gegen England und gegen Rußland oft übersehen wird, unser ältester Feind und der eigentliche Kern des Bündnisses, das sich gegen uns geschlossen hat; es hat England und Rußland zusammengeführt. Der Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland liegt auch am tiefsten. Wohl spielen, namentlich seit dem Marokkokonflikte, Gegensätze der kolonialen Interessen hinein, und auch an der von uns bekämpften Aufteilung der Türkei will Frankreich teilnehmen; aber die Hauptsache ist der europäische Gegensatz. Frankreich kann die Niederlage des 70er Krieges nicht verwinden, sondern brütet seitdem Rache und Vergeltung; die Revancheidee beherrscht sein politisches Denken und drängt alles andere in den Hintergrund. Es will Elsaß-Lothringen wieder haben, desannektieren, wie es sich ausdrückt. Aber das ist es nicht allein, ja vielleicht nicht einmal in erster Linie. Auch wenn wir damals das Elsaß und ein Stück von Lothringen nicht genommen hätten, würde Frankreich nichtsdestoweniger Revanche predigen; denn es will die kontinentale Vorherrschaft wiedergewinnen, die ihm durch das Aufkommen eines starken Deutschen Reiches verloren gegangen ist, um deren Behauptung es ja schon den Krieg von 1870 geführt hat. Da es an Bevölkerung und wirtschaftlicher Kraft immer weiter hinter Deutschland zurückbleibt, konnte es dieses Ziel nur durch einen siegreichen Krieg zu erreichen hoffen. Darum strengte es sich militärisch aufs äußerste an und verwandelte es auch seine Kolonien in Heerlager, darum verbündete es sich zuerst mit Rußland, dann auch mit seinem alten Gegner England, ordnete seine ganze Politik ihnen unter und gab ihnen wichtige Interessen preis. Darum trieb es zum Kriege. Von Frankreich wurde die Zerstücklung des Deutschen Reiches als Ziel des Krieges aufgestellt,

und es wollte die Rheingrenze erringen, nach der es schon so lange getrachtet hatte.

Handelt es sich bei Frankreich hauptsächlich um Kampf gegen Deutschland, in den Österreich-Ungarn und die Türkei nur mit hineingezogen werden, so ist die Politik des Reiches der Zaren, des größten und ausgesprochensten Eroberungsreiches der Erde, hauptsächlich gegen die Türkei und Österreich-Ungarn und nur nachträglich gegen Deutschland gerichtet. Der Kampf Rußlands gegen die Türkei stammt aus dem achtzehnten Jahrhundert. Seitdem arbeitet es an deren Zurückdrängung und Zerstücklung. Nachdem die Türkei aus der Balkanhalbinsel ziemlich verdrängt war, sah Rußland, alte Ziele weiter verfolgend, es auf Konstantinopel mit den Meerengen und auf Armenien ab. Zugleich wollte es Österreich-Ungarn, seinen alten Nebenbuhler auf der Balkanhalbinsel, ganz aus dieser verdrängen, um dort den eigenen Einfluß zur alleinigen Geltung zu bringen. Es wollte die südslavischen Länder ebenso wie Galizien und die Bukowina von Österreich-Ungarn losreißen und dieses der Zerstücklung preisgeben. Und weil das Deutsche Reich seit langem erklärt hatte, daß es die Vernichtung Österreich-Ungarns nicht zulassen könnte, und sich diesem immer treu zur Seite gestellt hatte, weil Deutschland auch auf der Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Türkei bestand, weil Rußland also wußte, daß der Weg nach Konstantinopel und nach Wien über Berlin führte, wozu dann noch Neid und Haß gegen die deutschen Lehrer und Kultivatoren Rußlands und Beschwerden über den letzten Handelsvertrag kamen, stellte es seine Politik nach mancherlei Schwankungen auch gegen Deutschland ein. Im Falle des Sieges hätte es, wie sein Vorgehen in Ost-Preußen erweist, jedenfalls auch Teile des Deutschen Reiches genommen. Es wollte gewaltige Schritte in Mittel-Europa und im asiatischen Orient vorwärts tun, auf der Balkanhalbinsel und auch auf der skandinavischen Halbinsel freie Hand bekommen.

Der Eintritt Englands in den Krieg ist von sehr vielen bei uns nicht verstanden worden; man hat ihn wohl gar für das Werk persönlicher Intrige gehalten, obgleich viele englische Stimmen dem Gegen-

satze gegen Deutschland laut genug Ausdruck verliehen hatten und die englische Regierung, gleichgültig ob konservativ oder liberal, uns oft genug in den Weg getreten war. Erst allmählich hat sich größeres Verständnis herausgestellt, wenn auch über die Bedeutung der verschiedenen Gründe die Meinungen noch heute auseinandergehen. Österreich-Ungarn kommt für England nur nebenbei in Betracht und wird von ihm nur als Bundesgenosse Deutschlands bekämpft. Die Türkei, deren Schützer England früher gewesen war, ist jetzt zum Gegenstande seiner Eroberungspolitik geworden; es hat sich, im Grundsatz jedenfalls schon vor dem Kriege, mit Rußland, Frankreich, Italien über ihre Aufteilung geeinigt. Aber mit dieser Aufteilung wäre es ihm wahrscheinlich nicht so eilig gewesen, wenn sie ihm nicht zugleich ein Mittel des Bündnisses mit Rußland und der Schädigung und Zurückdrängung Deutschlands gewesen wäre. Der eigentliche Gegner Englands ist Deutschland. Und auch Deutschland gegenüber treten die einzelnen Interessengegensätze in den Hintergrund. Sowohl über den Kolonialbesitz in Afrika wie über die Interessen im Orient wäre eine Verständigung möglich gewesen, ja war eine Verständigung bis zur Unterzeichnung gediehen. Aber die beiden Reiche im ganzen waren allmählich in einen Gegensatz gekommen, der sich auf friedlichem Wege nicht mehr beilegen ließ, ohne daß eines der beiden seine Ansprüche und sein Wesen von Grund auf änderte. England hatte ungefähr ein Jahrhundert lang ein Monopol der Schiffahrt, des Handels, der Industrie gehabt und sah dieses von dem immer höher und kräftiger wachsenden Deutschland bedroht, ja schon beseitigt; es wollte dieses Monopol durch die Macht des Schwertes behaupten oder vielmehr wiederherstellen, indem es die deutsche Schiffahrt, den deutschen Überseehandel, die deutsche Ausfuhrindustrie vernichtete oder wenigstens so schwächte, daß sie mit dem englischen nicht mehr in Wettbewerb treten könnten. Es glaubte auch durch den Bau einer starken deutschen Flotte, die zum Schutze der deutschen Küste und Seeinteressen bestimmt war, seine Seeherrschaft gefährdet, auf der seine politische Vorherrschaft in der Welt beruht und die es zum Schutze seines Reiches und seines Lebens für unentbehrlich hält. Es hatte darum schon oft ge-

droht, daß es eines Tages die deutsche Flotte versenken würde, hatte mehrfach Verhandlungen angeknüpft, um eine Verlangsamung im Bau der deutschen Flotte zu erreichen, und wollte ihr nun, da diese Verhandlungen gescheitert waren, im Krieg ein Ende bereiten und Deutschland aus der Liste der Seemächte streichen.

Wir brauchen die Kriegsabsichten unserer anderen Feinde, deren Zahl jetzt ja das zweite Dutzend überschritten hat, nicht ebenso eingehend zu besprechen. Manches darüber wird noch bei der Erörterung der Friedensbedingungen zu sagen sein. Auch bei ihnen spielen die idealen Motive ethischer und auch ästhetischer Art in Wirklichkeit keine Rolle, sondern dienen nur dazu, den Völkern den Eintritt in den Krieg mundgerecht zu machen. Daß sich der Deutsche, wie es heißt, durch Lodenanzug und laute Sprache, bald brüsk herausforderndes, bald unterwürfiges Auftreten, durch seinen Feldwebel- oder Reserveleutnantston überall in der Welt unbeliebt gemacht hat, ist kein Grund für die Staaten, in den Krieg zu gehen. Auch nicht, daß sie die deutsche Verfassung mißbilligen und für rückständig halten. Sie gehen nur aus realen Motiven in den Krieg, weil sie daraus Vorteile für sich erwarten oder dadurch Nachteile vermeiden wollen.

Diese Motive sind bei den einzelnen verschieden gewesen. Serbien und Belgien, die vom Anfang an im Kriege stehen, haben dafür ihre besonderen Gründe gehabt. Serbien hat den Krieg angestiftet, weil es seit langem nach dem Besitz der südslavischen Provinzen Österreich-Ungarns getrachtet hatte. Belgien war durch seine Zwischenlage dazu verdammt, in den Krieg hineingezogen zu werden; wenn wir nicht notgedrungen seine Neutralität verletzt hätten, hätten es Frankreich und England getan; es selbst hatte sie ja schon durch seine Parteinahme für diese innerlich gebrochen. Für alle anderen, die erst später in den Krieg eingetreten sind, sind zweierlei reale Ursachen, die eine oder die andere oder auch beide zusammen, maßgebend gewesen, so sehr sie auch, allen voran die Vereinigten Staaten, ihrem Vorgehen ein ideales Mäntelchen umzuhängen suchen. Bei den einen wirkte die Habgier, der Wunsch, aus diesem Kampfe der europäischen Großmächte auch für sich etwas zu gewinnen, und

zwar hat dieses Motiv sie alle auf die Seite der Entente geführt, weil sie diese für die stärkere Partei hielten oder auch tatsächlich nur unter deren Schutz ihre Pläne ausführen konnten. So ist zuerst, schon wenige Wochen nach dem Ausbruche des Krieges, Japan in ihn eingetreten. So hat sich später Italien auf seinen ehemaligen Bundesgenossen gestürzt. So wieder später in ganz ähnlicher Weise Rumänien, das ebenfalls durch ein langjähriges Freundschaftsbündnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn verbunden gewesen war. So sind schließlich auch die Vereinigten Staaten, die ja längst aufgehört hatten, wahrhaft neutral zu sein, zum Teil in der Absicht in den Krieg hineingegangen, die großen Gewinne, die sie in der Zeit ihrer „Neutralität" im Handel mit den Mächten der Entente gemacht hatten, ins Trockene zu bringen, zum Teil um sich den deutschen Wettbewerb vom Halse zu schaffen. Die anderen sind mehr oder weniger in den Krieg hineingezogen worden, und zwar wurde dieser Zwang hauptsächlich von England, das in seiner Seeherrschaft die Mittel dazu besaß, und später auch von den Vereinigten Staaten ausgeübt. Er ist bei dem alten Vasallen Englands, Portugal, und bei China besonders deutlich; aber auch auf die mittel- und südamerikanischen Staaten hat jedenfalls ein starker Druck stattgefunden. Eine unbefangene Überlegung hätte allen diesen Staaten sagen müssen, daß sie auf die Seite Deutschlands treten müßten, um die Zwingherrschaft Englands und der Vereinigten Staaten zu brechen; denn Deutschland erstrebt keine Weltherrschaft, sondern nur Freiheit von der englischen Weltherrschaft; aber durch die seit Jahren ausgestreuten Lügen über uns war der Sinn getrübt, und so gehorchte man dem Druck oder ging dem augenblicklichen Vorteil nach, der bei der Absperrung Deutschlands von der Welt allerdings auf die Seite der Entente wies. So kommt es, daß nur verhältnismäßig wenige Staaten neutral geblieben sind und daß wir nur mit wenigen treuen Bundesgenossen gegen weit mehr als die halbe Welt kämpfen müssen.

Der militärische Anteil der meisten dieser Staaten am Kriege wird wahrscheinlich gering bleiben; auch die Vereinigten Staaten werden doch nur dann militärisch wirksam in den Krieg eingreifen

können, wenn dieser sich sehr in die Länge zieht, und Japan hat sich militärisch ziemlich auf die Durchführung der einen ihm am Herzen liegenden Aufgabe beschränkt und die erbetene Hilfe auf dem europäischen Kriegsschauplatze bisher verweigert. Die Bedeutung ihrer Teilnahme am Kriege ist darum von einem großen Teile der öffentlichen Meinung in Deutschland gering angeschlagen worden; diejenigen, die die Reichsleitung darob tadelten, daß sie nicht eher in den unbeschränkten Unterseebootkrieg eintreten wollte, haben immer wieder den dann zu besorgenden und ja auch tatsächlich erfolgten Eintritt der Vereinigten Staaten in den Unterseebootkrieg als gleichgültig angesehen, ja sogar herbeigewünscht. Sie haben dabei übersehen, daß der Krieg, und gerade dieser Krieg mehr als irgendein früherer, nicht bloß mit den Waffen, als Krieg der Heere und Flotten gegen die feindlichen Heere und Flotten, sondern ebenso sehr als ein Wirtschaftskrieg gegen unsere Schiffahrt, unseren Handel, unsere Industrie geführt wird, sie aus der Welt schaffen will, daß dieser Wirtschaftskrieg auch über den Friedensschluß andauern kann, und daß in ihm allerdings die Teilnahme jedes weiteren Staates eine schwere Schädigung und eine große Gefahr für uns bedeutet.

Wir und unsere Bundesgenossen müssen uns immer von neuem ganz deutlich vor Augen stellen, in welcher furchtbaren Gefahr wir geschwebt haben und noch heute schweben. Wenn es den Feinden gelungen wäre oder noch gelänge, wie sie sicher hofften, uns mit den Waffen niederzuschlagen oder uns durch die Absperrung von der Welt an Nahrung und an den für unsere Verteidigung notwendigen Rohstoffen auszuhungern, so wäre es um uns geschehen gewesen. Die Kriegsziele der Feinde lassen sich ja nicht mit voller Sicherheit angeben. Man kann sie nicht ohne weiteres den Äußerungen der feindlichen Presse und Literatur entnehmen, weil das zunächst nur private Meinungsäußerungen sind und es sich fragt, wie weit sich diese mit den Absichten der Regierungen decken — auch wir verwahren uns dagegen, daß die Feinde die Äußerungen der Chauvinisten als Kriegsziele des deutschen Volkes auffassen. Selbst die offiziellen und offiziösen Forderungen, wie sie in den Noten und Reden

der Regierungen und Staatsmänner ausgesprochen worden sind, brauchen noch nicht die wirklichen Absichten wiederzugeben. Die offiziellen Verabredungen der feindlichen Staaten sind uns nur zum Teil bekannt geworden, und die Absichten haben natürlich auch im Laufe des Krieges gewechselt. Aber im großen und ganzen liegt es klar vor Augen, was im Falle einer entscheidenden Niederlage mit uns geschehen wäre. Am glimpflichsten wäre wohl Bulgarien weggekommen, das vielleicht ohne Gebietsverluste aus dem Kriege hervorgegangen, aber zur vierten Rolle auf der Balkanhalbinsel verurteilt worden wäre. Die Türkei wäre aufgeteilt worden, und wohl nur Kleinasien, aber auch dieses nicht ganz, wäre türkisch geblieben. Österreich-Ungarn hätte Galizien und die Bukowina, Siebenbürgen, seine südslavischen Provinzen, Triest und Süd-Tirol an Rußland, Rumänien, Serbien und Italien abtreten müssen; dann hätten sich wahrscheinlich auch Ungarn getrennt und die Tschechen selbständig gemacht, und nur ein zerrissener und für sich kaum lebensfähiger deutscher Rumpf wäre zurückgeblieben. Das Deutsche Reich hätte das Land westlich vom Rhein an Frankreich oder zum Teil vielleicht an einen unter dessen Führung zu bildenden Pufferstaat, Schleswig-Holstein an Dänemark, West- und Ost-Preußen, Posen und Ober-Schlesien an Rußland, den größeren Teil seiner Kolonien an England, Frankreich und Japan verloren; seine Flotte wäre zerstört, sein Handel und seine Industrie so geschädigt worden, daß sie sich schwer wieder hätten erholen können. Selbst wenn dann das deutsche Österreich zum Deutschen Reiche geschlagen worden wäre, wäre dieses doch ein ohnmächtiger Mittelstaat geworden.

Unsere Feinde wissen ebensogut wie wir, daß der Ausgang des Krieges das Schicksal der Welt auf lange Zeit hinaus bestimmen wird, und machen darum noch verzweifelte Anstrengungen, den Sieg zu gewinnen, nach dem Versagen der Russen, wenigstens unsere Front im Westen und die österreichische Front am Isonzo zu durchbrechen und uns immer hermetischer von der Außenwelt abzuschließen, damit wir schließlich doch noch am Mangel von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu Grunde gehen. Noch gebärden sie sich als die

Sieger und sprechen Friedensforderungen aus, die uns nach Lage der Dinge albern erscheinen müssen. Aber der Krieg, dieser furchtbarste Krieg, den die Menschheit erlebt hat, scheint sich jetzt doch einem für uns siegreichen Ende zu nähern. Es ist zweifelhaft, ob wir, wie es am Anfange des Krieges schien, die Feinde so auf die Kniee zwingen werden, daß wir den Frieden nach unserem Belieben diktieren können; denn eine Fortsetzung des Krieges bis ins Unendliche ist nicht möglich, und wir dürfen uns nicht verhehlen, daß im amerikanischen Hintergrunde Gefahren auf uns lauern. Aber das können wir mit Sicherheit hoffen, daß wir die Oberhand behalten, daß der Angriff der Feinde und ihr Versuch, uns und unsere Bundesgenossen klein zu machen und zu vernichten, gescheitert ist, daß wir zwar zunächst an Gut und Blut furchtbar geschwächt, doch mit gesichertem Dasein aus dem Kriege hervorgehen und unsere Lebensnotwendigkeiten gegenüber unseren Feinden durchsetzen können. In diesem Sinne wird der Friede ein deutscher Friede sein.

II.

Der Sinn des Friedens.

Die wundervolle Eintracht, die das deutsche Volk beim Ausbruche des Krieges erfüllte, den Streit der Parteien begraben ließ, alle in der Liebe zum Vaterlande und in der Abwehr des Feindes zusammenführte, hat leider nicht lange angehalten, sondern ist einem gehässigen Zank gewichen, der über die Grundfragen der inneren Politik und über die Friedensfrage entbrannt ist. Über den Sinn des Friedens gehen die Meinungen im deutschen Volke weit auseinander: der Stand des Krieges wird verschieden beurteilt, seine Wirkungen auf das Volksleben und die Volkswirtschaft je nach dem Berufe und den persönlichen Verhältnissen verschieden gefühlt, auch persönliche Interessen spielen wohl manchmal hinein, namentlich aber macht sich die Verschiedenheit der Weltanschauung und des Charakters, die größere Neigung zur Machtbetätigung oder zur Verständigung mit anderen auch bei der Beurteilung des Verhältnisses der Völker zu einander und damit bei der Auffassung des Sinnes des Friedens geltend. Diese Verschiedenheit der Auffassung müssen wir kennen lernen und zu ihr Stellung nehmen, über den Sinn des Friedens müssen wir uns klar werden, ehe wir seinen Inhalt im einzelnen untersuchen können.

Wenn wir von allen kleineren Unterschieden und Abstufungen absehen, so können wir drei Auffassungen des Friedens unterscheiden: die pazifistische Idee des Wiederherstellungsfriedens, die imperialistische Idee des Machtfriedens und die, man könnte sagen, evolutionistische Idee des Vernunft- oder Ausgleichsfriedens.

Die pazifistische Idee in ihrer reinen grundsätzlichen Form, die den Krieg schlechthin verwirft, hat verhältnismäßig wenige Anhänger, die teils dem linken Flügel der Sozialdemokratie, teils bürger-

lichen Kreisen angehören; aber sie spielt in die Denkweise viel weiterer Kreise der Sozialdemokratie, des bürgerlichen Liberalismus und des strengen Christentums so stark hinein, daß sie klar aufgefaßt und in ihrer Bedeutung gewürdigt werden muß. Nach dieser Ansicht ist der Krieg ein Willkürakt, von einzelnen Männern freventlich oder leichtsinnig heraufbeschworen; und da man nicht feststellen könne, wen dabei die Hauptschuld trifft, denn jede Partei schiebt sie der anderen zu — und die international gesinnten Pazifisten sind dabei meist geneigt, gegenüber den Feinden gerechter zu sein als gegenüber den eigenen Landsleuten —, so dürfe dem besiegten Feinde keine Buße auferlegt werden, sondern müsse jeder seine Verluste selbst tragen, der Friede also ein Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigungen sein. Der Krieg sei ein Rechtsbruch, und die Aufgabe des Friedens sei es demnach, das durch den Krieg gestörte Recht wiederherzustellen. Wenn in der Note des Papstes die Idee des Rechtsfriedens im Gegensatze zum Machtfrieden betont wird, so ist damit ja wohl das Recht im Sinne des bisherigen Rechtszustandes gemeint. Der Krieg ist ein Unsinn und ein Verbrechen; und wie in der Zukunft überhaupt Kriege vermieden werden müssen, so müssen die Kriege, die einmal ausgebrochen sind, nach Möglichkeit in ihren Wirkungen aufgehoben werden; die Welt muß wieder auf den Zustand vor dem Kriege gebracht werden, muß so weiter gehen, als ob der Krieg nicht gewesen wäre; der Friede muß also ein Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigungen sein.

Gegen diese Auffassung müssen wir allerdings scharfen Widerspruch erheben.

Zunächst können wir nicht zugeben, daß wir dieselbe Schuld am Kriege haben wie die Feinde und darum mit demselben Maße gemessen werden müssen. Möge man an die Anlässe oder an die tiefer liegenden Ursachen des Krieges denken, so fallen sie, wie wir im vorigen Kapitel erörtert haben, nicht uns, sondern den Feinden zur Last. Nicht Bethmann-Hollweg und eine deutsche Militärpartei, auch nicht die österreichische Regierung, sondern Männer wie Sasonow und Suchomlinow, Poincaré und Delcassé, Asquith und Grey haben

den Ausbruch des Krieges verschuldet; die von Frankreich, Rußland und England seit langem betriebene Einkreisungspolitik hat ihn unvermeidlich gemacht. Unsere „Schuld“ hat nur in unserem Wachstum bestanden, durch das wir den anderen unbequem wurden; aber starkes Wachstum in friedlicher Arbeit ist doch unser gutes Recht!

Eine Wiederherstellung des früheren Zustandes, des status quo ante, wie sie gefordert wird, ist auch sachlich ein Unding. Auch wenn durch den Frieden kein Grenzpfahl verrückt wird, so ist doch die Menschheit durch den Krieg eine ganz andere geworden. Millionen von Menschenleben, Milliarden von wirtschaftlichen Werten sind vernichtet; geschwächt und verarmt müssen alle Völker im Frieden ihr Leben und ihre Arbeit wieder aufnehmen. Der Friede und die freundlichen Beziehungen sind unterbrochen, ein furchtbarer Haß hat sich, namentlich in Folge der Art der Kriegführung unserer Feinde und ihrer entsetzlichen Verleumdungstaktik, bei allen Völkern aufgetürmt. Die wirtschaftliche Kraft und die politische Macht haben sich verschoben, teils zu unseren Gunsten, teils zu Gunsten unserer europäischen Feinde, namentlich aber zu Gunsten der Vereinigten Staaten und Japans. Alle diese Folgen des Krieges lassen sich gar nicht aus der Welt schaffen, und es macht darum wenig aus, wenn im Friedensschlusse noch weitere Änderungen hinzugefügt werden; ja diese können und werden doch teilweise dazu dienen, die durch den Lauf der Dinge bewirkten Änderungen bis zu einem gewissen Grade auszugleichen.

Rückkehr zum alten Zustande der Dinge würde auch alle die Gegensätze und Zusammenstöße, die in ihm ihre Ursachen hatten, von neuem heraufbeschwören. Das kann nur jemand verkennen, der die Welt mit den Augen eines Kindes ansieht und keine Ahnung davon hat, daß die Handlungen der Menschen aus den Verhältnissen entspringen. Wenn dasselbe Mißverhältnis zwischen der inneren Kraft und dem Besitze der Völker oder, wie Lensch es kurz ausdrückt, zwischen Sein und Schein wiederhergestellt wird, das vor dem Kriege bestanden hat und die eigentliche Ursache des Krieges gewesen ist, so wäre auch der Streit der Völker in der alten Weise wieder da, und der Ausbruch eines neuen Krieges würde nicht lange auf sich warten lassen.

Die Durchführung der pazifistischen Ansicht wäre der sicherste Weg zum Kriege.

Die ganze Auffassung ist rein rationalistisch und verkennt die geschichtliche Bedeutung der Kriege. Sie sind ein Übel, und nach den furchtbaren Eindrücken dieses Weltkrieges wird ihn so leicht niemand mehr als Erzieher des Volkes preisen; aber sie sind keine Willkürakte böser Staatsmänner und als solche vermeidbar, sondern der gewaltsame Austrag der großen Gegensätze des Völkerlebens, die sich immer von neuem ergeben, wenn die Entwicklung zu einem starken Widerspruche zwischen innerer Kraft und Besitz, zwischen Sein und Schein geführt hat. Die Menschheit entwickelt sich, macht Fortschritte in der Beherrschung und Ausnützung der Erdnatur, und jeder Fortschritt rückt neue Bedingungen in den Vordergrund und kommt daher dem einen Volke mehr als dem anderen zugute, kann von ihm besser als von dem anderen ausgenützt werden. Das neu aufstrebende, an innerer Kraft zunehmende Volk braucht einen weiteren Raum zur Entfaltung, beansprucht seinen Teil an den Gütern der Erde. Die älteren aber fühlen sich dadurch beeinträchtigt, wollen die neuen Ansprüche nicht anerkennen und wehren sich gegen den Neuerer. Eine Zeit lang findet man Ausgleiche; dann aber werden die Gegensätze zu groß, unausgleichbar, und es kommt zum Kriege. Wenn sich der Krieg gegen den neu aufstrebenden entscheidet, dessen Kraft doch nicht ausreichend war, und es den älteren gelingt, ihn ganz niederzuschlagen, so mag der alte Zustand wiederhergestellt werden. Wenn jener aber dank seiner inneren Entfaltung auch im Kriege obsiegt, so kann der Friedensvertrag nicht auf die Wiederherstellung des alten Besitzstandes hinauslaufen, sondern muß den Besitzstand der Völker mit ihrer inneren Kraft in Einklang bringen. Das ist der Fall, der heute vorliegt: Deutschland, durch die Ungunst der Verhältnisse lange zurückgeblieben, hat sich besonders im Laufe des letzten halben Jahrhunderts aus seinem Tiefstande erhoben, hat eine gewaltige innere Kraft gewonnen, ist in wirtschaftlicher und kolonialer Betätigung in die Welt hinausgegangen und hat sich dadurch die Feindschaft der anderen Großmächte zugezogen, die gemeinsam über es hergefallen

sind. Der Krieg wird darum geführt, was Deutschland in der Welt bedeuten soll, und der Friede muß ihm eine äußere Stellung geben, die seiner inneren Bedeutung entspricht.

Aber dadurch wird das Recht verletzt, wendet der Pazifist ein. Das geltende Recht natürlich, und wer den augenblicklichen Rechtszustand für etwas Absolutes, Ewiges, von Gott Gegebenes hält, muß sich seiner Änderung widersetzen. Aber man muß sich wundern, daß auch Sozialdemokraten sich auf diesen Standpunkt stellen, sie, die das heutige Recht der Gesellschaft bekämpfen und ihm das natürliche Recht der Arbeiterklasse gegenüberstellen! Was vom Verhältnis der Bevölkerungsklassen gilt, gilt auch vom Verhältnis der Völker zu einander. Der jeweilige Rechtszustand ist das Ergebnis und der Ausdruck einer bestimmten zeitlichen Entwicklung und entspricht dem in dieser Zeit herrschenden Verhältnis der äußeren und inneren Kraft der Völker, ist meist nicht durch freundliche Übereinkunft, sondern durch die Macht des Krieges geschaffen worden. Er gewährt keinen ewigen Anspruch, wird zum Unrecht, wenn er den innerlich gerechtfertigten Ansprüchen der Völker nicht mehr entspricht. Man möchte wünschen, daß ein neuer, innerlich gerechter Rechtszustand durch freundliche Übereinkunft geschaffen würde; aber dazu sind die Völker wenigstens bisher meist nicht bereit gewesen, und so muß der Krieg darüber entscheiden. Er ist in letzter Linie die schaffende Kraft des Rechtes der Völker, ihres staatlichen Besitzes sowohl wie des Völkerrechtes im engeren Sinne des Wortes. Auch dieser Krieg muß in beiden Beziehungen neues Recht schaffen, und das viele Gut und Blut, das er gekostet hat, sind nur dann nicht vergeblich geopfert worden, wenn der neue Zustand gerecht ist, d. h. der inneren Kraft der Völker entspricht, oder wenn er wenigstens einen großen Schritt auf dem Wege der Gerechtigkeit bedeutet.

Der Grundgedanke, daß der Friede nicht eine Rückkehr zum alten Zustande sein dürfe, sondern etwas Neues schaffen müsse, wird von den Imperialisten oder Machtpolitikern, den Alldeutschen, dem unabhängigen Ausschuß und den vielen ähnlichen Ausschüssen richtig erfaßt; aber sie geben ihm eine bestimmte und, wie gleich gesagt

werden soll, einseitige Form, insofern sie die Macht oder, deutlicher gesagt, die Gewalt als den einzigen Hebel der Entwicklung ansehen. Es ist charakteristisch, daß eine sehr große Zahl von ihnen den Berufsklassen angehören, die an die Ausübung der Macht gewohnt sind, oder deren Weltanschauung auch sonst das Ideal der Macht hat, oder die in ihrem Charakter etwas Gewaltsames haben. Ihre Ansichten und Meinungsäußerungen sind sehr abgestuft und auch der Art nach etwas verschieden, haben auch im Laufe der Zeit gewechselt, und besonders die Gemäßigten unter ihnen werden daher vielleicht den Einwand erheben, daß die Charakteristik und Kritik sie nicht treffe; denn diese muß sich, um den Standpunkt ganz zu erfassen, an den reinsten Ausdruck der Meinung halten, wie er sich namentlich in den eigentlich alldeutschen Schriften findet.

Der Grundgedanke ist etwa folgender. Wir Deutschen haben viel zu lange die Fahne der Menschheit und ihrer Kultur vor uns hergetragen und sind dabei schlecht gefahren und von den anderen Völkern über das Ohr gehauen worden. Jetzt müssen wir endlich alle Sentimentalitäten fahren lassen, nur an das Wohl unseres Volkes denken, nehmen, was wir nehmen können. Also nichts von Kulturidealen und allgemeinen ethischen Motiven! Das einzige berechtigte Motiv unseres politischen Handelns ist der nationale Egoismus, der bei der Verfolgung seiner Ziele keine andere Grenze als die Grenze seiner Macht kennt. Wir müssen uns durch den Krieg so groß und so stark machen, wie nur möglich, um künftighin nicht nur ganz sicher vor feindlicher Überwältigung, ja vor jedem feindlichen Angriffe zu sein, sondern um auch einen maßgebenden Einfluß auf die Welt üben, sie nach unserem Willen gestalten zu können. Eroberungen nach allen Seiten, sei es mit Einverleibung in das Deutsche Reich, sei es in anderen Formen staatlicher Angliederung und Unterwerfung, und ungeheure Kriegsentschädigungen sind die Forderungen, die von diesem Standpunkte aus erhoben werden.

Es ist charakteristisch für die meisten Träger dieser Machtpolitik, daß sie an unserer unbedingten Macht zur Durchsetzung unserer Wünsche gar nicht zweifeln. Sie sagen einfach: „Wir fordern“, und

halten die Sache damit für erledigt. Daß unsere Heeresleitung und unsere tapferen Soldaten die militärische Grundlage dafür schaffen, nehmen sie als selbstverständlich an; jene müssen eben kämpfen, bis das Ziel, das sie aufstellen, erreicht ist. Nun wird ja jeder, der handelnde Staatsmann ebenso wie der Politiker, ein Idealbild vor Augen haben, das er nach Möglichkeit zu verwirklichen sucht; aber bei seiner Aufstellung sollte man in den Grenzen des Möglichen bleiben, sonst wird es zum kindischen Spiel. Die alldeutschen Politiker kommen mir aber oft vor wie die Kinder, die nach allem, auch nach dem Monde, greifen; so sehr entbehren sie des politischen Augenmaßes. Der Begriff der Politik als der Kunst des Erreichbaren liegt ihnen ganz fern.

Wer einigermaßen klar sieht und innerlich aufrichtig ist, kann nicht verkennen, daß unseren Aktiven im bisherigen Ergebnisse des Krieges auch großen Passiva gegenüberstehen. Wir können mit stolzem Bewußtsein und unverlöschlicher Dankbarkeit auf die großen Erfolge blicken, die unsere braven Truppen im Westen und im Osten und auf dem Balkan gegenüber der riesigen Übermacht unserer Feinde errungen, indem sie unsere, des Verteidigers, Waffen überall weit ins Feindesland hineingetragen haben. Aber wir dürfen darüber nicht vergessen oder zu gering einschätzen, wie es so oft geschieht, daß unsere Kolonien mit Ausnahme eines kleinen Winkels von Ost-Afrika in den Händen der Feinde sind und daß Rußland und England recht große Teile der Türkei erobert haben. Zwar ist es unseren Feinden trotz unserer fast vollständigen Absperrung von der Außenwelt nicht gelungen, uns an Nahrungsmitteln und Rohstoffen auszuhungern und dadurch auf die Knie zu zwingen; zwar hoffen wir durch unseren Unterseebootkrieg bis zu einem gewissen Grade gegenüber England das zu erreichen, was dieses uns zufügen wollte, und es dadurch zum Entschlusse des Friedens zu bringen. Aber unserem Wirtschaftsleben und auch der Gesundheit unseres Volkes ist unermeßlicher Schaden zugefügt worden; unsere Seeschiffahrt und unser Überseehandel sind vorläufig vernichtet. Wir alle hoffen, daß wir sowohl auf den Schlachtfeldern des Landkrieges wie in den Ergebnissen des Unterseeboot-

krieges noch Fortschritte machen werden; aber in der Beurteilung der Größe der noch zu erwartenden oder überhaupt möglichen Erfolge, namentlich des Unterseebootkrieges, scheiden sich die Geister. Gewiß ist es verkehrt, den Kampf aufzugeben, wenn uns nur noch eine kleine Anstrengung vom entscheidenden Siege trennt; aber andererseits müssen wir immer bedenken, daß uns jeder Tag des Krieges unersetzliche Opfer an Menschenleben und an Volksvermögen kostet, und daß der Gewinn im richtigen Verhältnis zum Verluste stehen muß. Nur die oberste Heeres- und Staatsleitung können das beurteilen; wenn Unberufene sich das Urteil darüber anmaßen und zur Erreichung ihrer übertriebenen Forderungen unentwegte Fortsetzung des Krieges predigen, so richten sie damit nur Schaden an; nach außen, weil sie dadurch den Feinden ein starkes Agitationsmittel an die Hand geben, und nach innen, weil sie die Unzufriedenheit schüren und den Zwiespalt ins Volk tragen. Tapferkeit und Vaterlandsliebe bestehen nicht darin, daß man den Mund weit auftut und mit der Faust auf den Tisch schlägt, sondern daß man den Dingen gerade ins Gesicht sieht und seine Kraft für das einsetzt, was im Bereiche des Möglichen liegt.

Aber dürfen wir denn überhaupt die Macht unseren einzigen Leitstern sein lassen und uns alles aneignen, was wir uns aneignen können? Auch wenn wir vorläufig von sittlichen Bedenken ganz absehen, so machen sich doch starke praktische und zwar sowohl innerpolitische wie äußerpolitische Bedenken dagegen geltend.

Man kann sich Eroberungen oder Annexionen, wenn wir dieses Wort im weiteren Sinne gebrauchen, in zweierlei Weise denken: entweder als Einverleibung in das Deutsche Reich und vielleicht auch einen einzelnen Bundesstaat oder als eine losere Angliederung, die aber immer eine Unterwerfung unter den eigenen Staatswillen sein würde. In beiden Fällen muß man fragen, ob das Reich die Eroberung verdauen, d. h. ob es sich das fremde Land so aneignen könnte, daß der Vorteil der Angliederung größer wäre als der daraus entspringende Schade und die damit verbundene Gefahr. Der wirklichen Einverleibung gegenüber muß man vorsichtig sein, weil sie in

das bisher in der Hauptsache national deutsche Reich eine große Zahl fremder Bürger und Wähler bringen würde, deren nationale oder auch staatsbürgerliche Verschmelzung zum mindesten unwahrscheinlich ist. Aber auch bei jeder Form loserer Angliederung wird man sich fragen müssen, ob sich das unterworfene Volk darein fügen, und ob nicht der innere Widerstand, den es leistet, die erstrebten Vorteile aufheben wird. Diese Frage wird bei den Gebieten, um die es sich handelt, im einzelnen zu erörtern sein; aber das läßt sich ganz allgemein aussprechen, daß bei dem ausgebildeten Nationalbewußtsein der Gegenwart die inneren Schwierigkeiten von Eroberungen und Gebietsabtretungen viel größer sind, als sie in früherer Zeit waren. Wenigstens von dem Gedanken der Einverleibung in das Reich sind darum auch schon viele abgerückt, die anfangs damit geliebäugelt hatten; die Absichten gehen heute mehr auf andere Formen der Angliederung und Unterwerfung.

Jede Eroberung und Annexion beeinflußt auch das Verhältnis zu den anderen Staaten und damit die äußere Politik. Hierfür macht es wenig Unterschied aus, ob sie in der Form der Einverleibung oder anderer Angliederung geschieht; denn der Zweck und Erfolg jeder Annexion ist die Verminderung der fremden und Vermehrung der eigenen Macht. Es kann Annexionen geben, die von dem amputierten Staate wenig empfunden werden, weil das abgetrennte Glied nur lose am Körper hing und keinen großen Ertrag brachte. So hat sich Österreich mit der Abtretung der Lombardei und Veneziens an Italien ziemlich leicht abgefunden. Ebenso die Türkei mit dem Verluste fast aller europäischer Länder. Ja, in beiden Fällen kann man wohl sagen, daß die Abtrennung, wie es ja auch bei chirurgischen Operationen der Fall sein kann, für das Staatsganze eher vorteilhaft als schädlich gewesen ist. Dagegen steht Elsaß-Lothringen noch heute zwischen uns und Frankreich, obgleich es nach seiner Lage und nach der nationalen Zusammensetzung seiner Bevölkerung viel eher bei jenem als bei uns ein Fremdkörper war. Wir haben es damals genommen und müßten es, trotz unserer Kenntnis der politischen Folgen, in der gleichen Lage von neuem nehmen, weil es zum größten Teile

deutsches Land ist und weil ohne es die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet ist; aber dieses Beispiel lehrt, daß jede Annexion sorgfältig auf ihre Wirkungen hin geprüft werden muß. Auch unsere Annexionisten motivieren die von ihnen geplanten Eroberungen mit Rücksichten der Verteidigung: wir müßten uns starke Verteidigungsstellungen schaffen, um künftighin gegen solche Überfälle wie im jetzigen Kriege gewappnet zu sein. Aber jede Verteidigungsstellung ist zugleich eine Angriffsstellung, die Gegner empfinden sie als solche und wehren sich nach Möglichkeit gegen sie. Darum hat der auf den ersten Blick so einleuchtende Gedanke seine Kehrseite. Man muß sich in jedem Falle fragen, welchen Wert das Gebiet für uns und welches für den Gegner hat, ob dieser den Verlust mehr oder weniger leicht ertragen wird und ob der Gewinn die dauernde Feindschaft aufwiegt, die daraus entspringen kann und uns einen dauernden Verteidigungszustand auferlegt. Unter Umständen muß man diese Nachteile und Gefahren in den Kauf nehmen; aber man darf sie nicht von vornherein in den Wind schlagen. Man darf nicht vergessen, daß eine Annexion meist der künftigen Versöhnung im Wege steht. Unbedingte Sicherheit und die Hoffnung auf Versöhnung müssen gegen einander ausgeglichen werden. Nur ein dringendes Lebensinteresse kann eine Annexion politisch rechtfertigen; bloß der eine oder andere militärische oder wirtschaftliche Vorteil, den wir daraus ziehen, genügt dazu nicht. Gerade hier scheiden sich die Geister der Annexionspolitiker schlechthin und derjenigen, die auch andere Gründe mitsprechen lassen.

Rücksichtslose Eroberungspolitik würde eine vollkommene Wendung unserer Politik bedeuten und den verleumderischen Vorwürfen, die unsere Feinde gegen die deutsche Politik richten, nachträglich Recht geben. Die deutsche Politik hat sich bisher immer, unter allen Reichskanzlern, so verschiedene Politik sie sonst getrieben haben, durch Mäßigung ausgezeichnet und im Gegensatze zu der umfassenden, mehr oder weniger auf Weltherrschaft gerichteten Eroberungspolitik Englands und Rußlands immer nur nach gleichem Rechte und nach gleicher Macht mit den anderen gestrebt. Gerade die weitgehenden

Eroberungspläne der Alldeutschen sind ja der Grund gewesen, warum sich unsere Reichskanzler, Bülow ebenso wie Bethmann-Hollweg und dem Sinne nach auch schon Bismarck, immer scharf gegen sie und ihre Gesinnungsgenossen gewandt haben, und warum wir anderen deren Treiben für unheilvoll halten. Es wäre ein Unglück für Deutschland, wenn ein Reichskanzler diese Bestrebungen zur Richtschnur seiner Politik machen wollte. Eine ausgesprochene Machtpolitik, die uns, wenn sie erfolgreich wäre, über alle anderen Völker hinaufführte, an Stelle des Gleichgewichtes der Macht die deutsche Übermacht setzte, würde alle anderen Völker gegen uns auf den Plan rufen; sie fürchteten schon bisher, wie auch aus ernsten politischen Schriften herausklingt, die deutsche Macht, die sich dann in diesem Kriege so wundervoll bewährt hat — das ist sicher ein Grund der allgemeinen Feindschaft gegen uns, hat wohl auch dazu beigetragen, die Vereinigten Staaten auf den Plan zu locken. Wenn wir diese Macht jetzt wirklich gebrauchen würden, um uns eine Übermacht zu schaffen, so würden sie sich alle, besser vorbereitet, von neuem gegen uns kehren, und dieses allgemeinen Ansturmes würden wir uns nicht erwehren können. Das Reich Napoleons ist der letzte Versuch einer Herrschaft über den europäischen Kontinent gewesen, und er ist zusammengebrochen. Heute ist ein solcher Versuch ein Unding; er würde uns in den Abgrund ziehen. Auch wenn wir einen noch so glänzenden Sieg erfechten, müssen wir in seiner Ausnützung Maß halten, weil wir sonst die schwersten Gefahren für unser nationales Leben heraufbeschwören.

Ich glaube auch — und trotz des ironischen Lächelns, das dieser Glaube auf die Lippen vieler Leser bringen wird, scheue ich mich nicht, ihn auszusprechen —, daß die Sittlichkeit in der Politik eine größere Rolle spielt, als ihr jetzt oft zugestanden wird, und daß alle politischen Handlungen auch vom Standpunkte der Sittlichkeit aus beurteilt werden müssen. Nur darf man dabei nicht von der Individualethik, namentlich nicht von der gewöhnlichen, aus der Bergpredigt erwachsenen Individualethik, ausgehen, sondern muß zur Richtschnur eine allerdings noch wenig ausgebildete Völkerethik nehmen, die das Wohl und den Fortschritt der Menschheit zum Maßstabe der sitt-

lichen Beurteilung nimmt. Es besteht da wieder ein merkwürdiger Unterschied zwischen den Engländern und uns. Die englische Politik ist tatsächlich fast reine Machtpolitik; aber die Engländer hüllen diese in den Mantel der Sittlichkeit. Unsere Politik ist in viel höherem Maße sittlich; aber eine starke Partei unserer politischen Schriftsteller predigt die Ungültigkeit sittlicher Regeln für die Politik und posaunt die Machtpolitik in die Welt hinaus. Darum gelten bei der ganzen Welt, die sich ihr Urteil viel mehr auf Grund der Worte als der Handlungen bildet, nicht die Engländer, sondern wir als die Vertreter einer unsittlichen Machtpolitik; dadurch hat sich die Sympathie vieler Neutraler von uns abgewandt. Ich bin mein Leben lang für Ehrlichkeit gewesen; aber Sünden zu predigen, die man gar nicht begeht, erscheint mir nicht als Ehrlichkeit, sondern als Torheit.

Der Maßstab der Sittlichkeit muß auch an den Friedensschluß angelegt werden. Er darf nicht vom Gedanken des Hasses und der Rache — „die Rache ist mein, spricht der Herr"; durch diesen Spruch soll schon Bismarck den alten Kaiser Wilhelm für den milden Nikolsburger Frieden gewonnen haben —, sondern muß von vernünftigen Überlegungen getragen sein. Diese müssen in erster Linie das Wohl der eigenen Nation im Auge haben, weil ein gesundes Streben, sich selbst zu bewahren und durchzusetzen, im Völkerleben noch wichtiger als im Leben der einzelnen ist; aber sie dürfen sich nicht auf einen möglichst großen augenblicklichen Vorteil, sondern auf das dauernde Wohl richten. Sie dürfen auch nie außer Acht lassen, daß wir nur ein Teil der Menschheit sind, daß hinter dem Fortschritte und Gedeihen des eigenen Volkes der Fortschritt und das Gedeihen der Menschheit stehen, und daß wir darum, soweit es geht, alles vermeiden müssen, was der Menschheit dauernd schadet. Im einzelnen ist das oft schwer zu beurteilen; aber als allgemeine Regel wird man aufstellen können, daß nur Maßregeln, die von eigenen Lebensnotwendigkeiten diktiert werden oder die der Kultur dienen, gerechtfertigt, daß dagegen Maßregeln, die nur die Schädigung des Feindes bezwecken, sittlich zu verurteilen sind. Der Friede muß einen neuen sittlich begründeten

Rechtszustand schaffen, der wohl aus den neuen Machtverhältnissen hervorgeht, aber in dem sich die Macht mit der Billigkeit vermählt. Er darf keinen neuen Krieg heraufbeschwören; denn die Wunden, die der moderne Krieg schlägt, sind so entsetzlich, daß man alles daran setzen muß, die Wiederkehr einer solchen ungeheueren Katastrophe zu verhüten.

So ergibt sich uns aus der Kritik der beiden entgegengesetzten Standpunkte, einerseits des pazifistischen Verzichtfriedens, andererseits des imperialistischen Macht- oder Gewaltfriedens, der Weg, den wir gehen müssen. Der Friede darf nicht den früheren Zustand wiederherstellen, mit dem auch die alten Gegensätze und Zusammenstöße wiederkehren würden, sondern muß dem Umstande Rechnung tragen, daß die Kriege Faktoren und zwar vielleicht die wichtigsten Faktoren im Gange der menschlichen Entwicklung sind, daß sie aus dem Widerspruche zwischen innerer Kraft und äußerem Besitz entstehen und daß ihre geschichtliche Aufgabe darin besteht, diesen Widerspruch zu beseitigen. Der Friede muß und wird aus einer klaren Auffassung unserer und unserer Bundesgenossen Lebensnotwendigkeiten hervorgehen und sie gegen die Feinde durchsetzen. Aber um dauerhaft und sittlich zu sein, darf er nicht bloß auf die eigene Macht begründet, sondern muß er auch den Lebensnotwendigkeiten der Feinde gerecht werden. Er darf nicht die Keime eines neuen Krieges in sich tragen; er darf kein Machtfriede, der ein Frevel an uns und der Menschheit wäre, sondern muß ein Friede des Ausgleichs und der Gerechtigkeit, muß ein Vernunftfriede sein.

Die letzte Ursache des Weltkrieges liegt, wie wir gesehen haben, darin, daß das deutsche Volk, dank dem großen, durch den Dampf bewirkten Umschwung im Verhältnisse des Menschen zur Erde, die Periode des Niederganges und des Elends, daß es auch die Zeit lediglich geistiger Vertiefung überwunden und sich in einem politisch und wirtschaftlich starken Reiche zusammengeschlossen hat, daß dieses Reich durch sein Dasein und durch seinen Anspruch auf gleichberechtigten Anteil an den Schätzen der Welt den anderen unbequem wurde und ihnen als Störenfried erschien. Darum haben sich alle,

alte Gegensätze begrabend, gegen das Deutsche Reich zusammengeschlossen, haben es eingekreist und schließlich mit Krieg überzogen. Der Krieg wird über unsere Größe und unser Recht an der Welt und zugleich über den Fortbestand unserer beiden Bundesgenossen, Österreich-Ungarns und der Türkei, und die Größe des dritten, Bulgariens, entscheiden. Oder wir dürfen wohl schon sagen, er hat darüber und zwar in dem Sinne entschieden, daß der Angriff der Feinde gescheitert ist, daß wir uns gegen sie durchsetzen, ein starkes Reich bleiben und Freiheit der Betätigung in der Welt erringen, daß Österreich-Ungarn und die Türkei ihr Leben behaupten und Bulgarien seine nationalen Ansprüche erreicht. Die Aufgabe der Friedensunterhandlungen wird darin bestehen, für dieses große Ergebnis die Form zu finden und dadurch einen festen Grund für unsere Sicherheit und Größe zu legen.

Die Völker sind durch diesen Krieg so sehr in eine Atmosphäre der Feindschaft eingetaucht, der scheußliche Charakter, den die Feinde der Kriegführung vom ersten Anfange an gegeben haben, namentlich die Mobilisierung der Schwarzen und der Versuch, das deutsche Volk auszuhungern und deutsches Leben und deutsche Interessen überall in der Welt zu zerstören, und der dadurch hervorgerufene Unterseebootkrieg haben eine solche Glut des Hasses bei allen Völkern erzeugt, daß er auch nach dem Kriege noch lange fortbestehen und freundliche Beziehungen verhindern wird. Aber wenn wir uns diesem Gefühle des Hasses ganz hingäben, schnitten wir uns ins eigene Fleisch; wir müßten den Haß mit ewiger Rüstung und vielen Schäden bezahlen. Wir müssen vielmehr an spätere Versöhnung denken und uns darum schon bei den Friedensverhandlungen vom Geiste der Versöhnlichkeit leiten lassen, vermeiden, was Versöhnung unmöglich macht. Wir müssen wünschen, daß einmal wieder eine Zeit des Verkehres der Völker und der gemeinsamen Arbeit an der Kultur kommen wird, und müssen darum schon beim Friedensschlusse am Wiederaufbau der Verträge und des Völkerrechtes arbeiten.

III.

Deutschlands Lebensinteressen.

Jede vernünftige Überlegung über unsere Friedensziele muß von unseren Lebensinteressen, den Bedürfnissen und Notwendigkeiten unseres Lebens ausgehen; denn wir dürfen nicht auf das Geratewohl nehmen, was wir bekommen können, sondern nur das fordern und durchzusetzen suchen, was für unser Volksleben ein wirkliches Bedürfnis darstellt, dafür notwendig ist. In gewöhnlichen Zeiten nimmt man die Forderungen des Volkslebens fast unbewußt hin, sie ergeben sich als einfache Folge aus den Verhältnissen; in Einrichtungen sowohl wie in Gedanken knüpft die Zukunft unmittelbar an die Vergangenheit an. Der Krieg aber hat unser ganzes Leben unterbrochen. Unsere Schiffahrt, unsere Kolonien, unser auswärtiger Handel sind zum größten Teile zerstört, und im Inneren haben sich Leben und Volkswirtschaft vollkommen umgebildet. Wir haben furchtbare Verluste an Menschenleben erlitten, die wir erst in einer langen Reihe von Jahren einigermaßen wieder einbringen können, unser Kapital hat sich sehr vermindert, und im besonderen sind die Staatsfinanzen durch die riesigen Kriegsanleihen ganz in Unordnung geraten, so daß nur wirtschaftliche Maßregeln durchgreifendster Art, wahrscheinlich große Monopole, sie einigermaßen wieder in Ordnung bringen können; manche unserer Lebenseinrichtungen haben sich wenigstens in der bisherigen Form als nicht haltbar erwiesen. Wir müssen unser Leben von neuem aufbauen. Bei dieser Lage der Dinge aber erhebt sich natürlich die Frage, ob wir das Gebäude ähnlich dem alten zerstörten Gebäude oder vielmehr in einem ganz anderen Stile aufbauen wollen. Und diese Fragen müssen wir uns vorlegen und beantworten, ehe wir in die Friedensverhandlungen hineingehen;

denn je nach der Antwort müssen wir einen anderen Frieden schließen, müssen wir andere Forderungen an unsere Feinde stellen, können wir ihnen andere Zugeständnisse machen.

1. Das deutsche Volksgebiet.

Bei der großen Rolle, die heute das Nationaliätsprinzip spielt, könnte die Einbeziehung des ganzen deutschen Volksgebietes in das Deutsche Reich als unsere erste Forderung gelten. Kein anderes Volk in Europa hat eine so große Irredenta, d. h. so große Teile des Volkes außerhalb der Grenzen des Staates, dem der Hauptteil des Volkes angehört, wie gerade das deutsche. Schon im Laufe des Mittelalters und der früheren Neuzeit waren große Teile des deutschen Volkes aus dem Deutschen Reiche ausgeschieden. Der Untergang des Deutschen Bundes und die Begründung des neuen Deutschen Reiches hatten das Ausscheiden der vielen Millionen Deutschen Österreichs zur Folge. So sehen wir heute, daß den beinahe 60 Millionen Deutschen im Deutschen Reiche 12 Millionen in Österreich-Ungarn und reichlich 2,5 Millionen in der Schweiz, mehrere Hunderttausende in den baltischen Provinzen gegenüberstehen, wozu noch etwa 2 Millionen, die über Rußland, und eine nicht zu bestimmende Zahl von Millionen kommen, die über die ganze Erde verstreut sind. Im weiteren Sinne müßten auch die 6 Millionen Holländer und die 3,25 Millionen Flamen dazu gerechnet werden, die ursprünglich auch Deutsche waren, aber durch Ausbildung ihrer Dialekte zu Schriftsprachen mit eigenem sprachlichem Leben und eigener Literatur und Kultur zu besonderen Völkern geworden sind. Aber wenn es auch unser heiliges Streben sein muß, einen engeren geistigen Zusammenhang aller außerhalb des Reiches lebenden Deutschen mit uns Reichsdeutschen aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen, und wenn wohl auch hier und da noch der Wunsch nach staatlicher Einigung besteht, so kann doch von einer starken daraufhin gerichteten Bewegung des deutschen Volkes nicht die Rede sein. In der staatlichen Politik hat dieser Gedanke nie eine Rolle gespielt; ja man muß eher sagen, daß diese die Lebensfragen

des auswärtigen Deutschtums politischen Bedenken oft zu sehr geopfert hat. Diejenigen Deutschen in Österreich, die sich aus ihrer nationalen Not heraus nach dem Zusammenschluß mit uns sehnen, werden diese Sehnsucht begraben müssen, die Schweizer, Holländer und Flamen brauchen keine Angst vor einer aufgezwungenen staatlichen Vereinigung mit Deutschland zu haben. Auch Brasilien und Chile brauchen nicht zu besorgen, daß wir uns die dortigen deutschen Siedelungsgebiete staatlich aneignen wollten; nur einzelne unbedachte Schreier haben diese Forderung erhoben. Das einzige Land, für das das völkische Motiv als ein Motiv der Vereinigung geltend gemacht worden ist, das man wohl als eine deutsche Irredenta bezeichnet hat, ist das Baltenland. Die deutschen Balten haben jetzt im Kriege die Vereinigung mit dem Deutschen Reiche laut gefordert und durch die Kraft ihres Wortes einen großen Teil des deutschen Volkes mitgerissen, so daß er in der Gewinnung des alten deutschen Koloniallandes eine der wichtigsten Forderungen eines guten Friedens sieht. Aber gerade das Baltenland kann man nur in sehr beschränktem Sinne als deutsches Land bezeichnen: die Deutschen, etwa zweimalhunderttausend an Zahl, machen nur die Oberschicht der Bevölkerung aus, während deren Hauptmasse aus Letten und Esten besteht, bei denen in den letzten Jahrzehnten ein ziemlich starkes Nationalgefühl erwacht ist. So sehr wir wünschen und uns dafür einsetzen müssen, daß das Deutschtum, das sich mit so bewunderungswürdiger Kraft erhalten und die deutsche Kultur verbreitet hat, dort auch ferner erhalten bleibt, so werden wir doch das völkische Motiv nur in beschränktem Sinne für die Angliederung des Baltenlandes ans Deutsche Reich geltend machen können.

Wenn wir darauf verzichten, die deutschen Volksgebiete außerhalb des Reiches an dieses anzugliedern, weil wir deren besondere Lebensinteressen achten, so müssen wir uns andererseits dagegen verwahren, daß Irredentabestrebungen gegen uns geltend gemacht werden. Das Deutsche Reich ist im ganzen betrachtet ein Nationalstaat und will das auch bleiben; wir wollen keine neuen Fremdvölker darin aufnehmen, weil es dadurch innerlich mehr geschwächt als ge-

kräftigt werden würde. Aber es schließt auch 3,5 Millionen Polen und einige hunderttausend Dänen und Franzosen ein, weil die geographischen Gründe hier stärker als die völkischen sind: ohne Posen würde Preußen und damit die Ostflanke des Deutschen Reiches zu sehr auseinanderfallen, das französische Lothringen mit Metz ist die notwendige Deckung für das Saar- und Moselgebiet. Der östliche Teil Lothringens und das Elsaß mit Ausnahme einiger Talwinkel sind auch im völkischen Sinne deutsch und werden von Frankreich mit Unrecht als französisch angesprochen.

2. Die Sicherheit des Reichsgebietes.

Ein viel wichtigeres Lebensgebot und darum eine viel wichtigere Erwägung für den Frieden als das völkische Motiv ist die Sicherheit unseres Reichsgebietes gegen feindliche Angriffe. Diese Forderung erschöpft in keiner Weise das, worauf es uns ankommt; aber da es, trotz der dahin gerichteten ernstlichen Bestrebungen, vermessen wäre, für die Zukunft mit einem ewigen Frieden zu rechnen, so ist es die elementarste Forderung. Zuerst muß unser eigentliches Wohngebiet sicher gestellt sein, ehe wir an etwas anderes denken können; wenn der Feind im Stande ist, sich großer wertvoller Stücke des Reichsgebietes zu bemächtigen, womöglich bis in dessen Herz hineinzudringen, so würden uns unser wirtschaftliches Gedeihen und aller Besitz außerhalb nichts nützen. Insofern haben die Kontinentalpolitiker Recht. Aber — das muß noch einmal stark betont werden — diese Sicherheit des Reichsgebietes ist nur eine untere Grenze unserer Forderungen; denn wenn wir durch den Frieden auf unser heutiges oder selbst ein erweitertes Reichsgebiet beschränkt würden und aller Betätigung draußen in der Welt entsagen müßten, so würde, wie in einem folgenden Abschnitte dieses Kapitels ausgeführt werden wird, unsere heutige Bevölkerung nicht mehr lebensfähig sein; denn ein sehr großer, etwa auf 15 bis 20 Millionen zu schätzender Teil des deutschen Volkes gewinnt seinen Lebensunterhalt durch wirtschaftliche Beziehungen zum Auslande.

Für die Sicherheit des Reichsgebietes kommen verschiedene Dinge in Betracht.

Das erstere Erfordernis ist möglichste Deckung unserer Flanken durch eine geeignete Politik. Die große Gefahr ist die Einkreisung nicht nur im politischen, sondern auch im militärischen Sinne, d. h. der von allen Seiten erfolgende Angriff; sie ist für uns wegen unserer zentralen Lage viel größer als für andere europäische Staaten, die immer wenigstens den Rücken frei haben. Diese Gefahr müssen wir nach Möglichkeit zu vermindern suchen. Am besten würde das natürlich erreicht, wenn wir das feindliche Bündnis sprengen und durch ein Bündnis mit Frankreich, wozu aber nicht die leiseste Hoffnung vorhanden ist, oder, was eher möglich wäre, mit Rußland eine Flanke frei bekommen und dadurch die Gefahr eines neuen Zweifrontenkrieges vermeiden könnten. Aber wie die Dinge liegen, ist es mir fraglich — ich werde die Frage in einem späteren Kapitel erörtern —, ob wir uns bei den Friedensverhandlungen durch diesen Gedanken beeinflussen lassen dürfen. Auch die Frage unseres Verhältnisses zu den drei skandinavischen Staaten, das ja gleichfalls für die Durchführung einer militärischen Einkreisung von Bedeutung ist, spielt in die Friedensverhandlungen nur wenig oder nur mittelbar hinein und braucht darum hier nicht erörtert zu werden. Praktisch kommt es für die politische Deckung unserer Flanken hauptsächlich auf die Aufrechterhaltung und womöglich Verstärkung unseres Bündnisses mit Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei an. Man denke sich einmal Österreich-Ungarn auf der Seite unserer Feinde, wie es im 70er Kriege möglich erschien; man braucht ja nur einen Blick auf die Karte zu werfen und die lange, stark gewundene, an vielen Stellen ganz offene Grenze zu betrachten, um die furchtbare Gefahr zu würdigen, die uns daraus entspränge. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn war eine politisch-militärische Notwendigkeit für uns und bleibt es. Aber auch bei diesem Bündnisse bestand noch die Gefahr einer Einkreisung im Süden und Südosten. Wenn außer Serbien auch Italien und Rumänien sofort in den Krieg eingetreten wären, so wäre die Einkreisung ziemlich vollzogen gewesen. Wirk-

lich durchbrochen haben wir sie erst durch die Eroberung Serbiens. Erst dadurch war die Gefahr, daß sich die Westmächte und Rußland hier die Hände reichten, mehr oder weniger beseitigt und die Verbindung mit Bulgarien und der Türkei hergestellt, die Gefahr der Überwältigung der Türkei abgewandt. Ein Hauptaugenmerk unserer Politik für die Zukunft wird es daher sein müssen, der Wiederholung der Gefahr der Einkreisung auf unserer und Österreich-Ungarns Südflanke vorzubeugen. Ob eine Verständigung mit Italien, die uns und namentlich Österreich-Ungarn sehr entlasten würde, im Bereiche der Möglichkeit liegt, ist vorläufig sehr zweifelhaft. Aber Serbien und Rumänien oder wenigstens die Walachei müssen unter allen Umständen verhindert werden, wieder feindlich gegen uns aufzutreten, und das Bündnis mit Bulgarien und der Türkei muß aufrecht erhalten bleiben. Das ist ebensosehr eine militärische wie eine wirtschaftliche Forderung; und wenn dieses Bündnis auch keinen Bestandteil der Friedensverhandlungen bildet, so ist es für diese insofern von großer Bedeutung, als wir darum die Interessen der beiden Staaten ebenso wie die eigenen im Auge haben müssen.

Das zweite Erfordernis für die Sicherheit des Reichsgebietes ist die möglichst gute militärische Ausbildung der Grenzen, die unseren möglichen Feinden zugekehrt sind, also, wie die Dinge liegen und in absehbarer Zeit liegen werden, unserer Küsten und unserer West- und unserer Ostgrenze. Der schwerste frühere Mangel unserer Küste ist durch den Erwerb Helgolands 1890 beseitigt worden. Aber es wird als eine große strategische Ungunst unserer Nordseeküste beklagt, daß sie zu schmal sei und nur einen Kriegshafen im innersten Winkel habe; das ist ja einer der Gründe, die für den Erwerb der flandrischen Küste angeführt werden. Auch unsere jetzigen Landgrenzen haben sich in mancher Beziehung ungünstig erwiesen. Der schwerste Nachteil bestand in der vorgeschobenen Lage Polens, von dem aus die Russen sowohl Preußen wie Galizien flankierten; aber auch abgesehen davon lagen Preußen und Galizien offen da. Auf unserer Westfront gewährte der Besitz Belforts und die leichte Zugänglichkeit des Vogesenkammes von der Westseite her den Fran-

zosen die Möglichkeit, in das Elsaß einzudringen. Die starke Bedrohung des rheinischen und westfälischen Industriegebietes von Belgien her haben wir nur durch unseren schnellen Einmarsch in Belgien beseitigt. Ein kommender Krieg würde sich, wenn keine Änderung erfolgt, wahrscheinlich an der Grenze abspielen und kaum ohne Schädigung des rheinisch-westfälischen Gebietes verlaufen. Aus diesen und ähnlichen Gründen werden von unseren Militärs sowohl an der West- wie an der Ostfront Verschiebungen der Grenze gefordert. Aber leider wird die Politik bei diesen Forderungen viel Wasser in den Wein gießen müssen. Nur in Ausnahmefällen wird sich die militärisch beste Grenze durchsetzen lassen, ja überhaupt als Forderung ausgesprochen werden dürfen; man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß sich Bismarck die militärischen Forderungen durchaus nicht immer zu eigen gemacht hat. Wir können die Westgrenze namentlich an der burgundischen Pforte und in den Vogesen schon deshalb nicht so ziehen, wie wir es am Anfange des Krieges träumten, weil wir im Kriege dahinter zurückgeblieben sind. Und die militärischen Wünsche müssen immer an politischen Überlegungen verschiedener Art geprüft werden. Man kann den Begriff der Sicherung nicht so weit ausdehnen, wie es geschieht, wenn man die Eroberung großer Landstriche fordert, um vor dem heutigen Reichsgebiet ein Glacis zu gewinnen. Eigentliche Glacisstellungen, die nur die Aufgabe der Deckung haben, sind in dicht bevölkerten Kulturländern nur vorübergehend im Kriege, nicht aber auf die Dauer möglich; wenn wir ein Fremdland, sagen wir Belgien, in unsere Gewalt bringen, so übernehmen wir damit die Verpflichtung, es gegen Feinde zu schützen, und die Frage der Sicherung erhebt sich von neuem. Jede Verteidigungsstellung, die wir uns schaffen, wird aber zugleich eine Angriffsstellung und wird von den Feinden als solche empfunden, erregt bei ihnen den Trieb der Abwehr. Ich will damit keineswegs sagen, daß der militärische Gesichtspunkt überhaupt nicht in Betracht käme — im Gegenteil glaube ich, daß er an mehreren Stellen durchschlagend sein muß; aber in anderen Fällen wird er nicht oder nur gemildert durchgeführt werden können. Bei der Behandlung der Friedensverträge mit den ver-

schiedenen Ländern werden wir darüber im einzelnen zu sprechen haben.

Das dritte Erfordernis für die Sicherheit des Reichsgebietes ist militärische Macht. Wir müssen auch künftighin ein Heer und eine Flotte haben, die mit den Heeren und Flotten unserer Bundesgenossen zusammen den Heeren und Flotten unserer möglichen Gegner gewachsen sind, wobei natürlich unsere ganze Politik darauf gerichtet sein muß, es nicht wieder zu einer solchen Anhäufung der Feindschaft wie in diesem Kriege kommen zu lassen. Das ist ja das uns durch unsere zentrale Lage auferlegte Los, daß wir immer auf einen Zweifrontenkrieg gefaßt sein und uns stark machen müssen, um von den Feinden nicht erdrückt zu werden. Im Kriege hat eine gewisse Reaktion gegen die Flotte eingesetzt; aber General von Freytag-Loringhoven hebt mit Recht hervor, daß gerade der Krieg, besonders durch den Unterseebootkrieg, die Unentbehrlichkeit der Flotte unwiderleglich bewiesen habe. Welcher Art unsere militärische Macht sein muß, ist Sache der Fachleute; man kann für ihre Größe auch keine bestimmten Zahlen angeben, ja es kommt grundsätzlich überhaupt nicht auf die absolute Größe unseres Heeres und unserer Flotte, sondern auf ihr Stärkeverhältnis zu Heer und Flotte der anderen Mächte an. Die Forderung steht nicht im Widerspruche zu dem in der Papstnote und in unserer Antwort auf sie ausgesprochenen Gedanken allgemeiner Abrüstung. Wenn man eine Formel findet, um diesen Gedanken wirklich gerecht durchzuführen, so kann unsere Rüstung viel niedriger gehalten werden, als es sonst der Fall ist.

Für die militärische Macht handelt es sich aber nicht nur um die Zahl und Tüchtigkeit der Soldaten, Kanonen, Kriegsschiffe usw., sondern auch um die Möglichkeit der genügenden Beschaffung von Waffen und Munition und um die genügende Ernährung auch während eines langen Krieges. Wenn uns die Rohstoffe der Bewaffnung, dieses Wort im weitesten Sinne genommen, oder auch die Möglichkeiten ihrer Verarbeitung fehlen, oder wenn das deutsche Volk ausgehungert werden kann, so sind wir trotz der Stärke und Tüchtigkeit unseres Heeres verloren. Diese Gefahr ist im jetzigen

Kriege zweifellos ziemlich groß gewesen; wir hatten sie vor dem Kriege nicht genügend erkannt und keine genügende Vorsorge dagegen getroffen; nur dank der unglaublichen Tüchtigkeit unseres Volkes zusammen mit einigen glücklichen Zufällen ist es während des Krieges gelungen, sie zu überwinden. In Zukunft müssen wir der Gefahr von vornherein so begegnen, daß sie überhaupt nicht erst eine Gefahr wird. Wir müssen unser heimisches Nähr- und überhaupt Versorgungsgebiet so ausbauen, daß es im Notfalle ausreicht. In diesem Kriege ist das nur dadurch der Fall gewesen, daß wir uns gleich anfangs wichtiger Produktionsgebiete, wie der Eisenerzgebiete von Briey und Longwy und der belgischen Kohlen- und Industriegebiete, bemächtigen konnten. Da sich diese Möglichkeit im Falle eines künftigen Krieges kaum wiederholen dürfte, müssen wir darauf bedacht sein, uns schon durch den Frieden in dieser Beziehung sicherzustellen.

3. Der heimische Lebensraum.

So läuft die Forderung nach militärischer Sicherheit des Reichsgebietes in die Forderung nach einem genügenden heimischen Lebensraum aus. Dieser braucht zwar nicht auf die Dauer auszureichen, um das deutsche Volk mit Nahrung und allen übrigen Lebensbedürfnissen zu versehen und ihm die Entfaltung seiner Kräfte zu gewähren; denn das ist nach unserer Auffassung im Gegensatze zur Auffassung unserer Kontinentalpolitiker eine Unmöglichkeit, weil das deutsche Volk längst über den heimischen Lebensraum hinausgewachsen ist und einen beträchtlichen Teil seiner Nahrung und seiner Bedürfnisse aus dem Auslande beziehen muß, und weil es der übrigen Welt auch bedarf, um einen genügenden Spielraum zur Entfaltung seiner Kräfte zu haben. Wohl aber muß er ausreichen, um im Notfalle, d. h. wenn wir durch böswillige Feinde von der Außenwelt abgesperrt werden, unser Leben für eine Anzahl von Jahren zu fristen.

Wenn wir das Problem in dieser Weise stellen, daß der heimische Lebensraum nur für begrenzte Zeit auszureichen braucht, so wird es wesentlich einfacher und leichter, als wenn er es auf die Dauer

müßte. Denn während in diesem Falle die durchschnittliche Erzeugung dem durchschnittlichen Verbrauche gleichzukommen hätte, kann sie in jenem Falle durch Vorräte ergänzt werden, die in Friedenszeiten angesammelt werden, um in der Kriegszeit zur Verwendung zu kommen. Die praktische Lösung dieses Problems wird also durch eine gute Vorratspolitik erleichtert: Nahrungsmittel und Rohstoffe werden auf Lager gelegt. Man hat darauf hingewiesen, daß wir noch einige Jahre vor dem Kriege viel größere Getreidevorräte im Lande hatten, daß sie dann aber durch eine zollpolitische Maßregel sehr vermindert worden seien. Das zeigt, daß die Ansammlung von Vorräten möglich ist. Aber natürlich hat sie bei vielen Dingen an der Haltbarkeit und auch am Kostenpunkte ihre Grenzen, und man muß daneben auf andere Mittel sinnen; die Vorratspolitik ist ein Beitrag zur Lösung dieses Problemes, aber nicht seine vollständige Lösung.

Wahrscheinlich wird sich die Produktion im Deutschen Reiche beträchtlich vermehren lassen. Es liegen doch immer noch beträchtliche Flächen als Moore und Riede oder auch als Wald und Busch brach, die als Ackerland oder Wiesen verwertbar sind. Auch die Intensität der Landwirtschaft kann vielfach noch gesteigert werden, wozu vielleicht die neue Gewinnung des Stickstoffes beitragen wird. Wir können, wie es im Kriege geschehen ist, manchen Bergbau wieder aufnehmen oder wenigstens alles für seine Wiederaufnahme bereit stellen, der im Frieden unter der ausländischen Konkurrenz liegen geblieben war. Sehr viel, vielleicht das meiste, läßt sich wohl auch durch eine bessere Organisation des inneren Austausches erreichen; namentlich muß der Partikularismus, nicht nur der Bundesstaaten, sondern sogar der Kreise und Kommunalverbände, der jetzt eine gerechte Verteilung verhindert und immer wieder zu Krähwinkeleien führt, gebrochen, der Gegensatz von Stadt und Land ausgeglichen werden. Aber das sind alles Dinge, die unmittelbar mit den Friedensverhandlungen nichts zu tun haben, und auf die darum hier nicht näher eingegangen zu werden braucht. Sie berühren den Frieden nur mittelbar, insofern je nach der Möglichkeit, unser Leben aus dem bis-

herigen Reichsgebiete zu fristen, das Bedürfnis nach dessen Erweiterung mehr oder weniger dringend ist.

Eine Verbesserung der Lage läßt sich auch aus dem Bündnisse mit Österreich-Ungarn, Bulgarien und hoffentlich auch den übrigen Balkanländern und der Türkei erhoffen, da sie nicht nur Überschuß an Erzeugnissen der Landwirtschaft haben und bei Fortschritten in der Bewirtschaftung noch viel mehr bekommen können, sondern auch manche wichtige Mineralschätze beherbergen. Aber in diesem Kriege haben nicht nur wir nichts oder doch nur sehr wenig aus Österreich-Ungarn, sondern sogar Österreich hat nichts aus Ungarn bekommen, das vielmehr seine Tür fest zugemacht hatte. Darum wird man sich hüten müssen, die Rechnung zu sehr auf Lieferungen aus den befreundeten Ländern aufzubauen, wenn es nicht gelingt, von vornherein bindende Verträge darüber zu schließen.

Es ist begreiflich, daß der Gedanke an eine Erweiterung des heimischen Lebensraumes bei allen Erwägungen über die Kriegsziele eine große Rolle spielt; denn zu dem Gedanken einer Sicherung für den Fall des Krieges und einer abermaligen Absperrung kommt ja der Gedanke hinzu, daß die Erweiterung des Lebensraumes auch für den Frieden eine Vermehrung der wirtschaftlichen Kraft bedeute und dieser auch im friedlichen Wettbewerbe der Völker größere Wucht verleihe. Die einen, die hauptsächlich unter dem Eindrucke des Mangels an Nahrungsmitteln stehen, denken dabei besonders an Gebiete, die Nahrungsmittel und zugleich auch landwirtschaftliche Rohstoffe über den Bedarf ihrer eigenen Bevölkerung hinaus erzeugen. Ihr Blick ist daher besonders nach der Ostseite gerichtet, wo zwar das dicht bevölkerte Polen nur geringe landwirtschaftliche Überschüsse hat, wohl aber Litauen und Kurland und überhaupt Baltenland, Weiß-Rußland, Wolhynien, Podolien schon jetzt Nahrungsmittel im Überflusse haben oder nach innerer Kolonisation und Verbesserungen der landwirtschaftlichen Methoden große Überschüsse liefern und zugleich Hunderttausende, ja Millionen deutscher Ansiedler aufnehmen können. Die Ausdehnung des deutschen Reichsgebietes oder wenigstens der deutschen Schutzherrschaft und damit

verbunden die möglichste Ausbreitung deutschen Volkstumes in dieser Richtung ist daher von einer starken Partei geradezu als das größte Ziel des Krieges ausgesprochen worden. Die anderen, namentlich die Industriellen des Westens, die gesehen haben, von wie großem Werte die lothringischen Eisenerze, die belgische Kohle und ihre Derivate sowie die belgischen Fabrikate in diesem Kriege für uns gewesen sind, und die auch eine klare Vorstellung davon haben, wie sehr diese Dinge bei Vereinigung mit uns unsere Wirtschaftskraft stärken, einen wie großen Wettbewerb sie uns im Falle der Trennung machen können, legen auf die Angliederung dieser bergbaulichen und industriellen Produktionsgebiete den größten Wert.

Aber gerade diese Erweiterungen des heimischen Lebensraumes im Osten und noch mehr im Westen stoßen auf die größten Schwierigkeiten, ihnen stellen sich die größten politischen Bedenken in den Weg: Bedenken der inneren Politik, mögen wir nur an Einverleibung oder an andersartige Angliederung denken, weil es sich mit der halben Ausnahme des Baltenlandes nur um Gebiete mit fremder und großenteils uns feindlicher oder wenigstens unfreundlich gesinnter Bevölkerung handelt, Bedenken der äußeren Politik, weil unsere Feinde uns diese Gebiete nicht gönnen und aus ihrer Einverleibung oder Angliederung eine zu große Verstärkung unserer Macht befürchten. Hierauf bezieht sich, viel mehr als auf etwaigen Kolonialerwerb, die Frage nach dem sittlichen Rechte und politischem Werte von Annexionen, der Streit der Machtpolitiker und der Versöhnungspolitiker. Wir werden im einzelnen prüfen müssen, wie weit es sich um Lebensnotwendigkeiten, wie weit bloß um Vorteile handelt, auf die wir auch verzichten können, ob uns die Forderungen daher gerechtfertigt erscheinen, und welchen Nachdruck wir hinter sie setzen wollen. Es ist jedenfalls eine Kurzsichtigkeit, wenn man nur diese Forderungen kennt und anerkennt, und es ist ein Frevel, wenn man nach ihrer Erfüllung das Ergebnis des Krieges überhaupt beurteilt und einen Krieg ohne den Gewinn Belgiens für verloren erklärt.

4. Selbstgenügsamkeit oder Weltbetätigung?

Bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts ist das deutsche Volk daheim geblieben. Während sich die Völker West-Europas seit dem sechzehnten Jahrhundert draußen betätigten und dadurch den Grund zu Reichtum und Macht legten, hatten wir nur eine Auswanderung, die uns verloren ging. Erst dann haben wir, zuerst nur schwach, in stärkerem Maße erst nach der Gründung des Deutschen Reiches, begonnen, Seeschiffahrt und überseeischen Handel zu treiben, die Erzeugnisse unserer Industrie draußen abzusetzen, Kolonien zu gründen, sind wir, kurz gesagt, in Weltverkehr, Weltwirtschaft und schließlich auch Weltpolitik eingetreten, und haben darin so große Fortschritte gemacht, daß wir die Engländer, die um 1870 noch ziemlich ein Monopol besessen hatten, in vieler Beziehung einholten. Damit bekam aber das Leben unseres Volkes einen ganz anderen Aufbau. Während die Bevölkerung des Deutschen Reiches um 1870 ungefähr 40 Millionen betrug, war sie vor dem Kriege auf beinahe 70 Millionen gestiegen, die sich nicht mehr aus dem heimischen Boden nährten, sondern durch die Arbeit, die sie für die Welt leisteten, die Einfuhr fremder Nahrungsmittel und Rohstoffe bezahlten. Die auf unserer Arbeit und dem Austausch der Erzeugnisse unserer Arbeit beruhende Weltwirtschaft war also nicht etwa eine Zutat, ein Luxus, sondern war ein notwendiger Bestandteil unseres Lebens geworden, die Grundlage unseres wachsenden Wohlstandes und unserer Macht, ja notwendig für die Ernährung unseres heranwachsenden Volkes. Deutschland war, wie man gesagt hat, ein Weltreich der Arbeit geworden, hatte sich durch seine Arbeit über die Ungunst der unmittelbaren natürlichen Lebensbedingungen erhoben.

Gegen diese neu errungene Weltstellung Deutschlands war, mehr als gegen etwas anderes, der Angriff unserer Feinde gerichtet. Wohl spielen in den Krieg auch Motive der europäischen Kontinentalpolitik hinein; aber sie allein wären nicht im Stande gewesen, ihn zu entfachen; seine eigentliche Ursache ist das gewaltige Wachstum des deutschen Volkes, das zu Hause nicht mehr sein Genüge fand, sondern in die

Welt hinaus strebte und, wie es die anderen Völker schon vorher getan hatten, aus ihr die Mittel zur Befriedigung seines Lebens gewinnen und Kraft saugen wollte. Dem neuen Wettbewerber in der Welt, der plötzlich zwischen die anderen trat und einen Platz an der Sonne haben wollte, gilt die Feindschaft; er sollte im Kriege niedergerungen und unschädlich gemacht werden. Seine Kolonien sollten ihm genommen, seine Schiffe von den Meeren verjagt, sein Handel ausgeschlossen, seine Industrie so geschwächt werden, daß sie den Wettbewerb draußen aufgeben müßten; jeder politischen Betätigung sollte ein Ende bereitet werden.

Es ist eine der eigentümlichsten und psychologisch merkwürdigsten Tatsachen und erscheint als ein ungeheuerer Treppenwitz der Geschichte, daß jetzt, nachdem der Angriff der Feinde mißglückt ist, in unserer Mitte in recht beträchtlicher Anzahl Männer aufstehen, die Weltwirtschaft und Weltpolitik als einen Übelstand hinstellen und Verzicht darauf predigen und vielmehr eine selbstgenügsame, autarke, Ausbildung der deutschen Volkswirtschaft und des deutschen Lebens überhaupt, oder, nach Fichtes Ausdruck, der heute wieder populär geworden ist, Rückbildung in den geschlossenen Handelsstaat fordern, die also gerade das aus freien Stücken zu tun raten, wozu uns die Feinde vergeblich zu zwingen gesucht haben. Der Grund dafür liegt in der Erfahrung des Krieges; denn die beinahe völlige, in diesem Maße nie erwartete Absperrung durch England und die Vernichtung des größten Teiles unserer überseeischen Betätigung müssen uns natürlich für die Zukunft bedenklich machen. Wollen wir uns dieser Gefahr von neuem aussetzen oder wollen wir nicht lieber von vornherein darauf verzichten und unser Leben so einrichten, daß wir das Ausland gar nicht oder doch nur nebenbei, als angenehme, aber nicht notwendige Ergänzung brauchen? Haben wir denn nicht unser Leben im Kriege aller Absperrung zum Trotz durchhalten können und werden wir das nicht auch im Frieden können, wenn wir es wirtschaftlich anders als bisher aufbauen? Ist denn nicht überhaupt nur die Ernährung und Versorgung aus dem heimischen Lebensraum natürlich, jede Versorgung von außen aber künstlich und darum verwerflich?

Freilich wäre es ein bitteres Gefühl, sich sagen zu müssen, daß das deutsche Volk Hunderttausende, ja Millionen von Menschenleben und Milliarden an Geld umsonst geopfert hätte; denn ein selbstgenügsames Deutschland hätten wir ohne Krieg haben können. Aber wenn wir auf diesem Wege Sicherheit für die Zukunft gewinnen und einen neuen entsetzlichen Krieg vermeiden, so müßten wir alle Bitterkeit hinunterschlucken und entschlossen den Weg betreten, den uns unsere Feinde nach unserer Besiegung zugedacht hatten, und den nun auch wir selbst als den besten erkennen.

Sind sich die Propheten einer solchen anderen deutschen Zukunft wirklich über das Ungeheure der Behauptung ganz klar, daß sich das deutsche Volk ein halbes Jahrhundert lang auf dem falschen Wege befunden habe und daß unsere Feinde ganz Recht gehabt hätten, uns auf den richtigen Weg zu weisen? Zweifellos kann die Politik im einzelnen irren, und es mag sein, daß eine andere Politik uns in mancher Beziehung besser hätte führen können; aber die Gesamtrichtung, die ein Volk einschlägt, hängt nicht vom Zufall und von persönlicher Willkür ab, sondern ergibt sich aus dem Wesen und den inneren Entwicklungstendenzen des Volkes, kann daher auch nicht willkürlich umgebogen werden. Wir sind ein Weltvolk geworden, weil wir nicht anders konnten, und müssen ein Weltvolk bleiben, weil wir auch heute nicht anders können.

Verzicht auf Weltwirtschaft, d. h. auf die durch unsere Ausfuhr und überhaupt wirtschaftliche Arbeit bezahlte Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen würde zunächst bedeuten, daß ein sehr großer Teil unseres Volkes, man kann schätzungsweise sagen 15 bis 20 Millionen, nicht mehr auf die bisherige Art und Weise ernährt werden könnte. Das haben ja auch die Erfahrungen des Krieges mit voller Deutlichkeit dargetan; nur in den ersten Monaten hat man sich darüber täuschen können. Obgleich wir mit ziemlich großen Vorräten jeder Art in den Krieg hineingegangen sind und auch manches hereinbekommen konnten, obgleich wir eine Anzahl von Stoffen, die wir bisher aus dem Auslande bezogen hatten, in bewunderungswürdiger Weise durch heimische Materialien, teilweise neue Erfin-

dungen, ersetzten, hat sich doch rechter Mangel bemerkbar gemacht und haben wir uns große Einschränkungen auferlegen müssen. Wenn wir uns den Zustand erzwungener oder freiwilliger Absperrung über den Krieg hinaus verlängert denken, so würde ohne jeden Zweifel eine starke Auswanderung und große Sterblichkeit die Folge sein. Nun läßt sich ja durch innere Kolonisation, durch verbesserte Bearbeitung des Bodens und durch neue Herstellungsmethoden die heimische Produktion noch erheblich steigern; aber daß sie in absehbarer Zeit ausreichen könnte, um unser Volk in seiner jetzigen Größe zu ernähren, ist sehr unwahrscheinlich, und für eine um Millionen gewachsene Bevölkerung — eine solche Vermehrung müssen wir doch erhoffen! — reicht die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands oder auch eines größeren Mittel-Europas nicht aus. Ob es uns unseren Bedarf an pflanzlichen und tierischen Rohstoffen liefern kann, mag dahingestellt bleiben; aber schon die genügende Erzeugung der für die Viehzucht nötigen Futtermittel, die bisher großenteils aus dem Auslande kamen, ist sehr zweifelhaft, und die Gewinnung der Wolle, deren wir für unsere Textilindustrie, oder der Häute, deren wir für unsere Lederindustrie bedürfen, erscheint aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen, weil deutsche Wolle nie in Wettbewerb mit der Wolle Australiens, Süd-Amerikas, Süd-Afrikas und auch Süd-Rußlands treten könnte. Nicht nur Kaffee, Tee, Kakao, Südfrüchte, die man zwar als Luxusbedürfnisse bezeichnen kann, die jedoch nun einmal Bestandteile unseres zivilisierten Lebens geworden sind, sondern auch so unentbehrliche Dinge wie Baumwolle, Sisalhanf und ähnliche Gespinststoffe, Kautschuk, Palmkerne und Palmöl usw. müssen in der Hauptsache aus tropischen und subtropischen Ländern eingeführt werden. Ebenso scheint unser Bedarf an vielen Mineralien, wie Gold, Silber, Kupfer, Zinn und manchen anderen, nur aus überseeischen Ländern gedeckt werden zu können. Für den Krieg können wir uns ja durch Vorratswirtschaft einigermaßen sicherstellen, wenngleich das nur ein Notbehelf ist und wir mit aller Kraft nach der Aufrechterhaltung unseres Bezuges aus dem Ausland auch im Kriege streben müssen; aber im Frieden müssen wir sie unter allen Um-

ständen, und zwar in recht erheblicher Menge, aus dem Auslande beziehen. Nur durch Teilnahme an der Weltwirtschaft lassen sich auch die Folgen von Mißernten ausgleichen und Hungersnöte vermeiden, wie sie früher unser Vaterland heimgesucht haben.

Um unsere Einfuhr bezahlen zu können, müssen wir auch Ausfuhrindustrie haben, Schiffahrt und Handel treiben und unser Kapital draußen arbeiten lassen. Darüber helfen uns keine Klügeleien hinweg. Auf das Verhältnis des Außenhandels zum Binnenhandel, die man oft hereingezogen hat, kommt es gar nicht an; die absolute Größe unserer Ausfuhr und Einfuhr beweist, daß wir einen großen Teil unseres Bedarfes von auswärts decken und dafür Erzeugnisse unserer Arbeit in Zahlung geben müssen. Jede starke Industrie empfindet auch um ihrer selbst willen den Drang nach Vergrößerung ihres Absatzes. Es ist kein Zufall, daß sie immer nach auswärts drängt, neben dem inneren Absatzmarkt immer auch Absatzmärkte draußen zu erobern sucht; denn sie kann um so besser und billiger arbeiten, je größer ihre Erzeugung ist, und auch je mehr sie die unvermeidlichen Absatzstörungen im Innern durch Absatz nach anderen Ländern ausgleichen kann.

Auch unsere Betätigung im Auslande durch Reederei und Schiffahrt, Handel und in den letzten Jahrzehnten immer mehr auch durch große wirtschaftliche Unternehmungen, wie Eisenbahnbauten oder Elektrizitätswerke und manches andere, ist nicht von ungefähr entstanden, sondern ein Lebensbedürfnis geworden und kann nicht wieder aufgegeben werden. Sie beschäftigt sehr viele Menschen und bringt so großen Ertrag, daß wir nicht darauf verzichten können. Und gerade sie hat doch einen sehr großen nationalen Wert. Wenn keine deutschen Schiffe mehr das Salzwasser durchfurchten, wenn die deutschen Kaufleute und Techniker aus den überseeischen Ländern verschwänden, die Laute der deutschen Sprache nirgends mehr erklängen, so wäre es um unser Ansehen draußen geschehen.

Deutschland muß sich auch künftighin vor der einseitigen industriellen und weltwirtschaftlichen Entwicklung des bisherigen Englands bewahren, in der die Gewinnung von Nahrungsmitteln

und Rohstoffen durch die eigene Landwirtschaft ganz zur Nebensache geworden ist, und muß vielmehr seine Landwirtschaft in vollem Umfange aufrecht erhalten und ihre Leistungsfähigkeit nach Möglichkeit steigern, um innerlich gesund zu bleiben und allen Gefahren begegnen zu können. Aber bei einer auch nur einigermaßen streng durchgeführten Selbstgenügsamkeit kann unser Volk nicht bestehen und erst recht nicht an Zahl und wirtschaftlicher Kraft wachsen, und damit wäre auch dem Wachstum unserer staatlichen Macht eine bestimmte, und zwar ziemlich enge, Grenze gezogen. Wenn Deutschland auf seine Betätigung draußen verzichten wollte, so hörte es trotz aller Vergrößerung seines kontinentalen Gebietes auf, eine Weltmacht zu sein, und sänke auf den Rang einer Mittelmacht herab. Es begäbe sich dann jeden Einflusses auf die Welt und überließe diese wieder ganz wie in früheren Zeiten der Betätigung unserer Feinde und Nebenbuhler. Es ist ein großes Unglück für uns, daß das während der langen Dauer des Krieges der Fall gewesen ist; eine Abkehr von der Weltbetätigung würde daraus einen Dauerzustand machen. Wir haben doch jetzt zur Genüge gesehen, wie sehr der politische Einfluß Englands durch unsere Absperrung gesteigert worden ist, wie es nach und nach fast alle Staaten der Welt in den Krieg gegen uns hineingezogen hat. Wenn wir in der Zukunft überhaupt aus der Welt verschwänden, so würde man gar keine Rücksicht mehr auf uns zu nehmen brauchen, ja nehmen können; die Politik aller würde sich gegen uns kehren, und das wäre um so bedenklicher, da jene Staaten immer mehr an Einwohnerzahl und Kraft zunehmen. Auch die deutsche Kultur würde in der Welt keine Geltung mehr haben. Jene Patrioten, die das neue Deutschland nur auf dem heimischen Boden aufbauen wollen, laden eine schwere Schuld auf sich; denn wenn es nach ihren Wünschen ginge, so würde die deutsche Wirtschaft verkümmern, das Volk klein, der Staat schwach werden und der deutsche Gedanke überall aus der Welt verschwinden.

Das deutsche Volk hat, sobald es durch die Veränderung der Verkehrs- und Produktionsbedingungen im Zeitalter des Dampfes und durch staatliche Einigung im neuen Deutschen Reiche die Mög-

lichkeit dazu bekam, den Schritt in die Welt hinausgetan, weil es leiblich und geistig gesund und kräftig war wie kaum ein anderes, und weil es einen unbezwinglichen Drang in sich fühlte, zu wachsen und sich zu entfalten und zu betätigen. Dieses Wachstum, diese Entfaltung, diese Betätigung konnten sich nicht auf den engen Raum des alten Vaterlandes beschränken, sondern führten es in die Welt hinaus; Deutschland holte damit ja nur die Entwicklung nach, in der ihm die Westvölker Europas um mehrere Jahrhunderte vorangegangen waren. Wenn wir in diesem Kriege besiegt worden wären, so wäre diese Entwicklung unterbunden worden, aber nur für eine Spanne Zeit; denn wir würden uns wieder aufgerafft und die Fesseln zersprengt haben. Da wir uns gegen unsere Feinde behauptet haben, so dürfen wir nicht so kleinmütig sein, daß wir in unserer Entwicklung umkehren und dadurch den Weg zur Größe unseres Volkes verfehlen. Die Sicherung des eigenen Landes ist natürlich das erste; denn wenn uns das eigene Land verloren geht, sind wir verloren. Aber wenn wir uns darauf beschränkten, blieben wir klein und schwach; wirtschaftliches Elend, politischer und geistiger Niedergang wären unser Los. Größe kann nur in der Welt erworben werden. Ein großes Volk darf nicht nur für sich sorgen, sondern hat die Pflicht, auch am Fortschritte der Menschheit zu arbeiten. Und dafür genügt die reine Gedankenarbeit nicht; wirtschaftliche und politische Arbeit muß sich damit verbinden. Nicht als ein bloßes Kontinentalvolk, sondern nur als ein Weltvolk kann das deutsche Volk die Aufgabe erfüllen, die ihm vom Schicksal gestellt ist.

Die Betätigung in der Welt kann auf verschiedenen Wegen und auf verschiedene Weise erfolgen. Zwei Fragen, die sich nicht ganz von einander trennen lassen, die man aber oft zu sehr vermengt hat, treten an uns heran. Die eine Frage ist die im engeren Sinne politische: wollen wir uns nur in Ländern, die wir staatlich unserer Herrschaft unterwerfen, also in Kolonien, oder auch in fremden Staaten, wir können sagen in Ländern der offenen Tür, seien sie befreundet oder neutral oder selbst feindlich, wirtschaftlich und kulturell betätigen, also Weltwirtschaft im engeren Sinne treiben? Die andere

Frage ist die, ich möchte sagen, verkehrsgeographische: wollen wir, wie es jetzt oft verlangt wird, nur auf dem Landwege in die Welt hinausgehen, d. h. in der Hauptsache uns auf den Orient beschränken oder auch wieder auf das Meer und nach überseeischen Ländern gehen? Ich will diese Fragen zu beantworten suchen, indem ich nach einander unsere Interessen im Orient, unseren Kolonialbesitz, unsere freie Weltwirtschaft und schließlich, als Bedingung sowohl für Kolonialbesitz wie für freie Weltwirtschaft, die Freiheit der Meere behandele.*)

5. Unser Interesse am Orient.

Eine unserer stärksten Lebensforderungen außerhalb unseres heimischen Lebensraumes ist freie Betätigung im Orient. Es ist das eine junge Forderung, die aber innerhalb weniger Jahrzehnte große Kraft bekommen hat. Bismarck konnte noch sagen, Balkan und Orient seien nicht wert, daß man die gesunden Knochen eines pommerischen Musketiers dafür einsetze; 1913 haben wir Rußland erklärt, daß sein Einrücken in Armenien den Krieg bedeuten würde, und der jetzige Krieg ist, wenngleich ihm auch allgemeinere Ursachen zu Grunde liegen, über den Balkan und den Orient entbrannt. Die verschiedene Beurteilung unserer orientalischen Interessen fließt auch aus der verschiedenen Subjektivität der Staatsmänner, denn auch noch kurz vor dem Kriege und im Kriege hat sie geschwankt; die Hauptsache ist jedoch die tatsächliche Wandlung, die sich innerhalb der letzten Jahrzehnte vollzogen hat. Unsere Betätigung im Orient ist der jüngste Zweig an unserem Lebensbaum; aber dieser Zweig ist rasch gewachsen, und wir erwarten von ihm, daß er sich zu großer Stärke auswachse und schöne Blüten und Früchte trage.

Man muß sich ganz klar machen, worin unser Interesse am Orient besteht und in welcher Weise es verfolgt werden muß. Nachdem einzelne Forschungsreisende auf die Bedeutung des Orients für uns

*) Vergl. meine Broschüre: „Die Ziele unserer Weltpolitik“ (Der Deutsche Krieg, 64. Heft), Stuttgart 1915.

hingewiesen hatten und deutsche Wirtschaftskreise unter der Führung der Deutschen Bank an das Unternehmen der anatolischen Eisenbahn und dann der Bagdadbahn herangegangen waren, hat eine Bewegung für den Orient eingesetzt, die allmählich stärker wurde und während des Krieges ihre größte Stärke gewann, dann aber, wie es scheint, schon wieder abgeflaut ist. Auch bei dieser Bewegung haben leider wieder sehr viele Unberufene das Wort ergriffen, denen nicht nur jede persönliche oder auch nur literarische Kenntnis des Orients abging, sondern die auch über die wirklichen Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes kein Urteil hatten und nur mit Schlagworten arbeiteten, Leute, die sich nur einer Modeströmung hingaben.

Der eine Fehler, dem namentlich alldeutsche Politiker verfielen, war die Einmischung machtpolitischer Forderungen. Er entsprang aus jener unglücklichen, irrtümlichen Auffassung, die auch in der Marokkofrage so viel Verwirrung angerichtet hat, als ob wirtschaftliche und kulturelle Betätigung immer an die Ausübung politischer Macht gebunden sein müsse. Die Forderung deutscher Machtbetätigung mußte natürlich den Argwohn der Türkei erregen und hat dem deutschen Einflusse dort sicher geschadet. Nur das klare Auftreten der amtlichen deutschen Politik und der maßgebenden Wirtschaftskreise hat diesen Argwohn zu beseitigen vermocht. Heute sehen wohl alle klar darin, daß wir kein Stück der Türkei haben, sondern sie im Gegenteil gegenüber den Teilungsgelüsten der anderen Mächte unversehrt erhalten wollen, und daß wir unseren Vorteil nur darin sehen, durch die Verhinderung der Aufteilung ein Gebiet wirtschaftlicher und kultureller Betätigung zu behalten und zugleich unsere Einkreisung zu verhindern. Das große Unternehmen der Bagdadbahn hat gerade den Zweck gehabt, die verschiedenen Teile der Türkei besser zusammenzuschließen und diese dadurch widerstandsfähiger zu machen; wenn sie diese Aufgabe im jetzigen Kriege noch nicht ganz hat erfüllen können, so liegt das doch nur daran, daß ihre Vollendung durch die Intrigen der gegnerischen Mächte verzögert worden war

Der andere Fehler war die Propaganda für deutsche Bauernsiedlung. Gewiß würden wir, trotz der Verminderung der deutschen

Auswanderung, gerne gute Asuwanderungsgebiete haben; aber der Orient ist dafür wenig geeignet. Die fruchtbarsten Gebiete, wie Mesopotamien und die kilikische Ebene, sind für deutsche Bauern viel zu heiß und ungesund, und wenn andere Gegenden, namentlich das kleinasiatische Hochland, klimatisch günstiger sind, so würde deutsche Bauernsiedlung dort, namentlich wegen der Verschiedenheit der Religion, dem größten Widerstande der Bevölkerung und der türkischen Regierung begegnen.

Diesen und anderen falschen Bestrebungen gegenüber hat man mit Recht das Losungswort ausgegeben: die Türkei nicht für die Deutschen, sondern für die Türken. Unser Gedanke konnte und kann nur der politische Gedanke der Freundschaft und der wirtschaftliche Vorteil sein, den wir durch wirtschaftliche Arbeit im fremden Staats- und Volksgebiet erzielen. An das große Eisenbahnunternehmen konnten und sollten sich Bewässerungsanlagen, industrielle und mancherlei andere Unternehmungen anschließen. Wir hatten hier eine große Konzession bekommen, die uns einen Vorsprung vor den anderen Völkern gab; aber auch diese hatten ähnliche, wenn auch kleinere Rechte in anderen Teilen der Türkei erworben. Wir konnten hier reichen wirtschaftlichen Gewinn und auch ein Betätigungsgebiet für viele deutsche Männer erhoffen. Unsere Betätigung in der Türkei sollte keinen wesentlich anderen Charakter als etwa unsere Betätigung in den südamerikanischen Ländern oder in China haben; der Unterschied bestand eigentlich nur darin, daß sie von den anderen Völkern nicht nur mit wirtschaftlichen, sondern auch mit politischen Waffen bekämpft wurde, daß von ihnen das Dasein der Türkei selbst bedroht wurde.

Aus Gründen der allgemeinen Politik haben wir dieser leider weder gegenüber dem italienischen Angriffe auf Tripolis noch gegenüber dem Angriffe des Balkanbundes unseren Beistand gewähren können; aber der Weltkrieg, in dem es ja auch um das Dasein der Türkei geht, hat sie auf unsere Seite geführt, und das Bündnis hat sich für beide Teile bewährt. Wenn es auch zeitweise durch Mißstimmungen getrübt worden sein mag, so dürfen wir doch sicher er-

warten, daß es auch nach dem Kriege fortdauern und noch enger geknüpft werden wird. Die Konzessionen der Feinde, die durch den Krieg erloschen sind, werden zum Teil wohl in unsere Hände übergehen, wir können und müssen uns in der Türkei wirtschaftlich noch stärker als bisher betätigen, weil so viel darauf ankommt, sie wirtschaftlich wieder aufzubauen und weiter zu entwickeln; aber von staatlicher Herrschaft in irgendwelcher Form oder von deutschen Ansiedlungen kann jetzt ebensowenig wie vor dem Kriege die Rede sein.

Unser Gewinn soll allerdings nicht nur privatwirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich sein, und zwar über den Vorteil hinaus, den die Volkswirtschaft immer aus dem Gewinne der ihr angehörigen Privatwirtschaften zieht. Unser volkswirtschaftlicher Gewinn, der zugleich ein Gewinn der türkischen Volkswirtschaft sein wird, soll nicht nur in der Gewinnung eines Absatz- und Arbeitsgebietes, sondern auch eines sicheren Bezugsgebietes bestehen. Die Türkei kann in viel höherem Maße als bisher eine Reihe von Nahrungsmitteln und wichtigen pflanzlichen und tierischen Rohstoffen, unter denen Baumwolle obenan steht, wie auch von nutzbaren Mineralien erzeugen oder gewinnen und darin zu einer sicheren Bezugsquelle für uns werden; denn bei unserem Bündnisse mit der Türkei brauchen wir nicht zu fürchten, daß sie uns eines Tages den Bezug verschließt, und bei der bestehenden Landverbindung mit der Türkei können wir auch in einem Kriege, in dem England die Seewege versperrt, auf ungestörten Bezug rechnen.

So gehört das Bündnis mit der Türkei in der Tat zu unseren Lebensinteressen; aber wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, in den so viele — gute Menschen, aber schlechte Musikanten — verfallen sind, in dem Bündnis mit der Türkei nun unsere ganze Zukunft zu sehen. Die Türkei, in der Hauptsache ein trockenes Subtropenland, hat schließlich nur eine beschränkte Produktionsfähigkeit; namentlich die Erzeugnisse des Tropenklimas gehen ihr ab. Und auch von ihr gilt, was wir von unseren Kolonien werden sagen müssen, daß ihre natürlichen Reichtümer noch wenig entwickelt sind, daß deren Entwicklung bei der Spärlichkeit der Bevölkerung Jahrzehnte, wenn

nicht Jahrhunderte in Anspruch nehmen wird, und daß sie darum in absehbarer Zeit unseren Bedürfnissen nicht genügen kann. Wir können auch gar nicht damit rechnen, daß sie sich wirtschaftlich ganz an uns binden und nicht auch mit den heutigen Feinden wieder Handel treiben will; wenn wir gegen deren Absperrungspolitik ankämpfen, dürfen wir eine solche auch von unserer Seite nicht treiben. Zu Mittel-Europa tritt demnach der Orient als eine Ergänzung, aber nicht als volle Ergänzung hinzu; es sind weitere Ergänzungen nötig.

6. Kolonialbesitz.

Ein anderes Interesse unserer Betätigung draußen in der Welt, das von den einen höher, von den anderen weniger hoch als unser Interesse am Orient eingeschätzt wird, von den einen in einen gewissen Gegensatz zu diesem gestellt, von den anderen als dessen Ergänzung betrachtet wird, ist eigener Kolonialbesitz. Auch unsere Kolonialpolitik ist noch nicht alt, wenn auch mehrere Jahrzehnte älter als unsere Orientpolitik. In den siebziger Jahren setzte die Kolonialbewegung ein, wurde die deutsche Kolonialgesellschaft gegründet. Bismarck ging nur zögernd an den Erwerb von Kolonien heran. Seine erste Vorlage, die die Übernahme der Godeffroyschen Besitzungen in der Südsee durch das Reich betraf, wurde abgelehnt; aber er hatte sich auch nicht sehr energisch dafür eingesetzt. Erst seit 1884 begann durch privaten Unternehmungsgeist der Erwerb von Kolonien an verschiedenen Stellen Afrikas und in Neu-Guinea und dem Bismarckarchipel. Aber auch weiterhin wurde die koloniale Bewegung nur von einem Teile des deutschen Volkes, hauptsächlich von den Mittelparteien, getragen, während sich die Konservativen gegen die aus der kommerziellen und industriellen Entwicklung Deutschlands entspringende Bewegung ziemlich kühl verhielten und die Sozialdemokraten und lange Zeit auch die Freisinnigen aus doktrinären Anschauungen heraus, in völliger Blindheit für den Zusammenhang der Kolonien mit den von ihnen vertretenen Interessen, ihr feindlich entgegentraten. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß

in den Anfängen unserer Kolonialpolitik viele Fehler gemacht wurden und manches Häßliche vorfiel, was das sittliche Urteil herausforderte. Nur allmählich reifte in der Masse des deutschen Volkes das koloniale Verständnis heran und erwuchs ein Gefühl der Liebe zu unseren Kolonien. Zweierlei hat besonders dazu beigetragen: die namentlich von Dernburg geleitete Agitation, die dem Volke die große wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien klar machte, und der südafrikanische Aufstand, der viele Tausende deutscher Männer nach Süd-Afrika führte. Im letzten Jahrzehnt waren die deutschen Kolonien in eine Periode starken, ruhigen Fortschrittes eingetreten. Nun ist der Krieg verheerend über sie hereingebrochen und hat unsere ganze koloniale Entfaltung einer neuen schweren Belastungsprobe unterworfen. Es fragt sich nicht nur, ob wir unsere bisherigen Kolonien wiedergewinnen und neue hinzu erwerben können, sondern auch, ob wir unsere Kolonialpolitik überhaupt wieder aufnehmen sollen. Die Partei der reinen Kontinentalpolitiker, die allerdings schon sehr im Rückgang zu sein scheint, hat diese Frage verneint, während andererseits die Sozialdemokraten ihren alten Widerstand gegen die Kolonien aufgegeben und wenigstens zum Teil wirkliches Verständnis dafür gewonnen haben. Wir müssen uns von neuem grundsätzlich entscheiden und müssen darum die Motive unserer Kolonialpolitik auf ihre Durchschlagskraft hin prüfen.

Die Motive unserer Kolonialpolitik haben im Laufe der wenigen Jahrzehnte doch schon eine gewisse Wandlung durchgemacht. Anfangs stand der Gedanke an Siedlungskolonien im Vordergrunde; maßgebend war der Wunsch, die starke deutsche Auswanderung, die besonders nach den Vereinigten Staaten gerichtet war und uns dort national verloren ging, in eigenes Staatsgebiet zu leiten. Aber eine unbefangene Prüfung mußte bald erkennen, daß es große, für die weiße Rasse geeignete Siedlungsgebiete eigentlich nur in den gemäßigten Zonen gibt und daß sie bereits vergeben waren, daß Deutschland dafür zu spät kam. Wohl ist deutsche Bauernsiedlung auch in tropischen Hochländern möglich; aber diese haben, wenigstens in Afrika, keine sehr große Ausdehnung und spielen nur eine unter-

geordnete Rolle. Dazu kam etwas anderes. Die industrielle Entwicklung Deutschlands, die dem Überschusse der Bevölkerung Arbeit und Erwerb in der Heimat gewährte, drückte die Auswanderung herab und ließ Siedlungskolonien nicht mehr als so notwendig erscheinen. Dagegen mußten nun immer neue Absatz- und Arbeitsgebiete der Industrie und des Kapitals sowie Bezugsgebiete der nötigen Rohstoffe und Nahrungsmittel für die immer mehr über den heimischen Nahrungsspielraum hinauswachsende Bevölkerung gewonnen werden, und obgleich beides auch in fremden Staatsgebieten und Kolonien möglich war, so war es doch dringend erwünscht, durch den Besitz eigener Kolonien in Absatz und Bezug eine gewisse Unabhängigkeit von fremden Staaten zu gewinnen. Eine Anzahl überseeischer Staaten, namentlich in Mittel- und Südamerika und in Ost-Asien, können im ganzen als neutral angesehen werden, obgleich der Krieg jetzt ihre starke Abhängigkeit von unseren Feinden gezeigt hat; aber ganz Afrika, Indien, Australien sind Kolonialbesitz anderer europäischer Staaten oder waren im Begriffe, es zu werden; wenn wir damals nicht zugriffen, so hätten die anderen auch diese Gebiete genommen, und wenn wir jetzt darauf verzichten, so teilen England, Frankreich und andere sie unter sich auf, so wird unsere Betätigung hier ganz von deren Politik abhängig, so müssen wir damit rechnen, daß uns die Türe vor der Nase zugeschlagen wird.

Was uns früher eigenen Kolonialbesitz eher entbehren ließ und namentlich von den Freisinnigen immer dagegen angeführt wurde, war der im großen britischen Kolonialreiche bestehende Freihandel, der, wenigstens dem Anscheine nach, dem deutschen Handel dieselben Rechte wie dem eigenen gewährte. Da der deutsche Handel und überhaupt die deutsche wirtschaftliche Betätigung auch in den Kolonien der kleineren europäischen Staaten gleichberechtigten Zutritt hatten, konnten wir die Absperrung der französischen Kolonien verschmerzen. Aber auch in den englischen Kolonien war volle Gleichberechtigung nur auf dem Papier vorhanden; tatsächlich wurden die englischen Fabrikate bevorzugt, und namentlich die großen staatlichen Aufträge und die Lieferungen für Eisenbahnen und andere Unternehmungen wurden fast nur nach England vergeben. Und jetzt scheint

sich eine weitere Änderung in dieser Richtung vorzubereiten. England arbeitet auf starken zollpolitischen Zusammenschluß mit seinen Kolonien hin, wonach diese den englischen Fabrikaten Vorzugszölle gewähren sollen; dadurch würde die deutsche Ausfuhr nach den britischen Kolonien mehr oder weniger aufhören. Und wenn es England gelingt, Portugal, Belgien, womöglich auch Holland ganz auf seine Seite zu ziehen und sich einen Vorzug in deren Kolonien zu verschaffen, so würde der Absatzmarkt der deutschen Industrie noch mehr verkleinert werden. Fast noch wichtiger aber ist etwas anderes, woran man bisher weniger gedacht hatte, nämlich der sichere Bezug der Nahrungsmittel und Rohstoffe für unsere Bevölkerung und unsere Industrie. Bisher konnte man damit rechnen, daß jedes Land froh war, wenn es Abnehmer für seine Erzeugnisse fand. Jetzt wollen unsere Feinde, als ein Kampfmittel im Wirtschaftskriege gegen uns, unserer Industrie die ihr nötigen Rohstoffe nicht oder nur zu erhöhten Preisen liefern und ihr dadurch den Wettbewerb mit der englischen, amerikanischen, französischen usw. Industrie unmöglich machen. Wenngleich viele Handelssachverständige meinen, daß die Suppe nicht so heiß gegessen werde, wie sie gekocht wird, daß die Notwendigkeit, die Wolle, die Baumwolle, den Kautschuk, das Kupfer usw., die erzeugt werden, auch zu verkaufen, und daß die Unfähigkeit der anderen Völker, unsere Industrie ganz zu ersetzen, die Produzenten der Rohstoffe bald wieder auf den deutschen Markt führen werde, so darf man doch wohl über diese Gefahr nicht zu leicht hinweggehen. Auch wenn jene den Boykott nur in wenigen Artikeln durchführen, können sie uns in unserer Wirtschaftskraft und damit zugleich in unserer Wehrkraft sehr schädigen. Ein Mittel der Abwehr, wenn auch kein Allheilmittel, haben wir in eigenen Kolonien. Wir können aus ihnen, und das um so mehr, je größer und wertvoller unser Kolonialbesitz ist, wenigstens einen Teil unseres Bedarfes befriedigen und uns dadurch vom Weltmarkte weniger abhängig machen. Von ihnen aus können wir auch einen Druck auf den Weltmarkt ausüben, jenen nötigenfalls Gleiches mit Gleichem vergelten und sie dadurch von Kampfmaßregeln einigermaßen abschrecken.

Neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten kommen für die Wertschätzung der Kolonien noch andere Gesichtspunkte in Betracht, die manchmal zu wenig beachtet werden.

Die meisten Kolonien haben neben ihrem Wert als Absatz- und Bezugsgebiete auch verkehrsgeographischen und dadurch militärpolitischen Wert; sie können zu Stationen für die Beherrschung der großen Wege des Weltverkehrs ausgebaut werden. Unter diesem Gesichtspunkte werden sie uns bei der Betrachtung der Freiheit der Meere von neuem zu beschäftigen haben.

Die Kolonien liefern dem Mutterlande auch Soldaten und stärken dadurch unmittelbar seine Wehrkraft. Sowohl England wie verhältnismäßig noch mehr Frankreich haben ihre Kolonien in dieser Beziehung stark ausgenützt; sie haben nicht nur den Kolonialkrieg fast ganz mit Kolonialsoldaten geführt, sondern diese auch in sehr erheblicher Anzahl auf den europäischen Kriegsschauplatz gebracht. Auch wenn wir darin nicht in ihre Fußstapfen treten wollen, so wollen wir doch durch die Ausbildung von Kolonialtruppen nicht nur unsere Kolonien zu ihrer eigenen Verteidigung befähigen, sondern durch den von ihnen ausgeübten Druck die Feinde möglichst verhindern, ihre Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatz zu verwenden.

Zwar ist die geschlossene Ansiedlung deutscher Bauern, die die Feldarbeit zum größten Teile selbst verrichten, in unseren bisherigen Kolonien und auch in den Ländern, die heute für den Erwerb neuer Kolonien in Betracht kommen, nur in sehr beschränktem Maße möglich; immerhin können sie eine sehr große Anzahl von Deutschen als Leiter und Beamte von Pflanzungen, Bergwerken und industriellen Unternehmungen, als Kaufleute, Beamte, Offiziere usw. aufnehmen, ihnen einen lohnenden Erwerb gewähren und ein Arbeitsfeld öffnen. Sie bedeuten also doch eine wesentliche Entlastung für den Überschuß gerade der oberen Schichten unserer Bevölkerung, gegenüber der Überbevölkerung, die vor dem Kriege sicher bestanden hat und trotz der furchtbaren Verluste im Kriege in einiger Zeit wiederkehren kann. Sehr wichtig ist auch der geistige Einfluß auf die Deutschen draußen und mittelbar auf das ganze deutsche Volk. Es

läßt sich ja nicht leugnen, daß dieser in der ersten Kolonialzeit nicht immer günstig gewesen ist, daß damals der Tropenkoller, durch Alkohol und geschlechtliche Ausschweifung genährt, etwas sehr überhand genommen hatte. Aber diese Jugendkrankheit ist nun wohl überwunden, und die größere Weite des Blickes und des Raumes für die Entfaltung der Kräfte im Vergleich zur Enge des Heimatlandes ist für viele Naturen gut und wird durch Rückwirkung auf die Heimat der deutschen Neigung zur Kleinlichkeit wohltätig entgegenwirken.

So sehen wir reale und ideale Motive starker Art sich verbinden, um uns den Wiedererwerb unserer Kolonien als eine notwendige Forderung aufstellen und die Vergrößerung unseres Kolonialbesitzes durch den Erwerb feindlicher Kolonien wünschenswert erscheinen zu lassen. Unser heutiger Kolonialbesitz steht in gar keinem Verhältnis zum Kolonialbesitz der anderen Mächte, nicht nur Englands, sondern auch Frankreichs, Rußlands, der Vereinigten Staaten, von Portugal und Holland zu schweigen. Sie haben nicht nur aus früherer Zeit einen großen Kolonialbesitz übernommen, sondern auch noch in der jüngsten Zeit, in der wir bereits in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten waren, viel größere und wertvollere Kolonien als wir erworben. Freilich ist das zunächst nicht ohne unsere Schuld geschehen: Bismarck und wohl auch noch seine Nachfolger haben sowohl England wie Frankreich den Erwerb von Kolonien nach Möglichkeit erleichtert, um ihre Aufmerksamkeit von Europa abzulenken, hinter die deutschen Kolonialbestrebungen dagegen keinen vollen Nachdruck gesetzt. Aber später haben die anderen uns nach Möglichkeit zurückgedrängt und die Welt ohne uns aufgeteilt, obgleich sie, England bei seinem riesigen Besitz, Frankreich bei der geringen Zunahme seiner Bevölkerung und der geringen Ausbildung seiner Industrie, eigentlich viel geringeres Bedürfnis danach hatten. Englands Erwerb von Ägypten und dem ägyptischen Sudan, Süd- und Südost-Afrika, Nigerien und Birma, Frankreichs Erwerb von Indochina, Madagaskar, Marokko und großer Teile von Nordwest-Afrika lassen unsere Kolonialerwerbungen weit hinter sich. Eine Vermehrung unseres Kolonialbesitzes würde also nur einen gerechten Ausgleich darstellen.

Unser heutiger Kolonialbesitz genügt unseren Lebensbedürfnissen nicht. Er kann in absehbarer Zeit weder unseren Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen auch nur im entferntesten decken noch unserer Industrie genügenden Absatz gewähren. Zur Begründung von Siedlungskolonien in der gemäßigten Zone sind wir leider zu spät gekommen, und die Übernahme bestehender fremder Siedlungskolonien ist ausgeschlossen. Wir wollen uns auch nicht an der Aufteilung der alten orientalischen Kulturländer von Nord-Afrika und Vorder-Asien beteiligen, weil wir der Meinung sind, daß deren Zukunft in selbständiger Entwicklung liegt; aber an den von Naturvölkern bewohnten Ländern der Tropen, die nur als europäische Kolonien entwicklungsfähig sind, wollen wir einen unserer Größe und unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden Anteil haben. Nicht nur Länder wie Frankreich, Belgien, Portugal, die ihre Kolonien nicht genügend auswerten können — Frankreich besonders auch deshalb, weil es seine Kolonien zur Aushebung von schwarzen Soldaten mißbraucht, die es gegen uns ins Feld schickt —, sondern auch England, das an sich eine kolonisatorische Macht ersten Ranges ist, sich aber in seiner Habgier an Kolonien übernommen hat, müssen uns von ihrem Überflusse abgeben. Die Forderung von mehr Kolonien fällt nicht unter den verpönten Begriff gewaltsamer Annexion.

Es wird beim Friedensschlusse nicht leicht sein, unsere Forderung der Wiederherstellung unseres bisherigen Kolonialbesitzes und seiner Vergrößerung durchzusetzen, und es bedarf auch vieler Überlegung, um unsere Forderungen in dieser Beziehung richtig zu stellen. Hoffentlich geht das Auswärtige Amt dabei nicht wieder auf eigene Hand vor wie im Jahre 1911, wo es bei der Auswahl einer Entschädigung für die Aufgabe unserer marokkanischen Ansprüche keine sehr glückliche Hand gehabt hat, sondern zieht das Kolonialamt und vielleicht auch andere Sachverständige zu Rate.

An jeder unserer bisherigen Kolonien haften Erinnerungen, die sie uns teuer machen, und es ist schwer, sie nach dem Maße dieser Erinnerungen gegen einander abzuwägen; vielleicht läuft Deutsch-Südwest durch den blutigen Krieg, der hier geführt werden mußte,

in dieser Beziehung den anderen den Rang ab. In jeder Kolonie steckt viel deutsche Arbeit und deutsches Kapital; bei der Hingabe jeder von ihnen würden also große Privatinteressen verletzt, für die keine volle Entschädigung möglich ist. So sträuben sich das Gefühl und auch die privaten Interessen dagegen, daß unsere Kolonien zu Tauschobjekten erniedrigt werden, und drängen auf möglichste Wiederherstellung des bisherigen Bestandes. Dagegen werden aber große politische Bedenken geltend gemacht. Unser Kolonialbesitz ist nicht durch bewußte Auswahl, sondern durch den Zufall so entstanden, wie er ist, indem wir da Fuß faßten, wo gerade die Möglichkeit dazu vorhanden war. Wohl haben gewisse Ausgleichungen und Austausche mit den anderen Kolonialmächten stattgefunden; aber sie haben sich mehr auf Einzelheiten als auf die Verteilung im ganzen bezogen. Es läßt sich nicht leugnen und ist ja auch schon vor dem Kriege öfters betont worden, daß in der räumlichen Zersplitterung und der ungeschickten Grenzführung eine große Schwierigkeit für die wirtschaftliche Ausnutzung und eine noch größere Gefahr für die militärische Verteidigung unserer Kolonien liegt; und diese Befürchtung ist durch den Verlauf des Krieges bestätigt worden. Wenn man auch den schnellen Fall unserer Kolonien keineswegs bloß, ja nicht einmal in erster Linie darauf schieben darf, sondern zuvörderst der völligen Vernachlässigung des Verteidigungszustandes zur Last legen muß, so hätte doch eine geschlossene Kolonie wahrscheinlich größeren Widerstand leisten können, weil es dann den Feinden unmöglich gewesen wäre, eine nach der anderen zu überwältigen. Je isolierter und je kleiner eine Kolonie ist, desto weniger ist sie natürlich im Stande, einem starken feindlichen Angriffe zu widerstehen. Togo und die Südseeinseln waren sofort geliefert, nur die größeren südafrikanischen Kolonien haben sich länger verteidigen können; aber auch sie konnten sich nicht auf die Dauer halten, und nur in einem kleinen Winkel von Ost-Afrika wird noch der Heldenkampf gekämpft.

Aus solchen Betrachtungen heraus gehen die Gedanken einer großen Partei von Kolonialfreunden auf ein geschlossenes afrikanisches Kolonialreich bei Verzicht auf alle außerhalb liegenden Kolo-

nien, namentlich auf unsere Besitzungen im stillen Ozean. Im einzelnen schlagen die Gedanken aber verschiedene Wege ein.

Die einen, und es sind wohl die meisten, wollen ein mittelafrikanisches Reich, das sich vom atlantischen Ozean quer durch den afrikanischen Kontinent zum indischen Ozean erstreckt, also Kamerun durch das Kongoland mit Ost-Afrika verbindet. Der Vorteil der inneren Landverbindung und des Ausganges nach beiden Ozeanen ist unleugbar; auch die dadurch bewirkte Unterbrechung des englischen Besitzes in Ost-Afrika und am indischen Ozean ist von großem politischem Werte, wenn mir auch der Gedanke Emil Zimmermanns, daß man von einem mittelafrikanischen Reiche aus eine Stütze für deutschen Einfluß in Südamerika und in Ost-Asien gewinne, in der Luft zu schweben scheint. Der wirtschaftliche Wert des Kongolandes wird in der Zukunft wohl recht bedeutend sein, darf aber, wenigstens wenn das Erzgebiet von Katanga den Engländern zufällt, für die Gegenwart nicht zu hoch angeschlagen werden, weil es noch wenig erschlossen, im Gegenteil ziemlich ausgeplündert ist und auch manche Lasten darauf ruhen. Ich habe den Eindruck, daß das Kongoland eine gute Vervollständigung unseres bisherigen Besitzes sein würde, daß man aber keine zu großen Werte dafür geben sollte. Auf Deutsch-Südwest, in dem manche das Tauschobjekt sehen, dürfen wir keinenfalls leichten Herzens verzichten. Ganz abgesehen von seinem Gefühlswert hat es großen wirklichen Wert. Ich denke dabei gar nicht so sehr an seine Diamantenlagerstätten, so wertvoll diese auch sind, als daran, daß es in höherem Maße als unsere anderen Kolonien ein Siedlungsland ist, und daß es dadurch große politische Bedeutung besitzt. Wenn Deutsch-Südwest der südafrikanischen Union zufällt, so umfaßt diese ganz Süd-Afrika und übt von da aus einen sehr starken Druck auf das ganze tropische Afrika, wenigstens südlich vom Äquator, aus, einen ähnlichen Druck wie etwa die Vereinigten Staaten auf die Umländer des amerikanischen Mittelmeeres. Die südafrikanische Union würde wahrscheinlich bald eine ausgesprochene Eroberungspolitik treiben, mit der sie ja schon begonnen hat, und es würde schwer sein, unsere tropischen Kolonien gegen sie zu halten.

Andere planen ein westafrikanisches Reich, das sich entweder von Kamerun über das Küstengebiet des Kongostaates und über das heute portugiesische Angola nach Deutsch-Südwest erstrecken und womöglich auch in nordwestlicher Richtung Britisch-Nigeria umfassen würde. Der Vorteil des doppelten Zuganges zum Meere und der darin gegebenen weltpolitischen Stellung käme hier in Wegfall, und die Produktionsbedingungen wären vielleicht weniger mannigfaltig; aber die Breite der nach einer Seite gekehrten Front hätte auch ihre Vorteile, und im ganzen ist das tropische West-Afrika doch wohl fruchtbarer als Ost-Afrika. Besonders wichtig wäre es, daß ein solches westafrikanisches Reich zwar nicht bis in die eigentliche gemäßigte Zone, aber bis in das weißer Siedlung durchaus zugängliche Südwest-Afrika hineinreichte und daher am einen Ende eine starke weiße Bevölkerung haben könnte. Eine nord-südliche Verbindungsbahn, die das Gebiet zu einer Einheit zusammenschlösse, müßte allerdings erst gebaut werden.

Wieder andere denken an ein anderes westafrikanisches Reich, das von Kamerun aus weniger nach Süden als nach Norden und Nordwesten, in den Sudan und die Küstenlandschaften von Ober-Guinea, reichen soll. Diese Gebiete haben den großen Vorzug, daß sie in der Kultur weiter entwickelt und daher jetzt schon viel ertragreicher sind, daß sie daher unsere Bedürfnisse an manchen Erzeugnissen, besonders Palmkernen und Palmöl, die in den letzten Jahrzehnten so wichtig geworden sind, besser befriedigen, unserer Industrie einen besseren Absatzmarkt eröffnen. Die Berührung mit einer starken mohammedanischen Bevölkerung braucht uns bei unserer ganzen islamfreundlichen Politik nicht zu schrecken. Unsere Ausdehnung hier würde Frankreich die Hauptquelle seiner Rekrutierung von Schwarzen verstopfen. Aber andererseits würde auch die Gefahr von Reibungen mit Frankreich hier am größten sein, und da dieses über das mittelländische Meer und Nord-Afrika leichteren Zugang hat als wir, würde die Verteidigung dieses Gebietes unter Umständen schwierig werden. Wenigstens müßten wir dann sehen, einen Zugang von Tripolis durch die Sahara an den Tsadsee in unsere Hand zu be-

kommen. Dieses Reich hat ja auch den Nachteil, daß es sowohl von Ost- wie von Südwest-Afrika getrennt ist.

Ebensowenig wie zu Gunsten eines mittelafrikanischen Kolonialreiches auf Südwest sollte man zu Gunsten eines westafrikanischen Kolonialreiches auf Ost-Afrika verzichten. Dieses ist in mancher Beziehung die kraftvollste unserer Kolonien, und schon seine heldenhafte Verteidigung in diesem Kriege verbietet, daß wir es anderen Plänen zum Opfer bringen. Es hat auch große wirtschaftliche Eigenwerte. In den Händen Englands würde es dessen weltpolitische Stellung am indischen Ozean so sehr stärken, daß wir kaum mehr dagegen angehen könnten; der Weg über Suez nach Indien und Ost-Asien wäre dann England gesichert, unser Traum von der Freiheit der Meere ausgeträumt.

Auch die Frage unserer Besitzungen in Australien und im stillen Ozean ist nicht so einfach, daß man sie, wie es jetzt manchmal auch seitens unserer Afrikaner geschieht, mit einer gewissen kavaliermäßigen Leichtigkeit erledigen könnte. Daß ein Kolonialbesitz, der auf Afrika beschränkt und hier womöglich zu einem großen Gebiet zusammengeschlossen ist, leichter verteidigt werden kann als ein Kolonialbesitz, der auf Afrika und den stillen Ozean verteilt ist, und daß uns ein solcher zerstreuter Kolonialbesitz in einem neuen Kriege wieder Schwierigkeiten bereiten würde, kann nicht bestritten werden. Ebenso ist es klar, daß durch Beschränkung auf Afrika manche politische Verwicklungen, namentlich mit Japan, den Vereinigten Staaten und Australien, in Wegfall kommen, die sich aus Reibungen im stillen Ozean ergeben können. Aber gerade darum ist die Beschränkung ein Eingeständnis der Schwäche, die sich die Verteidigung des Besitzes nicht zutraut. Denn Wert wird man jenen Besitzungen nicht absprechen können. Sie sind im ganzen weniger entwickelt als unsere afrikanischen Kolonien, haben aber manche wertvolle Erzeugnisse, wie Kopra und Phosphate, und ihre Produktion wird im Laufe der Zeit weiter ausgebildet werden können. Ihre eigentliche Bedeutung sehe ich aber nicht in ihrer heutigen oder künftigen weltwirtschaftlichen Produktion, sondern in ihrer Lage. Wenn wir,

wie wir es im folgenden Abschnitte als nötig erkennen werden, Welthandel auch in den Umländern des stillen Ozeans treiben wollen, so können wir auf Stützpunkte dort nicht verzichten. Können wir, was sehr bedauerlich wäre, das schöne Kiautschau nicht wieder bekommen, so müssen wir wenigstens unsere anderen Besitzungen zu behalten suchen. Neu-Guinea und der Bismarckarchipel sind schon wegen der Nachbarschaft der holländischen Kolonien wichtig. Es scheint mir eine Lebensfrage nicht nur für Holland selbst, sondern auch für uns zu sein, daß es seine Kolonien behält. Werden ihm diese etwa von England oder den Vereinigten Staaten oder Japan genommen, so würde damit nicht nur Holland die Quelle seines Wohlstandes verlieren, sondern auch für uns würde es eine Verengung der uns zugänglichen Welt bedeuten. Die Angst um den Kolonialbesitz ist von ausschlaggebendem Einfluß auf die holländische Politik; Holland muß von seiner Furcht vor England befreit werden, um sich politisch frei bewegen zu können. Wenn wir uns aus dem Osten ganz zurückziehen, so kommt ein Zusammengehen mit Holland in kolonialen Dingen nicht mehr in Betracht, Holland muß sich dann ganz auf England stützen.

Gerade in der Frage der Kolonien müssen wir uns hüten, uns von einseitigen und kleinmütigen Ideen leiten zu lassen. Einseitig und kleinmütig erscheint mir aber sowohl die Idee des vollständigen Verzichtes auf Kolonialbesitz überhaupt wie die Idee des Verzichtes auf alle anderen kolonialen Bestrebungen zu Gunsten eines mittelafrikanischen Kolonialreiches. Die bisherige Entwicklung ist ja in vieler Beziehung vom Zufall diktiert gewesen; aber sie hat im großen und ganzen doch das getroffen, was uns nottut, und sie hat auch einen Zustand geschaffen, an den wir wieder anknüpfen müssen. Im einzelnen sind Änderungen der Grenzen an vielen Stellen erwünscht. Auch an den einen oder anderen Austausch mag gedacht werden. Aber die drei großen afrikanischen Kolonien sowohl wie unsere pazifischen Besitzungen haben alle ihren besonderen, unersetzbaren Wert, und man kann daher keine von ihnen leichten Herzens preisgeben. Das Kongoland, Angola, Nigerien, Uganda u. a. dürfen nicht im Austausch

gegen unsere bisherigen Besitzungen genommen werden, sondern sind uns nur als Erweiterungen unseres Kolonialbesitzes willkommen. Wenn, wie wir hoffen, das Ergebnis des Krieges eine Erweiterung erlaubt, so muß natürlich einer der wichtigsten Gesichtspunkte sein, unseren Besitz besser zusammenzuschließen und dadurch seine Verteidigung zu erleichtern.

Nach mehreren Jahrzehnten geringen Kolonialverständnisses waren wir endlich mit Energie an den wirtschaftlichen Ausbau unserer Kolonien gegangen und hatten in kurzer Zeit große Erfolge damit erzielt. Durch den Krieg ist viel, sehr viel zerstört worden, was von neuem aufgebaut werden muß. Der große Mangel an Kapital wird natürlich auch die wirtschaftliche Arbeit in den Kolonien erschweren; aber wir müssen leisten, was wir leisten können. Dazu kommt jetzt ein zweites. Wir hatten uns einem falschen Vertrauen auf die Sicherheit unserer Kolonien hingegeben und nichts für deren Verteidigung getan. Die englische Seeherrschaft unterbrach vom Ausbruche des Krieges an unsere Verbindung mit den Kolonien und machte es uns unmöglich, deren Wehrkraft zu ergänzen. Künftighin müssen die Kolonien in Verteidigungszustand gesetzt werden, damit sie im Falle eines neuen Krieges nicht sofort wieder den Feinden anheimfallen und von ihnen zerstört und ihrer wirtschaftlichen Werte beraubt werden. Und wir müssen bestrebt sein, die Verbindung mit ihnen auch für den Kriegsfall zu sichern. Daß wir über den türkischen Orient, Ägypten und die Nilländer eine Landverbindung mit Ost-Afrika und dann weiter durchs Kongoland mit West-Afrika herstellen könnten, wie es öfters ausgesprochen worden ist, erscheint mir jedenfalls für die nähere Zukunft als eine Utopie, weil die Zwischenländer nicht in unserem Besitz sind. Auch der Weg nach Afrika, und zwar nach Ost- und nach West-Afrika, geht über das Meer. Sicherheit der Verbindung wird nur durch die Freiheit der Meere gewährt, und wenn man auch vielleicht mit Recht sagt, daß man auf Kolonialbesitz nicht zu verzichten brauche, auch wenn volle Freiheit der Meere noch nicht errungen sei, so wird doch eine wirklich selbständige Kolonialpolitik ohne Freiheit der Meere nicht getrieben werden können.

So hoch wir den Kolonialbesitz einschätzen, so würde es doch sehr falsch sein, wenn wir ihn überschätzten und von ihm Leistungen verlangten, die ihm durch die Natur der Dinge versagt sind. Bei unserer unglückseligen Neigung zu extremen Ansichten scheinen manche unserer Kolonialpolitiker in diesen verhängnisvollen Fehler zu verfallen. Unsere bisherigen Kolonien sind Gebiete von Naturvölkern, wirtschaftlich noch wenig entwickelt; und alle Neuerwerbungen, an die wir denken können, würden ähnlichen Charakter tragen. Sie werden in der Zukunft vielleicht Produktionsländer ersten Ranges werden, die mit Indien oder Brasilien verglichen werden können; aber es wird Jahrzehnte dauern, bis sie einigermaßen so weit sind. In der näheren Zukunft werden sie bei aller Bedeutung weder als Bezugsgebiete von Nahrungsmitteln und Rohstoffen noch als Absatzgebiete der Erzeugnisse unserer Industrie genügen. Auch ein noch so vermehrter Kolonialbesitz kann unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse nicht befriedigen. Der Kolonialbesitz darf uns nicht die Notwendigkeit wirtschaftlicher Betätigung auf dem freien Weltmarkte, in den Ländern offener Tür, übersehen lassen; die Kolonialwirtschaft kann nur ein Teil, wenn auch ein sehr wichtiger Teil unserer Weltwirtschaft, die Kolonialpolitik nur ein Teil unserer Weltpolitik sein.

7. Weltwirtschaft.

Ehe wir angefangen haben, uns in starkem Maße im Orient zu betätigen und dieser Betätigung durch Verbindung mit einem politischen Bündnis eine besondere Form zu geben, ehe wir Kolonien gegründet haben, in denen sich politischer Besitz mit unserer wirtschaftlichen und kulturellen Betätigung verbindet, sind wir hinaus in alle Länder der Erde gegangen, um Schiffahrt und Handel zu treiben, unsere Fabrikate abzusetzen, Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beziehen. Und an dieser freien, d. h. unpolitischen Betätigung in Weltverkehr und Weltwirtschaft haben wir festgehalten, sie immer weiter und stärker entwickelt, auch nachdem wir Kolonien gegründet und uns dem Orient zugewandt hatten. Erst der Krieg hat sie jäh unter-

brochen, ebenso wie er unsere Tätigkeit in den Kolonien jäh unterbrochen hat. Aber ebenso wie diese müssen wir, trotz des Widerstandes, der sich dagegen erhebt, auch jene wieder aufnehmen; denn weder der Orient noch unsere Kolonien, auch wenn sich unser Kolonialbesitz vergrößert, reichen aus, um unseren Bedarf zu befriedigen, uns unsere Erzeugnisse abzunehmen und unsere Arbeitskraft zu beschäftigen. Sowohl der Orient wie unsere Kolonien haben eine große Zukunft vor sich; aber in der Gegenwart sind Erzeugung und Verbrauch in beiden noch beschränkt und stehen weit hinter denen anderer, weiter entwickelter Länder der Erde, Indiens, Chinas, Südamerikas, zurück. Beide sind auch einseitig begabt: unsere Kolonien sind zum größten Teil Tropenländer, der Orient ist im wesentlichen ein trockenes Subtropenland; die gemäßigte Zone mit ihren besonderen Erzeugnissen und ihrer in der Kultur vorangeschrittenen Bevölkerung fehlt in beiden. Auch manche notwendige Mineralstoffe, deren Vorkommen ja nichts mit dem Klima zu tun hat, scheinen sowohl im Orient wie in unseren Kolonien zu fehlen. Wir können also die übrige Welt gar nicht entbehren, müssen aus ihr Nahrungsmittel und Rohstoffe beziehen und müssen, um diese zu bezahlen, unsere Fabrikate dahin verkaufen; auf die eigene Ausübung von Verkehr und Handel und anderer wirtschaftlicher und kultureller Betätigung dort könnten wir nur verzichten, wenn wir geneigt wären, die großen Vorteile, die gerade daraus fließen, ganz den Engländern und Amerikanern zu überlassen. Unsere Schiffahrt, unser Handel und ein großer Teil unserer Ausfuhrindustrie und dadurch ein sehr beträchtlicher Teil unseres nationalen Einkommens wären allerdings verloren, unsere Hansestädte wären ruiniert, unsere Stellung in der Welt ließe sich ungefähr mit der Stellung Hollands vergleichen, dessen Handel und wirtschaftliche Betätigung ja im ganzen auf seine Kolonien beschränkt sind, das aber einen viel wertvolleren Kolonialbesitz hat, als wir ihn vorläufig haben. Das Deutsche Reich schiede damit aus der Weltpolitik aus.

Natürlich kommen für unseren Handel und Verkehr nicht alle Länder der Erde gleichmäßig in Betracht. Manche Staaten, wie namentlich Frankreich, haben sowohl ihr Heimatland wie ihre Kolo-

nien schon bisher dem freien Verkehr ziemlich verschlossen gehalten, und es ist wohl möglich, daß auch England jetzt sich und seine Kolonien absperren wird. Aber es gibt daneben eine große Anzahl von Ländern sowohl in Europa wie in den übrigen Erdteilen, die durch ihren ganzen wirtschaftlichen und kulturellen Charakter auf Verkehr, Handel und wirtschaftlichen Austausch mit den wirtschaftlich, namentlich industriell vorangeschrittenen Ländern angewiesen sind, von sich aus gar nicht daran denken, ihm Hindernisse zu bereiten und vielmehr, wenigstens bisher, dem Wettbewerbe aller Industriestaaten offen gestanden haben. Man kann diese Länder kurz als Länder der offenen Tür bezeichnen. Um sie handelt es sich, wenn wir von Weltverkehr und Weltwirtschaft im engeren Sinne, d. h. im Gegensatze zu kolonialer Betätigung, sprechen. Auch wenn die englischen Kolonien aus ihrer Zahl ausscheiden, bleiben immer noch sehr große Teile der Erde: die südeuropäischen Länder, das ganze russische Reich, der türkische und persische Orient, der eigentlich doch auch hierher gerechnet werden muß, der holländische Kolonialbesitz in Indien, China, der belgische und portugiesische Kolonialbesitz in Afrika, ganz Mittel- und Südamerika übrig.

Der Grund, den man gegen die Weltwirtschaft anführt, ist ihre Unsicherheit. Die offene Tür im Verkehr mit fremden Staatsgebieten sei nur dazu da, daß man hinausgeworfen werde. Das gelte nicht nur für die Kolonien anderer Mächte, sondern auch für die neutralen Staaten, in denen wir durch näher wohnende oder stärkere Mitbewerber hinausgedrängt würden. In Mittel- und Südamerika könnten wir gegen die Vereinigten Staaten, in Ost-Asien gegen Japan, die Vereinigten Staaten und England nicht angehen; nur Afrika bliebe uns als Feld unserer Betätigung übrig, aber auch dieses nur, soweit es in unserem Besitze sei.

Gewiß ist richtig, daß unsere Weltwirtschaft bisher auf unsicheren Füßen gestanden hat, mehr als wir uns klar gemacht hatten. Der Krieg hat sie sofort unterbunden, und wenn wir in den ersten Monaten des Krieges hoffen durften, sie nach dessen Ende, das wir ja bald erwarteten, sofort in ungefähr der alten Weise wieder auf-

nehmen zu können, so hat die lange Dauer des Krieges und seine Ausdehnung auf immer mehr Länder diese Hoffnung zu Schanden gemacht; wir werden nach dem Kriege ziemlich von neuem wieder anfangen müssen. Aber die Unterbindung der Weltwirtschaft erfolgte gleichzeitig mit der Absperrung von unseren Kolonien und war zunächst, wenn auch nicht allein, so doch zum größeren Teile eine Wirkung der Unterbrechung alles unseres Seeverkehrs durch das die See beherrschende Albion. Befreiung der Meere von Englands Seeherrschaft ist natürlich die Voraussetzung einer von England unabhängigen Weltwirtschaft, ebenso wie sie die Voraussetzung einer unbehinderten Kolonialpolitik ist; aber das ist es nicht, worum es sich handelt, wenn man die Weltwirtschaft in Ländern der offenen Tür in Gegensatz zur Kolonialwirtschaft stellt, diese für möglich, jene aber für unmöglich erklärt. Hierbei kommen nur Schwierigkeiten in Betracht, die in den Ländern selbst liegen.

Die von England, den Vereinigten Staaten und Frankreich unabhängigen Länder werden schwerlich von sich aus unserem Handel und unserer wirtschaftlichen Betätigung Schwierigkeiten in den Weg legen. In der nächsten Zeit nach dem Kriege mag die unglaubliche Verhetzung durch unsere Feinde auch wirtschaftlich noch einen gewissen Einfluß haben und sie lieber mit anderen als mit uns Handel treiben lassen; aber in einiger Zeit wird die Vernunft siegen und das seelische Gleichgewicht wieder hergestellt sein, und auch der Abbruch der Beziehungen während des Krieges und ihr Ersatz durch andere Beziehungen wird allmählich überwunden werden; man wird dann seinen Weizen, seine Baumwolle, seinen Kaffee und Tee und alle die anderen Dinge, die jene Länder erzeugen, ebenso gerne nach Deutschland wie nach anderen Ländern verkaufen und jedenfalls lieber nach Deutschland verkaufen als unverkäuflich liegen lassen. Wenn die deutschen Waren besser oder billiger sind als englische, französische, amerikanische, wird man sie gern nehmen und man wird sie ja auch nehmen müssen, um Deutschland für die Abnahme der eigenen Produkte kaufkräftig zu machen. Auch Konzessionen für Eisenbahnen, Elektrizitätswerke usw. wird man wieder an Deutsche verteilen, wenn

diese bessere Bedingungen stellen oder man bessere Arbeit von ihnen erwarten kann. Der Handel im weiteren Sinne wird vom wirtschaftlichen Vorteil beherrscht, das Gefühlsmoment kommt nur nebensächlich in Betracht, und dieses braucht auch durchaus nicht gegen uns zu gehen, wenn nur unsere chauvinistischen Krakeeler nicht immer wieder störend dazwischen fahren.

Die eigentliche Schwierigkeit liegt nicht im Entgegenkommen der Länder, mit denen wir Handel treiben und in denen wir uns wirtschaftlich betätigen wollen, sondern in dem Wettbewerbe der anderen Industriestaaten. Es ist also, kurz gesagt, eine Frage unserer wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Kraft; das sollte auch auf die Gegner der Weltwirtschaft Eindruck machen, Männer, die sonst immer die deutsche Kraft betonen und darum Bedenken tragen werden, Deutschland einen feigen Rückzug antreten zu lassen. Es handelt sich um zweierlei: erstens, ob wir uns vor dem vom Feinde angekündigten Wirtschaftskriege nach dem Kriege verkriechen oder ob wir uns gegen ihn wehren wollen, und zweitens, ob wir den wirtschaftlichen Wettbewerb in Amerika und Ost-Asien aufnehmen oder als aussichtslos aufgeben wollen.

Der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege ist zweifellos eine große Gefahr. Wenn unsere Feinde nicht nur selbst unsere Fabrikate boykottieren und uns die für unsere Industrie notwendigen Rohstoffe gar nicht oder nur zu sehr erhöhten Preisen liefern, sondern wenn sie auch die neutralen Länder dazu bringen, daß sie sich an diesem Boykott beteiligen, so würde unsere wirtschaftliche Lage in der Tat schwer gefährdet sein, unser Handel und unsere Industrie vom Weltmarkte verdrängt werden. Auch England, die Vereinigten Staaten und Frankreich werden sich manche Maßregel zehnmal überlegen, weil sie ihnen selbst ebenso großen wirtschaftlichen Schaden wie uns bringt; die anderen, Rußland voran, haben an einem solchen Wirtschaftskriege überhaupt kein eigenes Interesse, sondern können nur durch äußeren Druck dazu gebracht werden. Aber jene Länder haben starke Druckmittel in der Hand, und wir müssen darum darauf gefaßt sein, daß der Wirtschaftskrieg tatsächlich eintritt und uns großen Schaden zu-

fügt, wenn wir ihm nicht mit aller Kraft entgegenarbeiten und schon beim Friedensschlusse entsprechende Bestimmungen durchsetzen. Hierbei soll uns, nach der Meinung vieler, das mitteleuropäische Bündnis helfen; denn eine je größere Masse wir darstellen und je geschlossener wir nach außen auftreten, um so schwieriger und verlustreicher wird für unsere Feinde der Wirtschaftskampf. In ähnlicher Weise wird die Wiederherstellung und Erweiterung und die möglichst schnelle wirtschaftliche Entwicklung unserer Kolonien wirken, weil wir auch dadurch weniger abhängig vom freien Welthandel werden und eigene Produktions- und Bezugsgebiete in die Wagschale werfen können; je hartnäckiger die Feinde den Wirtschaftskampf gegen uns führen, um so mehr müssen wir auf den Ausbau unserer Kolonien bedacht sein. Den wirtschaftlich neutralen Ländern müssen wir möglichst entgegenkommen, auch wenn sie uns durch ihre törichten Kriegserklärungen vor den Kopf gestoßen haben. Den eigentlich feindlichen Staaten aber müssen wir die Zähne auszubrechen suchen; wir müssen ihnen die Macht nehmen, die neutralen Staaten zu zwingen; denn nächst den auch erst durch ihre Herrschaft über den Verkehr möglichen Verleumdungen und Verhetzungen ist es doch der von ihnen ausgeübte politische Zwang gewesen, was jene gegen uns geführt hat und weiterhin führen würde, wenn wir diesen Zwang nicht beseitigen. Wir werden sie zu Handelsverträgen bringen müssen, durch die unsere Mattsetzung unmöglich gemacht wird; das ist wichtiger als mancher Gebietserwerb.

Auch außer dem eigentlichen Wirtschaftskrieg spielt in den wirtschaftlichen Wettbewerb die Politik hinein. Der wirtschaftliche Wettbewerb ist nicht bloß Sache der einzelnen Kaufleute und Industriellen, wird nicht nur durch die Güte der Leistungen oder die Größe der Reklame geführt, sondern durch politische Maßregeln beeinflußt; namentlich bei der Vergebung der großen öffentlichen Arbeiten macht sich der staatliche Einfluß geltend. Dieser staatliche Einfluß der Vereinigten Staaten im übrigen Amerika, Japans und auch wieder der Vereinigten Staaten und Englands in Ost-Asien ist es mehr als ihre größeren wirtschaftlichen Leistungen, was unsere wirt-

schaftliche Tätigkeit in Amerika und Ost-Asien gefährdet, warum viele unseren Rückzug aus diesen Ländern für unvermeidlich halten. Ich glaube doch, daß diese Furcht sehr übertrieben ist. In Mittelamerika und im nördlichen Teile von Südamerika kann sich allerdings der politische Druck der Vereinigten Staaten wegen ihrer räumlichen Nähe stark geltend machen, so daß wir hier wohl unseren gewöhnlichen Handel aufrechterhalten können, aber bei größeren Unternehmungen von jenen aus dem Felde geschlagen werden. Aber der größere Teil Südamerikas kann sich diesem Drucke entziehen und wird es immer mehr tun, je größer die eigene wirtschaftliche Kraft wird; der Gegensatz gegen die Vereinigten Staaten wird allmählich größer als der veraltete Gegensatz gegen Europa. In China übt Japan jetzt eine gewisse Vorherrschaft aus, aber ein Land von so großer alter Kultur wie China, mit einer Bevölkerung von mehreren hundert Millionen Menschen, die jetzt angefangen haben, die moderne Kultur in sich aufzunehmen, kann nicht auf die Dauer unter Fremdherrschaft fallen, sondern wird sich seine wirtschaftliche Selbständigkeit bewahren oder, wenn es sie vorübergehend verliert, wiedergewinnen. Alle anderen Völker werden gegen ein japanisches Monopol ankämpfen, und es liegt kein Grund vor, warum nicht auch wir an der wirtschaftlichen Ausnützung und Förderung Chinas teilnehmen wollen. Die Behauptung, daß die Welt in Zukunft nicht mehr dem wirtschaftlichen Wettbewerbe aller aktiven Völker frei stehen, sondern in geschlossene wirtschaftliche Einflußsphären einiger weniger größter Mächte aufgeteilt werden würde, scheint mir in den Tatsachen nicht begründet zu sein. Für uns Deutsche wäre eine solche Entwicklung verhängnisvoll, weil wir bei unserer geographischen Lage kein Gebiet haben, in dem wir uns auf die Dauer vor allen anderen betätigen könnten. Auch das tropische Afrika nicht; denn es liegt für die europäischen Westmächte mindestens ebenso bequem wie für uns, und selbst im vorderasiatischen Orient stehen den Vorteilen unserer Lage Nachteile gegenüber. Die Verkehrslage ist von großer Bedeutung; aber ich glaube nicht, daß sie allein entscheidet. Das Maß der Betätigung hängt vielmehr ebenso sehr von der wirtschaftlichen Tüchtigkeit und

auch von der politischen Macht ab. Diese darf nur nicht bloß kontinentaleuropäische Heimatmacht, sondern muß Weltmacht sein, d. h. muß so organisiert sein, daß sie sich auch draußen geltend machen kann; Stationen und Kreuzer müssen sie überall in der Welt zum Ausdrucke bringen.

8. Verbindung mit der Außenwelt; Freiheit der Meere.

Mag es sich um Kolonien oder um wirtschaftliche und kulturelle Betätigung in fremden Ländern handeln, immer muß die Bedingung erfüllt sein, daß uns ein Weg zu ihnen offen steht, daß der Verkehr mit ihnen nicht oder höchstens vorübergehend unterbrochen werden kann, und daß nicht Dritte uns daran hindern können, nötigenfalls staatliche Machtmittel anzusetzen. Aber die Frage ist, ob wir diese Verbindung über Land oder über See oder sowohl über Land wie über See zu suchen haben. Bis vor kurzem ist unsere Verbindung mit der Außenwelt, vom Nachbarverkehr abgesehen, nur über das Meer gegangen, zum größten Teile von den Nordseehäfen aus, wenngleich auch der Verkehr über die Mittelmeerhäfen Genua und Triest eine immer größere Rolle spielte; erst in der letzten Zeit ist dazu ein Landweg in den Orient gekommen, und nun ist wieder eingetreten, was bei uns einzutreten pflegt, daß jetzt von vielen nur das neue anerkannt, das alte, bis dahin bewährte, aber über Bord geworfen wird. Eine starke Partei tritt dafür ein, daß wir auf Seeschiffahrt und überseeische Betätigung verzichten, das Meer ganz den Engländern überlassen, selbst nur den Landverkehr pflegen sollten, auf dem wir nicht nur in den Orient, sondern über ihn und Ägypten auch ins tropische Afrika gelangen könnten. Ganz abgesehen davon, daß das einen Verzicht auf alle unsere Interessen in Ost-Asien und Amerika bedeuten würde, und daß die Landverbindung mit dem tropischen Afrika eine Utopie ist, so würden wir auf diese Weise nicht einmal die erwünschte Verständigung mit England bekommen. Landverkehr und Seeverkehr lassen sich gar nicht so reinlich scheiden, sondern verbinden sich oder kreuzen sich; namentlich Kreuzungen führen

zu Gegensätzen. Wie sich unser Landweg in den Orient bei Konstantinopel mit der russischen Ausfahrt aus dem Schwarzen Meere kreuzt und daraus Interessengegensätze entstehen, so würde sich unser Landweg nach Afrika bei Suez mit der für England so wichtigen Schiffahrtstraße durch den Kanal von Suez kreuzen und der englischen Seeherrschaft einen empfindlichen Schlag versetzen. Die Engländer sind sich der Bedeutung des Landes für die Seeherrschaft wohl bewußt; gerade um der Beherrschung dieses Seeweges willen haben sie Ägypten besetzt und erstreben sie die Herrschaft über Arabien und Süd-Persien. Ein starker Ausbau unseres Landweges in den Orient ist für England ebenso gefährlich wie unsere Seemacht. Mit England kommen wir in jedem Falle in gegensätzliche Berührung. Darum müssen wir unsere Verbindung mit der Außenwelt ohne Rücksicht auf England so auszugestalten suchen, wie es unseren Bedürfnissen entspricht. Diese weisen aber auf beides, Landverkehr und Seeverkehr, hin.

Diese Zweiseitigkeit, die natürlich mit der Gefahr der Zersplitterung verbunden ist, aber andererseits einen Vorzug bedeutet, ist in unserer geographischen Lage begründet. England, das Inselland, ist auf das Meer angewiesen, hat aber auf dem Meere vollkommene Bewegungsfreiheit; Rußland mit seiner riesigen kontinentalen Ausdehnung, aber nur an Binnenmeere grenzend, möchte wohl den Zugang zum freien Ozean gewinnen, weil es dadurch neue Vorteile einheimsen würde, braucht ihn aber nicht und wird in der Zukunft den Landverkehr ganz in den Vordergrund stellen müssen. Deutschland in seiner Zwischenlage ist für den Seeverkehr viel weniger günstig als England und in der Landverbindung mit der übrigen Welt viel weniger günstig als Rußland gestellt, hat aber beides und kann keines von beiden entbehren, sondern muß sowohl den Seeverkehr wie den Landverkehr pflegen. Also auch in der Verkehrspolitik sind uns schwerere Aufgaben als den meisten anderen Völkern gestellt.

Landverbindung mit der übrigen Welt haben wir teils durch Rußland nach Ost- und Zentral-Asien, teils durch die Balkanhalb-

insel in den vorderasiatischen Orient. Bei jener sind wir ganz von Rußland abhängig, und wir können nicht hoffen, uns von dieser Abhängigkeit zu befreien. Wir müssen suchen, uns mit Rußland gut zu stellen, damit es unserem Handel keine unnützen Schwierigkeiten in den Weg legt, müssen aber immer damit rechnen, daß es unseren Wünschen nur soweit entgegenkommt, als dadurch seine eigenen Interessen nicht geschädigt werden. Eine Bevorzugung unserer Interessen läßt sich immer nur für kurze Zeit erzwingen und führt leicht zum Bruch. Was wir aber beim Friedensschlusse verhindern müssen, ist, daß unser Handel gegenüber dem englischen, amerikanischen und japanischen benachteiligt wird.

Politisch bedeutsamer ist unsere Landverbindung mit dem vorderasiatischen Orient, weil sie uns ein neues Absatz- und Bezugsgebiet öffnet, das von der englischen Seeherrschaft unabhängig ist. Allerdings wäre es ganz falsch, anzunehmen, daß sich der Verkehr nach dem vorderasiatischen Orient künftig ganz auf dem Landwege vollziehen wird. Bis vor kurzem kam überhaupt nur der Seeweg in Betracht, und auch künftighin wird der Seeweg für die Beförderung der Massengüter und nach den Küstenlandschaften Kleinasiens und Syriens auch für die Beförderung von Personen und Wertgütern den Vorzug haben. Wenn wir im Verein mit unserem österreichischen Bundesgenossen den Verkehr mit dem Orient pflegen wollen, so müssen wir auch von unseren Nordseehäfen und von Triest oder Genua aus Schiffahrtslinien dahin unterhalten und Maßregeln ergreifen, um die Schiffahrt auch im Kriege aufrechterhalten zu können. Beschränkung auf den Landverkehr ist immer ein Nachteil; aber es ist doch ein Vorzug, daß der Landverkehr, allerdings mit größeren Kosten, als Ersatz für die Seeschiffahrt einspringen kann, was ja im Verkehre mit den übrigen Ländern der Erde nicht der Fall ist. Landverbindung ist natürlich von jeher dagewesen; aber der Landverkehr mußte erst geschaffen werden. Das ist durch die anatolische Bahn mit der daran anschließenden Bagdadbahn geschehen. Darum ist dieser Bahnbau von so großer politischer Bedeutung, darum hat sich ihm England so sehr widersetzt. Die Aufgabe der Zukunft muß

es sein, die Bagdadbahn zu vollenden und durch ein Netz von Seitenbahnen das ganze türkische Vorder-Asien und womöglich auch Persien in den Verkehr einzubeziehen. Aber mit der Verkehrsleitung im engeren Sinne mußte sich und muß sich auch künftighin politische Arbeit verbinden. Die Eisenbahnen können ihre Aufgaben im Kriege nur erfüllen, wenn das Bündnis mit der Türkei bestehen bleibt und die Verbindung mit ihr durch das Bündnis mit Bulgarien und die Beruhigung Serbiens und Rumäniens gesichert wird. Wesentlich eine politische Frage ist es auch, ob sich diese Verbindung auf die asiatische Türkei beschränken oder weiter greifen soll. Rein verkehrsgeographisch betrachtet könnten die Bahnen leicht einerseits durch die Sinaihalbinsel nach Ägypten, andererseits an den persischen Meerbusen herangeführt werden und sich dort in einer Dampferlinie nach Indien fortsetzen. Aber die Frage ist, ob England seinen Widerstand dagegen aufgibt, beziehentlich ob sein Widerstand gebrochen werden kann; ob mit anderen Worten die Schranke durchbrochen wird, die England zum Schutze seines Seeweges errichtet hat. Sonst läuft der Verkehr hier in eine Sackgasse aus, die auch schon wertvoll ist, aber die großen Durchgangslinien des Weltverkehrs nicht ersetzen kann.

Der Hauptteil unserer Verbindung mit der Außenwelt muß nach wie vor über das Meer gehen. Darauf weisen uns der blühende Handel unserer Hansestädte, unsere Schiffahrt; die der Stolz der deutschen Nation war, das Bedürfnis unserer Industrie hin. Ebensowohl unsere Kolonien wie die überseeischen Länder, die die wichtigsten Absatzmärkte und Bezugsgebiete für uns gewesen sind und auch weiterhin sein werden, sind für unseren Handel nur auf dem Seewege zu erreichen. Verzicht auf Seeverkehr heißt Verzicht auf wirtschaftliche Kraft und nationale Größe. „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser"; dieses kaiserliche Wort ist richtig und gilt auch heute, natürlich nicht in dem Sinne, daß unsere Zukunft nur auf dem Wasser läge, aber daß wir ohne das Wasser keine Zukunft haben. Wenn wir auf das Meer verzichten, ist es mit unserer Weltgeltung überhaupt vorbei, so bleiben wir eine Macht zweiten Ranges, so hat

England in der Hauptsache erreicht, was es in diesem Kriege erreichen wollte.

„Freiheit der Meere“ ist jetzt von manchen, die sich besonders klug dünken, für eine Phrase erklärt worden, der kein bestimmter Sinn innewohne. Wer so spricht, beweist damit nur, daß sein Denken an der Oberfläche haftet. Englands Seeherrschaft ist leider keine Phrase, sondern eine sehr wirkliche Tatsache; sie hat uns beim Ausbruche des Krieges sofort vom Meere verscheucht. Freiheit der Meere heißt: Befreiung von der englischen Seeherrschaft, oder allgemeiner: Befreiung von der Seeherrschaft eines einzelnen Volkes, heißt Möglichkeit unbehinderter Schiffahrt zu allen Zeiten, im Frieden und auch im Kriege. Diese Freiheit ist eines unserer größten Lebensbedürfnisse; sie zu erkämpfen muß daher ein Hauptziel unserer Anstrengungen sein.

Man muß zwischen Freiheit der Meere im Frieden und im Kriege unterscheiden.

Auch für die Friedenszeit war in früheren Jahrhunderten die Freiheit der Meere keineswegs anerkannt; die Schiffahrt treibenden Völker haben vielmehr dauernden Kaperkrieg geführt. Erst in einem mehrere Jahrhunderte währenden Kampfe ist sie gegen die Ansprüche der das Meer beherrschenden Völker, zuerst der Spanier und Portugiesen, später der Engländer, durchgesetzt und ein Bestandteil des Völkerrechtes geworden. Auch heute arbeitet die Schiffahrt der verschiedenen Nationen unter ungleichen Bedingungen; volle Freiheit der Meere im Sinne der Gleichheit für alle Völker besteht auch heute nicht. Auf dem Meere selbst kann jeder fahren, ohne behelligt zu werden; aber die Schiffe müssen in Häfen anlegen, um Passagiere und Waren abzusetzen und aufzunehmen und um sich mit Wasser, Lebensmitteln, Kohle zu versehen. Durch Maßregeln der Hafenpolizei und namentlich durch die Bestimmungen über die sogenannte Küstenschiffahrt (Cabotage), d. h. die Schiffahrt zwischen Häfen desselben Staates, kann der Staat, dem der Hafen gehört, einen sehr großen Einfluß auf dessen Benutzung und damit auf die Schiffahrt überhaupt ausüben. Weitaus die meisten Häfen an den großen Wegen des Weltverkehrs — man denke nur an Gibraltar, Port Said und Suez,

Aden, Colombo, Singapore, Hongkong — sind in den Händen Englands, und wenn dieses seine Macht bisher wohlweislich nicht ausgenützt hat, um die Schiffe anderer Nationen zu schikanieren, so läßt uns doch der Wirtschaftskrieg, den es uns ankündigt, für die Zukunft das schlimmste befürchten. Wir werden darum beim Friedensschlusse nach Möglichkeit Garantien verlangen und auch darauf bedacht sein müssen, uns durch eigene Häfen und die Häfen befreundeter Neutraler von den englischen Häfen unabhängig zu machen.

Für den Krieg war die Freiheit der Meere auch völkerrechtlich durch Bestimmungen über Blockade, Seebeuterecht und Verkehr mit Bannwaren beschränkt; tatsächlich hat sich England sofort über alle völkerrechtlichen Bestimmungen hinweggesetzt, unsere Schiffahrt auf allen Meeren, mit Ausnahme der ihm nicht zugänglichen Ostsee, vernichtet, alle Kabel zerstört, unseren überseeischen Handel lahm gelegt, unsere Versorgung durch neutrale Länder immer mehr unterbunden, während es selbst bis zum Beginne des energischen Unterseebootkrieges mit allen Ländern der Welt in ungestörter Verbindung blieb und daraus ungeheure Vorteile zog. Es zeugt von großer Oberflächlichkeit des Denkens, wenn Pazifisten unsere Forderung nach Freiheit der Meere verspotten, weil unsere Schiffahrt ja im Frieden unbehindert gewesen sei. Hier liegt vielmehr ein reales Problem vor. England hat uns dank seiner Seeherrschaft in diesem Kriege unermeßlichen Schaden zufügen können, und wenn darin keine Änderung eintritt, so werden auch in einem neuen Kriege unsere Schiffahrt und unser Handel zerstört und wir von unseren Kolonien und der Außenwelt überhaupt vollkommen abgesperrt werden können, so muß Deutschland auf seine Kolonialpolitik und seine wirtschaftliche Betätigung in überseeischen Ländern überhaupt verzichten, so hört es auf, eine Weltmacht zu sein. Freiheit der Meere von Englands Seeherrschaft ist für uns ein Lebensinteresse.

Aber was können wir gegen Englands Seeherrschaft und für die Durchsetzung der Freiheit der Meere tun?

Die Freiheit der Meere muß völkerrechtlich in viel allgemeinerer und bestimmterer Weise als bisher festgelegt werden. Man darf sich

nicht mit einzelnen Bestimmungen begnügen; denn unsere Völkerrechtler haben darauf hingewiesen, daß manche völkerrechtliche Bestimmung, z. B. die Beseitigung des Seebeuterechtes, solange das Blockaderecht bestehen bleibt, gerade für uns verhängnisvoll werden könnte. Die größte Gefahr für uns liegt in der englischen Blockade der Nordsee, die allerdings die vom Völkerrechte erlaubte Form der Blockade weit überschreitet. Eine solche Blockade darf nicht wiederkehren. Völlige Freiheit der Schiffahrt für Schiffe aller Nationen im Frieden und im Kriege muß völkerrechtlicher Grundsatz werden. Aber England wird sich nur schwer dazu bequemen, diesen Grundsatz anzuerkennen, und es ist wenig gewonnen, solange er nur auf dem Papiere steht und man keine Gewähr hat, daß sich England daran hält. Hinter dem Völkerrechte muß darum Macht stehen, die Macht der Gesamtheit der Völker, und zunächst müssen wir, die wir von Englands willkürlicher Aufhebung der Freiheit der Meere am schwersten betroffen worden sind, unsere ganze Kraft an deren Erringung setzen; mit anderen Worten: wir müssen Englands Seeherrschaft brechen.

Unsere Seeschiffahrt leidet zunächst und am meisten darunter, daß unsere Berührung mit dem Meere auf den innersten Winkel der Nordsee und die Ostsee beschränkt ist. England liegt vor der Nordsee, und mit Hilfe einer überlegenen Flotte kann es, wie die Erfahrung dieses Krieges gezeigt hat, die beiden Ausgänge der Nordsee versperren, so daß zwar gelegentlich einzelne Schiffe, namentlich Unterseeboote, die Absperrung durchbrechen können, eine regelmäßige Schiffahrt aber nicht möglich ist. Schon dadurch war es uns unmöglich gemacht, uns aus Übersee mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu versorgen, Schiffahrt und Handel weiter zu treiben, die Verbindung mit unseren Kolonien und anderen Ländern aufrechtzuerhalten. Die geographische Lage läßt sich nicht ändern; England wird hier immer eine starke Stellung haben. Auch wenn wir die flandrische Küste behalten, bleiben wir immer noch diesseits der Straße von Dover. Wir müßten bis Brest gehen, um frei in den Ozean hinausfahren zu können; aber obgleich dieser Gedanke als Kriegsziel ausgesprochen worden ist, so ist doch seine Verwirklichung undenkbar.

Was wir tun können, ist nur, den Engländern die Blockade zu erschweren. Wenn die englische Flotte der unsrigen nicht oder doch weniger als heute überlegen ist, so können sie die Blockade nicht aufrecht erhalten. Die Marineleute erklären, daß der Besitz eines Hafens an der flandrischen Küste die Operationsfähigkeit so sehr vergrößern würde, daß das dieselbe, ja größere Wirkung als eine Vergrößerung der Flotte hätte; denn England müßte dann eine starke Flotte in der Nähe des Kanals und der Themsemündung aufstellen, müßte also die bei den Orkneys oder sonstwo im Norden aufgestellte Flotte schwächen und könnte die Absperrung nicht mehr durchführen. Aber unsere Besetzung der flandrischen Küste scheint auf sehr große politische Bedenken zu stoßen, worauf wir bei der Besprechung des belgischen Friedens zurückkommen müssen.

Als ein deutsches Lebensinteresse muß auch ein freier Zugang zum mittelländischen Meere bezeichnet werden; denn der Umweg um die Westseite Europas in das mittelländische Meer ist so groß, daß Personen- und Wertgüterverkehr ihn abschneiden müssen. Von Süd-Deutschland ist es ja fast so nahe ans mittelländische Meer wie an die Nordsee. Der größte Teil unseres Verkehrs auf dem mittelländischen Meere erreichte dieses bisher über Genua, und wenn dieser Verkehr auch durch den italienischen Krieg unterbrochen worden ist, so wird er doch wegen der ungeheueren Vorzüge der Lage Genuas zu Süd-Deutschland in absehbarer Zeit wieder erstehen müssen. Aber auf ihn allein können wir uns bei der zweifelhaften Stellung Italiens nicht verlassen; für Ost-Deutschland liegt Genua auch etwas seitab. Darum ist daneben der Verkehr über Triest nötig. Was bei der Besprechung der Lebensinteressen Österreichs über Triest zu sagen sein wird, gilt in etwas vermindertem Grade für uns; namentlich müssen auch wir Wert darauf legen, daß das adriatische Meer nicht zugesperrt werden kann. Der Verkehr über die Häfen der Balkanhalbinsel: Saloniki, Athen, Konstantinopel, Constanza und die Donauhäfen, stellt zwar kein unbedingtes Lebensbedürfnis dar, wird aber unser Wirtschaftsleben sehr erleichtern und fördern; unsere Balkanpolitik wird uns diesen Verkehr bringen.

Aber auch die Ozeane sind nicht frei. England hat fast über alle Meere ein Netz von Flottenstationen gespannt, hat die meisten wichtigen Meerengen im Besitz und beherrscht dadurch fast alle wichtigen Meeresstraßen. Diese Beherrschung der Meere läßt sich nur dadurch ganz beseitigen, daß diese Stützpunkte England genommen und schwachen neutralen Mächten übergeben werden. Nur wenn Gibraltar wieder spanisch, Malta selbständig oder italienisch, Suez ägyptisch, Aden türkisch oder ein Freihafen geworden ist usw., ist wirkliche Freiheit der Meere erreicht. Aber das liegt noch in der Ferne. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß das nicht das Ergebnis des jetzigen Krieges sein kann; nur die Neutralisierung des Kanals von Suez könnte vielleicht, wenn das Kriegsglück uns wohl will, schon jetzt erzwungen werden. Vorläufig wird für uns der gegebene Weg sein, auch eigene Stationen zu errichten, in denen unsere Handelsschiffe, die beim Ausbruche eines Krieges draußen sind, Zuflucht finden, und in denen unsere an Zahl zu vermehrenden Auslandskreuzer Stützpunkte haben. Wenn wir in diesem Kriege eine Anzahl solcher Stationen, genügend befestigt und mit Munition und Lebensmitteln versehen, gehabt hätten, so wären uns viele unserer Handelsschiffe erhalten geblieben, und die „Emden" und die „Möve" und wie diese mutigen Schiffe alle heißen, hätten dann mit noch viel größerem Erfolge operieren und der Schiffahrt unserer Feinde noch viel erheblicheren Schaden zufügen können. Wir werden sie am liebsten in unseren Wirtschaftskolonien anlegen, weil sie dann zugleich zu deren Schutze dienen, und weil dann auch das Hinterland in unserem Besitze ist. Die pazifischen Inseln sind vielleicht mehr noch als Flottenstützpunkte denn unmittelbar wirtschaftlich wertvoll. Aber es ist fraglich, ob wir uns damit begnügen können. Namentlich im atlantischen Ozean würde uns bei der abseitigen Lage unserer westafrikanischen Kolonien ein geeigneter Stützpunkt fehlen. Hier müssen wir nach dem Erwerb eines solchen trachten, und zwar sollte das eine Insel oder Inselgruppe sein, weil Stationen auf dem Kontinent ohne ein großes Hinterland, woran wir in dieser Gegend kaum denken können, zu sehr gefährdet sind; das ist doch die traurige Lehre, die

wir durch die japanische Eroberung Kiautschous bekommen haben. Die Azoren oder die Kapverden würden, jede mit besonderen Vorteilen, unserem Bedürfnis am besten entsprechen.

Als das für die Zukunft zu erstrebende Ziel steht wirkliche allgemeine Freiheit der Meere vor uns, bei der das Meer im Frieden und im Kriege der Schiffahrt aller Nationen frei ist und Kriegshandlungen auf hoher See ausgeschlossen sind; denn das Meer, das der menschlichen Besiedlung entzogen ist, kann auch nicht das Eigentum eines Staates sein und darf von keinem einzelnen Staate beherrscht werden. Aber dieses Ziel liegt noch in weiter Ferne und ist nur dämmrig umrissen; auch die Theorie des Völkerrechtes hat es noch kaum ausgearbeitet; nur allmählich kann sich die Menschheit ihm nähern. Solange Englands Seeherrschaft besteht, hängt sie wie ein Damoklesschwert über uns und allen Schiffahrt treibenden Völkern und hindert uns in der freien Entfaltung unserer Kräfte; ihre Beseitigung oder zunächst wenigstens Milderung ist eines unserer stärksten Lebensinteressen. Wir müssen daran arbeiten, indem wir unsere eigene Seemacht weiter ausbilden und sie der englischen gegenüberstellen; aber wir müssen auch beim Friedensschlusse sorgsam darauf achten, wovon bei der Erörterung des Friedens mit England noch weiter gesprochen werden muß, daß Englands Stellung geschwächt wird, und daß es nicht etwa gar mit verstärkter Stellung daraus hervorgeht. Natürlich besteht ein Gegensatz dieser Forderung gegen die Friedensforderungen der reinen Kontinentalpolitik, die von unserer Betätigung auf dem Meere und über See überhaupt nichts oder doch nur wenig wissen will; dagegen scheint mir darin kein Gegensatz gegen die Forderungen der Kolonialpolitik zu liegen. Vielmehr unterstützen sie sich gegenseitig: erfolgreiche Kolonialpolitik ist auf die Dauer ohne Freiheit der Meere nicht möglich, Kolonien aber gewähren ihrerseits der Seemacht Stützpunkte und bis zu einem gewissen Grade auch die wirtschaftliche und finanzielle Grundlage. Ein Widerspruch entsteht nur dann, wenn man die Befreiung von Englands Seeherrschaft lediglich durch den Besitz der flandrischen Häfen für möglich hält; denn der Besitz der flandrischen Häfen und

Wiederherstellung und Erweiterung unseres Kolonialbesitzes scheinen, so wie die Dinge liegen, allerdings einander widerstreitende Forderungen zu sein.

9. Politische Macht.

Über diese unmittelbaren Lebensinteressen hinaus, mögen sie in der Heimat oder draußen liegen, muß die allgemeine Forderung politischer Macht als ein besonderes Lebensinteresse aufgestellt werden. Zwar hat der österreichische Reichskanzler kürzlich das Bild einer Zukunft entworfen, in der die Völker friedlich neben einander leben und alle Meinungsverschiedenheiten durch Schiedsgerichte geschlichtet werden. Es ist eine schöne Vorstellung, die sich gerade jetzt, mitten in den Greueln des Weltkrieges, jeder empfänglichen Seele einschmeicheln muß; aber es ist keine Vorstellung, mit deren Verwirklichung wir in näherer Zeit rechnen können. In der Herde der friedlich neben einander weidenden Völker dürfte sich bald ein Wolf in Schafskleidern finden und über die anderen herfallen. Vorläufig werden nur Kleinstaaten den Schutz ihrer Lebensinteressen der Eifersucht der Großen anvertrauen dürfen; Großstaaten müssen ihr Leben aus eigener Kraft verteidigen und hinter ihre Lebensforderungen den Nachdruck ihrer Macht setzen können. Ich habe mich ja gegen den Gedanken gewandt, daß das politische Leben nur in einem Machtkampfe bestehe, wie es viele behaupten, sondern dagegen die Bedeutung des Rechtes und der Sittlichkeit hervorgehoben; aber darüber kann kein Zweifel sein, daß, wie im bürgerlichen Leben, so auch im Leben der Völker Recht und Sittlichkeit sich nicht von selbst, sondern nur durch die Macht durchsetzen. Die Übermacht eines einzelnen beugt Recht und Sittlichkeit; innerhalb eines Volkes und Staates bringt der Machtwille der Gesamtheit diese zur Geltung, im Leben der Völker und Staaten können sie nur aus einem Gleichgewichte der Macht hervorgehen. Wir Deutsche wollen weiter nichts als unser Recht; aber die anderen wollen unser Recht durch ihre Übermacht unterdrücken. Wir haben es in diesem Kriege verteidigt und müssen es auch weiter verteidigen; denn noch berechtigt uns nichts zu der Hoffnung,

daß die anderen es freundwillig anerkennen werden. Darum müssen wir politische Macht haben. Wir wollen sie nicht zur Verletzung der Rechte anderer mißbrauchen, ebensowenig wie wir sie bisher mißbraucht haben; aber unser eigenes Recht wollen wir schützen.

Die deutsche Macht muß das deutsche Leben überall daheim und draußen auf See und über See schützen. Sie ist bisher nach dem Grundsatze gestaltet worden, daß ihr Schwerpunkt ganz in Europa liegen müsse, daß auch unsere Kolonien und unsere maritimen und überseeischen Interessen in Europa verteidigt würden. Diesem Grundsatze gemäß haben wir lediglich in Deutschland selbst ein Heer gehabt, und auch die Flotte war ganz überwiegend eine Heimflotte; die Schutztruppen der Kolonien waren nicht viel mehr als Polizeitruppen, nur gegen die Aufstände der Eingeborenen, nicht gegen äußere Feinde bestimmt. Mit Ausnahme von Kiautschau waren unsere Kolonien nicht befestigt, und wir hatten auch nur wenige und schwache Auslandskreuzer; nur durch die bewunderungswürdige Tapferkeit unserer Seeleute, den Grafen Spee an der Spitze, ist es möglich gewesen, draußen so viel zu machen, wie sie gemacht haben. Heute wird man doch die Frage erheben müssen, ob jener Grundsatz richtig war, und ob wir ihn auch künftighin zur Richtschnur nehmen wollen; denn auch wenn wir beim Friedensschlusse alles wiederbekommen, was wir im Kriege verloren haben, so hat uns doch der zeitweilige Verlust unermeßlichen Schaden gebracht, und schon das hat uns in der Meinung der Welt sehr viel geschadet, daß Schiffahrt und Handel und der größere Teil unserer Kolonien fast ohne Widerstand von unserer Seite verloren gingen. Wir können auch gar nicht mit Sicherheit darauf rechnen, daß wir alles wiederbekommen, daß namentlich Japan, Australien und Neu-Seeland, die südafrikanische Union, die Vereinigten Staaten und Brasilien uns das wieder herausgeben oder ersetzen werden, was sie uns genommen haben. In unserer Rechnung sind zwei Fehler gewesen: erstens, daß wir den auch aus einem zeitweisen Verluste erwachsenden realen und moralischen Schaden nicht genügend eingeschätzt, und zweitens, daß wir nur mit europäischen Feinden, an die wir auch in Europa herankommen, und nicht mit überseeischen Feinden,

seien es selbständige Staaten, seien es die halb selbständigen englischen Kolonien, gerechnet haben. Auch künftighin ist die Hauptsache natürlich die Verteidigung des Heimatlandes; aber wenn wir Kolonial- und Weltpolitik treiben und auch schon, wenn wir uns weltwirtschaftlich betätigen wollen, müssen wir uns die Machtmittel schaffen, um unseren Besitz und unsere Interessen draußen zu schützen und zu vertreten.

Aber es gibt noch einen anderen, nicht so offenkundigen, aber, wie mir scheint, noch stärkeren Grund für unsere Machtentfaltung draußen, als es der Schutz unseres Besitzes und unserer unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen ist. Das ist, um es in einem eigentlich viel zu schwachen Worte zusammenzufassen, unser politischer Einfluß. Wir haben uns oft zu sehr in unserer Macht gesonnt und uns dabei selten genügend klar gemacht, daß unsere Macht fast nur europäisch war und in der übrigen Welt keine große Geltung hatte. Denn dazu genügte es nicht, wenn gelegentlich einmal ein Kriegsschiff die deutsche Flagge zeigte. Die überseeischen und auch manche europäische Länder konnten gar keine größere Vorstellung von der deutschen Macht haben, weil diese nicht bis zu ihnen reichte. Der Irrtum lag nicht bei ihnen, sondern bei uns. Der Krieg hat es offenbart; aber ich fürchte, daß viele auch diese Offenbarung noch nicht begriffen haben. Wenn jetzt, mit wenigen Ausnahmen der uns nächst benachbarten Länder, fast alle Staaten der Erde auf die Seite unserer Feinde getreten sind oder doch eine ihnen wohlwollende Neutralität zeigen, so hat das doch nicht oder nur zum kleinsten Teile darin seinen Grund, worin manche Überweise ihn sehen wollen, daß der Deutsche im Auslande Lodenanzüge trägt, laut spricht und überhaupt schlechte Manieren hat, und auch nicht daran, daß er im Geschäfte den anderen zu sehr den Rang abläuft, sondern darin, daß wir durch England von der ganzen Welt abgesperrt sind, daß jene nur durch unsere Feinde von uns hören und alle deren Verleumdungen über unsere Schlechtigkeiten und Greueltaten auf Treu und Glauben annehmen, ja annehmen müssen, daß sie auch nur mit unseren Feinden Verkehr und Handel aufrecht erhalten können, also wirtschaftlich ganz auf sie angewiesen

sind, von ihnen Vorteile zugewiesen bekommen, aber auch schwer geschädigt werden können, während wir dem allen mit ohnmächtigem Zähneknirschen zusehen müssen. Die englische Seeherrschaft hat sich eben als die Quelle einer ungeheueren politischen Macht erwiesen, der wir nichts entgegenstellen können. Das muß künftighin anders werden. Wir müssen die englische Seeherrschaft nicht nur deshalb brechen, um unseren Kolonialbesitz, unsere Schiffahrt und unseren Handel schützen zu können; wir müssen sie auch aus dem noch viel wichtigeren Grunde brechen, den auch die einseitigsten Kontinental- und Kolonialpolitiker anerkennen werden, daß wir in allen überseeischen Staaten, zu denen in diesem Sinne auch europäische Staaten wie Norwegen und Portugal gehören, politischen Einfluß gewinnen müssen, damit wir nicht noch einmal die ganze Welt zum Feinde bekommen können. Wir müssen uns in die Lage setzen, allen jenen Staaten nützen, aber auch schaden zu können, damit sie uns als politisch gleichwertig mit den anderen Großmächten, namentlich mit England und den Vereinigten Staaten, ansehen.

10. Zusammenfassung.

Man kann sich den Aufbau des deutschen Lebens durch einen Vergleich klar machen. Das deutsche Volk hat sich in einem Hause eingerichtet, dessen unteres Stockwerk die Heimat, dessen oberes Stockwerk die Fremde ist. Es ist klar, daß wenn das unterste Stockwerk zerstört wird, das ganze Haus zusammenfällt; darum ist das wichtigste natürlich der gute Ausbau dieses unteren Stockwerkes und sein Schutz gegen alle von außen drohenden Gefahren. Aber es ist auch klar, daß es eine große Einschränkung unseres Lebens bedeutet, wenn das obere Stockwerk zerstört wird und wir uns auf das untere beschränken müssen; ja wir müssen sagen: die große Familie, zu der unser deutsches Volk herangewachsen ist, hat in diesem nicht mehr Platz, sondern ein Teil des Volkes müßte ausziehen und würde der Familie verloren gehen. Daraus ergibt sich die Hauptregel unserer Politik: europäische Kontinentalpolitik war das erste, konnte aber nur genügen,

solange das deutsche Volk klein war; sie befriedigt nur das Existenzminimum des heutigen deutschen Volkes und muß ihre Ergänzung in Weltpolitik finden. Wir müssen unser deutsches Heimatland sichern und wirtschaftlich ausbauen, so gut wie es überhaupt nur möglich ist, dürfen uns aber nicht scheuen — denn das wäre kurzsichtig und feige —, hinauszugehen und draußen Besitz zu erwerben und uns in der Weltwirtschaft zu betätigen, und wir müssen Besitz und Wirtschaft durch unsere politische Macht decken. Man warnt uns vor Zersplitterung. Gewiß besteht diese Gefahr. Wir dürfen nicht überall wahllos zugreifen, sondern müssen jeden Schritt in die Welt überlegen und manchmal darauf verzichten. Aber es liegt in der Natur Deutschlands, daß es sich nicht nur nach einer bestimmten Seite hin betätigen kann, was überhaupt nur Kleinstaaten vergönnt ist, sondern ebenso wie England und Frankreich, noch mehr als Rußland und die Vereinigten Staaten, seine Kräfte verteilen und sich in allen Teilen der Erde betätigen muß. Es kann sich nicht auf die Heimat beschränken, auch wenn es diese durch Angliederung von Nachbargebieten erweitert, weil nur eine Macht, die ihre Wurzeln auch in der übrigen Erde einsenkt, groß sein kann. Es kann seine Betätigung draußen nicht auf den Orient und nicht auf Afrika beschränken, weil weder der Orient noch Afrika ihr genügende Nahrung geben. Es muß seine Kraft aus der ganzen Erde saugen und die ganze Erde befruchten, wie es das bisher getan hat. Das Ergebnis dieses Krieges, in dem wir uns heldenhaft der furchtbaren Übermacht erwehrt haben, darf nicht sein, daß wir auf die Größe, die wir bisher unwillkürlich erstrebt haben, verzichten, sondern muß vielmehr sein, daß wir sie mit vollem Bewußtsein erstreben und unsere ganze Kraft dafür einsetzen. Dieses Streben soll nicht etwa unersättliche Eroberungsgier bedeuten, sondern im Gegenteil, daß wir nicht Phantomen der Kontinentalpolitik nachjagen wollen, weil wir dabei aus dem Kriegszustande gegen die anderen europäischen Kontinentalmächte nicht herauskämen und an wirklicher Kraft mehr verlören als gewännen. Es soll auch nicht bedeuten, daß wir irgend einem selbständigen Staate über See zu nahe treten wollen; aber an den Ländern der Erde, die

als die Gebiete von Naturvölkern europäischer Herrschaft bedürfen, wollen wir gleichberechtigten Anteil mit den übrigen europäischen oder außereuropäischen Kolonialmächten haben, und in den anderen wollen wir uns, wieder den übrigen gleichberechtigt, wirtschaftlich und kulturell betätigen können. Der Gedanke an eine Weltherrschaft, der uns von unseren Feinden untergelegt wird, liegt uns ganz fern, viel ferner als ihnen — darum möchte ich auch nicht von deutschem Imperialismus sprechen —; aber eine Weltmacht und ein Weltvolk wollen wir sein.

IV.

Die Lebensinteressen unserer Verbündeten.

Die meisten der Erörterungen über die Kriegsziele, die sich in so unendlicher Zahl über uns ergießen, beschränken sich auf unsere eigenen deutschen Kriegsziele und nehmen auf die unserer Verbündeten keine Rücksicht; höchstens wird einmal die Bemerkung gemacht, daß jene ihre Forderungen selbst aufzustellen hätten. Ich halte das nicht für richtig und glaube, daß es leicht zu Verstimmungen und Mißverständnissen führen kann. Wir sind gemeinsam in den Krieg hineingegangen und führen ihn gemeinsam; darum müssen wir auch gemeinsam wieder aus ihm herausgehen. Das erfordert die Treue; das ist aber auch ein Gebot der politischen Klugheit. Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Feinde schon mehrfach versucht haben und immer von neuem versuchen werden, uns unsere Bundesgenossen abspenstig zu machen. Diese Versuche sind an deren Treue und Einsicht gescheitert; aber wir müssen uns der Gefahr immer bewußt sein. Wir wollen auch nach dem Kriege Bundesgenossen bleiben und unser Leben in vieler Beziehung gemeinsam einrichten, unser Bündnis noch enger gestalten; darum darf der Friede, der den Grund für die Zukunft legt, nicht von jedem für sich, sondern muß gemeinsam geschlossen werden.

Das scheint mir in doppelter Beziehung nötig zu sein.

Einerseits dürfen wir selbstverständlich keine Forderungen aufstellen, die den Interessen unserer Bundesgenossen widerstreben, und dürfen sie auch nicht vor unsere Interessen einspannen wollen, müssen in der Aufstellung von Forderungen, an denen sie kein Interesse haben, sehr zurückhaltend sein; denn sie würden dafür ihre Kraft nur widerstrebend einsetzen, und wir stellen dadurch ihre Bundestreue unnütz auf die Probe. Wir dürfen nur Forderungen aufstellen, für

die sie mit ganzem Herzen eintreten können, für die sie bereit sind, ihr Leben in die Schanze zu schlagen. Sie haben ein großes Interesse daran, daß wir ungeschmälert und mit gesicherter Existenz aus dem Kriege hervorgehen, was unsere Reichskanzler übereinstimmend als unser Kriegsziel bezeichnet haben; denn nur ein starkes Deutschland gewährt ihnen die Hilfe, die sie brauchen, und sichert sie in ihrer Existenz. Aber sie haben kein Interesse daran, ja können nicht einmal wünschen, daß wir überstark werden; denn dann könnte uns die Versuchung kommen, sie zu unterdrücken. Sie müssen wünschen, daß wir eine Weltmacht bleiben, müssen aber einer deutschen Weltherrschaft widerstreben. Wir müssen auch auf den Stand ihrer Kräfte Rücksicht nehmen, dürfen uns über die bei ihnen zweifellos noch mehr als bei uns vorhandene Kriegsmüdigkeit nicht leichten Herzens hinwegsetzen. Das beachten diejenigen, die den Krieg fortführen möchten, bis wir alle unsere Ziele erreicht haben, nicht genügend; die Julikrisis hat zum Teil darin ihren Grund gehabt, daß man sich plötzlich der in Österreich herrschenden Stimmung bewußt wurde. Wohl hat, nachdem wir den Feind aus Österreich-Ungarn vertrieben haben, dieses die Pflicht, uns und auch der Türkei bei der Bewältigung der Feinde, die den Kampf gegen uns fortführen, zu helfen, und ist auch bereit, diese Pflicht zu erfüllen; aber wir dürfen den Krieg nicht länger fortsetzen, als es nötig ist, um unsere wirklichen Lebensforderungen zu befriedigen.

Andererseits müssen wir die Lebensinteressen unserer Bundesgenossen in unser eigenes Programm aufnehmen und ebenso wie unsere eigenen Lebensinteressen verfechten; denn wenn wir sie beim Friedensschlusse im Stiche ließen und wichtige Lebensinteressen von ihnen opferten, so würden sie sich für einen solchen Bundesgenossen bedanken und künftighin ihre eigenen Wege gehen. Natürlich können und müssen wir dabei von ihnen dieselbe Rücksicht verlangen, die wir ihnen gewähren, nämlich daß sie nur Forderungen aufstellen, an deren Erfüllung auch wir unmittelbar oder mittelbar ein Interesse haben. Wir haben das Recht, ihre Forderungen daraufhin zu prüfen; wir brauchen unsere Kräfte nur für das einzusetzen, was wir für recht halten.

Unter diesen Gesichtspunkten will ich die Lebensinteressen unserer Bundesgenossen besprechen, weniger ausführlich als unsere eigenen, weil es sich ja mehr um eine Prüfung als um eine selbständige Aufstellung handelt, und auch immer im Hinblick auf unser eigenes Interesse.

1. Die Lebensinteressen Österreich-Ungarns.

Führen wir Deutsche den Krieg, wenngleich manche unserer Feinde an unsere Zerstücklung dachten, doch hauptsächlich um unsere politische und wirtschaftliche Größe, so ist er dagegen für Österreich-Ungarn ein Kampf um die Existenz im engsten Sinne des Wortes, ein Kampf um seinen Fortbestand als Staat. Die österreichisch-ungarische Monarchie, aus ganz verschiedenen Ländern zusammengeschweißt, zehn verschiedene Nationalitäten zusammenschließend, galt als der kranke Mann, erschien als ein morsches Gebilde, an das man nur anzustoßen brauche, damit es auseinanderfalle. Von allen Seiten her waren die Blicke begehrlich darauf gerichtet, und als die serbische Agitation den Krieg zum Ausbruche gebracht hatte, fiel die Meute von allen Seiten über Österreich-Ungarn her, von dem sich jeder ein Stück abreißen wollte. Der erste Gegner war Serbien, das einen großen serbischen Staat errichten und dazu Bosnien und womöglich auch Dalmatien, Kroatien und das von Slowenen bewohnte Krain erobern wollte. Rußland, das schützend hinter Serbien stand, hätte für sich Galizien, die Bukowina und auch das nördlichste Ungarn genommen. Bald erhob Italien, der Bundesgenosse, Ansprüche, nicht nur auf das von Italienern bewohnte Trentino, sondern auf das ganze südliche Tirol bis an den wasserscheidenden Kamm, auf Triest und Stücke von Dalmatien, und trat, obgleich Österreich-Ungarn den größeren Teil dieser Ansprüche zu bewilligen bereit war, in den Krieg gegen es ein. Anderthalb Jahre später tat Rumänien denselben Schritt, weil es alles überwiegend oder auch nur zum Teil rumänische Volksgebiet, nämlich die Bukowina, Siebenbürgen und das Banat, haben wollte. Wenn Österreich-Ungarn unterlegen wäre, so wären ihm also sehr große Teile, über die Hälfte seines bisherigen Staats-

gebietes, verloren gegangen; es wären nur das den inneren Teil Ungarns einnehmende Magyarenland, die Alpenländer ohne Krain und Böhmen mit Mähren übriggeblieben, also Gebiete, die nur in lockerem räumlichen Zusammenhang gestanden hätten und wahrscheinlich auch auseinandergefallen wären. Außer den Magyaren hätten dann auch die Tschechen mit den ihnen verwandten Mähren und Slowaken auf das heftigste nach Selbständigkeit gestrebt und sie bei einem so geschwächten Österreich vielleicht durchsetzen können. Diese Gefahr des Auseinanderfallens und der Zerstückelung ist mit unserer Hilfe abgewandt worden. Durch die letzten glänzenden Offensiven in Galizien sind die Russen fast ganz hinausgeworfen, und auch die Italiener haben nur kleine Stücke österreichischen Bodens erobert. Wenngleich bei den Tschechen und den Ruthenen recht häßliche Fälle des Vaterlandsverrates vorgekommen sind und der Streit der Nationalitäten von neuem erwacht ist, so hat sich doch auch der innere Zusammenhang der österreichisch-ungarischen Monarchie fester erwiesen, als die Feinde gedacht hatten. Noch macht Italien, von Frankreich und England unterstützt, immer neue verzweifelte Anstrengungen, die österreichische Front am Isonzo zu durchbrechen; aber nachdem elf Angriffe gescheitert sind, dürfen wir wohl hoffen, daß auch die folgenden scheitern werden.*) Der russische Ansturm ist wohl abgeschlagen. Der Bestand Österreich-Ungarns kann demnach als gesichert gelten. Nur es selbst wird darüber zu entscheiden haben, ob es sich nicht um des äußeren und des inneren Friedens willen einzelner kleiner Landesteile entäußern will. Selbstverständlich würde jeder Verzicht, jetzt nach einer siegreichen Verteidigung noch mehr als vorher, ein schweres Opfer bedeuten; aber das Opfer würde sich vielleicht dadurch lohnen, daß eine Angriffsfläche wegfiele und unwillige Volkselemente ausschieden. Österreich-Ungarn würde vielleicht an Geschlossenheit und innerer Einheit mehr gewinnen, als es an Ausdehnung verlöre.

Die verantwortlichen Träger der österreichisch-ungarischen Politik

*) Inzwischen hat die großartige Offensive der deutschen und österreichischen Truppen die Italiener bis zum Piave zurückgeworfen.

haben wiederholt erklärt, daß sie über die Bewahrung des bisherigen Staatsgebietes hinaus keine Gebietsansprüche erhöben, an keine Annexionen dächten. Die Länder, um die es sich hätte handeln können, sind Serbien, Rumänien und Albanien, nach der anderen Seite hin Polen. Für den Verzicht auf ihre Annexion scheinen in erster Linie innerpolitische Gründe maßgebend zu sein, eine gewisse Eifersucht zwischen Österreich und Ungarn und die Furcht der Magyaren vor einer Vermehrung der Slaven und der Rumänen im Reiche. Dazu kam die allgemeine politische Rücksicht, daß beim Friedensschlusse jede Annexion auf Schwierigkeiten stoßen würde. Österreich-Ungarns Interesse auf der Balkanhalbinsel ist weniger ein Interesse an Erweiterung seines Staatsgebietes als ein Interesse an der Beseitigung der Gefahr, die ihm hier immer gedroht hat, und an der Herstellung von Frieden. Serbien muß seinen großserbischen Traum aufgeben und sich dazu verstehen, Ruhe zu halten, und auch Rumänien muß sich bei seiner bisherigen Größe und der Stellung bescheiden, die es bisher eingenommen hat. Die Hauptsache für Österreich-Ungarn ist aber, daß die beiden auswärtigen Mächte, die bisher immer ihre Hände auf der Balkanhalbinsel im Spiele gehabt haben und deren eine eine Art Oberherrschaft erstrebte, nämlich Rußland und Italien, sich daraus zurückziehen. Österreich-Ungarn will keinen Gebietserwerb, aber wirtschaftliche und politische Bewegungsfreiheit.

Über sein eigenes Staatsgebiet und die Balkanhalbinsel hinaus hat es bisher keine eigentlich politischen Interessen. Allerdings ist manchmal der Gedanke ausgesprochen worden, daß es, wenn auch in bescheidenem Maße, eine Kolonialmacht werden solle, und man hat die Blicke wohl auf Tripolis oder die italienischen Besitzungen am roten Meere gerichtet. Aber der Gedanke ist nur wenig aufgenommen worden, und man wird darin kaum ein dringendes Lebensinteresse sehen können. Die Monarchie hat noch zu viel mit sich selbst zu tun und ist auch zu ungünstig zum Meere gelegen, zu sehr Kontinentalmacht, um mit voller Kraft in die Welt hinausgehen zu können.

An wirtschaftlicher Betätigung draußen, wie es sie schon bisher

ausgeübt hat, wird es festhalten und sie möglichst steigern. Es liegt im natürlichen Gange der Dinge, daß Österreich und auch Ungarn ihre Industrie stärker entwickeln, und für diese wird es immer ein Vorteil sein, wenn sie nicht auf den Absatz im Inneren beschränkt ist, sondern auch im Auslande Märkte hat. Bisher sind dies hauptsächlich Rußland, die Länder der Balkanhalbinsel, der türkische Orient und auch Süd- und Ost-Asien gewesen. Nach diesen Ländern hat es auch Schiffslinien gehabt. Die politische Verbindung mit der Balkanhalbinsel und dem Orient wird es ihm ebenso wie uns erlauben, den Handel dorthin künftig zu steigern und seiner Industrie dort größeren Absatz zu eröffnen. Natürlich darf es den Handel nach anderen Ländern darüber nicht vernachlässigen; es hat an Handelsverträgen mit unseren Feinden gleichfalls ein Interesse, wenn auch kein so starkes Interesse wie wir.

Der Handelsverkehr muß auch fernerhin zum größeren Teile über das Meer gehen. Darum muß Österreich-Ungarn freie Verbindung mit dem Meere haben. Die Aufgabe von Triest, die ihm Italien ansinnt, wäre ein Todesstoß für seinen Handel; denn Fiume kommt nur für Ungarn in Betracht. Ebenso wie wir und noch mehr als wir muß Österreich-Ungarn auch Zugang zu den Häfen der Balkanhalbinsel und namentlich der Donaumündung erstreben. Seine Verbindungen mit dem Meere müssen auch im Kriege frei bleiben und auch seinen Kriegsschiffen offen stehen. Es würde ein großer Gewinn sein, wenn Rußland von der Donaumündung abgedrängt werden könnte; die Hauptsache aber ist, daß Italien das adriatische Meer nicht zusperren kann. Dieses darf kein mare nostro werden, sondern muß ein mare libero bleiben. Darum darf sich Italien nicht an dessen Ostküste festsetzen. Durch die Eroberung des Lowtschen hat sich Österreich die Bucht von Cattaro und die dalmatinische Küste überhaupt gesichert; aber solange Italien in Valona gerade gegenüber seinem Brindisi sitzt, kann es das adriatische Meer verschließen und dadurch einen sehr starken Druck auf Österreich ausüben. Die Austreibung Italiens aus Valona scheint mir eines der wichtigsten Kriegsziele Österreich-Ungarns zu sein.

2. Die Lebensinteressen Bulgariens.

Unser in geographischer Reihenfolge zweiter Bundesgenosse, Bulgarien, war zuerst Parteigänger Rußlands, dem es hauptsächlich seine Freiheit von der türkischen Herrschaft verdankte. Aber später änderte sich das Verhältnis zu Rußland. Dieses ließ Bulgarien seine Abhängigkeit zu sehr fühlen und trat ihm mehrfach in den Weg, weil es kein zu starkes Bulgarien wollte; es begünstigte mehr und mehr dessen Rivalen Serbien, den es als Hebel gegen Österreich-Ungarn brauchte. In dem balkanischen Bruderkriege von 1913, der Bulgarien fast den ganzen Gewinn des vorangehenden Krieges gegen die Türkei und obendrein die sogenannte Neu-Dobrudscha kostete, war Rußland der Beschützer der Feinde Bulgariens. Als der Weltkrieg ausbrach, suchten Rußland und seine Bundesgenossen dieses auf ihre Seite zu zwingen; es bewahrte aber seine Neutralität und trat dann im geeigneten Augenblicke zu uns, weil es deutlich einsah, daß der Sieg Rußlands, namentlich wenn dieses Konstantinopel beherrschte, es für immer in Abhängigkeit von ihm bringen und Serbien gegenüber in den zweiten Rang rücken würde, daß es dagegen an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns, im Kampfe gegen Rußland und namentlich gegen Serbien sich an diesen rächen und eine Vorrangstellung auf dem Balkan erringen könne. Für uns ist dieser Zutritt Bulgariens von sehr großer Bedeutung gewesen, weil er uns die Niederwerfung Serbiens erleichterte und die Verbindung mit der Türkei herstellte, die in ihrer Absonderung einen schweren Kampf gegen die Feinde führte. Wir sind ihm dankbar dafür und legen auch für die Zukunft auf seine Freundschaft und Bundesgenossenschaft großen Wert.

Bulgariens Wünsche sind nicht nur auf die Wiederherstellung seines alten Besitzes, sondern darüber hinaus auf den Besitz des in der Hauptsache wohl von Bulgaren bewohnten Mazedoniens gerichtet, das ihm vor dem Angriffe auf die Türkei aus der türkischen Beute von den Bundesgenossen zugesagt, dann aber entrissen worden war. Es will auch das staatlich bisher zu Serbien gehörige, aber in völkischer

Beziehung bulgarische Bergland, das östlich von der Morawa bis an die Donau heranreicht, gewinnen. Von Rumänien, dessen Übertritt auf die Seite der Feinde es mit einer gewissen heimlichen Freude begrüßt haben mag, will es sein altes Eigentum, die Neu-Dobrudscha, die ihm 1913 von den Rumänen entrissen worden war, zurückbekommen; seine Blicke sind wohl auch auf die eigentliche Dobrudscha gerichtet, deren Bewohner überwiegend Bulgaren sind. Allem Anscheine nach ist ihm die Erfüllung der meisten dieser Wünsche von uns und Österreich-Ungarn zugesagt worden. Es muß uns darauf ankommen, hier einen starken und zuverlässigen Bundesgenossen zu haben, und es kann uns auch nur recht sein, wenn sich dessen Gebiet zwischen Rumänien und Serbien einschiebt und wenigstens mit einem schmalen Halse in unmittelbare Verbindung mit Österreich-Ungarn kommt. Auf das Küstengebiet am ägäischen Meere mit Kawalla und Saloniki hat Bulgarien verzichtet, um die Griechen nicht zu schädigen, die standhaft gegenüber allen Bedrohungen der Entente ihre Neutralität bewahrten.

3. Die Lebensinteressen der Türkei.

Die Türkei, deren Dasein in diesem Kriege auf dem Spiele stand, hat ihr Kriegsziel erreicht, wenn sie als ein selbständiges und in der Hauptsache unversehrtes Reich daraus hervorgeht, wenn sie endlich Frieden und Ruhe bekommt und in den Stand gesetzt wird, ihre volle Kraft dem inneren Aufbau zu widmen. Noch ist das nicht ganz erreicht. Ihre Hauptstadt zwar ist gerettet, seitdem der Angriff der Engländer und Franzosen auf die Dardanellen siegreich abgeschlagen worden ist; denn bei einem Erfolg dieses Angriffes wäre Konstantinopel in die Hände der Feinde gefallen, und es wäre von ihnen kaum wieder herausgegeben worden. Jetzt könnte nur eine völlige Wendung des Krieges die Gefahr erneuern. Aber große Teile des türkischen Reiches sind noch in den Händen der Feinde: Armenien in denen der Russen, das mittlere und südliche Arabien und Mesopotamien in denen der Engländer. Wir hoffen, daß es uns gelingt, diese Verluste

noch im Verlaufe des Krieges wieder einzubringen; sonst müßten wir an anderen Stellen Opfer bringen, um der Türkei wenigstens den größeren Teil ihres Eigentumes zurückgeben zu können.

Man wird sich nicht verhehlen dürfen, daß die Türkei weder ein national einheitliches noch ein geographisch und wirtschaftlich geschlossenes Reich ist; auch nach dem Verluste des größten Teiles der europäischen und afrikanischen Gebiete sind in ihrem Bestande noch ziemlich verschiedene Länder zusammengeschweißt. Insofern konnten unsere Feinde den Gedanken fassen, die Türkei in Stücke zu reißen, Konstantinopel und Armenien an Rußland, Teile Kleinasiens an Italien, den größeren Teil Syriens an Frankreich, Mesopotamien und große Teile Arabiens an England zu geben, so daß vielleicht nur Kleinasien übriggeblieben wäre. Sie können dafür das Nationalitätenprinzip anführen, obgleich sie tatsächlich nicht für die Selbständigkeit der Nationalitäten, sondern für die Erweiterung ihres eigenen Besitzes kämpfen. Auch für Österreich-Ungarn und uns sind in erster Linie eigene Lebensinteressen bestimmend, die uns aber umgekehrt zur Erhaltung der Türkei und ihrer Selbständigkeit führen. Wir setzen uns für den Bestand der Türkei ein, weil wir nicht zugeben können, daß wieder ein so großes und wertvolles Stück der Erde, in dem wir starke Interessen haben, über unsere Köpfe hinweg aufgeteilt wird, sondern an seiner wirtschaftlichen Ausnützung und kulturellen Entwicklung teilnehmen wollen. Wir setzen uns dafür ein, weil wir nicht glauben, daß bei einer Aufteilung der Fortschritt der Kultur in Wahrheit gefördert wird, weil wir vielmehr meinen, daß der Fortschritt organisch an die bestehenden Verhältnisse anknüpfen müsse. Wir hoffen, daß durch unsere Freundschaft und unseren Beistand die Türkei erhalten bleibt und zu äußerer und innerer Ruhe gelangt, und daß sie auch ohne Verlust der nationalen Freiheit und Selbständigkeit die Segnungen der europäischen Kultur aufnehmen kann und eine lebensfähige orientalische Kultur entwickeln wird. Durch die Aufhebung der Kapitulationen, die sie während des Krieges mit unserer Zustimmung vollzogen hat, hat sie sehr an Unabhängigkeit und an Bewegungsfreiheit gegenüber fremden Staaten gewonnen. Auch andere Reformen haben schon

jetzt eingesetzt, und wenn erst der Friede eingekehrt ist, wird die Türkei in größerem Umfange an inneren Reformen arbeiten können. Es ist hier nicht der Ort, über diese des weiteren zu sprechen; nur das muß gesagt werden, daß ihr Deutschland dabei ein Freund sein muß, aber kein aufdringlicher und überheblicher Freund sein darf, wenn es nicht die Freundschaft und damit auch den Fortschritt gefährden will. Auch das mag wiederholt werden, daß wir nun nicht mit einem Male, wie Schwarmgeister es wollen, unsere ganze Zukunft auf unsere Freundschaft mit der Türkei setzen dürfen, sondern daß sie immer nur einen Teil unseres Lebens ausmachen kann.

Bei dem lockeren Zusammenhange des türkischen Reiches, auch nach seinem Rückzuge aus Europa und Afrika, ist die Möglichkeit weiterer Gebietsabtretungen nicht von vornherein abzuweisen; man kann nicht behaupten, daß alle Gebietsabtretungen an den Lebensnerv der Türkei rühren würden. Aber man muß dabei eine deutliche Unterscheidung machen: es ist nicht dasselbe, ob die Türkei ein Stück überhaupt verliert, oder ob sie es an eine Großmacht verliert, die dann von hier aus einen starken Druck auf sie ausüben kann. So ist Armenien ein Randland mit national fremder Bevölkerung, das an sich der Türkei für ihr Leben nicht nötig ist; wenn Armenien in sich lebensfähig wäre oder künftig einmal lebensfähig würde, so könnte die Türkei es verschmerzen und würden auch wir in seine Unabhängigkeit willigen können. Aber weder die Türkei noch wir können es vertragen, daß Rußland ganz Armenien seiner Herrschaft unterwirft und hier eine Kleinasien und den nördlichen Teil des syrischen Tafellandes bis ans mittelländische Meer und Mesopotamien heran beherrschende Stellung gewinnt. Die Türkei könnte auf Süd-Arabien wohl verzichten; aber es ist bedenklich für sie und für uns, wenn sie hier von England umklammert wird, und es kann eine Gefahr für ihren Bestand werden, wenn England die heiligen Stätten von Mekka und Medina unter seinen Einfluß bringt. Mesopotamien und Syrien sind für die Türkei und zugleich für uns wertvoll schlechthin: Syrien wegen seiner Produktion und noch mehr wegen seiner Verkehrslage, da eine Macht, die vom mittelländischen Meere aus

Syrien beherrscht, leicht auch ins Innere vordringen kann; Mesopotamien als ein Land, das durch künstliche Bewässerung zu einem der wichtigsten Produktionsgebiete der Erde gemacht werden kann und auch reiche Petroleumlagerstätten hat. Hier liegen die größten wirtschaftlichen Werte für die Türkei und für uns. Zweifelhaft kann man sein, ob auch der Zugang zum persischen Meerbusen und dessen Beherrschung ein unmittelbares Lebensbedürfnis der Türkei ist, die doch eine ausgesprochene Kontinentalmacht ist und auf lange hinaus bleiben wird; wohl aber bedeutet seine Beherrschung durch England und die darin gegebene Möglichkeit der Absperrung eine Gefahr für unsere Weltstellung, und wir müssen darum die englische Stellung hier zu schwächen suchen.

*

In den Eingangsworten dieses Kapitels ist hervorgehoben worden, daß uns unser Bündnis mit Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei Pflichten auferlegt: einerseits die Pflicht des Verzichtes auf die Verfolgung von eigenen Zielen, die nicht als eigentliche Lebensnotwendigkeiten anzusehen sind, für deren Durchsetzung wir daher den Einsatz der Kräfte unserer Bundesgenossen nicht verlangen können; andererseits die Pflicht, uns auch für Ziele einzusetzen, die nicht unseren eigenen Leib, sondern den Leib unserer Bundesgenossen betreffen, die erst dadurch zu eigenen Zielen werden. Wir müssen jetzt die Konsequenzen unserer Bündnispolitik ziehen; aber wir tun es bereitwillig, weil wir auch heute glauben, daß diese richtig gewesen ist. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn stammt von Bismarck, und es besteht wohl ziemlich allgemeine Übereinstimmung darüber, daß es sich bewährt hat. Wir müssen auf unserer Südseite ein starkes befreundetes Reich haben. Das ist eine dauernde Notwendigkeit; darum muß das Bündnis nicht nur bestehen bleiben, sondern noch enger geknüpft werden, aus dem Bündnisse muß ein Bund werden. Ob und in welcher Weise er auch eine wirtschafts- und zollpolitische Vereinigung einbegreifen soll, darüber gehen die Meinungen bei uns und auch in Österreich-Ungarn noch weit auseinander; aber politisch und militärisch muß ein „Mittel-Europa" ge-

schaffen werden. Die Freundschaft mit der Türkei ist jünger und hat erst während des Krieges zu einem Bündnisse geführt. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß Schwierigkeiten bestehen, die nicht in Hurrastimmung, sondern nur durch ernstes Wollen und durch manche Entsagung auf beiden Seiten gelöst werden können; aber auch dieses Bündnis ist für beide Teile so vorteilhaft und segensreich, daß man die Schwierigkeiten überwinden wird. Schützt es uns vor der Umklammerung, so ist es für die Türkei die einzige Gewähr ihres Bestehens. Es öffnet uns ein großes Feld der Betätigung und der Türkei die Möglichkeit wirtschaftlichen und kulturellen Fortschrittes ohne Gefährdung ihrer staatlichen Unabhängigkeit. Die Freundschaft und das Bündnis mit Bulgarien sind am jüngsten und gehören erst dem Kriege an. Aber auch dies Bündnis muß und wird dauernd sein. Für uns und Österreich-Ungarn ist Bulgarien die Brücke zur Türkei; es erhält von uns die Sicherheit vor Überwältigung durch Rußland und seine Nachbarn auf der Balkanhalbinsel. Wir und Bulgarien ergänzen einander wirtschaftlich. Man kann der deutschen Politik der letzten Jahrzehnte manche Fehler vorwerfen; aber mit dieser Bündnispolitik hat sie das Richtige getroffen. Der mitteleuropäisch-orientalische Block ist ein gesundes, für alle Teile notwendiges Gebilde. Er muß und wird seine Standhaftigkeit zunächst in den Friedensverhandlungen bewähren. Nicht das Deutsche Reich, nicht Österreich-Ungarn, nicht Bulgarien, nicht die Türkei, sondern der mitteleuropäisch-orientalische Block tritt in die Friedensverhandlungen ein und setzt sich mit dem gemeinsamen Feinde auseinander.

V.

Die Politik des Friedensschlusses.

Werden uns auch die Feinde einheitlich und geschlossen gegenübertreten oder werden wir mit ihnen einzeln unterhandeln können?

Bald nach dem Ausbruche des Krieges haben unsere Feinde auf Drängen Englands einen Vertrag geschlossen, in dem sie sich verpflichtet haben, keinen Sonderfrieden zu schließen, und auch die später eintretenden Mächte Italien, Rumänien und andere haben sich diesem Vertrage angeschlossen; nur die Vereinigten Staaten sind eine solche formelle Bindung nicht eingegangen. Wenn die Verträge eingehalten werden, würde demnach der Friede auf einer Konferenz aller im Kriege beteiligten Mächte verhandelt werden, was bei der Überzahl der Feinde zu unserem Nachteil sein würde. Es ist die sehr schwierige Aufgabe unserer Diplomatie, sei es durch Verhinderung einer solchen allgemeinen Konferenz, sei es wenigstens durch eine geschickte Geschäftsordnung, eine Form der Verhandlungen zu schaffen, die für uns nicht allzu ungünstig ist. Erleichtert wird diese Aufgabe dadurch, daß die Einigkeit unserer Feinde innerlich von vornherein nicht so groß war, wie sie sich nach außen gab, und daß sie im Laufe des Krieges noch manchen Riß bekommen hat. Unsere Feinde sind nicht nur räumlich von einander getrennt, sondern haben auch, von ihrem Gegensatze gegen Deutschland abgesehen, ganz verschiedene Interessen, ja sind bis kurz vor dem Kriege ausgesprochene Gegner gewesen. Rußland und Frankreich haben kaum ein positives Interesse gemeinsam, allerdings auch keinen in ernsten Betracht kommenden Grund des Zwiespaltes. Frankreich und England waren bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts scharfe Gegner in der Kolonialpolitik und haben nur dadurch zu Freunden werden können, daß

jenes sich unterordnete und England daraufhin in ihm einen geringeren Gegner als in Deutschland sah; Frankreich muß die Freundschaft und Waffenhilfe durch Demütigung erkaufen. England und Rußland standen einander in Asien auf der ganzen Front gegenüber; ihr Bündnis ist nur dadurch möglich geworden, daß Rußland auf weiteres Vordringen gegen das britische Reich und die britischen Interessen verzichtete, England dafür seine türkische Politik umwarf und sich mit Rußland und den anderen über eine Teilung der Türkei einigte, ihm Konstantinopel und die Dardanellen zugestand. Aber der Gegensatz in Asien ist wohl nur vertagt, nicht behoben. Wohl nicht mit Unrecht hat man gesagt, daß England von diesem Kriege nicht nur eine Niederlage Deutschlands, sondern auch eine Schwächung Rußlands erhofft habe.

Seit der Revolution hat Rußland den Gedanken an einen Eroberungsfrieden aufgegeben und sich mit der Forderung eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen ganz von seinen Bundesgenossen entfernt. Auch wenn es zu keinem Sonderfrieden mit ihm kommt, den man wohl eine Zeit lang erhoffen konnte, so werden doch weder Rußland für die Wünsche seiner Verbündeten noch diese für die Wünsche und Interessen Rußlands stark ins Zeug gehen; der Friede mit Rußland wird seinem Inhalte nach mehr oder weniger eine Sache für sich sein, wenngleich die Engländer und Amerikaner jedes wirtschaftliche Zugeständnis Rußlands an uns zu verhindern suchen werden. Japan wird schwerlich daran denken, sich für die Interessen der europäischen Mächte stark einzusetzen und sich von ihnen auch nicht viel hineinreden lassen. Auch zwischen Italien und den Westmächten scheinen Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsziele bestanden zu haben und zu bestehen, und wenngleich Italien nur schwer einen Sonderfrieden schließen kann, weil es sich kaum selbst zu ernähren und zu versorgen vermag, so wird doch auch sein Friede inhaltlich mehr oder weniger eine Sache für sich sein. Die Vereinigten Staaten sollen gegen ein sehr wichtiges Kriegsziel Englands, nämlich den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, Einspruch erhoben haben. So ist die Einigkeit auf der feindlichen Seite ge-

ringer als bei uns, und wir dürfen wohl hoffen, die Feinde auf einem Friedenskongresse nicht in geschlossener Phalanx vor uns zu sehen. Unsere Diplomatie wird diese Gunst nach Möglichkeit ausnützen müssen.

Frankreich und England werden uns allerdings bei den Friedensverhandlungen ziemlich eng verbunden gegenüberstehen; an sie werden sich die Vereinigten Staaten von Amerika anschließen, und in die Verhandlungen mit diesen Mächten wird auch Belgien hineinfallen. Sie haben den Krieg im ganzen gemeinsam geführt und werden, von Belgien abgesehen, voraussichtlich auch in der Zukunft mit einander gehen: Frankreich kann des englischen Schutzes nicht entbehren, und England und die Vereinigten Staaten können gegen Deutschland nichts Entscheidendes ausrichten, wenn sie nicht französisches Gebiet benützen können und den Beistand der französischen Armee haben. Aber auch wir müssen, wenn sich die militärische Sachlage nicht noch ganz ändert, mit ihnen gemeinsam abrechnen. Bisher haben wir nur Teile Frankreichs und Belgien als Pfänder in der Hand, während England und auch die Vereinigten Staaten unsere Kolonien genommen und unserer Schiffahrt und unserem Handel schwere Schäden zugefügt haben, für die wir sie bisher, d. h. solange der Unterseebootkrieg England nicht auf die Knie zwingt, nicht direkt haftbar machen können. Wir müssen für die Rückgabe des besetzten Gebietes an Frankreich und gegebenen Falles für die Räumung und Wiederherstellung Belgiens die Rückgabe unserer Kolonien und der von den Feinden besetzten Teile der Türkei sowie Schadenersatz für die großen, zum Teil völkerrechtswidrigen Schädigungen verlangen, die sie und ihre Trabanten unserer Schiffahrt und unserem Handel zugefügt haben. Bei diesem Frieden steht Deutschland im Vordergrunde; aber auch die Türkei ist unmittelbar daran beteiligt. Für Österreich-Ungarn und Bulgarien ist das Interesse daran nur mittelbar, in dieser Mittelbarkeit jedoch sehr stark; denn nur ein guter Friede mit England, Frankreich und allen den anderen Staaten um sie herum kann Deutschland die Stärke geben, die es zu einem wertvollen Bundesgenossen macht.

Wenn somit der Friedensschluß, vielleicht schon in der äußeren Form, jedenfalls aber seinem Wesen nach in eine Anzahl mehr oder

weniger selbständiger Friedensschlüsse zerfällt, die wir mit einzelnen Feinden oder mit Gruppen von Feinden schließen, so werden wir ihn in verschiedenen Richtungen politisch verschieden gestalten können. Wir haben in unserer Erörterung über den Sinn des Friedens gesehen, daß er weder ein Verzichtsfriede noch ein Machtfriede schlechthin sein kann, sondern aus den Lebensbedürfnissen und Lebensnotwendigkeiten des Deutschen Reiches wie seiner Bundesgenossen heraus erwachsen und diese nicht nur an dem Widerstande der Feinde, sondern auch an deren Lebensnotwendigkeiten messen, daß er also ein Verständigungs- oder Vernunftfriede und womöglich ein Versöhnungsfrieden sein muß. Aber unsere Gegensätze sind den verschiedenen Feinden gegenüber verschieden stark und dringlich. Es wäre daher denkbar, daß wir gewisse Bedürfnisse zurückstellten, um nach der einen oder der anderen Seite hin einen Frieden schließen zu können, der die feindlichen Interessen möglichst wenig verletzte und die Anbahnung künftiger Freundschaft gestattete. Denn der Zustand, in den wir jetzt, sei es durch den unentrinnbaren Zwang der Verhältnisse, sei es durch Fehler unserer Diplomatie, hineingeraten sind, daß wir fast alle anderen Großmächte zu Feinden haben, darf in der Zukunft nicht wiederkehren; ein zweiter Krieg in derselben Konstellation der Mächte könnte verhängnisvoll für uns werden. Es wird sich einmal darum handeln, kleinere oder wenigstens für uns erst in zweiter Linie stehende Mächte, wie Rumänien und Serbien, Japan und vielleicht auch Italien, sowie alle die überseeischen Mitläufer von den Feinden abzuspalten, wovon im einzelnen die Rede sein soll. Namentlich aber wäre es erwünscht, mit einer der drei Großmächte, die unsere Hauptfeinde sind, zu einer Verständigung zu gelangen. Von Frankreich ist dabei wohl mit Recht weniger die Rede gewesen; es steht an Macht doch hinter den beiden anderen zurück, und seine Versöhnung, von der am Anfange des Krieges manche bei uns geträumt haben, erscheint leider bisher als ein aussichtsloses Beginnen. Solange die beiden anderen gegen uns zusammenhalten, wird auch Frankreich gegen uns gekehrt sein; nur Verständigung mit einem von ihnen könnte es vielleicht herüberziehen. Es handelt sich um England und Rußland.

Schon vor dem Kriege standen sich zwei Parteien gegenüber, die man als die Russophilen oder Russenfreunde und die Anglophilen oder Englandfreunde, oder vielleicht besser als die Anglophoben oder Englandhasser und die Russophoben oder Rußlandhasser bezeichnen kann. In den politischen Erörterungen während des Krieges ist dieser Gegensatz noch viel mehr hervorgetreten; man spricht wohl auch mit geschmacklosem Modeworte von einer östlichen und einer westlichen Orientierung, d. h. von einer Verständigung im Osten oder im Westen. Die eine Partei wünscht, daß wir uns mit Rußland verständigen, den Frieden mit ihm in demselben Sinne schließen, in dem Bismarck den Nikolsburger Frieden mit Österreich geschlossen hat, und daß wir unsere ganze Kraft gegen England wenden. Die andere erblickt umgekehrt in Rußland die größte Gefahr und strebt darum eine Verständigung mit England an. Jene will Rußland möglichst günstige Friedensbedingungen bewilligen, diese dagegen alles tun, um Rußland zu schwächen und dafür lieber einen geringeren Erfolg gegen England in den Kauf nehmen.

Eine solche nach einer Seite gekehrte Politik wäre eine Abkehr von der bisher, namentlich unter dem Fürsten Bülow, befolgten Politik, die sich nach keiner Seite binden wollte, sondern zwischen den beiden Mächten hin und her lavierte, um unsere Lebensbedürfnisse sowohl nach der einen wie nach der anderen Seite zu gewinnen und zu sichern. Man kann im Zweifel sein, ob diese Politik richtig gewesen ist; denn sie hat schließlich zur Versöhnung der beiden Mächte geführt und beide und zugleich Japan zu unseren Feinden gemacht. Aber eine andere Frage ist es, ob, nachdem wir sowohl die Lebensforderungen, die uns in Gegensatz zu Rußland, wie die Lebensforderungen, die uns in Gegensatz zu England bringen mußten, energisch aufgenommen haben und darüber in Krieg mit beiden gekommen sind, ob jetzt eine solche einseitige Wendung unserer Politik überhaupt noch möglich ist, und ob wir sie zur Richtschnur bei den Friedensverhandlungen nehmen dürfen, die den Zustand Europas auf lange hinaus bestimmen sollen.

Zunächst ist es fraglich, ob der laute Austrag dieser Streitfrage während des Krieges gerade politisch klug ist. Setzen wir einmal den Fall, es wäre Übereinstimmung in dem einen oder dem anderen Sinne erzielt worden, so würde gerade die allgemeine Erklärung: „Wir wollen um jeden Preis Frieden mit Rußland (oder umgekehrt mit England) haben, um uns ganz gegen England (oder umgekehrt Rußland) wenden zu können," unsere politische Stellung beim Friedensschlusse mit Rußland (oder umgekehrt mit England) empfindlich geschwächt haben, denn wir hätten damit doch alle Trümpfe aus der Hand gegeben. Der Staatsmann, der die Friedensunterhandlungen führt, muß in dieser Beziehung freie Hand haben.

Nachdem uns einmal unsere ganze Politik, mit Recht oder Unrecht, sowohl in Streit und Krieg mit Rußland wie mit England geführt hat, müssen wir den Kampf auch politisch durchführen und uns und unserer Bundesgenossen Lebensnotwendigkeiten beiden gegenüber durchsetzen; denn was wir jetzt ausdrücklich aufgeben, werden wir auch später nicht wieder einbringen können. Nur auf Forderungen, die keine Lebensnotwendigkeiten sind, dürfen wir verzichten. Ob eine Verständigung eintritt oder die Feindschaft fortdauert, hängt gar nicht allein von uns, sondern auch davon ab, ob der Feind die Streitaxt begraben will. Und dessen Wille wird ebenso sehr durch seine Macht wie durch seine Wünsche bestimmt, ist also keine unveränderliche und berechenbare Größe, sondern ändert sich im Verlaufe des Krieges. Im ganzen ersten Teile des Krieges hat uns nur die Pflicht obgelegen, ihn nach beiden Seiten hin mit aller Kraft, die wir nur aufbringen konnten, zu führen, um ihn zu einem möglichst siegreichen Ende zu bringen; so lange war alle Rederei über die politische Richtung des Friedens vom Übel. Erst jetzt, da sich der Krieg gegen das Ende hin neigt, kann man sie überhaupt bestimmter ins Auge fassen, obgleich man immer darauf gefaßt sein muß, daß unvorhergesehene Wendungen eintreten. Jetzt liegt Rußland am Boden, während England und Frankreich, um von anderen zu schweigen, den Kampf noch in voller Stärke, wenn auch durch den Unterseebootkrieg stark gefährdet, weiter führen. Rußland hat seine alten Kriegsziele auf-

gegeben, spricht von Frieden ohne Annexionen und würde Frieden schließen, wenn seine Bundesgenossen es ihm erlaubten; England und Frankreich dagegen stellen noch maßlose Forderungen. Rußland erscheint durch seine Revolution auf Jahre hinaus geschwächt und der Ruhe bedürftig, während England und Frankreich zwar auch stark geschwächt sind, aber mit größter Energie weiterkämpfen. Aber wer will dafür Bürgschaft leisten, daß in Rußland künftig eine friedliche und deutschfreundliche Richtung zur Herrschaft kommt? Und auch dafür, daß es bei seinem Kräftezustand überhaupt in der Lage ist, uns einen erheblichen Beistand zu leisten? Wer, der nicht ganz verrannt ist, kann auf der anderen Seite die Möglichkeit in Abrede stellen, daß England, von der Nutzlosigkeit seines Kampfes gegen uns überzeugt, lieber darauf verzichtet und uns die Hand zur Versöhnung reicht? Wer will die Verantwortung dafür übernehmen, auf jene Hoffnung hin die Sicherheiten preiszugeben, die wir gegen ein feindliches Rußland haben müssen? Wer die Verantwortung, auf diese Hoffnung hin England gegenüber die Erfüllung der Forderungen aufzugeben, die wir zum Schutze unserer Kolonien und überhaupt unserer Betätigung auf und über See nötig haben? Auch wenn wir der Freundschaft des einen oder des anderen im Augenblicke sicher wären, dürften wir auf Sicherheiten nicht verzichten. Die Erfahrung zeigt, daß die Konstellation der Mächte vergänglich ist, daß Bündnisse, aber auch Feindschaften selten mehr als einige Jahrzehnte andauern, weil dann andere Interessen wichtiger werden und zu anderen Bündnissen und Gegensätzen führen. Das würde auch von einem Bündnisse mit Rußland oder mit England oder auch mit Frankreich gelten, das wir jetzt eingingen. Der Friede aber soll Dauerzustände schaffen, zwar nicht für die Ewigkeit, jedoch für lange Zeit, für längere Zeit, als Bündnisse zu währen pflegen. Er muß uns über die Dauer eines jetzt zu schließenden Bündnisses hinaus schützen. Darum sollte er, wie ich schon am Schlusse der Erörterungen über den Sinn des Friedens ausgesprochen habe, um nicht sofort einen neuen Krieg heraufzubeschwören, nach keiner Seite hin ein reiner Machtfriede, sondern überall nach Möglichkeit ein Ver-

ständigungsfriede sein, d. h. ein Friede, der unsere Lebensbedürfnisse befriedigt, aber auch den Lebensbedürfnissen der anderen gerecht wird. In diesem Sinne müssen wir an den Friedensschluß mit allen unseren Feinden herangehen.

Zur Dauerhaftigkeit des Friedens gehört aber notwendigerweise, daß er ein vollständiger Friede ist. Es geht nicht an, daß nur der Kampf mit den Waffen ruht und der Wirtschaftskrieg weitergeht, wie unsere Feinde es planen. Darüber würden wir zu Grunde gehen, darein können wir uns nicht fügen, einen solchen Frieden können wir nicht schließen. Solange sie uns die Befriedigung unserer Lebensbedürfnisse nicht gönnen und die Entfaltung unserer Kräfte unterbinden wollen, so lange müssen sie die Schärfe unserer Waffen fühlen.

VI.

Der Friede mit Rußland.*)

1. Die Lage.

Wir beginnen die Betrachtung mit Rußland, dem Feinde, der den Krieg angefangen hat, der aber auch, von den kleineren abgesehen, zuerst zusammengebrochen ist, so daß der Friede mit ihm vielleicht zuerst in Aussicht steht. Aber gerade ihm gegenüber gehen die Meinungen über die Richtung, die unsere Friedenspolitik einzuschlagen habe, vielleicht am meisten auseinander oder kommt der Gegensatz der Meinungen jedenfalls am stärksten zum Ausdrucke.

Auf der einen Seite stehen zunächst diejenigen, die sich von früher, aus der Zeit der „traditionellen Freundschaft" mit Rußland her, Gefühle der Freundschaft bewahrt haben, die eigentlichen Russophilen; ihre Zahl hat sich allerdings wohl seit der Revolution vermindert, da sie sich hauptsächlich aus den Konservativen rekrutierten, die für die zarische Regierung Sympathie hatten. Zu ihnen kommen alle, deren Gedanken ganz von der Feindschaft gegen England beherrscht werden und die darum Frieden mit Rußland um jeden Preis predigen. Der Frieden mit diesem müsse so geschlossen werden, daß er alle Streitpunkte aus der Welt schaffe und den Grund zur Freundschaft und womöglich zu einem Bündnisse lege. Sie erklären die Befreiung Polens für einen Fehler, weil Rußland sie als einen Schlag ins Gesicht habe empfinden müssen, und liebäugeln sogar mit dem Gedanken einer Rückgabe Polens an Rußland. Sie scheinen geneigt, ihm Armenien zu überlassen, und wollen, damit das arme Rußland

*) Die sachliche Grundlage dieses Kapitels ist mein Buch: Rußland, eine geographische Betrachtung von Volk, Staat und Kultur. 3. Auflage. Leipzig, B. G. Teubner, 1916.

ja nicht zu schlecht wegkomme, es für den erzwungenen Verzicht auf Konstantinopel und die Meerengen nötigenfalls durch einen freien Auslaß über die skandinavische Halbinsel zum atlantischen Ozean und durch einen freien Zugang zum persischen Meerbusen entschädigen.

In vollem Gegensatze zu diesen russenfreundlichen Politikern stehen diejenigen — namentlich sind das viele Balten —, die eine Versöhnung mit Rußland nicht für möglich halten und in ihm die größte Gefahr für unsere Zukunft erblicken. Der Eroberungsdrang sei Rußland angeboren, und im besonderen sei der Drang zum offenen Meere für es eine Notwendigkeit; es würde immer wieder Vorstöße gegen den atlantischen Ozean, die Ostsee und besonders das offene mittelländische Meer machen, aus denen Konflikte mit uns hervorgehen müßten. Jetzt hätten wir es noch niederwerfen können, aber da sich seine Bevölkerung jährlich um 3 Millionen vermehre, und da es auch an wirtschaftlicher Kraft, sowohl in Landwirtschaft wie in Industrie, ständig wachse, so würde es uns in wenigen Jahrhunderten so überlegen sein, daß wir ihm rettungslos preisgegeben wären. Nur eine Zertrümmerung Rußlands könne uns vor dieser Gefahr retten; darum dürften wir die Gelegenheit, die sich uns jetzt dafür biete, nicht vorübergehen lassen. Es genüge nicht, daß wir die westlichen Fremdländer befreiten; die Hauptsache sei, daß wir die Ukraine von Rußland trennten, daß wir dieses nicht nur vom Westen, sondern auch vom schwarzen Meere absperrten, daß wir es, wie sie meist sagen, nach Asien zurückdrängten. Die englische Gefahr sei immer noch geringer als die russische; wir sollten uns darum lieber mit England zu verständigen suchen, als daß wir Rußland ungeschwächt oder doch nur wenig geschwächt aus dem Kriege hervorgehen ließen. Nur Eroberungen auf Kosten Rußlands könnten uns auch die Siedlungsgebiete und Gebiete landwirtschaftlicher Produktion in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Deutschen Reiche gewähren, deren wir zur Entwicklung unserer Volkskraft und zu unserer wirtschaftlichen Sicherung bedürften.

Um diesen großen, schweren Fragen gegenüber Stellung zu nehmen, müssen wir uns klar darüber zu werden suchen, warum Ruß-

land in den Krieg gegen uns und unsere Bundesgenossen gegangen ist, und ob es seinen diesmal abgeschlagenen Angriff voraussichtlich wiederholen wird. Wir müssen uns einerseits überlegen, ob es zwischen Rußland und uns eine Versöhnung gibt, andererseits, ob eine Schwächung Rußlands, wie sie verlangt wird, überhaupt möglich ist, und ob wir und unsere Bundesgenossen besser fahren, wenn wir ein versöhntes oder wenn wir ein geschwächtes Rußland neben uns haben. Gerade bei Rußland müssen wir noch mehr als auf unsere eigenen Interessen auf die Interessen unserer Bundesgenossen achten, da ja der russische Angriff hauptsächlich gegen diese gerichtet war und uns nur traf, weil wir jenen beisprangen.

Rußland ist seinem Wesen nach ein kontinentaler Eroberungsstaat, der sich von seinem ursprünglichen Gebiete im heutigen West-Rußland aus allmählich über das ganze europäische Tiefland, ganz Nord-Asien, große Teile von Zentral-Asien und die Kaukasusländer ausgedehnt hat und auch heute in seinem Eroberungsdrange noch nicht Halt macht, sondern in unersättlicher Ländergier immer weiter vorzustoßen und neue Länder seinem Reiche anzugliedern sucht. Dieser russische Imperialismus ist verschieden von dem Imperialismus der Westmächte; während dieser zu einem großen Teile wirtschaftlicher Natur ist, gehört jener einer älteren Stufe an und erinnert in mancher Beziehung an den Eroberungsdrang der asiatischen Despotien. Auch wenn kein zu großes Gewicht auf den Wunsch nach persönlicher Bereicherung einflußreicher Personen gelegt wird, der zweifellos hineinspielt und z. B. den Ausbruch des japanischen Krieges verschuldet hat, so ist doch die eigentliche Absicht Gebietsgewinn und die dadurch bewirkte Vermehrung der staatlichen Macht. Im einzelnen entspringt, ähnlich wie im römischen Reiche, die Eroberung oft aus der Verteidigung gegen Überfälle und Angriffe; aber die Wirkung auch dieser Verteidigungsmaßregeln ist ein fortgesetzter Angriff. Man strebt in südlichere, mildere und fruchtbarere Gegenden. Man strebt auch nach dem Meere, obgleich dieser Drang nach dem Meere nicht zu hoch eingeschätzt werden darf. Auch der Gedanke des Panslavismus und der Wunsch nach Ausbreitung der orthodoxen Kirche spielen hinein,

jedoch wohl mehr als eine Fahne, um die das Volk sich sammelt, denn als wirkliche Ursache.

Dieser Eroberungsdrang hat sich nach allen Seiten geltend gemacht und zu der ungeheuren Ausdehnung des Reiches geführt. Auch in der Gegenwart lebt er noch an allen Seiten des riesigen Halbkreises; nur die Stellen des Vorstoßes wechseln von Zeit zu Zeit. Nach dem türkischen Kriege vom Jahre 1877 und dem Berliner Kongreß wandte Rußland seine Aufmerksamkeit eine Weile Zentral-Asien zu. Dann machte es in den neunziger Jahren seinen starken Vorstoß in Ost-Asien. Nach der schweren Niederlage im japanischen Kriege und der darauf folgenden Verständigung mit England kehrte es wieder nach dem Westen zurück. Vor allem faßte es das alte Ziel seiner Sehnsucht, den Besitz Konstantinopels und der Meerengen und damit zugleich die Oberherrschaft auf der Balkanhalbinsel und den Besitz Armeniens und des nördlichen Kleinasiens, wieder ins Auge, und da es wußte, daß ihm Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich bei dieser Absicht in den Weg treten würden, wollte es die österreichisch-ungarische Monarchie zertrümmern und das Deutsche Reich so schwächen, daß es ihm keinen Widerstand mehr leisten könnte; es wollte sich die slavischen Landschaften Österreich-Ungarns, in erster Linie das von Ruthenen bewohnte Ost-Galizien, angliedern oder wenigstens in Abhängigkeit von sich bringen, Ober-Schlesien mit seinen reichen Kohlen- und Erzlagerstätten und die beiden, Polen auf der Seeseite vorgelagerten Provinzen Preußen gewinnen. Es hoffte, daß ihm durch die Niederwerfung Deutschlands auch der maßgebende Einfluß auf der Ostsee und in der skandinavischen Halbinsel in den Schoß fallen werde. Es hatte demnach kein kleines Programm auf seine Fahnen geschrieben. Eine furchtbare Gefahr ist durch unsere tapferen Truppen von uns abgewendet worden.

Rußland hat, trotz seiner ungeheuren Überzahl an Menschen, trotz der enormen Anstrengungen, die es mit Hilfe Frankreichs für die Bewaffnung seiner Truppen, den Bau von strategischen Eisenbahnen und überhaupt die Vorbereitung des Krieges gemacht hatte, eine völlige Niederlage erlitten, weil es an wirtschaftlicher und kulturel-

ler Kraft doch zu sehr hinter uns zurückstand. Diese Niederlage war schon unter der zarischen Regierung entschieden; sie hat den Anlaß zu deren Sturz gegeben und ihn möglich gemacht. Wie es scheint, hat jene Friedensunterhandlungen anknüpfen wollen und haben England und Frankreich gerade darum die russische Revolution begünstigt. Diese hat nochmals alle Kraft zusammengerafft; aber ihr Angriff gegen uns ist gescheitert. Im Gegenteil haben wir nach anfänglichem Warten große Vorstöße gemacht, und es hat den Anschein, als ob die russische Kraft gebrochen sei und die größte Kriegsmüdigkeit das russische Volk und die russische Armee beherrsche.

Der unglückliche Ausgang des japanischen Krieges hatte zur Revolution geführt und den Anstoß zu einer durchgreifenden Agrarreform gegeben, und so konnte man auch bei einem unglücklichen Ausgange dieses Krieges einer Revolution entgegensehen. Überkluge Kenner Rußlands meinten zwar, daß die Agrarreform ihr die Spitze abgebrochen hätte; aber sie bedachten dabei nicht, daß die damalige Revolution in erster Linie nicht das Werk der Bauern, sondern der Intelligenz und der Arbeiter gewesen war, und auch nicht, daß die Bauernschaft noch keineswegs befriedigt ist. Zweifelhaft konnte eigentlich nur sein, ob sie noch während des Krieges oder erst nach dem Kriege ausbrechen würde. Die lange Dauer des Krieges und seine verheerende Wirkungen haben es schon im Kriege dazu kommen lassen, und wir haben beim Friedensschlusse damit zu rechnen.

Die Revolution hat bereits eine Reihe von Entwicklungsstadien durchgemacht und ist noch nicht abgeschlossen.*) Hatte zuerst das liberale Bürgertum die Führung, so sind allmählich immer mehr die Sozialisten in den Vordergrund getreten, und heute wird der Kampf besonders zwischen den gemäßigten und den radikalen Sozialisten geführt. Versuche der Reaktion sind bisher unbedeutend gewesen und abgeschlagen worden. Die Wiederkehr der alten Autokratie muß als unwahrscheinlich gelten; aber wie sich der russische Staat in Zukunft gestalten wird, ob mehr im Sinne einer gemäßigten

*) Eben kommt die Nachricht von der Revolution der Maximalisten mit dem Sturze Kerenskis.

Monarchie oder einer vom Bürgertum geführten oder einer sozialistischen Republik, läßt sich heute noch nicht absehen. Darum wird sich auch unsere Politik mit der größten Vorsicht bewegen müssen und ihre Entschlüsse nicht auf den Glauben an eine bestimmte Partei hin fassen dürfen. Es war ein großer, unter dem Einflusse altpreußischer Traditionen begangener Fehler unserer früheren Politik, daß sie sich oft auf den Zarismus festgelegt und dadurch das Volk und das gebildete Bürgertum vor den Kopf gestoßen hatte; solche Fehler dürfen nicht wiederholt werden.

Die Frage, um die es sich für uns hauptsächlich handelt, ist die Frage, ob der russische Imperialismus an die zarische Regierung geknüpft war oder das russische Volk durchdringt, eine Lebensfrage des russischen Volkes ist oder von diesem wenigstens als solche aufgefaßt wird; denn während wir in jenem Falle künftig mit einem friedliebenden Nachbarn rechnen können, müssen wir in diesem Falle auf eine Fortdauer seiner Eroberungspolitik gefaßt sein, bei der es nur zweifelhaft bleibt, nach welcher Seite sie sich zunächst wendet. Ich glaube, daß man unterscheiden muß. Man hat vor dem Kriege und im Kriege vom russischen Volksimperialismus gesprochen und ihn mit dem Landhunger der Bauern in Verbindung gebracht. Das ist doch wohl nicht richtig; denn dieser Landhunger würde bei Eroberungen im Westen kaum Befriedigung finden. Nicht die Bauern, auch nicht die Arbeiter, die, wie es scheint, von der Eroberungspolitik nichts wissen wollen, sondern nur das Bürgertum ist mit der zarischen Regierung zusammen Träger des russischen Imperialismus gewesen und ist es noch heute; Miljukow war politisch ein intimer Freund von Sasonow und wandelt in seinen Bahnen. Die Stimmung in der Revolutionsregierung ist um so friedlicher, je mehr die Sozialisten obenauf sind. Der Wunsch nach Ruhe und Fortschritt im Innern überwiegt bei ihnen über den Wunsch nach Ausdehnung; sie haben sich sofort für einen Frieden ohne Annexionen erklärt und auf Konstantinopel glattweg verzichtet. Welche Wünsche und Bestrebungen in der nächsten Zeit und künftighin in der russischen Staatsleitung zur Geltung kommen, wird daher doch auch von der Gestaltung des

russischen Staates, von dem Siege der einen oder der anderen Partei und Regierungsform abhängen.

Eine auch für die äußere Politik sehr bedeutsame Änderung des russischen Staates wird aber mit ziemlicher Sicherheit eintreten Während das zarische Rußland ganz zentralistisch war, hat die Revolution eine starke Bewegung für den Föderalismus entfacht, und diese Bewegung wird sich kaum zurückdämmen lassen. Eine absolute Monarchie kann die verschiedenen Nationalitäten gleichmäßig beherrschen, eine parlamentarische Regierung oder gar eine Republik kann das in dieser Weise nicht; denn der Anspruch einer Nationalität auf Herrschaft über die anderen wird von diesen nicht anerkannt werden und wird zum Kampfe führen. In Österreich ist der Nationalitätenkampf mit dem Sturze des Absolutismus entbrannt, und in Rußland wird es dasselbe sein. Der Gegensatz der Nationalitäten hatte hier seit der Einrichtung der Duma fast noch schärfere Formen angenommen und zur Unterdrückung der Fremdvölker durch die Groß-Russen geführt. Die Revolution, die nicht nur den Zarismus, sondern auch die bisherige Duma bei Seite gedrängt hat, hat starke Autonomiebestrebungen aller Fremdvölker ausgelöst, und die republikanische Regierung hat ihnen große Zugeständnisse machen müssen. Der russische Staatsverband ist gelockert, und wenn das Reich auch keineswegs zu zerfallen braucht, ja das nicht einmal wahrscheinlich ist, so wird doch das gelockerte Reich nach außen geringere Stoßkraft entfalten; der großrussische Imperialismus hat jetzt nicht mehr denselben Einfluß auf das Staatsganze. Auf diese Veränderung der Verhältnisse können und müssen wir Rücksicht nehmen.

Augenblicklich ist Rußland trotz aller Schwäche und Kriegsmüdigkeit noch nicht zum Frieden bereit, weil es noch ganz im Banne seines Verhältnisses zu seinen Bundesgenossen steht. Das zarische Rußland ist das Bündnis eingegangen und hat sich verpflichtet, den Frieden nur mit ihnen gemeinsam zu schließen, und wenn auch das Kaisertum inzwischen einer Republik Platz gemacht hat, so ist diese doch die Rechtsnachfolgerin des Kaisertums und kann sich nicht ohne

weiteres von dessen Verpflichtungen lossagen. Auch sie selbst hat von ihnen noch große Darlehen gegen das Versprechen der Fortsetzung des Krieges bekommen. Wenn sie sich auch vielleicht nicht scheuen würde, den Staatsbankrott zu erklären und die Bezahlung der Milliardenschulden zu verweigern, so ist sie doch auch jetzt in hohem Maße geldbedürftig. Durch einen Sonderfrieden würde sie ihre bisherigen Bundesgenossen als Geldgeber verlieren, ganz auf uns angewiesen sein und auch sonst überall mit deren Widerstand zu rechnen haben. Eine solche Zwangslage wird sie natürlich möglichst zu vermeiden suchen.

Unsere Politik scheint schon in der Zeit der zarischen Regierung und dann in der ersten Zeit der Revolution auf einen Sonderfrieden mit Rußland hingestrebt zu haben. Die klugen Leitartikler einer gewissen Seite verhöhnen sie allerdings wegen des Mangels an psychologischem Urteil, das sie dadurch bewiesen hätte; aber sie verurteilen alles, was der frühere Reichskanzler getan hat, eben weil dieser es getan hat. Hätte er keine Friedensfühler ausgestreckt, so würden sie ihn deswegen tadeln, und das mit Recht. Bisher haben die Bestrebungen auf Frieden keinen Erfolg gehabt; aber ob nicht der Gegensatz zwischen der furchtbaren Ermüdung und Kampfunfähigkeit Rußlands und der unversöhnlichen Hartnäckigkeit und Kriegstreiberei der Westmächte schließlich doch zum Bruche führen und Rußland zu einem Sonderfrieden bereit machen wird, läßt sich schwer voraussagen. Natürlich werden wir bei jedem Friedensschlusse mit Rußland wegen der Unbestimmbarkeit der inneren Verhältnisse große Vorsicht walten lassen müssen. So wie die Dinge liegen, werden wir überhaupt nicht sicher sein können, ob nicht die Regierung, die den Frieden geschlossen hat, am nächsten Tage von der Bildfläche verschwindet und ihre Nachfolgerin andere Wege einschlägt.

Wir müssen uns vor beiden Extremen hüten. Wir dürfen den Frieden mit Rußland nicht als einen durch den Haß gegen England bestimmten Verzichtsfrieden schließen; denn wenn in Rußland der Imperialismus die Oberhand gewinnt, so genügt ihm unser Verzicht

auf Eroberungen nicht, sondern wird er von neuem versuchen, Konstantinopel und die Meerengen, Armenien, Galizien zu erringen. Wir müssen uns unter allen Umständen gegen die Erneuerung russischer Angriffe sicher stellen und auch die aus unseren Lebensnotwendigkeiten entspringenden Forderungen erheben. Aber andererseits müssen wir uns hüten, aus Furcht vor künftigen Angriffen Rußlands mehr als nötig in sein Leben einzugreifen und ihm Gebiete zu nehmen oder ihm Dinge zu versagen, die ihm wirkliche Lebensnotwendigkeiten sind; denn dadurch würden wir auch die Pazifisten vor den Kopf stoßen, das ganze russische Volk zu unserem unversöhnlichen Feinde machen und schon im Friedensschlusse den Keim zu einem neuen Kriege legen.

2. Die Richtlinien unserer Friedenspolitik.

Ehe wir von diesem Gesichtspunkte aus unsere Friedenspolitik gegenüber Rußland im einzelnen bestimmen, müssen wir zwei allgemeine Fragen beantworten. Erstens: ist die weitere Ausdehnung und im besonderen die Ausdehnung auf der West- und Südwestseite für Rußland eine Lebensnotwendigkeit, ist daher seine Eroberungspolitik und im besonderen seine nach Westen und Südwesten gerichtete Eroberungspolitik, aus der der Weltkrieg hervorgegangen ist, innerlich gerechtfertigt? Und zweitens: ist der jetzige Bestand des Reiches für Rußland eine Lebensnotwendigkeit, oder ist es vielmehr schon über sein wirkliches Bedürfnis hinausgewachsen, können wir daher mit Recht daran denken, ihm einen Teil seines Besitzes zu nehmen, es nach Osten zurückzudrängen?

Als die Motive, die Rußlands Eroberungspolitik nach Westen bestimmt, es in diesen Krieg geführt haben, haben wir in erster Linie seinen Wunsch auf die Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen, auf den Besitz Armeniens und auf den maßgebenden Einfluß auf der Balkanhalbinsel, in zweiter Linie den Wunsch auf die Zerstücklung Österreich-Ungarns und die Einverleibung Galiziens und der Bukowina, in dritter Linie den Wunsch nach Schwächung des Deutschen Reiches und die Vereinigung der Westgrenze im Sinne

eines Vorschreitens nach Westen kennen gelernt. Um dieser letzteren Ziele willen hätte es den Krieg kaum angefangen; aber nachdem es sich einmal zum Kriege entschlossen hatte, wollte es auch sie erreichen. Der Satz, daß es zwischen uns und Rußland keine Gegensätze und Streitpunkte gäbe, war doch immer nur opportunistisch gedacht, wollte besagen, daß es keine Dinge wären, um derentwillen man in den Krieg ginge, nicht aber, daß es überhaupt nichts zu bereinigen gäbe. Der Verlauf der deutsch-russischen Grenze ist geographisch unnatürlich; namentlich der große Vorsprung des russischen Reiches in Weichsel-Polen war für beide Teile eine Quelle von Schwierigkeiten. Auch Rußland mußte die Umschließung von drei Seiten als eine Gefahr empfinden und mußte, da es nun Weichsel-Polen einmal besaß, auch nach dem Besitze des Unterlaufes der Weichsel und ihrer Mündung in das Meer trachten. Auch die Zerteilung des polnischen und des kleinrussischen Volksgebietes zwischen ihm und den beiden Mittelmächten hatte ihm manchmal Schwierigkeiten bereitet und konnte den Wunsch nach einer Aneignung der zum Deutschen Reiche und zu Österreich-Ungarn gehörigen Teile erwecken. Die ruthenische Bevölkerung Ost-Galiziens erschien ihm als eine Irredenta.

Den meisten dieser Eroberungspläne setzen wir wohl alle übereinstimmend ein glattes Nein entgegen. Aber eines der Motive, die den russischen Eroberungsplänen zu Grunde liegen, wird doch von vielen deutschen Politikern als berechtigt anerkannt, nämlich sein Drang nach dem offenen Meere. Ein großes Reich wie das russische müsse, um atmen und leben zu können, offenen Ausgang zum Weltmeere haben; gerade der Krieg habe ja diese Notwendigkeit bewiesen, da Rußland weder sein Getreide ausführen noch Waffen und Munition so bequem, wie es wünschen müßte, einführen konnte. Wir Deutschen sind doch gute Seelen, immer bereit, fremde Bedürfnisse anzuerkennen, auch wenn deren Befriedigung uns selbst den größten Schaden bringt. Weil wir Rußland den Ausgang aus dem schwarzen Meere nicht in die Hand geben und ihm auch die Herrschaft über die Ostsee nicht einräumen könnten, müßten wir ihm wenigstens den Zugang durch das nördliche Schweden und Norwegen zum offenen

atlantischen Ozean und den Zugang durch Persien zum persischen Meerbusen oder zum indischen Ozean verschaffen.

Zunächst ist es ein Irrtum, zu glauben, daß das den Russen einen Ersatz für Konstantinopel und die Meerengen bieten könnte; denn neben dem Drange nach einem offenen Meere spielen hier andere, ideale Motive mit, und wenn auch jede Berührung mit dem Meere wirtschaftlich und politisch wertvoll ist, so kann doch kein Meer das andere ersetzen. Durch den Bosporus und die Dardanellen wird der größte Teil des südrussischen Getreides ausgeführt; und da dieses weder den Weg über Norwegen noch über den persischen Meerbusen nehmen kann, bliebe die wirtschaftliche Hauptforderung, das Getreide jeder Zeit unbehindert ausführen zu können, unbefriedigt. Auch für die politische Betätigung im mittelländischen Meere und auf der Balkanhalbinsel hätte Rußland nichts gewonnen. Der Drang hierher würde also nicht gemindert und die Angriffspolitik gegen die Türkei nicht aus der Welt geschafft. Wohl aber würden andere schwere Schädigungen eintreten, die nachher zu erörtern sind.

Man wird überhaupt fragen müssen, ob der Zugang zum offenen Meere eine Lebensnotwendigkeit für Rußland ist, ob es ein Recht darauf geltend machen kann, und ob es dieses Recht verfechten wird, bis es es durchgesetzt hat. Man sagt zwar oft, nicht auf das objektive Recht, auf das Vorhandensein einer Lebensnotwendigkeit komme es an, sondern nur darauf, ob die Russen selbst von dieser Lebensnotwendigkeit und von ihrem Rechte überzeugt seien. Ich glaube nicht, daß das richtig ist. Meinungen entstehen und vergehen: von einzelnen ausgesprochen, verbreiten sie sich durch Suggestion und erheben für eine Weile den Anspruch allgemeiner Gültigkeit, um aber dann, wenn sie sich an der Macht der Tatsachen stoßen, wieder aufgegeben zu werden. Dauer haben sie nur, wenn sie richtig sind. An der sachlichen Richtigkeit aber kann man gegenüber jener Behauptung zweifeln. Rußland ist mit seiner Beschränkung auf Binnenmeere, namentlich wenn das Verbot der Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Dardanellen aufgehoben wird, kaum schlimmer daran als wir mit der Lage an der durch England abgesperrten Nord-

see. Wir brauchen es darum nicht besonders zu bedauern und uns um Abhilfe seines Leidens zu bemühen. Kein Staat kann alle geographischen Vorteile haben, jeder muß sich irgendwie abfinden. Das russische Reich ist ein Kontinentalreich und hat alle Vorteile eines solchen; es kann darum die Vorteile starker Berührung mit dem Ozean entbehren. Ein Kontinentalreich von solcher Ausdehnung hat in sich sein Genüge, muß nicht auf Weltwirtschaft aufgebaut werden, sondern kann auch ohne sie leben, braucht sie nur zur Ergänzung seiner Eigenwirtschaft. Die russische Volkswirtschaft ist heute in der Weise in die Weltwirtschaft verflochten, daß sie Getreide und andere Gegenstände der Landwirtschaft aus- und dafür hauptsächlich Erzeugnisse der Industrie einführt; sie steht also auf der Stufe der Kolonialländer. Die Entwicklung ist schon seit einigen Jahrzehnten, namentlich unter der Führung von Witte, dahin gegangen, die Industrie auszubilden und Rußland hierin vom Auslande weniger abhängig zu machen, sie also nach der Lehre Friedrich Lists und dem Beispiele Bismarcks umzubilden. Auch die große Agrarreform von Stolypin wird der Industrie zu gute kommen, weil sie durch die Aufhebung des Gemeindebesitzes einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung vom Lande loslöst. Je mehr sich aber die Industrie entwickelt und eine je größere Menschenzahl sie beschäftigt, um so mehr bleibt die landwirtschaftliche Erzeugung im Lande, um so geringer wird in Einfuhr und Ausfuhr die Verflechtung in die Weltwirtschaft, um so geringer das Bedürfnis nach einem Zugange zum offenen Ozean.

Natürlich bedeutet die Entwicklung der russischen Industrie eine gewisse Schädigung unserer industriellen Einfuhr, wenngleich erfahrungsgemäß meist ein Bedürfnis nach anderen, wertvolleren Erzeugnissen der Industrie an die Stelle tritt; aber dieser Schade kommt gegenüber dem Gewinne nicht in Betracht, der in der größeren Befriedung Rußlands und seiner geringeren Neigung zur Eroberungspolitik besteht. Darum dürfen wir diesen Entwicklungsvorgang nicht aufhalten wollen. Nur dagegen müssen wir uns beim Friedensschlusse mit aller Kraft wehren, daß andere Staaten, namentlich England, von Rußland handelspolitisch bevorzugt werden.

Ob es für Rußland ein Lebensbedürfnis ist, in Inner-Asien weiter vorzudringen, ist eine Frage für sich, die wir im Hinblick auf den jetzigen Frieden nicht zu erörtern brauchen; die innere Notwendigkeit eines weiteren Vordringens im Westen und darum einer Nachgiebigkeit gegen seine Eroberungspläne können wir nicht anerkennen. Aber müssen wir, um nun die oben aufgestellte zweite Frage zu beantworten, seinen heutigen Bestand als innerlich gerechtfertigt anerkennen und gleichsam als tabu, als unverletzlich betrachten, oder wollen wir ihn einer Prüfung unterziehen und uns gegebenenfalls nicht scheuen, das, was sich das russische Reich ohne inneres Recht angeeignet hat, was fremd in seinem Körper ist, mit starker Hand davon loszureißen? Hier scheiden sich die Wege der ausgesprochenen Russenfreunde, die Rußland immer noch als ein Pflänzchen „Rührmichnichtan" betrachten, und von uns anderen, die der Meinung sind, daß Rußland sich in seinem Eroberungsdrange bereits übernommen habe und daß es Länder nicht behalten dürfe, die von Natur nicht dazu gehören und die durch ihre Zugehörigkeit zum russischen Reiche nicht gefördert, sondern geschädigt werden. Gerade weil Rußland sich für unverletzlich hält und bei einem Kriege nichts zu riskieren glaubt, ist es immer zum Angriffe bereit gewesen. Dieser Staat, der selbst nie vor einer Eroberung zurückgescheut ist, würde jede Schonung als Zeichen der Schwäche auffassen. Die verbündeten Regierungen haben sich mit Recht dafür entschieden, nun, da wir den Sieg über Rußland davonzutragen hoffen, sich nicht mit der Abweisung seiner Eroberungspläne zu begnügen, sondern ihm auch früher erworbenes unrechtes Gut wieder abzunehmen und einen festen Wall aufzurichten, an dem sich der Ansturm Rußlands nach Westen bricht.

Wie weit man darin gehen solle, ist allerdings wieder umstritten. Manche Politiker, die Russophoben oder Rußlandhasser, erblicken, wie wir gesehen haben, eine wirkliche Sicherung gegen das russische Reich nur in dessen Zerstückelung, in der Abtrennung nicht nur der westlichen Fremdländer, sondern auch Klein-Rußlands oder der Ukraine, weil sie der Meinung sind, daß Rußland seine Eroberungspolitik nie

aufgeben würde, und daß es bei seiner ungeheuren Volksvermehrung uns sonst immer mehr über den Kopf wüchse. Diesem Gedankengange gegenüber sind zwei Einwände zu erheben. Man kann die Tendenz zur Eroberungspolitik doch wohl nicht als dauernde Eigenschaft eines Staates hinstellen, sondern sie gehört einer bestimmten Entwicklungsstufe an und beruhigt sich, wenn diese Stufe überschritten ist. Wenn Rußland jetzt im Westen ein Damm entgegengestellt wird, wie es zuvor schon im fernen Osten geschehen ist, so wird es vielleicht noch einmal versuchen, dagegen anzurennen, dann aber zur Einsicht kommen, sich von der Eroberungspolitik ab- und einer Kulturpolitik zuwenden, wird es die Lebensnotwendigkeiten seiner Bevölkerung lieber durch inneren Fortschritt zu befriedigen suchen, wie es die anderen europäischen Staaten tun; denn im Innern ist noch ein großer Spielraum zur Entfaltung der Volkskräfte vorhanden. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes, die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Agrarreform, die Ausbildung der Industrie und anderes sind Schritte in dieser Richtung gewesen; den entscheidenden Schritt wird es vielleicht jetzt in Folge der Revolution tun. Es ist mitten in einer Umwandlung darin. Dadurch wird es an Bevölkerung, Vermögen und Macht wachsen, wie jene es sagen, aber — und das ist der zweite Einwand — die Zahlen, die jene für die Vermehrung der Bevölkerung angeben, sind ganz imaginär, da die Zunahme der Bevölkerung keine feste gegebene Größe ist, sondern vom Lebensspielraume abhängt, und sie sind sicher sehr übertrieben, da sich die Bevölkerungszunahme im Laufe der Zeit verlangsamen und schließlich etwa im selben Tempo wie bei uns verlaufen wird. Der größeren Fläche des russischen Reiches entsprechend wird auch die Bevölkerung in absoluter Zahl mehr zunehmen als die des Deutschen Reiches; aber wir haben ihm nicht nur dieses, sondern zugleich Österreich-Ungarn und die Türkei gegenüberzustellen. Die allgemeine Forderung, Rußland um jeden Preis zu schwächen und zu verkleinern, ist verfehlt; vielmehr müssen wir bei jeder einzelnen Handlung, die wir gegen Rußland unternehmen, sorgfältig prüfen, ob sie für uns eine Notwendigkeit ist und ob sie nicht wirkliche Lebensnotwendigkeiten Rußlands verletzt.

3. Polen.

Am 5. November 1916 hat sich ein großes geschichtliches Ereignis vollzogen; schon vor dem Friedensschlusse ist ein großer Teil unserer Auseinandersetzung mit Rußland von den Mittelmächten vorweggenommen worden, indem sie Russisch-Polen von Rußland abgetrennt und ihm die staatliche Unabhängigkeit zugesichert, es zu einem selbständigen Königreiche gemacht haben. Welche Ausdehnung dieses haben, ob es auf das sogenannte Kongreß-Polen (offiziell Zartum Polen) beschränkt sein oder darüber hinausgreifen solle, ist dabei nicht ausgesprochen worden und muß wohl dem Friedensschlusse überlassen bleiben.

Man hat diesen Schritt vielfach mit starken Worten getadelt, teils weil man die Abtrennung Polens vom russischen Reiche und seine Umwandlung in ein selbständiges Königreich überhaupt für falsch hält, teils weil man sie wenigstens für verfrüht hält und meint, daß sie erst im Friedensschlusse hätte ausgesprochen werden dürfen. Es hat sich ja in der Tat gezeigt, daß sich die daran geknüpften Hoffnungen nicht ganz erfüllt haben, und daß sie von den Polen mit weniger Begeisterung aufgenommen worden ist, als man wohl gedacht hatte. Dafür ist auch die russische Revolution ungünstig gewesen, weil sie den Fremdvölkern des russischen Reiches Autonomie gewährt und dadurch die Hauptklage der Polen beseitigt hat. Diese waren gerade in den letzten Jahrzehnten näher an Rußland herangewachsen, als man bei uns im allgemeinen wußte, und waren andererseits über die preußische Polenpolitik erbittert; sie sind nicht zufrieden mit der Befreiung des russischen Polens, sondern verlangen nach der Wiederherstellung ganz Polens in den völkischen Grenzen oder sogar, weit über diese hinaus, des ganzen alten polnisch-litauischen Reiches. Sie wollen keine bestimmte Bindung an die Mittelmächte annehmen, sondern in ihren Beziehungen zu anderen Mächten ganz frei sein. So werden viele große Schwierigkeiten überwunden werden müssen.

Und doch möchte ich glauben, daß der Schritt und auch sein Zeitpunkt richtig war, und für einen Fehler eher halten, daß dann

alle weiteren Schritte so langsam erfolgt sind und erfolgen. Die Abtrennung Polens vom russischen Reiche ist für uns eine Notwendigkeit, und wenn sie erst nach der russischen Revolution ausgesprochen worden wäre, so wäre sie in Polen noch viel weniger freundlich aufgenommen worden. Die Kritiker heben die Übelstände der jetzigen Lösung hervor; aber sie denken nicht darüber nach oder sagen es wenigstens nicht, ob sich die Verhältnisse denn bei einer anderen Lösung des Problems günstiger gestaltet hätten. Sie bedenken auch zu wenig, daß sie durch ihre Kritik bei den Polen immer wieder Zweifel an der Endgültigkeit der getroffenen Entscheidung erwecken und dadurch den Entwicklungsprozeß aufhalten. Es war nicht möglich, etwas absolut Gutes zu schaffen, das in jeder Hinsicht befriedigte; es handelte sich von vornherein überhaupt nur darum, das kleinste Übel zu wählen. Die Kritiker vergessen auch zu oft, daß die Entschließung nicht von uns allein, sondern ebenso von Österreich-Ungarn abhing, und daß hier wieder Interessengegensätze zwischen Österreich und Ungarn bestanden.

Die Hauptfrage war die Frage, ob man Polen bei dem russischen Reiche belassen oder von ihm abtrennen sollte. Das Königreich oder Zartum Polen, das 1807 von Napoleon als Herzogtum Warschau geschaffen und 1815 vom Wiener Kongreß an Rußland gegeben worden ist, springt weit nach Westen vor, in ein ganz anderes Naturgebiet hinein. Es ist ein geographisch unglückliches Gebilde. Es ist das Mittelstück eines Stromgebietes ohne das Quellgebiet und ohne das Mündungsgebiet, obgleich gerade das Stromgebiet der Weichsel mehr als viele andere Stromgebiete von Natur ziemlich einheitlich ist. Das mittlere Weichselland ist auf starke Verkehrsbeziehungen zum Mündungslande angewiesen, und die ganze ältere Geschichte Polens wird daher von Kämpfen um die staatliche Vereinigung dieser beiden Gebiete erfüllt. Die Zugehörigkeit des einen Teiles zum russischen, des anderen Teiles zum Deutschen Reiche hat die wirtschaftliche Entwicklung beider Teile geschädigt. Noch viel schwerer aber wiegen die politischen und militärischen Nachteile. Es mag hingehen, daß die Zollgrenze unnötig lang ist. Die Gefahr, und zwar für beide

Teile, liegt in dem keilförmigen Einspringen Polens zwischen das preußische Ostseeland und Österreich-Ungarn. Auch für Rußland war diese Umschließung eine Gefahr; noch vor wenigen Jahren wollte es im Kriegsfalle Polen sofort räumen, weil es nicht im Stande war, es gegen einen von drei Seiten her erfolgenden feindlichen Angriff zu halten; erst seit dem Ausbau der Eisenbahnen und Festungen fühlte es sich dafür stark genug. Aber viel größer ist die Gefahr für uns: das lang vorgestreckte Preußen ist zwischen der Ostsee und Polen eingeschlossen und kann zwischen ihnen zerdrückt werden, und auch Galizien wird von zwei Seiten her umklammert. Die Russen hätten Ost-Preußen und Galizien nicht in dieser Weise überrennen können, so daß es nur der genialen Kriegsführung Hindenburgs gelang, sie wieder hinauszuwerfen, wenn sie nicht in Polen mit seinem starken Festungsviereck einen festen Halt gehabt hätten. Wie Rußland, von seinem Erobererstandpunkt aus mit Recht, nach einem glücklichen Kriege uns die beiden Preußen und Österreich Galizien weggenommen hätte, so müssen wir jetzt den Keil abschlagen, mit dem es in unseren Leib eindringt, Polen vielmehr in unser Verteidigungsgebiet einbeziehen und die Grenze und militärische Verteidigungslinie dadurch auf ein Viertel verkürzen. Den kurzsichtigen, weil ganz vom völkischen Motiv beherrschten Politikern, die die Befreiung Polens vor der Befreiung des deutschen Baltenlandes tadelten, muß gesagt werden, daß eine Befreiung des Baltenlandes vor der Befreiung Polens überhaupt undenkbar war, weil sich ein so langes schmales Küstenland mit dem russischen Hinterland überhaupt nicht hätte halten lassen.

Die Abtrennung von Rußland ist keine Durchschneidung eines inneren völkischen und kulturellen Zusammenhanges. Die Polen sind vielmehr im russischen Reiche ein Fremdvolk gewesen und haben sich immer als solches gefühlt. Allerdings sind sie, wie die Russen, Slaven, aber von ihnen etwa so verschieden wie die Franzosen von den Italienern, und der panslavistische Gedanke hat nie große Kraft über sie gehabt. Ihre Religion und Kultur haben sie nicht, wie die Russen, von Byzanz, sondern von Rom empfangen; daher sind sie den Russen

geistig fremd und gehören vielmehr dem westeuropäischen Kulturkreise an. Nur mit diesem verbunden können sie ihrer kulturellen Eigenart leben.

Durch die staatliche Zugehörigkeit zu Rußland haben sich allerdings enge wirtschaftliche Beziehungen herausgebildet, deren Aufhören Unbequemlichkeiten verursacht. Aber man darf sich den wirtschaftlichen Zusammenhang auch nicht zu eng vorstellen. Die polnische Industrie, namentlich die Textilindustrie von Lodz, hat ihr Hauptabsatzgebiet nach dem inneren Rußland gehabt, und wenn dieser Absatz, was aber durchaus nicht einzutreten braucht, ganz unterbunden wird, so würde das natürlich zunächst eine Schädigung bedeuten; aber man kann ihr vielleicht im Balkan und Orient ein neues Absatzgebiet für ihre billigen Fabrikate eröffnen, und auch der innere Markt wird sich mit der Hebung der Landwirtschaft vergrößern. Diese hat bisher sehr unter dem Wettbewerbe des billigen südrussischen Getreides gelitten und wird es begrüßen, wenn sie dagegen geschützt wird. Durch die Einführung westeuropäischer Wirtschaftsweise werden sich ihre Erträge, entsprechend den Erträgen der benachbarten gleichartigen Provinz Posen, auf das Anderthalbfache und Doppelte heben lassen. Wenn der Verkehr nach Danzig frei und die Weichsel zu einer leistungsfähigen Wasserstraße gemacht wird, so muß das auf das polnische Wirtschaftsleben befruchtend wirken. Der Widerstand der wirtschaftlichen Interessen gegen die Trennung von Rußland und die Verbindung mit den Mittelmächten wird daher im Laufe der Zeit einschlafen.

Über den negativen Teil der Lösung des polnischen Problems im Sinne der Trennung von Rußland konnte, nachdem der Krieg einmal entbrannt war und alles bisher Bestehende in Frage gestellt, zu einer Revision aller Gebiets- und Grenzverhältnisse aufgefordert hatte, vernünftigerweise kein Zweifel bestehen. Es ist eine Frage der politischen Taktik, ob es richtig war, sie schon während des Krieges auszusprechen; aber es ist eine falsche Ängstlichkeit, wenn manche deutsche Politiker noch heute die Abtrennung überhaupt für einen Fehler erklären.

Viel zweifelhafter ist die positive Lösung der Frage. Nur das ist sicher: es muß ein militärischer, politischer und wirtschaftlicher Anschluß Polens an die Mittelmächte hergestellt werden. Darüber hinaus handelt es sich, wie gesagt, darum, das kleinste Übel zu wählen. Man konnte an eine Einverleibung in Preußen und das Deutsche Reich, man konnte an eine Einverleibung in die österreichisch-ungarische Monarchie, man konnte an eine Teilung zwischen beiden, man konnte schließlich an die Schaffung eines selbständigen Königreichs Polen denken.*) Bei der Einverleibung in das Deutsche Reich hätten wir Polen scheinbar am festesten in den Händen, und auch wirtschaftlich würde sich aus der Verbindung des mittleren mit dem unteren Weichsellande für beide Teile Vorteile ergeben; aber sie würde endlose nationale Schwierigkeiten in ihrem Gefolge haben und dadurch schließlich doch wohl mehr eine Schwächung als eine Stärkung bedeuten. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden auch große innere und äußere politische Schwierigkeiten bei dem Friedensschlusse daraus entspringen. Bei der Einverleibung in die österreichisch-ungarische Monarchie, an die man auch bei uns gedacht zu haben scheint, wären die nationalen Schwierigkeiten geringer, weil jene ja jetzt schon kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat ist; aber die Vermehrung der Slaven in der Monarchie um 12 Millionen könnte den anderen Nationalitäten nicht erwünscht sein, und namentlich Ungarn soll sich darum dieser Lösung widersetzt haben. Durch seine exzentrische Lage und seine Öffnung nach Norden würde Polen wirtschaftlich und militärisch ein unorganischer Zubehör der Monarchie; diese könnte es kaum verteidigen. Für uns aber würde das eine Umklammerung bedeuten, die trotz aller Freundschaft sehr bedenklich wäre. Die meisten Schwierigkeiten sowohl der einen wie der anderen Lösung würden sich auch bei einer Teilung Polens zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn geltend machen, und die Teilung als solche würde bei den Polen selbst einen Sturm der Entrüstung entfesseln.

---

*) Vgl. die von vier Kärtchen begleitete Erörterung in der Geogr. Zeitschrift XXIII (1917), S. 40 ff. und Taf. 1.

So mußte man sich zur vierten Möglichkeit entschließen, Polen zu einem selbständigen Staate machen und daran nur die Bedingung enger Beziehung zu den Mittelmächten knüpfen. Es heißt ausdrücklich in der Proklamation, in der den Polen die Errichtung des Königreiches verkündet wurde, daß dieses seine Zukunft „im Anschlusse an die beiden verbündeten Mächte" finden müsse. Darauf weist es auch die Natur der Dinge hin. Militärisch muß es in unser Verteidigungssystem einbezogen und auch wirtschaftlich müssen enge Beziehungen hergestellt werden. Natürlich sind auch hierbei, wie wir ja jetzt schon zur Genüge sehen, große Schwierigkeiten zu überwinden; sie sind vielleicht lauter und aufdringlicher, als sie bei den anderen Lösungen gewesen wären, jedoch tatsächlich geringer. Wir dürfen nicht gleich ängstlich sein, wenn die Polen nicht aufjauchzen, sondern an der neuen Gestaltung, die doch einen großen Teil des polnischen Volkes draußen läßt, manches auszusetzen haben. Wir dürfen das polnische Volk auch nicht zu sehr am Gängelbande führen wollen, müssen ihm seine wirtschaftlichen Bedürfnisse erfüllen, ihm namentlich freien Handel zur Ostsee gewähren. Wir können auf Preußisch-Polen nicht verzichten, weil wir dieses Verbindungsstück zwischen Preußen und Schlesien für den Zusammenhang des preußischen Staates notwendig brauchen, und können darum den Wunsch nach staatlichem Zusammenschluß der Polen nicht erfüllen; aber wir wollen ihr Volkstum nicht antasten und preußischen Polen, wenn sie es wünschen, die Übersiedlung ins Königreich Polen erleichtern. Alle Gefahren, die ein selbständiges Polen zweifellos für uns in sich schließt, sind kleiner als die Gefahr, die uns von einer vorgeschobenen, stark befestigten Bastion des russischen Reiches drohen würde, und auch kleiner als die Gefahren, die aus einer Einverleibung Polens in Preußen oder in Österreich-Ungarn entsprängen.

Der Verzicht auf Polen ist das erste, was wir im Friedensschlusse mit Rußland durchsetzen müssen. Offen bleibt die Frage, ob die Grenzen am Bug verlaufen oder darüber hinaus in das ursprünglich weißrussische, aber immer nur dünn bevölkerte und heute fast entvölkerte Sumpf- und Sandland der Polesie vorgeschoben werden

soll, um hier ein gutes Kolonisationsgebiet zu gewinnen. Der größere Teil von Suwalki wird wegen seiner nach Norden vorgeschobenen Lage und seiner litauischen Bevölkerung von Polen abgetrennt werden müssen.

Die Frage, wie sich Rußland der Abtrennung Polens gegenüber stellen wird, ist nicht leicht zu beantworten. In der russischen Brust wohnen zwei Seelen. Natürlich bedeutet der Verlust eine Verminderung der Macht des Reiches. Aber daß auch ein Großstaat den Verlust eines Gebietes unter Umständen verhältnismäßig leicht verschmerzen kann, lehrt uns die Art, wie sich Österreich seiner Zeit in den Verlust der Lombardei und Venetiens gefunden hat. Und nach der Revolution und der Gewährung der Autonomie an alle Fremdvölker wird der Verzicht dem russischen Volke leichter fallen, als er der zarischen Regierung gefallen wäre. Polen ist in ausgesprochener Weise ein Fremdland im russischen Reiche, und wenn auch zuletzt eine Annäherung stattgefunden hatte, so haben sich doch Russen und Polen Jahrhunderte lang feindlich gegenübergestanden. Da eine Beherrschung der Polen in der früheren Weise ohnehin nicht mehr möglich wäre, sondern sie gleichberechtigt neben den Russen stehen und deren Plänen manchmal Schwierigkeiten bereiten würden, ist es wohl möglich, daß diese über die Trennung nicht unglücklich sind. Auch wirtschaftlich hat gerade die politisch besonders einflußreiche zentralrussische Industrie die polnische Industrie meist als einen lästigen Wettbewerber empfunden, dessen Wegfall ihr lieb ist. Rußland wird sich daher wohl leichter in den Verlust Polens finden, als unsere Russophilen glauben. Dazu kommt, daß Polen zwar unter Umständen, d. h. wenn Rußland die Übermacht hat, eine gute Angriffsstellung bietet, aber auch schwer zu verteidigen ist und auf das verteidigende Heer eine Katastrophe herabziehen kann.

Staatliche Grenzen können natürlich oder unnatürlich sein; das bedeutet nicht, daß sie sich einer bestimmten Naturlinie anschließen oder nicht, sondern daß sie, im Lichte der Gesamtheit der Interessen betrachtet, vernünftig oder unvernünftig sind. In diesem Sinne ist der Zubehör Weichsel-Polens zu Rußland unnatürlich, sein Zu-

behör zu Mittel-Europa natürlich. Die Verbindung mit diesem, aber wegen der nationalen Besonderheit und der verschiedenen geschichtlichen Entwicklung nicht in der Form staatlicher Vereinigung, sondern nur in der Form eines Bundes, einer völkerrechtlichen Bindung, also die Herstellung eines selbständigen Königreiches Polen, das aber mit den beiden mitteleuropäischen Großmächten einen Bund eingeht, ist darum als ein Fortschritt auf dem Wege zu einem natürlichen Staatensysteme zu begrüßen.

4. Baltenland und Litauen.

Erst nachdem die polnische Frage entschieden war, konnten die baltische und die litauische Frage spruchreif werden; denn wie die militärische Eroberung Litauens und des Baltenlandes nachfolgte und heute noch ihren Fortgang nimmt, während Polen längst fest in unserer Hand ist, so kann auch die Entscheidung über das politische Schicksal jener erst erfolgen, wenn über dieses kein Zweifel mehr besteht. Auch Baltenland mit seiner lettischen und estnischen Bevölkerung und deutschen Oberschicht und Litauen mit seiner litauischen Bevölkerung und großenteils polnischen Oberschicht und seiner starken jüdischen Beimischung sind im russischen Reiche Fremdländer und stimmen in dieser Beziehung mit Polen überein. Aber während Polen seiner geographischen Lage nach ein Vorsprung des russischen Reiches in mitteleuropäisches Gebiet ist, gehören jene dem osteuropäischen Tieflande an und bilden vielmehr einen östlichen Vorsprung des mitteleuropäischen Kulturgebietes. Sie schieben sich zwischen das russische Hinterland und die Ostsee ein, sperren jenes von der Ostsee ab, und wenn sie auch von der Seenplatte und hohen Endmoränen des alten baltischen Inlandeises umgürtet und gegen das russische Hinterland begrenzt sind, so ist das doch keine Schranke des modernen Verkehrs. In diesem Widerspruche der geographischen Lage und der aus früherer Zeit stammenden völkischen und kulturellen Eigenart liegt die Schwierigkeit einer klaren Entscheidung über das künftige Schicksal des Baltenlandes und Litauens.

Das eigentlich durchschlagende Motiv, warum wir Polen dem russischen Reiche wegnehmen und in engeren Verband mit uns bringen müssen, ist, wie wir gesehen haben, das militärische; wir müssen die russische Bastion schleifen und unsere Verteidigungslinie, die bisher einen riesigen Bogen um Polen herum beschrieb, gerade legen und dadurch auf ein Viertel verkürzen. Durch Einbeziehung des Baltenlandes und Litauens in unser Verteidigungssystem wird die militärische Grenzlinie nicht vereinfacht und verkürzt, sondern verlängert; es entsteht dadurch ein ähnlicher Vorsprung zwischen Ostsee und russischem Reich, wie ihn bisher West- und Ost-Preußen gebildet haben. Wir müssen uns klar darüber sein, daß wenn wir Baltenland und Litauen in der einen oder anderen Form mit uns verbinden und uns dadurch zu ihrer Verteidigung verpflichten, wir damit eine schwere Aufgabe übernehmen, und das natürlich um so mehr, je weiter wir nach Norden ausgreifen. Das Baltenland ohne Litauen wäre ganz isoliert; Litauen, namentlich das Gouvernement Kowno und Suwalki, aber auch Grodno und Wilna, die übrigens nur etwa zur Hälfte litauisches, zur anderen Hälfte weißrussisches Volksgebiet sind, stellen die Verbindung her, verbreitern und versteifen den Hals und können darum militärisch kaum vom Baltenlande getrennt werden.

Das erste Motiv für die Befreiung vom russischen Joche war das im engeren Sinne nationale. Es gilt allerdings nicht für Litauen, sondern nur für das Baltenland, oder wie man bisher zu sagen pflegte, die deutschen Ostseeprovinzen: Kurland, Livland und Estland. Es ist ja nur ein populärer Irrtum, daß die Bevölkerung dieser drei Länder ganz deutsch sei; deutsch ist vielmehr nur eine Oberschicht, die ungefähr den zehnten Teil der Gesamtbevölkerung ausmacht. Diese besteht in der Hauptmasse im südlichen Teile aus Letten, im nördlichen aus den mit den Finnen verwandten Esten. Die Deutschen haben die Masse der Bevölkerung leider nicht germanisieren wollen oder können; aber sie selbst haben sich bewundernswert gehalten, haben der Kultur des ganzen Landes deutschen Stempel aufgedrückt. Es ist ein hohes und schönes Ziel, dieses Deutschtum hier zu sichern

und zurückzugewinnen; nicht nur der glühende Wunsch der meisten Balten ist darauf gerichtet, auch viele reichsdeutsche Patrioten sehen in der Erlösung der baltischen Provinzen von der russischen Herrschaft fast das vornehmste Kriegsziel.

Das zweite Motiv ist der Gedanke, hier ein Gebiet für die Ansiedlung von Deutschen, namentlich von den von Grund und Boden vertriebenen Deutschen Süd-Rußlands und auch von deutschen Rückwanderern aus den Vereinigten Staaten, zu gewinnen, und dadurch zugleich unseren Nahrungsspielraum zu erweitern. Die deutschen Großgrundbesitzer im Baltenlande haben schon seit der Revolution des Jahres 1905 deutsche Kolonisten aus Süd-Rußland herbeigezogen und jetzt Grund und Boden für weitere Kolonisation angeboten; auch die großen Kronländereien ständen hierfür zur Verfügung. Für solche Kolonisation kommt auch das noch dünner bevölkerte Litauen in Betracht, obgleich hier die völkische Verschiedenheit größere Schwierigkeiten verursacht.

Rußland würde den Verlust des Baltenlandes und Litauens zweifellos schwerer verschmerzen als den Verlust Polens; denn obgleich jene in gleicher Weise Fremdländer sind, so wäre es doch nicht mehr die Amputation eines vorgestreckten Gliedes, sondern eines Stückes des eigentlichen Rumpfes. Weiß-Rußland, der westliche Teil Groß-Rußlands und der nördliche Teil Klein-Rußlands würden dadurch von der Ostsee getrennt, verlören ihre bisherigen Ausfuhrhäfen, namentlich Riga. Gerade weil von diesem Küstenlande der Handel West-Rußlands beherrscht wird, wird sich Rußland dagegen sträuben, es einer anderen Großmacht auszuliefern. Mit Estland ginge auch die Herrschaft über den finnischen Meerbusen verloren, und der Ausgang von Petersburg nach der freien Ostsee käme unter fremde Kanonen zu liegen. Zwischen dem Deutschen Reiche auf der einen, dem zarischen Rußland auf der anderen Seite hätte hier wohl ein unversöhnlicher Widerstreit bestanden.

Durch die Revolution und den Übergang Rußlands zum Föderalismus hat sich die Sachlage geändert. Rußland denkt jetzt nicht mehr an Russifizierung dieser Länder, sondern ist bereit, ihnen

nationale Autonomie zu gewähren; nur ein Schritt weiter führte zur vollen Selbständigkeit. Da können auch wir den mittleren Weg gehen und sie von Rußland abtrennen, ohne sie dem Deutschen Reiche einzuverleiben. Natürlich wäre das nicht dasselbe für uns und nicht dasselbe für das Deutschtum im Baltenlande wie eine Verbindung mit dem Deutschen Reiche; aber es wäre für uns ein Gewinn, für dieses eine Errettung vor dem Untergange, ohne doch die ewige Feindschaft Rußlands heraufzubeschwören. Selbständige Kleinstaaten hier kann Rußland ertragen. Ein selbständiges Baltenland würde zu Rußland keine andere Stellung einnehmen als Holland zu Deutschland, würde es nicht mehr, ja sogar weniger behindern, weil Holland gerade unser größtes Industriegebiet, Baltenland dagegen nur mäßig dicht bewohnte und wirtschaftlich weniger wichtige Landesteile vom Meere trennt.

Eine organische Verbindung des Baltenlandes mit Polen, von der man manchmal redet, scheint mir nicht in Betracht zu kommen; die völkischen Verhältnisse sind ganz verschieden, und die Unterordnung unter Polen würde vielleicht ebensolche Knechtung wie die russische Herrschaft bedeuten; Riga liegt auch von Polen viel zu weit weg, als daß es sein Ostseehafen sein könnte. Die Vereinigung mit Litauen wird von den Polen erstrebt, weil es früher mit ihnen vereinigt war und der Großgrundbesitz und die städtische Intelligenz noch heute großenteils polnisch sind. Eine litauische Volksströmung wehrt sich jedoch auf das heftigste dagegen, weil sie Ausbildung des litauischen Volkstumes will; die Vereinigung würde von vornherein Uneinigkeit erzeugen. Auch für uns wäre es kaum gut, wenn sich ein polnisch-litauisches Reich zwischen Preußen und die Baltenländer drängte. Baltenland und Litauen sind völkisch ganz verschieden von einander; aber Kowno und Suwalki schieben sich so sehr zwischen Preußen und Baltenland ein, daß sie mit dem einen oder dem anderen vereinigt werden müssen. Der weißrussische Teil von Grodno und Wilna könnte wohl bei Rußland bleiben. Die Verhältnisse sind so verwickelt, daß man sie nur bei genauer persönlicher Kenntnis der Länder wirklich beurteilen kann.

5. Finnland, die Ostsee und Skandinavien.

Finnland ist bisher außerhalb des Kriegsgebietes geblieben; aber in Bezug auf seine politische Stellung ist durch die Revolution ein Fragezeichen aufgetaucht. Darum wird sein Schicksal, wenn auch vielleicht nicht direkt in die Friedensverhandlungen eingehen, so doch einen Gegenstand der Überlegung bilden müssen. Finnland ist ein ganz und gar unrussisches Land, ursprünglich von den eigentlichen Finnen oder Suomi bewohnt, dann von Schweden erobert und zivilisiert, in der Reihe der Kämpfe, die sich zwischen Rußland und Schweden um die Herrschaft über die Ostseeländer abspielten, Schweden genommen und 1808 als selbständiger Staat mit Rußland verbunden. Erst etwa in den letzten zwanzig Jahren hat dieses begonnen, die Gerechtsame Finnlands aufzuheben und es enger mit sich zu verbinden. Neben dem allgemeinen Gedanken einer Verstärkung seiner Herrschaft scheint dafür namentlich der Wunsch maßgebend gewesen zu sein, dadurch die Herrschaft über den bottnischen Meerbusen zu bekommen und einen starken Druck auf Schweden ausüben zu können. Die vertragswidrige Befestigung der Alandsinseln jetzt während des Krieges war ein weiterer, jedermann deutlicher Schritt auf diesem Wege. Rußland hat sich dadurch nicht nur die Zufuhr von Westen über Schweden gesichert, sondern auch eine Pistole auf die Brust Schwedens gerichtet. Nun fehlte nur noch der letzte große Schritt vom nördlichen Finnland aus durch das schwedische Norrbotten nach Narvik, um den seit langem ersehnten Zugang zum offenen und jederzeit eisfreien atlantischen Ozean zu gewinnen.

Unter diesem Gesichtspunkte erkennt man, warum die schwedischen Aktivisten so stark gegen Rußland gerichtet sind und für den offenen Anschluß an Deutschland eintreten; und man wundert sich über die Kurzsichtigkeit der Liberalen, die der russischen Gefahr gleichgültig gegenüberstehen und jetzt sogar vor einer deutschen Gefahr in der Ostsee Angst haben. Man wundert sich aber auch über die deutschen Politiker, die kein Arg dabei finden, den Weg nach

Narvik Rußland zu überlassen, um es für den Verzicht auf Konstantinopel und die Dardanellen zu entschädigen. Wir haben doch gar keinen Grund, eine russische Ausdehnung zu begünstigen, durch die es ungestörte Verbindung mit dem offenen atlantischen Ozean, also freien Zugang von Waffen und Munition zu allen Jahreszeiten, entscheidenden Einfluß auf die Politik Schwedens und womöglich nebenbei den Besitz der auch für unsere Versorgung so wichtigen Erzlagerstätten von Kiruna und Gellivara bekäme, und durch die es unsere Einkreisung im Norden vollenden würde. Rußland darf hier keinen Schritt weiter tun.

Ob wir umgekehrt für die Unabhängigkeit Finnlands eintreten wollen und können, hängt vom Laufe der Ereignisse ab und läßt sich heute nicht beurteilen. Aber unsere Sympathie ist sicher bei den Finnen, mit denen wir immer starken wirtschaftlichen und geistigen Verkehr gehabt haben, in denen wir treue Freunde besitzen.

6. Die Ukraine.

Während die Länder, von denen wir bisher gesprochen haben: Polen, Litauen, die deutschen Ostseeprovinzen und Finnland, Rußland gegenüber ohne jeden Zweifel Fremdländer sind, gehen die Meinungen über Klein-Rußland oder die Ukraine, wie man jetzt gern sagt, weit auseinander. Bis vor kurzem galt es ziemlich allgemein als ein Teil des russischen Volkslandes, von Groß-Rußland etwa ähnlich verschieden wie Süddeutschland von Norddeutschland. Erst in der letzten Zeit ist, hauptsächlich von den galizischen Ruthenen getragen, eine Bewegung entstanden, die die Klein-Russen oder Ukrainer für ein von den Groß-Russen ganz verschiedenes, selbständiges Volk erklärt und politische Selbständigkeit für sie beansprucht. Diese Bewegung hat während des Krieges auch bei uns ein lautes Echo gefunden, und von einer Partei wird es als eines der wichtigsten Kriegsziele hingestellt, die Ukraine vom eigentlichen oder moskowitischen Rußland abzutrennen und diesem dadurch den Zugang zum schwarzen Meere zu nehmen. Bei dem Gedanken der Zertrümmerung

Rußlands spielt die Abtrennung der Ukraine mit ihren mehr als 30 Millionen Menschen die Hauptrolle.

Ob man die Klein-Russen als besonderes Volk oder nur als einen Volksstamm ansehen will, ist eine Doktorfrage ohne politische Bedeutung. Zweifellos ist der leibliche Typus verschieden, aber kaum mehr als zwischen Nord- und Süddeutschland. Die Größe des sprachlichen Unterschiedes wird verschieden beurteilt, aber von den meisten Slavisten geringer als der Unterschied zwischen Hochdeutsch und Plattdeutsch eingeschätzt. Die geschichtliche Entwicklung ist ursprünglich gemeinsam gewesen. Klein-Rußland mit Kiew war die führende Landschaft, die die christliche Religion und die Kultur von Byzanz bekam und an die Nord-Russen weitergab. Später bewirkte die mongolische Herrschaft einerseits, die Ausdehnung des polnisch-litauischen Reiches andererseits eine Trennung, die aber in der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts wieder behoben wurde. Unter der russischen Knute wurde der Gebrauch der kleinrussischen Sprache erschwert und sie zu einem Dialekte herabgedrückt. Ein großer Teil der oberen Volksklassen ging im Moskowitertum auf, und das Volk war stumpf und teilnahmlos. Wohl hatten sich seit einigen Jahrzehnten Bestrebungen zur Wiederbelebung des kleinrussischen Volkstums geregt; aber sie hatten sich politisch bisher durchaus auf die Forderung einer Autonomie beschränkt: die ukrainische Fraktion der zweiten Duma erklärte ausdrücklich, daß sie an dem unversehrten Bestande des russischen Reiches nicht rütteln wolle, und auch gegenwärtig, wo doch die Zunge frei ist, scheinen die Forderungen nicht über Autonomie hinauszugehen. Man muß leider sagen, daß sich im Kriege mehr österreichische Ruthenen gegen Österreich als Ukrainer gegen Rußland aufgelehnt haben. Es ist daher sehr zweifelhaft, ob wir bei einem Versuche, sie von Rußland zu befreien, sie selbst hinter uns hätten.

Durch die staatliche Trennung würde ein seit langem bestehender, in der Verschiedenartigkeit der Natur begründeter wirtschaftlicher Zusammenhang zerrissen. Klein-Rußland ist sowohl landwirtschaftlich wie durch seine Kohlen- und Eisenerzlagerstätten ein reiches Land und hätte darum in sich wohl die wirtschaftliche Möglichkeit selbständiger

Existenz, wenn ihm auch vorläufig, von landwirtschaftlicher Industrie abgesehen, Industrie ziemlich fehlt und auch die wirtschaftlichen Bedingungen für deren Entwicklung kaum sehr günstig sind. Aber die Ukraine ist für Rußland schwer entbehrlich, weil durch sie der Weg zum schwarzen Meere geht, weil es von ihr mit Getreide und auch mit Kohle und Eisenerzen versorgt wird. Es würde dem Versuche der Trennung den größten Widerstand leisten. Man kann nicht in Abrede stellen, daß hier wirklich eine Lebensfrage des russischen Volkes vorliegt, die mit großer Vorsicht behandelt werden muß. Wir brauchen uns heute nicht zu überlegen, was wir tun würden, wenn die Ukraine selbst die Waffen für ihre Lostrennung von Moskau erheben würde, aber von uns aus dürfen wir die Trennung nicht durchsetzen wollen, weil wir dadurch den Krieg endlos verlängern und uns Rußland, das auch ohne die Ukraine immer noch ein recht starker Gegner bleibt, für immer zum Todfeinde machen würden.

7. Der Balkan.

Wenn wir uns jetzt nach dem Balkan wenden, so bekommen wir wieder festen Boden unter den Füßen; denn allem Anscheine nach hat der Krieg hier schon ein bestimmtes Ergebnis gezeitigt.

Hatte Rußland im achtzehnten Jahrhundert den Kampf gegen die Türkei in Süd-Rußland geführt, so trug es ihn im neunzehnten Jahrhundert in die Balkanhalbinsel hinüber. Wie es sich selbst vom Joche der Tataren befreit hatte, so wollte es nun die christlichen und großenteils slawischen Balkanvölker vom türkischen Joche befreien und damit zugleich seine eigene Macht vermehren. Im Laufe des Jahrhunderts entstanden unter seiner Führung die selbständigen Balkanstaaten; aber es mußte den nordwestlichen Teil der Balkanhalbinsel Österreich-Ungarn überlassen, das vor ihm der Vorkämpfer gegen die Türkei gewesen und nicht willens war, sich durch Rußland ganz zurückdrängen zu lassen. Es mußte auch zusehen, daß die Balkanstaaten, zuerst Rumänien, dann auch Bulgarien, sich der russischen Vormundschaft und Oberherrschaft mehr und mehr entzogen. Diese

Oberherrschaft wieder zu gewinnen und sich dadurch den Weg nach Konstantinopel freizumachen und zugleich Österreich-Ungarn ganz auszuschalten, war das Hauptziel seiner politischen Bestrebungen in den letzten Jahren. Der Balkanbund sollte diesen beiden Zwecken dienen, und als er in die Brüche ging, setzte Rußland den Hebel mit Hilfe Serbiens an. Dieses sollte ein großserbisches Reich gründen, das bis an das adriatische Meer heranreichte und Österreich-Ungarn im Süden abschlösse; die serbische Agitation, an der der Krieg entbrannt ist, war auf dieses Ziel gerichtet.

Der Krieg hat gegen Rußland und für Österreich-Ungarn, und man kann zugleich sagen, gegen Serbien für Bulgarien entschieden, das auf die österreichische und unsere Seite trat, weil es nur dadurch seine nationalen Ziele erreichen konnte. Serbien und auch Rumänien oder wenigstens dessen balkanischer Teil, die Walachei, sind erobert; russische Truppen haben überhaupt nicht in die Balkanhalbinsel eindringen können. Die Rolle Rußlands auf dem Balkan ist damit wohl ausgespielt. Und man kann sagen, daß das der weltgeschichtlichen Gerechtigkeit entspricht, denn die Balkanhalbinsel ist für Rußland ein fremdes Land. Der Umstand, daß der größere Teil der Balkanvölker Slaven und griechisch-katholisch sind, genügt nicht, um russische Ansprüche zu begründen. Rußland wäre für sie kein Kulturträger gewesen, sondern hätte sie in ihrem Aufstiege zur Kultur zurückgehalten. Und die politische Übermacht, die es durch die Oberherrschaft auf der Balkanhalbinsel bekommen hätte, hätte unheilvoll auf Europa gelastet.

8. Konstantinopel und die Meerengen.

Kein anderes Kriegsziel hat Rußland so sehr am Herzen gelegen wie der Besitz Konstantinopels und der Meerengen, die aus dem schwarzen ins ägäische Meer führen; auch die Herrschaft über den Balkan sollte ja hauptsächlich den Weg nach Konstantinopel offen legen. Rußland strebt diesem Ziel schon seit Peter dem Großen nach. Es wird dabei von verschiedenen Motiven geleitet. Der schon in Süd-Rußland aufgenommene Kampf gegen die Türken sollte, wie erwähnt,

einen Abschluß in deren Verdrängung aus Europa finden. Konstantinopel ist die alte Kaiserstadt (Zargrad) und Mutterstadt der russischen Kirche; die Russen beseelt darum der Wunsch, es aus der Hand der Ungläubigen zu befreien und auf der in eine Moschee verwandelten Sophienkirche statt des Halbmondes wieder das christliche Kreuz aufzupflanzen. Das ist namentlich der Schlachtruf, der immer auf das russische Volk wirkt und es mitreißt, wenn die Regierung aus anderen Gründen den Krieg gegen die Türkei will. Rußland ist unter Katharina II. ans schwarze Meer herangewachsen; aber dieses ist ein Binnenmeer, dessen Auslaß durch den Bosporus und die Dardanellen von Konstantinopel beherrscht wird. Nach einem russischen Ausdrucke ist der Hausschlüssel Rußlands in fremden Händen. Im Frieden steht das Tor für den Handel offen; aber im Kriege kann es verschlossen werden, und Kriegsschiffen ist die Durchfahrt durch den Vertrag, den England und Frankreich Rußland nach dem Krimkriege aufgenötigt haben, auch im Frieden untersagt. Die freie Durchfahrt ist, wie wir besprochen haben, für Rußland auch wirtschaftlich wichtig, weil die Hauptgebiete der russischen Getreideausfuhr nahe dem schwarzen Meere liegen und das Getreide zum weitaus größeren Teile auf dem Seewege ausgeführt wird. Aber die Hauptsache ist das doch wohl nicht, wenn es auch die russische Politik beeinflußt hat. Man hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß der weitaus größere Teil dieser Ausfuhr auch bei Malta vorbei und durch die Straße von Gibraltar muß, also unter der Aufsicht Englands bleibt, und daß sie meistens nach Deutschland geht und insofern auch von diesem abhängt. Die Hauptsache für den durchaus machtpolitisch gerichteten Staat ist doch wohl, daß er von hier das schwarze Meer und dessen Umländer, die Balkanhalbinsel und auch Kleinasien, beherrschen und zugleich eine starke Rolle in der Mittelmeerpolitik spielen kann; gerade das ist ja der Grund gewesen, warum England und auch Frankreich Rußlands Absichten auf Konstantinopel bis vor kurzem immer entgegengetreten sind, ja ihm ursprünglich sogar verboten hatten, auf dem schwarzen Meere überhaupt Kriegsschiffe zu halten.

Die französische und englische Politik hat umgeschwenkt und hat Rußland den Besitz Konstantinopels und der Meerengen einräumen, ja diese sogar im Kriege, wenn auch zunächst aus militärischen Gründen, für Rußland erobern wollen. Aber wir als Bundesgenossen der Türkei können nicht zulassen, daß Rußland seine Fahne in Konstantinopel und an den Meerengen aufpflanzt. Für die Türkei ist der Besitz von Konstantinopel eine Lebensfrage; man hat zwar früher gemeint, daß sie dieses opfern und ihre Hauptstadt in das Innere von Kleinasien verlegen könne; aber das würde wahrscheinlich den Verlust des Khalifates und die Auflösung des Reiches bedeuten. Und für uns und Österreich-Ungarn ist die Bewahrung der Türkei und die ungestörte Verbindung mit dem Orient eine Lebensfrage geworden. Die russische Herrschaft über die Meerengen würde für uns Abdrängung vom Orient bedeuten, dem einzigen außereuropäischen Gebiet, nach dem wir auf dem Landwege Zugang haben, und in dem wir ein ergiebiges Feld wirtschaftlicher und kultureller Betätigung erhoffen; das würde eine sehr empfindliche wirtschaftliche und politische Schwächung sein und uns auch für immer die Möglichkeit verschließen, an den Kanal von Suez und an den persischen Meerbusen heranzukommen und Englands Beherrschung dieser wichtigen Meeresstraßen zu brechen. Die freie Verbindung Rußlands mit der Außenwelt und namentlich mit England und Frankreich würde uns im Süden einschließen; wenn sie in diesem Kriege bestanden hätte oder von den Feinden erkämpft worden wäre, wäre sie uns vielleicht verhängnisvoll geworden, weil sie die Ausfuhr des russischen Getreides und die unbeschränkte Versorgung Rußlands mit Waffen und Munition möglich gemacht hätte. Hier ist ein Punkt, an dem wir Rußlands Wünschen nicht nachgeben können.

Aber andererseits wollen wir seinen Interessen so weit entgegenkommen, wie es möglich ist. Der bisherige Verschluß der Meerengen, der ja nicht von der Türkei ausgeht, sondern auf einer von Frankreich und England durchgesetzten internationalen Vereinbarung beruht, könnte aufgehoben werden, denn nach einer Erklärung des

berühmten belgischen Festungserbauers Brialmont, von dem die Befestigungen an den Meerengen stammen, könnte die Türkei russischen Kriegsschiffen die Durchfahrt ohne Bedenken gestatten, sofern nur Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, um einen Handstreich auf Konstantinopel zu verhindern. Rußland selbst kann viel zur Verhütung fremder Angriffe auf die Dardanellen beitragen, durch die die Türkei zum Auslegen von Minen und zur Sperrung der Meerengen gezwungen wird.

Mit dieser Erleichterung ist Rußlands wirklichem Lebensbedürfnisse genügt; denn die eigene Beherrschung der Meerengen kann als keine Lebensnotwendigkeit angesehen werden. Dieses befindet sich, wie wir bereits erörtert haben, durch die fremde Beherrschung Konstantinopels und der Meerengen in keiner schlimmeren Lage als wir durch die englische Versiegelung der Nordsee, und es hat in seiner riesigen kontinentalen Ausdehnung so viele andere Vorteile, hat so sehr die Möglichkeit der Selbstversorgung, daß es diesen Nachteil seiner geographischen Lage in den Kauf nehmen kann. Ob es das nach der jetzigen Niederlage einsehen oder noch einmal versuchen wird, seinen alten imperialistischen Traum zu verwirklichen, hängt von seiner inneren Entwicklung ab. Aber wenn in Konstantinopel ein starker Wächter steht, wird es sich schließlich darein finden müssen.

9. Armenien und Persien.

Die einzige Stelle, an der Rußland heute noch einen militärischen Erfolg aufzuweisen hat, ist Armenien. Gerade durch russischen Einspruch war die Türkei vor dem Kriege verhindert worden, eine Eisenbahn auch nur bis in die Nähe von Armenien zu bauen, so daß sie nicht im Stande war, hier Rußland ein starkes Heer entgegenzustellen. Wenn sich die militärische Lage nicht noch während des Krieges ändert, werden die Bundesgenossen entweder das türkische Armenien durch einen Austausch zurückerwerben oder es im Besitze Rußlands belassen müssen. Armenien ist zweifellos ein wunder Punkt im Bestande der Türkei. Die Armenier befinden sich seit

Jahren in einem Zustande der Auflehnung gegen die türkische Herrschaft; sie haben zu wiederholten Malen die Fahne der Empörung erhoben oder Verrat geübt, andererseits haben die wilden Kurdenstämme unter Duldung der türkischen Regierung die Armenier zu Tausenden hingemetzelt, und Europa hat sich schon mehrmals ins Mittel legen müssen. Man könnte darum wünschen, daß dieses christliche Land aus dem Verbande der doch ihrem Wesen nach mohammedanischen Türkei gelöst würde. Aber eine Vereinigung mit Rußland stieße ebensosehr auf Bedenken; denn auch zwischen Armenien und Rußland bestehen große nationale und auch kirchliche Gegensätze, die sich bald geltend machen würden. Und mehr noch lassen politisch-geographische Gesichtspunkte die russische Besitznahme des ganzen armenischen Hochlandes unerwünscht erscheinen. Dieses hat eine beherrschende strategische Stellung; wer in Armenien fest steht, hat den Zugang nach allen drei Seiten, nach Kleinasien, Persien und Mesopotamien. Er hat hierher einen leichteren Zugang als die Türkei selbst von ihrer Hauptstadt aus und kann diesen abschneiden; wenn Armenien in feindlicher Hand ist, ist Mesopotamien kein sicherer Besitz. Wir haben darum im Jahre 1913 mit gutem Grunde erklärt, daß wir die russische Besetzung Armeniens als Kriegsfall betrachten würden, und müssen auch im kommenden Friedensschlusse sowohl um unseres türkischen Bundesgenossen willen wie aus unserem eigenen Interesse fest auf der Räumung Armeniens durch die Russen bestehen.

Damit erledigt sich wohl auch der Gedanke, der jetzt öfters ausgesprochen worden ist und auf den ich schon bei der allgemeinen Betrachtung über unseren Frieden mit Rußland hingedeutet habe, daß wir ihm den Zugang zum persischen Meerbusen einräumen sollten. Ganz abgesehen davon, daß dieser Zugang zum Meere für Rußland selbst beschränkten Wert hätte und ihm die Dardanellen nicht ersetzen, sondern ihm nur etwa ähnliche Dienste wie in diesem Kriege der Hafen von Wladiwostok leisten könnte, würde die Ausdehnung Rußlands in dieser Richtung es gleichfalls in eine beherrschende Stellung gegenüber Mesopotamien bringen. Sie wäre für England unbe-

quem — was für manche deutsche Politiker genügt, um dafür einzutreten —; aber sie wäre für uns und unsere türkischen Bundesgenossen noch viel unbequemer und gefährlicher, denn sie wäre ein Anreiz für Rußland, seine Eroberungspolitik gegen die Türkei fortzusetzen, und würde uns ganz aus Persien verdrängen.

10. Wirtschaftspolitische Abmachungen.

Der Friede mit Rußland wird auch wirtschaftspolitische Abmachungen einschließen müssen. Auch unter den Kriegsgründen Rußlands haben ja wirtschaftliche Gründe nicht ganz gefehlt, da sich die wirtschaftlichen Kreise durch den letzten Handelsvertrag benachteiligt glaubten und den starken wirtschaftlichen Einfluß der Deutschen in Rußland brechen wollten; wurde doch der Krieg als ein Krieg nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen das Deutschtum bezeichnet! Die russische Volkswirtschaft liegt durch den Krieg derart danieder, daß sie fremden Beistandes dringend bedarf und dafür wohl auch einen teuren Preis bezahlen wird. Wir werden uns sicher hüten, den Bogen zu straff anzuspannen; denn die Wiederanknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen ist für beide Teile erwünscht. Die Schwierigkeit liegt an einer anderen Stelle. Sie liegt darin, daß sich während des Krieges englisches, amerikanisches und japanisches Kapital und entsprechender Einfluß im russischen Reiche in einem Umfange eingenistet haben, von dem wir uns schwer eine Vorstellung machen. Es besteht die große Gefahr, daß unsere wirtschaftliche Betätigung in Rußland dadurch große Einbuße erleidet. Gegen diese Gefahr müssen wir in den Friedensverhandlungen ankämpfen. Wir dürfen nicht dulden, daß andere Staaten günstigere Handelsverträge als wir bekommen und überhaupt wirtschaftspolitisch bevorzugt werden. Der deutsche Handel und die deutsche wirtschaftliche Betätigung müssen ihre alte Stellung zurückgewinnen; dabei fährt auch Rußland selbst am besten.

Wir müssen auch auf Rückgabe des in Beschlag genommenen deutschen Eigentums oder Schadenersatz dafür und auf Entschädi-

zung der vertriebenen deutschen Bauern in Süd- und Ost-Rußland dringen, die wir selbst nach Möglichkeit im Baltenlande und Litauen ansiedeln wollen.

Rußland wird sich von neuem entscheiden müssen, in welcher Richtung es seine Volkswirtschaft wieder aufbauen will, ob in der einseitigen Förderung der Landwirtschaft, in der ja noch immer seine Hauptstärke lag, oder, im Sinne der Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte, in der gleichzeitigen Förderung der Industrie und dem Hinstreben auf wirtschaftliche Selbstversorgung. Ich habe bereits ausgeführt, daß nur dies der gegebene Weg der Entwicklung gerade für ein solches Kontinentalreich wie Rußland zu sein scheint. Seine Verbindung mit der Außenwelt ist schwierig und wird immer von den Nachbarn abhängen; darum muß es sich auf eigene Füße stellen und wenigstens die wichtigsten Bedürfnisse in sich selbst befriedigen. Die mangelhafte Ausbildung seiner Industrie ist von ihm in diesem Kriege auf das bitterste empfunden worden; darum wird es, sobald es die Mittel dazu hat, an deren Entwicklung gehen. Und wir dürfen es darin nicht hindern wollen; denn wenn dadurch auch in der Zukunft unserer Industrie ein Gewinn entgeht, und wenn auch russische Selbstversorgung eine gewisse politische Gefahr für uns einschließt, so mildert sie andererseits den russischen Eroberungsdrang, und das ist wichtiger.

11. Zusammenfassung.

Das russische Reich wird als etwas anderes aus dem Kriege hervorgehen, als es in ihn eingegangen ist. Seinem erobernden Vordringen auf der Westseite und wohl auch gegen die Türkei sind, hoffentlich auf immer, feste Schranken gesetzt; nur in Inner-Asien wird es seinen Eroberungsdrang vielleicht noch weiter betätigen können. Von seinen westlichen Fremdländern gehen ihm Polen sicher und wahrscheinlich auch mehrere andere verloren. An die Lostrennung der Ukraine und an einen völligen Zerfall des Reiches glaube ich nicht. Wohl aber wird der starre Zentralstaat voraussichtlich zu einem Bundesstaate werden und dadurch von der Eroberungs-

politik mehr abgezogen werden. Ob die heutige Demokratie bestehen bleibt, mag zweifelhaft erscheinen; aber die Tage der Autokratie sind gezählt. Wie es alle anderen europäischen Staaten vor ihm getan haben, wird Rußland seine Anstrengungen von der äußeren Ausdehnung ab und dem inneren Fortschritte zuwenden. Es wird stärker werden, als es jetzt ist, und doch wird es ein weniger gefährlicher Nachbar sein, weil weniger Zündstoff zwischen ihm und uns liegt, sofern wir nur jetzt im Friedensschlusse vermeiden, an wirkliche Lebensnotwendigkeiten zu rühren.

VII.

Der Friede mit den Balkanstaaten.

Mit vier Staaten der Balkanhalbinsel liegen wir im Kriege und haben wir Frieden zu schließen, mit Serbien, Montenegro, Rumänien und Griechenland. Allerdings stehen bei diesen Friedensschlüssen die Interessen unserer Bundesgenossen, Österreich-Ungarns und Bulgariens, im Vordergrunde; aber wir haben den Krieg mit diesen gemeinsam geführt, auch unsere Interessen werden von der Art des Friedensschlusses mit jenen berührt, darum werden auch wir ein Wort dabei mitzusprechen haben. In diese Friedensschlüsse werden auf der anderen Seite auch Rußland und die Westmächte hineinzureden suchen, die sie in den Krieg gegen uns getrieben und ihnen den Rücken gesteift haben. Ob auch formell oder nur tatsächlich, der Friedensschluß mit den Balkanstaaten wird zugleich ein Stück des Friedens mit jenen sein; Rußland, das bisher eine Art Oberherrschaft über sie beansprucht hat, wird hierauf verzichten müssen.

Die vier Staaten sind in verschiedener Weise in den Krieg eingetreten; darum ist auch der Friedensschluß mit ihnen verschieden zu behandeln.

1. Der Friede mit Rumänien.

Rumänien, das sich geographisch am nächsten an Rußland anschließt, ist spät, erst Anfang September 1916, in den Krieg eingetreten, und man kann seine Teilnahme daran in vieler Beziehung mit der Italiens vergleichen. Ebenso wie dieses hatte es vor dem Kriege und bis in diesen hinein in einem Bündnisverhältnis zu Deutschland und Österreich-Ungarn gestanden. Aber die Freundschaft

hatte sich dadurch gelockert, daß Rumänien an der Seite Serbiens, des Feindes von Österreich-Ungarn, am zweiten Balkankriege teilnahm, und daß sich Österreich-Ungarn beim Friedensschlusse mehr auf die Seite Bulgariens stellte, dessen Eintritt in das Bündnis mit uns es dadurch vorbereitete. Ebenso wie Italien blieb es, wie es scheint, gegen den Wunsch König Karls, zuerst neutral und es verharrte länger als dieses in der Neutralität; aber auch sie war bald unfreundlich gegen uns, da wohl die Durchfuhr russischer Waffen und Munition nach Serbien, nicht aber die Durchfuhr deutscher Waffen und Munition nach Bulgarien und der Türkei erlaubt wurden. Dann trat es, gegen den Rat der konservativen Politiker, die für Anschluß an die Mittelmächte oder wenigstens für Bewahrung der Neutralität waren, in den Krieg gegen uns ein, teils weil die Sympathien der französierten höheren Klassen auf der Seite der Entente waren, hauptsächlich aber, weil es den Krieg für ein leichtes Spiel hielt und darin eine günstige Gelegenheit sah, um das zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörige rumänische Volksgebiet an sich zu reißen; sein Krieg war nichts anderes als ein Raubzug von derselben Art wie drei Jahre vorher der Raubzug gegen Bulgarien. Aber selten hat sich ein hinterhältiger Überfall so schnell gerächt wie dieser Überfall Rumäniens. Der Beistand Rußlands und der Westmächte, auf den es sicher gerechnet hatte, blieb aus; dagegen drangen Österreicher und Deutsche von Norden, Bulgaren und Deutsche von Süden in die Walachei und Dobrudscha ein und eroberten sie binnen weniger Monate; nur die Moldau ist in den Händen der rumänischen und russischen Truppen geblieben. Bei dem Friedensschlusse wird Rumänien mehr oder weniger der Gnade seiner Feinde überliefert sein, wenn sich auch die Ententemächte für seinen Bestand einsetzen werden.

Unter allen Umständen wird Bulgarien die sogenannte Neu-Dobrudscha zurückverlangen, die bulgarisches Land ist und die Rumänien ihm im Frieden von Bukarest 1913 ohne jeden Schein des Rechtes weggenommen hat. Die Blicke Bulgariens scheinen darüber hinaus auch auf die eigentliche Dobrudscha gerichtet zu sein, die

1877 als Ersatz für Bessarabien an Rumänien gefallen ist. Ihre Bevölkerung ist in der Tat überwiegend bulgarisch; aber wenngleich sie auf dem rechten Donauufer liegt, so ist sie doch der Walachei so sehr vorgeschoben, sperrt diese so sehr vom Meere ab, daß sie für sie fast eine Notwendigkeit ist: auf großer Donaubrücke führt bei Tschernawoda eine Eisenbahnlinie von Bukarest nach Constanza, das fast zum Haupthafen Rumäniens geworden ist und für dessen Ausfuhr von Getreide und Petroleum und überhaupt für dessen Handelsbeziehungen große Bedeutung hat.

Österreich-Ungarn wird kaum den Wunsch haben, sich Rumänien oder auch nur die Walachei einzuverleiben, sondern wird die nationale Selbständigkeit der Rumänen achten. Es muß aber maßgebenden politischen Einfluß in Rumänien verlangen, muß sich vor einer Wiederholung der rumänischen Feindschaft schützen. Rumänien oder genauer die Walachei hat eine ähnliche politisch-geographische Lage wie Weichsel-Polen; wie dieses Preußen im Süden umfaßt und sich als Keil zwischen Preußen und Österreich schiebt, so umfaßt die Walachei Ungarn mit Siebenbürgen und schiebt sich als Keil zwischen Ungarn und Bulgarien. Wie sehr haben wir das in diesem Kriege empfunden: wenn nichts anderes, so bedeutete es doch eine ungeheure Verlängerung der Grenze! Auch die Eroberung der Walachei bedeutete militärisch eine sehr wesentliche Verkürzung unserer militärischen Front, beseitigte für Ungarn und Siebenbürgen die Gefahr der Umfassung und machte Österreich-Ungarn und Bulgarien zu einem geschlossenen Block. Dieser militärische und politische Gewinn muß uns auch im Frieden bleiben, dadurch daß die Walachei in enge militärische Verbindung mit uns gebracht wird. Damit muß ein verkehrs- und wirtschaftspolitisches Bündnis Hand in Hand gehen. Man hat Österreich-Ungarn als die Donaumonarchie bezeichnet, und die Donau ist in der Tat ihre Lebensader. Aber der Unterlauf der Donau und die Donaumündungen fehlen ihr; sie können ihr, wie wir es jetzt gesehen haben, verschlossen werden. Österreich-Ungarn braucht sie nicht zu

besitzen, aber es muß großen Wert darauf legen, daß es hier immer einen offenen Ausgang hat.

Auch wir Deutsche haben ein starkes Interesse am wirtschaftlichen Austausch mit Rumänien und an der Aufrechterhaltung dieses Austausches in einem Kriege. Ganz abgesehen davon, daß Rumänien ein guter Absatzmarkt für unsere Industrie ist, hat es zwei Erzeugnisse, die für unsere Versorgung von allergrößtem Werte sind, nämlich Getreide (Weizen und Mais) und Petroleum. Dadurch wird die Verbindung mit ihm zu einem wesentlichen Stücke politischer und militärischer Kraft. Wenn Rumänien in diesem Kriege auch nur ehrlich neutral geblieben wäre, statt nationalistischen Phantasmen nachzujagen, so hätte es großen wirtschaftlichen Gewinn gehabt, statt den Krieg im Lande zu sehen. Jetzt werden wir uns seine Freundschaft durch unsere Macht sichern müssen.

Freilich erstreckt sich diese vorläufig nur auf die Walachei und Dobrudscha, nicht auf die Moldau und auch nicht auf Bessarabien: jenes ursprünglich ein besonderes Fürstentum, das aber 1861 mit der Walachei zum Königreiche Rumänien vereinigt worden ist, dieses wenigstens in seinem größeren südlichen Teil gleichfalls rumänisches Volksgebiet, aber 1877 blutenden Herzens an Rußland abgetreten. Es wäre ein vernünftiges Ziel der Politik Rumäniens gewesen, sich dieses ihm entrissene Land jetzt zurückzuerobern. Auch Österreich-Ungarn und wir würden das freudig begrüßt haben, nicht nur weil Rumänien damit auf unsere Seite getreten wäre, sondern weil Rußland dadurch ein Stück zurückgedrängt und namentlich von der Donaumündung entfernt worden wäre; denn durch seine jetzige Stellung nicht nur bis an die Kilia, sondern auch weiter oberhalb bis an die ungeteilte Donau heran nimmt es an der Herrschaft über die Donaumündungen teil und kann der freien Verfügung der Donaustaaten hindernd in den Weg treten. Es wäre erwünscht, wenn Bessarabien auch jetzt noch von Rußland an Rumänien zurückgegeben würde; aber es ist fraglich, ob sich dafür eine Handhabe bietet. Für uns würde sogar die Trennung der Moldau von der Walachei gewisse Vorteile haben.

2. Der Friede mit Serbien und Montenegro.

Serbien ist der Anstifter des Krieges gewesen. Seine Pläne waren auf die Wiederherstellung des alten großserbischen Reiches gerichtet, das auch Bosnien, Slavonien, Kroatien, Krain umfaßt hat und wieder umfassen sollte, also Länder, die im Besitze der österreichisch-ungarischen Monarchie sind, und von denen diese nicht lassen kann, ohne ihre Großmachtstellung zu gefährden. Diese Pläne, denen es sich rückhaltslos hingab, weil es sich dabei der vollen Unterstützung Rußlands sicher fühlte, mußten es in einen immer zunehmenden Gegensatz gegen Österreich-Ungarn führen, der, wie sich nicht leugnen läßt, durch engherzige und Serbien schädigende wirtschaftspolitische Maßregeln von dessen Seite verschärft wurde. Er war schon im Jahre 1908 akut geworden, als Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina, die es bis dahin nur besetzt hatte, seinem Staatsgebiete einverleibte und dadurch Serbiens Hoffnungen darauf zerstörte. Seitdem hat dieses nicht geruht; den Balkanbund wollte es eigentlich gegen Österreich-Ungarn lenken; die fortdauernde, von staatlichen Organen begünstigte Agitation hat schließlich zur Ermordung des österreichischen Thronfolgers geführt und dadurch das österreichische Strafgericht auf sich herabgezogen. Serbien ist jetzt militärisch so gut wie ganz in unseren Händen. Noch gibt es sich nicht verloren, sondern träumt von dem unter dem Schutze der Entente zu schaffenden Reiche; mit Italien hat es noch ernste Auseinandersetzungen über die adriatischen Küstenländer, die doch weder der eine noch der andere besitzt. Wir dagegen glauben, daß das Schicksal hier bereits entschieden hat und die Niederlage Serbiens endgültig ist.

Einen großen Teil seines Gebietes, nämlich das völkisch bulgarische Land östlich von der Morawa sowie Mazedonien, um das es 1913 Bulgarien betrogen hatte, wird es an dieses abgeben müssen. Man könnte es Österreich-Ungarn nicht verdenken, wenn es dem staatlichen Dasein Serbiens überhaupt ein Ende machte, um diesen gefährlichen Plagegeist loszuwerden, der es durch seine Großmannssucht in den Kampf auf Leben und Tod gestürzt hat; denn das vor

dem Ausbruche des Krieges gegebene Versprechen, Serbien unversehrt zu lassen, ist natürlich durch den Krieg erloschen. Es scheint diese Absicht, sowohl aus Gründen der äußeren wie der inneren Politik, nicht zu haben; eine solche Vermehrung des südslavischen Elements, in welcher Form die Einverleibung auch erfolge, scheint weder Österreich noch Ungarn erwünscht zu sein. Aber es wird sich einen maßgebenden Einfluß auf die Politik Serbiens sichern müssen; es muß namentlich den russischen Einfluß ausschalten und muß die Herde der Agitation beseitigen. Serbien muß in eine gewisse politische und militärische Abhängigkeit von Österreich-Ungarn gebracht werden, dafür aber von diesem die verkehrs- und wirtschaftspolitischen Zugeständnisse bekommen, deren es zur Entfaltung seines Lebens bedarf. Für uns muß es ein sicheres Durchgangsland nach Bulgarien und der Türkei werden.

Montenegro ist mit Serbien nahe verwandt; seit dem Balkankriege sind die beiden Staaten ja auch räumlich an einander gewachsen, und es ist von ihrer Vereinigung die Rede gewesen. Es trat sofort mit Serbien in den Krieg ein und hat dann auch dessen Schicksal der Eroberung geteilt; die Erstürmung des Lowtschen war eine Heldentat der österreichischen Truppen. Österreich-Ungarn scheint Montenegro eine ähnliche Stellung wie Serbien einräumen zu wollen, mit dem es vielleicht zu vereinigen ist; nur den Lowtschen will es unmittelbar besitzen, weil er die Bucht von Cattaro, die größte und schönste, für einen großen Kriegshafen geeignetste der dalmatinischen Küste, beherrscht.

Mit dem Fürstentum Albanien haben wir keinen Krieg geführt; darum braucht auch kein Friede mit ihm geschlossen zu werden. Sein Schicksal wird in der Hauptsache im Friedensschlusse mit Italien und vielleicht auch mit Griechenland entschieden werden.

3. Der Friede mit Griechenland.

Griechenland ist nicht freiwillig in den Krieg eingetreten; es hat allen Verlockungen der Entente und allen von ihr ausgeübten schmäh-

lichen Bedrückungen gegenüber, die bis zu den gröbsten Verletzungen seiner Neutralität führten, unter der Führung König Konstantins mannhaften Widerstand geleistet und ist erst nach dessen erzwungener Abdankung von dem treulosen Kreter Venizelos in den Krieg hineingeführt worden. In welchem Maße es wirklich an ihm teilnehmen wird, steht noch dahin. Davon wird wohl auch die Art des Friedensschlusses abhängen. Man weiß in der Öffentlichkeit nicht, welche Zusicherungen ihm seiner Zeit für die Gewährung seiner Neutralität von uns gemacht worden sind; aber bisher haben jedenfalls nicht nur wir, sondern auch die Bulgaren, die alten Feinde der Griechen, griechisches Gebiet und griechische Interessen sorgfältig geschont und werden es auch weiterhin schonen, soweit der Gang des Krieges es irgend erlaubt und soweit nicht starke politische Interessen dadurch gefährdet werden. Unser Wunsch ist auf Freundschaft mit Griechenland gerichtet, teils weil nur dadurch der Friede auf der Balkanhalbinsel und im Orient gesichert werden kann, teils weil dadurch unsere Stellung im östlichen Mittelmeerbecken verbessert wird. Eine Reihe von Jahren hindurch hatte ein politischer Gegensatz zwischen uns und Griechenland bestanden, weil wir uns in dem Zwiespalt zwischen ihm und der Türkei auf die Seite dieser stellen mußten; Griechenland war ja auch England und Frankreich in Dankbarkeit für deren Unterstützung bei seinen Freiheitsbestrebungen geneigt und von deren Seemacht so abhängig, daß es sich nicht von ihnen entfernen konnte. Trotzdem hat es, solange es frei war, allen Versuchungen zur Teilnahme am Kriege gegen uns widerstanden, teils wegen seiner starken Interessengegensätze gegen Italien, dessen Bundesgenosse es geworden wäre, teils weil es überzeugt war, daß wir doch siegen und daß sich dann Bulgarien auf seine, Griechenlands, Kosten bereichern, ihm das Küstenland des ägäischen Meeres wegnehmen würde. Es wird wie ein gefesselter Sklave in den Krieg geführt.

Bei Griechenland liegt der eigentümliche Fall vor, daß es sich im Friedensschlusse weniger mit seinen offiziellen Feinden als mit seinen Bundesgenossen auseinanderzusetzen hat, die nach und nach Korfu und Nord-Epirus, Saloniki mit Nord-Thessalien und der Chalkidike

und die griechischen Inseln Thasos, Samothrake, Lemnos, Lesbos und Chios besetzt und ihm in jeder Beziehung großen Schaden zugefügt haben. Es wird darauf ankommen, ob sie bereit sind, die besetzten Gebiete beim Friedensschlusse gleich zu räumen und für allen angerichteten Schaden Ersatz zu leisten. Natürlich sind diese Fragen auch für uns und unsere Bundesgenossen von Bedeutung, und wir werden kaum geneigt sein, den Verhandlungen zwischen Griechenland und seinen Bundesgenossen als unbeteiligte Zuschauer beizuwohnen. Die Wiederherstellung der griechischen Herrschaft in Korfu ist für Österreich-Ungarn wichtig, weil Italien von hier aus das adriatische Meer ebensogut wie von Valona aus verschließen könnte. Saloniki ist für Mazedonien und Serbien und dahinter für West-Ungarn der natürliche Ausgang zum mittelländischen Meere und wird daher seit langem als Interessensphäre Österreich-Ungarns betrachtet; dieses kann hier wohl einen befreundeten Mittelstaat wie Griechenland oder Bulgarien, nicht aber eine feindliche Großmacht wie Frankreich oder England dulden. Die unmittelbar vor der bulgarischen und türkischen Küste gelegenen Inseln in englischem Besitz würden eine ewige Bedrohung der politischen Ruhe bedeuten.

Wir haben den entschiedenen Wunsch, mit Griechenland in Freundschaft zu leben, und Griechenland unter König Konstantin hat diesen Wunsch geteilt. Man darf sich nicht verhehlen, daß seiner Erfüllung Schwierigkeiten begegnen, weil zwischen Griechenland und unseren Bundesgenossen, sowohl Bulgarien wie der Türkei, tatsächlich große Interessengegensätze bestehen, die sich hauptsächlich aus der Verbreitung der Griechen über alle Inseln und Küstenlandschaften des ägäischen Meeres ergeben. Griechenland macht daher auf diese ein völkisches, Bulgarien und die Türkei ein geographisches Anrecht geltend. Aber wie während des Krieges eine Verständigung möglich gewesen ist, so wird sie auch bei und nach dem Friedensschlusse möglich sein; schließlich haben doch alle drei Staaten großes Interesse an der Verständigung.

Mit seinen langen Küsten und zahllosen Inseln wird Griechenland auch künftighin Angriffen von der Seeseite her ziemlich schutzlos

preisgegeben sein; aber andererseits wird der Einfluß von der Landseite her mit jedem Tage größer. Je mehr die politischen Verhält nisse auf der Balkanhalbinsel in Ordnung kommen und je mehr das Verkehrsnetz ausgebaut wird, um so mehr wird Griechenland von dort aus beherrscht. Das war von König Konstantin und dem griechischen Generalstab ja schon jetzt klar erkannt worden, das wird eine vernünftige Regierung auch künftighin das Einverständnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn suchen lassen. Diese beiden aber müssen, abgesehen von dem allgemeinen Interesse an der Ruhe im orientalischen Wetterwinkel und an der Begrabung des Streites zwischen Griechenland, Bulgarien und der Türkei, auch deshalb wünschen, Griechenland auf ihrer Seite zu haben, um dadurch ein Gegengewicht gegen Italien zu schaffen und um ihre eigene Seestellung im östlichen Teile des mittelländischen Meeres zu stärken

VIII.

Der Friede mit Italien.

Italien war, trotz seiner Interessengegensätze gegen Österreich, im Jahre 1882 dem zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bestehenden Bunde beigetreten und hatte mit ihnen den Dreibund geschlossen, weil es sich von Frankreich übervorteilt glaubte und im Bunde einen Schutz und eine Stütze gegen dieses suchte. Aber es hatte sich schon seit längerer Zeit als unzuverlässiger Bundesgenosse gezeigt, war auf der Konferenz von Algeciras und überhaupt in der ganzen Marokkofrage mit England und Frankreich gegen uns gegangen, war Österreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel mehrfach entgegengetreten, hatte, wie der damalige Reichskanzler Fürst Bülow sich ausdrückte, Extratouren getanzt. Durch seinen Eroberungskrieg gegen die Türkei brachte es uns in eine höchst unangenehme Lage zwischen Bundesgenossen und Freund. Unser Auswärtiges Amt ist sich dieser Unzuverlässigkeit vollkommen bewußt gewesen; aber es schien ihm zweckmäßiger, den äußeren Schein zu wahren und Italien nicht durch einen Bruch ganz in die Arme der Feinde zu treiben; gerade vor dem Kriege ist der Dreibund sogar nochmals erneuert worden. Als er ausbrach, setzten in politischen Kreisen wohl wenige noch Hoffnung auf Italiens Bundestreue; aber man erwartete von ihm eine wohlwollende oder doch mindestens eine unparteiische Neutralität. Auch diese Hoffnung ist enttäuscht worden. Frankreich hat von vornherein genau gewußt, daß es von Italien nichts zu befürchten habe, und hat seine Truppen ohne Bedenken von der italienischen Grenze wegnehmen können, während Österreich-Ungarn an seiner italienischen Grenze Truppen aufstellen mußte. Bald ging Italien zur diplomatischen Offensive über, indem es von Österreich für die Bewahrung seiner Neu-

tralität weitgehende Gebietsabtretungen verlangte. Obgleich dieses große Zugeständnisse machte, erklärte Italien ihm Pfingsten 1915 den Krieg; Anfang September 1916 folgte die Kriegserklärung gegen uns.

Man muß sich klar darüber sein, was Italien eigentlich zu diesem Frontwechsel bestimmt hat. In der Hauptsache ist es die Wendung in unserem Verhältnisse zu England gewesen. Als der Dreibund geschlossen wurde, stand England, das mit uns in Freundschaft, mit Frankreich und Rußland dagegen auf gespanntem Fuße lebte, gleichsam Pate dabei. Es schützte Italiens Küsten und seine Interessen gegen Frankreich. Als es von uns abrückte und sich im Gegenteil mit Frankreich verbündete, entstand in der Tat eine Gefahr für Italien, weil wir kaum in der Lage waren, ihm im mittelländischen Meere genügenden Schutz zu gewähren; und als ihm nun gar die beiden Mächte Tripolis verlockend hinhielten, war es um seine Bundestreue geschehen. Es verzichtete auf seine eigentlich größten politischen Ziele, die auf seiner Westseite liegen, und wandte seine politische Angriffsfront gegen Norden und Osten, gegen seinen Bundesgenossen Österreich-Ungarn und die Türkei. Es verlangte von jenem Süd-Tirol, nicht nur das italienische Trentino, sondern ganz Süd-Tirol bis an den wasserscheidenden Kamm der Zentral-Alpen, es verlangte auch Triest und das ganze adriatische Küstenland von Dalmatien bis Albanien. Es will das adriatische Meer zu einem italienischen Binnenmeere machen. Es will auch an der Teilung der Türkei teilnehmen und nicht nur den von ihm besetzten sogenannten Dodekanes, d. h. die zwölf Inseln an der Südwestküste Kleinasiens, sondern auch einen großen Teil der Südküste Kleinasiens zugewiesen bekommen. Es will, und das ist wohl die Hauptsache, eine Schwächung Österreichs, weil es nur so glaubt, seinen Raub in Ruhe verzehren zu können. Darum hat es sich mit den sehr weitgehenden Zugeständnissen Österreichs nicht begnügt, sondern ist in den Krieg gegangen, in der Hoffnung, es rasch niederzuwerfen. Aber — das wolle man nicht ganz vergessen — nicht die Mehrheit des Volkes hat den Krieg gewollt, sondern eine Partei von Schreiern und eine bestochene

Presse, die die Regierung und das Parlament unter ihren Willen gebeugt haben.

Der Krieg hat Italien den erwarteten schnellen Erfolg nicht gebracht. An der Tiroler Front hatte es kaum irgendwelche Fortschritte gemacht; vergeblich hatte es sich abgemüht, die Höhen des Karstes zu stürmen. Gerade während ich diese Zeilen schreibe, bringt der deutsche Tagesbericht die Nachricht, daß deutsche Truppen im Verein mit den Österreichern die vordersten italienischen Stellungen gestürmt haben, und jetzt, da ich sie im Druck korrigiere, haben wir den Piave erreicht. Italien hält nur noch das wichtige Valona und das umgebende Stück von Albanien, die es schon in der Zeit der Neutralität in Besitz genommen hat. Und auch die wirtschaftliche Notlage ist groß, seit unsere Unterseeboote seine Versorgung auf dem Seewege immer mehr erschweren; denn Italien kann sich von seinem eigenen Boden nicht ernähren und hat auch nicht die Kohle, deren es für seine Industrie und seine Eisenbahnen bedarf.

Unser instinktives Gefühl gegen Italien ist das der sittlichen Empörung über seinen Treubruch, und noch stärker ist dieses Gefühl natürlich in Österreich-Ungarn, dem es in den Rücken gefallen ist, und das die Wirkungen des italienischen Treubruches viel unmittelbarer an seinem Leibe empfindet. Es ist daher begreiflich, daß man von irgendwelcher Versöhnung mit Italien nichts wissen will, sondern Verachtung und Meidung jeden Verkehrs predigt. Aber man muß sich fragen, ob es richtig ist, diesen Gefühlen ganz freien Lauf zu lassen, ob nicht vielmehr gerade Italien gegenüber der Grundsatz gelten muß, daß sich die Politik — und der Friedensschluß ist doch eine politische Handlung! — nicht von Gefühlen, sondern von der kühlen Abwägung der Interessen bestimmen lassen muß. Ist es zweckmäßig, wenn wir es auf die Dauer in die Arme unserer Feinde Frankreich und England treiben? Für einen etwaigen neuen Krieg macht es immerhin einen großen Unterschied aus, wie sich Italien verhalten würde; man braucht nur einmal zu überlegen, wie anders dieser Krieg verlaufen wäre, wenn es, seine Bundespflichten er-

füllend, an unserer Seite gefochten oder wenigstens die Neutralität bewahrt hätte. Und es ist auch durchaus nicht gleichgültig, wenn es sich politisch immer auf die Seite der anderen stellt, ihnen alles erleichtert, uns alles erschwert. Ich will nicht von dem idealen Gewinne sprechen, den wir aus italienischen Reisen schöpfen; aber wir entbehren Italien ungern als Absatzgebiet unserer Industrie, wir brauchen auch Genua als den ganz Südwest-Deutschland nächsten Hafen am mittelländischen Meere. Volle Aussöhnung wird schwer möglich sein; dazu ist die Volksstimmung mit Recht zu erregt. Aber eine gewisse Verständigung sollten wir beim Friedensschlusse anstreben, und vielleicht ist hier die Stelle, an der Österreich-Ungarn den von seinen Staatsmännern gepredigten Grundsatz der Versöhnungspolitik betätigen kann.

Die erste Frage ist das Trentino. Die Stimmung der Trientiner scheint geteilt zu sein. Obgleich sie Italiener sind, soll sich doch nur die städtische Bevölkerung nach Italien sehnen und der Irredentapolitik begeistert zugejubelt haben, während die Landbevölkerung, die ihre Erzeugnisse nach Österreich absetzt und bei der Vereinigung mit Italien wirtschaftlich geschädigt werden würde, bei jenem bleiben will. Aber auf die Wünsche der Bevölkerung des Gebietes selbst kommt es nicht in erster Linie an, sondern auf die Wünsche und Lebensinteressen der beiden Reiche. Italiens ganze Sehnsucht ist seit langem auf die Irredenta des Trentino, d. h. das „unerlöste" italienische Volksgebiet, gerichtet. Vor seiner Kriegserklärung hat es seine Ansprüche bis an den Kamm der Zentral-Alpen ausgedehnt, so daß auch die ganz deutschen und ladinischen Gebiete von Meran und Bozen und des Pustertales ihm zufallen würden. Es führt dafür die hydrographische Zugehörigkeit an; aber diese ist einer jener geographischen Gründe, die nicht von Geographen selbst, sondern nur von oberflächlichen Politikern ins Feld geführt werden. Auf die Wasserscheide kommt es nicht an; auch das Land südlich vom wasserscheidenden Kamme, das Gebiet der oberen Etsch und des Eisack und das Pustertal mit seinen Nebentälern, gehört seiner ganzen Natur nach zu Tirol und ist mit Nord-

Tirol immer völkisch und staatlich verbunden gewesen. Auf dieses Gebiet hat Italien nicht das geringste Recht. Dagegen kann man zweifelhaft sein, ob die österreichischen Geographen Recht haben, wenn sie auch das Gebiet von Trient mit seiner ausgesprochen südlichen Natur und seiner von der Südseite her eingewanderten italienischen Bevölkerung und Kultur als einen natürlichen Bestandteil Österreichs ansprechen und behaupten, daß die eigentlich natürliche Grenze erst durch die Talengen noch weiter gegen den Ausgang des Gebirges hinaus gebildet werde und daß Österreich jetzt seine Grenze bis hierhin vorschieben müsse. Der Schwede Kjellen hat dagegen den Einwand erhoben, daß es nicht darauf ankomme, eine Grenze zu finden, die für die eine Seite eine möglichst gute Verteidigungslinie ist, sondern eine Grenze, die den Streit möglichst aus der Welt schafft, daß also weniger militärische als vielmehr höhere politische Gesichtspunkte dafür in Betracht kämen. Ganz abgesehen von der völkischen Zugehörigkeit bedeutet der weite Vorsprung des Trientiner Gebietes für Italien eine Gefahr, und sie würde noch vergrößert, wenn die Grenze noch weiter gegen die Ebene vorgeschoben würde. Man wird zugeben müssen, daß hier ein Lebensinteresse Italiens vorliegt; Freundschaft zwischen den beiden Staaten wird es kaum geben, solange diese Sehnsucht Italiens unerfüllt bleibt. Zur Bewahrung seiner Neutralität ist Österreich ja auch bereit gewesen, ihm das Trentino abzutreten; jetzt, nach dem Verrat, den Italien begangen, nach der völligen Erfolglosigkeit seines Angriffes, nach seiner schweren Niederlage und dem Verluste halb Venetiens, nach der Waffenbrüderschaft der tapferen Süd-Tiroler mit den anderen Nationalitäten der Monarchie, wird es kaum mehr geneigt sein, dieses Opfer zu bringen. Es könnte daran jedenfalls nur denken, wenn Italien aufrichtig nicht nur auf das übrige Süd-Tirol, sondern auch auf Görz, Triest und Dalmatien, auf Valona und Albanien und auf alle aus früheren Verträgen hergeleiteten Ansprüche auf der Balkanhalbinsel verzichtete und Österreich-Ungarn hier ganz freie Hand ließe, wenn es seine Beziehungen zu Frankreich und England löste und uns wirtschaftliche Vorteile einräumte. Die Grenze dürfte

auch keinenfalls über die italienische Sprachgrenze hinausgehen und auch nicht bis auf Höhen hinaufreichen, von denen aus Bozen oder das Pustertal militärisch beherrscht werden können.

Triest darf unter keinen Umständen an Italien ausgeliefert werden. Die nationalen Ansprüche sind hier nur oberflächlich begründet; denn Triest selbst ist nur eine halb italienische Stadt, und unmittelbar dahinter beginnt slovenisches Volksgebiet. Sein Hafen ist aber — das ist die Hauptsache — für Österreich, das nur hier ans adriatische Meer hinanreicht, eine Lebensnotwendigkeit, während er für Italien keine Bedeutung hat und in italienischem Besitz, durch eine Zollgrenze gegen Österreich gesperrt, bald einen großen Teil seiner Bedeutung verlieren würde. Dasselbe gilt von ganz Dalmatien. Es war venetianischer Besitz, ist aber kein italienisches Land, sondern hat nur in den Städten eine italienische Oberschicht. Italiens Anspruch entspringt zum Teil aus Rücksichten der Verteidigung, weil es seine eigene hafenarme Ostküste von der dalmatinischen Küste aus bedroht fühlt, ist jedoch ebensosehr und mehr als eine Erweiterung seines politischen Einflusses und seines Wirtschaftsgebietes gedacht. Aber ein solcher Gedanke der Ausdehnung über das Meer gehört einer vergangenen Zeit an, in der das Meer als Träger des Verkehrs dem Lande überlegen war. Heute schließt sich das Festland staatlich zusammen, und das Meer ist Grenze. Österreich-Ungarn hat Bosnien hauptsächlich genommen, weil es das Hinterland Dalmatiens ist, und hat es durch Eisenbahnen und Straßen mit diesem verbunden. Italiens Anspruch ist wider die geographische Vernunft. Auch die italienische Besetzung von Valona und die Oberherrschaft über Albanien ist für Österreich-Ungarn, wie wir bei der Besprechung von dessen Lebensbedürfnissen gesehen haben, unerträglich, weil Italien von da das adriatische Meer beherrschen würde, es jederzeit absperren könnte und die Entwicklung seiner Seemacht ganz unterbände. Italien muß den Fuß, den es auf die Balkanhalbinsel gesetzt hat, wieder zurückziehen; das scheint mir das wichtigste Lebensinteresse Österreichs gegenüber Italien zu sein. Die Balkanpolitik, die Italien seit noch gar nicht so langer Zeit betreibt, und durch die es immer von neuem

in Gegensatz zu Österreich-Ungarn gekommen ist, ist unnatürlich und hat nur darin ihren Grund, daß es auf seiner Westseite, seiner wirklichen Frontseite, nicht gegen Frankreich anzugehen wagt.

Die Türkei wird von Italien verlangen müssen, daß es den Dodekanes, den es ja widerrechtlich besetzt hält, wieder räumt. Dagegen hat Tripolitanien für sie keinen wirklichen Wert und kann von ihr schwer verteidigt werden. Uns und Österreich-Ungarn könnte es allerdings ein Eingangstor in den Sudan sein. Aber an seinen Erwerb haben sich seiner Zeit so große, uns ganz übertrieben erscheinende nationale Hoffnungen der Italiener geknüpft, daß man vielleicht nicht daran tasten wird.

Unser Augenmerk muß darauf gerichtet sein, den Blick Italiens wieder auf das westliche Mittelmeer zu lenken, wohin es, wie Theobald Fischer gut auseinandergesetzt hat, durch seine ganze Natur hingewiesen wird, wo es viel größere Interessen als auf seiner Ostseite hat. Auf seiner Westseite sind Nizza und die Insel Corsica unerlöstes italienisches Land, das sein Freund Frankreich ihm vorenthält. Auf dieser Seite liegt auch Tunis, das alte Ziel seiner Sehnsucht, das ihm gleichfalls Frankreich weggeschnappt hat. Im Süden ist das wenigstens halb italienische Malta in den Händen Englands. Nur wenn Italien diese Gebiete, wenn es namentlich die Insel Corsica in eigenen Händen hat, kann es seine Westfront, an der seine reichsten Landschaften und seine größten Städte liegen, wirksam verteidigen und sich politisch von den westlichen Seemächten unabhängig machen.

Die Hauptsache für Italien ist die innere Fortbildung, die Herstellung gesunder wirtschaftlicher und sozialer Zustände. In den letzten Jahrzehnten, gerade in der Zeit der Freundschaft mit uns, waren bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden; aber es blieb noch viel zu tun übrig, und durch den Krieg ist viel, sehr viel wieder verloren gegangen. Manche Anzeichen weisen darauf hin, daß der Lauf der Dinge in Italien ähnlich wie in Rußland sein wird, daß es vielleicht am Rande einer Revolution steht. Möge sich auch an denen, die Italien zum Kriege verführt haben, das Gottesgericht voll-

ziehen! Mögen dann besonnenere Männer die Führung bekommen, die die wahren Interessen Italiens erkennen, die imperialistischen Träume fahren lassen und vielmehr alle Kraft an die innere Wiederherstellung und Fortbildung des Landes setzen und den politischen Anschluß nicht bei seinem politischen und wirtschaftlichen Nebenbuhler Frankreich, sondern bei Deutschland suchen, mit dem es sich wirtschaftlich und politisch ergänzt. Nur so kann sich Italien vor innerem Verfalle retten, nur so politische Selbständigkeit bewahren. Möge es bald zu dieser Einsicht kommen!

IX.

Der Friede mit Frankreich.

Während der Friede mit Rußland und ebenso der mit Italien und wohl auch der mit Japan aller Wahrscheinlichkeit nach zwar nicht in der Form, wohl aber in der Sache mehr oder weniger Sonderfrieden sein werden, ohne daß sich die anderen viel darum kümmern, wird das mit dem französischen Frieden nicht der Fall sein. Das Bündnis Frankreichs mit England ist ganz anders eng. Frankreich ist im Einverständnisse mit England in den Krieg gegangen, Frankreich und England haben den Landkrieg gemeinsam auf französischem Boden geführt, und voraussichtlich werden die beiden Mächte auch in der Zukunft auf einander angewiesen sein und zusammenhalten. Andererseits müssen auch wir mit der Gemeinschaft rechnen, wenn wir nicht zu Schaden kommen wollen: wir haben ein großes und wertvolles Stück französischen Landes in der Hand, während umgekehrt England mit Frankreich zusammen uns den größten Teil unserer Kolonien genommen und auch sonst überall auf der Erde unsere Rechte verletzt hat. Wir wissen noch nicht, in welchem Maße wir England direkt zur Rückgabe und zum Schadenersatze zwingen können; darum müssen wir Frankreich für unser Eigentum und die begangenen Rechtsverletzungen haftbar machen und ihm sein Land nur im Austausche wiedergeben. Wie es sich darüber mit England und auch mit den Vereinigten Staaten auseinandersetzt, ist nicht unsere, sondern seine Sache.

Die Gefühle des deutschen Volkes gegen Frankreich haben geschwankt und sind besonders am Anfange des Krieges geteilt gewesen. Bei den einen, namentlich bei den Alldeutschen, kamen nur Gefühle des Hasses zum Ausdruck; sie nahmen den Gedanken des saigner à blanc wieder auf, den Bismarck und Moltke gelegentlich als Drohung

ausgesprochen hatten, wollten Frankreich in diesem Kriege bis zum Verbluten schwächen. Dagegen erklärten andere, namentlich aus literarischen Kreisen, aus dem Gefühle der Dankbarkeit für die Kulturgüter, die wir von Frankreich empfangen haben, Frankreich für den edelsten unserer Gegner und bekundeten ihm gegenüber eine ziemlich weichmütige Gesinnung, die sich von dem Hasse gegen England und der Verachtung gegen Rußland wesentlich unterschied. Frankreich sei nicht, wie jene, aus egoistischen Motiven, Eroberungssucht oder Habgier, in den Krieg gegangen, sondern aus einem an sich edlen und anerkennenswerten Motive, nämlich aus dem Wunsche, die verlorene Tochter wiederzugewinnen und den verlorenen Ruhm wiederherzustellen. Wenn es sich nur entschlösse, einen endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen auszusprechen, so wäre eine Versöhnung und Freundschaft mit ihm wohl möglich; aber um das zu erreichen, müßten wir es natürlich im Frieden glimpflich behandeln und dürften ihm nichts zufügen, was seine Ehre berühre. Diese Stimmung gründete sich doch wohl auf eine falsche psychologische Einschätzung des französischen Volkes und dürfte im Verlaufe des Krieges, unter dem Eindrucke der geradezu sadistischen Grausamkeit, mit der die Franzosen vielfach unsere Gefangenen quälen, und gegenüber der Hartnäckigkeit, mit der sie sich auf Elsaß-Lothringen verbissen haben, ziemlich verflogen sein. Wir können doch nicht verkennen, daß Frankreich seit 1871 nichts gelernt und nichts vergessen hat, daß gerade Frankreich seit einem halben Jahrhundert unser unversöhnlicher Feind ist und den Kern des Bündnisses gebildet hat, durch das wir eingekreist und mit Krieg überzogen worden sind. Wir dürfen nicht dem Hasse die Zügel schießen lassen; auch wenn wir es könnten, müßte uns der Gedanke an eine Vernichtung des französischen Volkes fern liegen, weil das eine Barbarei wäre, aus der nur Unheil entspringen könnte; aber wir müssen gerade an den Frieden mit Frankreich ganz kühl hinangehen und uns darüber klar sein, daß wir auf eine Versöhnung mit ihm nach diesem Kriege ebensowenig wie nach dem vorigen Kriege rechnen dürfen, sondern daß es, wenn wir auch die Hoffnung auf Versöhnung nicht ganz aufgeben wollen, doch aller

Wahrscheinlichkeit nach unser Feind bleibt. Sein tragisches Verhängnis liegt ja gerade darin, daß es seine wirklichen Interessen dieser Feindschaft gegen uns opfert und sich an ihr immer mehr aufreibt.

Nach den Enthüllungen aus den Geheimverträgen der Entente waren Frankreich nicht nur das Elsaß und Lothringen, sondern auch das ganze linksrheinische Land weiter nördlich zugesagt worden; auch von englischer und amerikanischer Seite wird jetzt die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich ausdrücklich gefordert. Es ist beim Stande des Krieges eine naive Forderung; von Gebietsabtretungen eigenen Bodens kann nach unseren Siegen doch wohl nicht mehr die Rede sein. Die inneren Gründe, die dafür angeführt werden, sind hinfällig. Wenn man von „Desannexion" reden will, so ist unsere Eroberung der beiden Länder im siebziger Kriege eine Desannexion gewesen; denn beide sind Teile des alten Deutschen Reiches, die uns Frankreich geraubt hatte. Das Elsaß ist, mit Ausnahme einiger Vogesentäler, auch in seiner Bevölkerung ein ganz, Lothringen ein zum größeren Teile deutsches Land. Wenn die Franzosen wieder im Elsaß säßen, so würde ganz Süddeutschland, nur durch den Rhein getrennt, offen vor ihnen ausgebreitet sein. Hier liegt die natürliche Grenze sicher nicht im Rhein, sondern in den Vogesen: beim Rhein als Grenze könnte es nie zum Frieden kommen. Lothringen füllt den Winkel zwischen dem Mosellande und der Rheinpfalz aus, und der Besitz von Metz und der von Straßburg dahin führenden Eisenbahn sind zur Abwehr eines französischen Einfalles so wichtig, daß ihre Preisgabe, wie unsere Heerführer damals ausdrücklich erklärt haben, unsere militärische Sicherheit schwer beeinträchtigen würde. Für Frankreich dagegen hat Metz nur als Ausfallstor, nicht als Stütze der Verteidigung Bedeutung, da es dahinter die feste Maaslinie hat. Die Gesinnung der Elsässer und der Lothringer ist bis zum Kriege, wohl durch Ungeschicklichkeit der deutschen Politik, noch nicht so gewesen, wie wir es hätten wünschen mögen; aber auch sie haben sich entschieden gegen eine Rückgabe an Frankreich erklärt.

Abgesehen von einem Stücke flämischen Volksgebietes bei Dünkirchen, das auch seiner Natur nach eigentlich zu Flandern gehört,

schließt das heutige Frankreich kein germanisches Volksgebiet ein; nationale Motive kommen daher bei dem Frieden mit ihm nicht in Betracht. Auf den Zubehör zum alten Deutschen Reiche allein können wir Gebietsansprüche nicht begründen; denn das war in einer Zeit, in der nationale Motive noch keine Rolle spielten. Eroberung um Gewinnung fremden Landes und seiner Naturschätze willen liegt uns fern. Wünsche auf Vorschiebung der Grenze sind teils aus militärischen Gründen der Sicherheit des Reiches, teils aus einem wirtschaftspolitischen Motiv ausgesprochen worden, das aber seine Kraft wiederum aus Rücksichten auf die Landesverteidigung schöpft

Wir haben im Frankfurter Frieden leider auf Belfort, das unsere Truppen genommen hatten, verzichtet. Das hat sich jetzt gerächt; denn von dieser Ausfallspforte aus sind die Franzosen weit ins Elsaß eingedrungen, und es wurde deshalb im Anfange des Krieges allgemein der Wunsch geäußert, daß wir im Frieden unsere Grenze hier durch die Besetzung von Belfort sichern möchten. Es liegt geographisch neutral zwischen deutschem und französischem Lande; die Bevölkerung ist allerdings französisch. Daran schloß sich der Wunsch, die Grenze vom Kamme der Vogesen, den die Franzosen vom sanften Westabhang her viel leichter als wir erklimmen können, auf diesen vorzuschieben; aber man kann nicht leugnen, daß das eine Machtgrenze wäre, die zu Mißhelligkeiten Anlaß geben würde. Sowohl Belfort wie Kamm und Westabhang der Süd-Vogesen sind militärisch noch heute in französischen Händen, und wir können daher hier kaum Forderungen stellen. Weiter nördlich scheinen keine strategischen Interessen im engeren Sinne auf Erweiterung der Grenze zu drängen.

Wohl aber sind hier unsere Augen auf ein wirtschaftlich sehr wertvolles Gebiet gerichtet, das von sehr großer mittelbarer Bedeutung für die Verteidigung Deutschlands ist: das ist das Eisenerzgebiet von Briey und Longwy. Gerade auf der Grenze des Deutschen Reiches und Frankreichs, auch Luxemburg einbegreifend, liegt eines der reichsten Eisenerzgebiete der Erde, das Gebiet der lothringischen Minette. Der deutsche Anteil daran ist im Frankfurter Frieden ans

Deutsche Reich gefallen, aber mehr zufällig, weil man das Gebiet als Glacis von Metz brauchte, als daß man gerade auf diese Eisenerzlagerstätten großen Wert gelegt hätte; denn da die Minette phosphorhaltig ist, konnte sie bei dem damaligen Stande der Technik nicht verhüttet werden. Erst einige Jahre später gelang dies durch das neu erfundene Thomas-Gilchrist-Verfahren, und nun ging man bald an die Ausbeutung dieser Erzlagerstätten. Es zeigte sich auch erst im Laufe der Zeit, wie weit sie sich, allerdings in größerer Tiefe, noch in französisches Gebiet hinein erstrecken, so daß sie hier vielleicht sogar viel ausgedehnter und auch in der Beschaffenheit besser als auf deutschem Gebiete sind. Ein Teil der Gruben kam in deutschen Privatbesitz, und ein ziemlich großer Teil der Förderung wurde auch nach Deutschland verfrachtet und dort verhüttet. Dieses französische Erz war eine wesentliche Grundlage unserer Eisenindustrie. Beim Ausbruche des Krieges wurden die Eisenerzgebiete sofort von uns besetzt, und sie haben uns im Kriege sehr gute Dienste geleistet. Nach dem übereinstimmenden Urteile der Sachverständigen wären wir ohne sie nicht im Stande gewesen, die nötige Munition herzustellen. Wenn wir sie jetzt den Franzosen zurückgeben, so ist es sehr fraglich, ob ein irgendwie beträchtlicher Teil der Förderung wieder uns zufließt, und im Falle eines neuen Krieges würden wir keinenfalls damit rechnen können. Gerade auf der Grenze gelegen, würde dieses wertvolle Erzgebiet wahrscheinlich der Schauplatz besonders heftiger Kämpfe sein und ganz ruiniert werden. Gerade an dieser Stelle würden durch einen grundsätzlichen glatten Verzicht auf jede Eroberung unsere militärischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen geschädigt werden. In der Bergbaubevölkerung waren schon vor dem Kriege viele Ausländer, und jetzt sind überhaupt nur noch geringe Reste von ihr vorhanden. Die nationale Frage würde also keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Vielleicht kann Frankreich an einer anderen Stelle ein Ersatz gewährt werden.

Frankreich gegenüber liegt auch der Gedanke an die Forderung kolonialer Abtretungen nahe, weil es vor dem Kriege nach Kräften bemüht gewesen ist, unsere koloniale Entfaltung zu hemmen, und

weil es sich dann im Kriege an der Eroberung und Plünderung unserer Kolonien Togo und Kamerun beteiligt und seine Kolonien als ein starkes Kampfmittel gegen uns gebraucht hat. Schon am Beginne des Krieges hatte sich unser Reichskanzler dem englischen Ansinnen gegenüber geweigert, die Unverletzlichkeit des französischen Kolonialreiches zu versprechen, und jetzt ist es wohl ein ziemlich allgemeiner Wunsch, hier eine Entschädigung und einen Ausgleich zu suchen. Was wir fordern wollen, muß vom Standpunkte unserer Interessen aus bestimmt werden.

Das namentlich militärisch wichtigste französische Kolonialgebiet ist jedenfalls das nordafrikanische, zu dem kürzlich auch Marokko hinzugekommen ist. Als wir mit Frankreich wegen seiner rücksichtslosen Besitznahme von Marokko im Streite lagen, verlangten die Alldeutschen Marokko für uns, und namentlich nach dem Erscheinen des „Panther" vor Agadir glaubte man vielfach, daß auch unsere Regierung Absichten auf den Besitz von Marokko hätte. Das ist sicher nicht der Fall gewesen; der Schritt, über dessen Geschicklichkeit man verschiedener Meinung sein kann, sollte nur einen diplomatischen Druck auf Frankreich ausüben, unseren Widerspruch gegen unsere Ausschließung kräftig geltend machen, nicht aber einen eigenen Gebietsanspruch begründen; höchstens hat man an Agadir selbst als Flottenstützpunkt gedacht. Auch jetzt erheben sich, wenn auch nur in geringer Zahl, Stimmen, die Marokko verlangen. Aber auch jetzt wäre es ein bedenklicher Erwerb. Wenn früher manchmal gesagt worden ist, daß Marokko für Frankreich mehr eine Quelle der Schwäche als der Kraft sein würde, so gilt das allerdings nur für die nächste Zeit; später wird Frankreich daraus ebensogut wie aus Algerien und Tunesien wirtschaftliche und militärische Kraft ziehen können. Sein Verlust würde für es eine Schwächung bedeuten und wäre daher, solange wir Frankreich als Gegner betrachten müssen, mittelbar ein Vorteil für uns. Es würde uns auch wirtschaftlich für die Versorgung mit Rohstoffen und für den Absatz deutscher Fabrikate große Vorteile bieten. Aber die Gegengründe sind wohl stärker. Unsere Interessen und Rechte an Marokko sind immer geringer als die Frankreichs

und Englands gewesen und konnten wohl unseren Einspruch gegen die französische Besitznahme, nicht aber einen Anspruch auf eigene Besitznahme rechtfertigen. Nachdem wir damals unsere Ansprüche auf Marokko aufgegeben haben, würde ihre Erneuerung jetzt, trotz der französischen Rechtsverletzungen, nicht nur von den Franzosen, sondern auch von den anderen als reine Eroberungspolitik betrachtet und verurteilt werden. Die Besitznahme eines mohammedanischen Landes widerspräche auch unserer ganzen Islampolitik. Der Gedanke an deutsche Bauernansiedlung in Marokko ist nicht nur aus klimatischen, sondern auch aus politischen Gründen eine Utopie, weil sie uns in Konflikt mit den Eingeborenen brächte. Und schließlich die Hauptsache: unsere militärische Position wäre zu ungünstig; denn bei der viel größeren Nähe Frankreichs und der unmittelbaren Nachbarschaft der französischen Kolonie Algerien würden wir kaum in der Lage sein, Marokko gegen einen französischen Angriff zu halten. Wir werden daher kaum gut tun, über die damaligen Abmachungen hinauszugehen und Marokko für uns zu fordern; wir müssen uns von Frankreich die loyale Erfüllung seiner damals eingegangenen Verpflichtungen zusagen lassen oder, da solche Verpflichtungen oder Servituten leicht zu Konflikten führen, sie wohl gegen einen sicheren Besitz an anderer Stelle austauschen. Unsere koloniale Entschädigung werden wir, wie mir scheint, lieber an anderer Stelle suchen.

Auch mehrere andere französische Kolonien müssen wohl von vornherein aus unseren Plänen ausgeschaltet werden. Indo-China, schon an sich ein schwieriges Gebiet, würde uns in viel zu nahe Berührung mit Japan und auch mit den Vereinigten Staaten bringen, der wir uns jetzt nicht aussetzen können. Aus ähnlichen Gründen, die im einzelnen nicht entwickelt zu werden brauchen, werden wir auch an die französischen Inseln der australischen Inselwelt oder an Guayana und wohl auch an Madagaskar und Reunion kaum denken, weil wir uns durch sie zu sehr zersplittern würden, ohne entsprechende Vorteile zu gewinnen. Ein sehr wertvoller Besitz wäre die französische Somaliküste mit Dschibuti, das ein Gegengewicht gegen Aden gewähren würde und auch berufen erscheint, das

Haupteingangstor nach Abessinien zu werden; aber gerade diesem Erwerb würde sich wohl England mit allen Kräften widersetzen, und er wäre schwer zu verteidigen. In Betracht kommen hauptsächlich die französischen Besitzungen im tropischen Afrika. Senegambien und der West-Sudan liegen vielleicht noch zu sehr in der Nachbarschaft von Marokko und Algier und sind auch zu alter französischer Besitz, als daß sie für uns ein sicherer Erwerb wären; aber auf die an Kamerun anstoßenden Landschaften des mittleren Sudans und des französischen Kongolandes und wohl auch auf die französischen Besitzungen in Ober-Guinea erstreckt sich dieses Bedenken nicht. Frankreich hat hier selbst koloniale Eroberungen geplant und muß es sich nun gefallen lassen, daß der Spieß umgekehrt wird. Und das mit größerem Rechte! Wir brauchen mehr Kolonien, als wir besitzen; Frankreich dagegen hat mehr Kolonien, als es wirtschaftlich ausnützen und in der Kultur so voranbringen kann, wie es im allgemeinen Interesse liegt. Seine Kolonien sind ihm in erster Linie Lieferanten von schwarzen Soldaten, die es gegen uns ins Feld schickt; das haben wir ein sittliches Recht, zu verhindern.

Eine wichtige, Frankreich aufzuerlegende Friedensbedingung wird sein, daß es uns weder im Heimatlande noch in seinen Kolonien wirtschaftlich schlechter als andere Staaten, namentlich als England und die Vereinigten Staaten, stellen darf; denn den gegen uns geplanten Wirtschaftskrieg nach dem Kriege können wir uns nicht gefallen lassen. Von Frankreich sollten wir womöglich auch eine Kriegsentschädigung verlangen und durchsetzen; denn es hat doch seit langem den Krieg gerade durch sein Geld vorbereitet: nahezu zwanzig Milliarden hat es Rußland geliehen, damit es seine strategischen Eisenbahnen ausbaute und sein Heer in Stand setzte. Wir müssen verhindern, daß es gleich nach dem Friedensschlusse von neuem mit dieser Art Kriegsvorbereitung beginnt.

Noch verkündet das offizielle Frankreich mit lauter Stimme seinen Sieg, und wenn es nun auch wohl seine noch weiter gehenden Kriegsziele aufgegeben hat, so hält es doch an der Forderung Elsaß-Lothringens fest. Nur eine vollkommene Niederlage könnte uns dazu

zwingen, ihm dieses zum größten Teile deutsche Land, dessen wir zum Schutze der dahinter liegenden Landschaften bedürfen, preiszugeben oder es auch in einen Pufferstaat verwandeln zu lassen. Das würde das ganze deutsche Volk als eine Schmach empfinden; dagegen würde es sich bis zum äußersten wehren. Der Stand des Krieges gibt uns keinen Anlaß, daran überhaupt zu denken. Wir werden siegreich aus dem Kampfe mit Frankreich hervorgehen; wir brauchen nur hiermit zu rechnen, nur diesen Ausgang in Erwägung zu ziehen.

Können wir nicht darauf verzichten, von Frankreich Sicherungen und Entschädigungen zu fordern, so können und wollen wir darin doch nicht weiter gehen, als es für uns eine Lebensnotwendigkeit ist. Wir können und wollen Frankreich nicht zerschmettern. Ja, wir erkennen trotz allem, was es uns angetan hat, die Tragik an, die darin liegt, daß dieses schöne Land so furchtbar gelitten hat, daß dieses einst so stolze Volk, das der Menschheit so viel geschenkt hat, gebrochen aus dem Kriege hervorgehen wird. Freilich waren die Franzosen schon vorher ein absteigendes Volk, das an dem Fluge der modernen Entwicklung nicht mehr vollen Anteil nahm, das in seiner Menschenzahl stehen blieb, ja zurückging; der tiefste Gedanke des Krieges ist wohl gewesen, diesem Niedergange Einhalt zu tun. Aber er hat, wie so oft, im Gegenteil diesen Niedergang besiegelt und beschleunigt: die furchtbaren Verluste an Menschen und an Kapital, die jetzt jedes europäische Volk erleidet, werden kaum einem anderen so tiefe Wunden schlagen wie dem französischen.

X.

Der Friede mit Belgien.

Das belgische Problem, d. h. die Bestimmung des Schicksals von Belgien, ist das schwerste und umstrittenste von allen. Man kann sagen, daß sich der Streit zwischen den Anhängern eines Verzichtfriedens und eines Eroberungsfriedens hauptsächlich auf Belgien bezieht. Wir haben am Beginne des Krieges aus strategischen Gründen zu unserem eigenen großen Leidwesen die von uns verbürgte Neutralität Belgiens verletzen müssen, das sich innerlich allerdings längst auf die Seite unserer Feinde gestellt hatte und nur den geeigneten Augenblick abwartete, um es auch offen zu tun. Unsere wiederholte Bitte, uns gegen das feste Versprechen unversehrter Wiederherstellung und vollen Schadenersatzes freien Durchzug zu gewähren, wurde von Belgien mit gut gespielter Entrüstung abgelehnt. Nachdem wir dann die belgische Armee geschlagen und den größten Teil des Landes, mit Ausnahme eines kleinen Stückes an der flandrischen Küste, besetzt hatten, haben sich viele und laute Stimmen erhoben, die die dauernde Einverleibung Belgiens in das Deutsche Reich oder doch Unterwerfung unter deutsche Aufsicht und deutsche Herrschaft verlangen, um auch für die Zukunft einen französischen und englischen Einfall durch Belgien unmöglich zu machen und uns die Vorteile zu sichern, die wir in diesem Kriege aus unserem Durchmarsch und aus der Besetzung Belgiens gezogen haben, und um auch im Frieden dessen Wirtschaftskraft auf unserer Seite zu haben. Ihnen gegenüber warnen andere, ebenfalls sehr zahlreiche Stimmen vor der Eroberung Belgiens und dem darin bestehenden Unrecht. Noch stehen die Meinungen einander schroff gegenüber; darum müssen wir die Gründe und Gegengründe besonders ernstlich prüfen, um uns ein Urteil zu bilden, und wir müssen uns hier noch

mehr als sonst vor starken Schlagworten und auch vor jener unleidlichen Sucht hüten, dem Vertreter der anderen Meinung unlautere Motive unterzuschieben.

Der erste Grund für die Einverleibung oder Unterwerfung Belgiens ist die Rücksicht auf unseren militärischen Schutz. Das ist, wenn er richtig ist, natürlich ein sehr schwerwiegender Grund, da er sich ja auf unsere allererste Lebensnotwendigkeit, die Sicherheit unseres Reichskörpers, bezieht. Wenn Belgien auch in einem späteren Kriege wieder auf der Seite unserer Feinde stände, so würde es sich voraussichtlich vor einer Überrumpelung von unserer Seite vorsehen; im Gegenteil würden die Engländer und Franzosen ihre Truppen sofort bis an unsere Grenze vorschieben. Nur wenig von der Grenze entfernt liegt die starke Festung Lüttich, die ein furchtbares Ausfallstor gegen uns bildet. Von hier aus könnten feindliche Truppen leicht, ähnlich wie es in diesem Kriege die französischen Truppen von Belfort aus getan haben, in deutsches Gebiet eindringen, und das wäre besonders gefährlich, weil sie schon nach wenigen Schritten in unser durch die Festung Köln nur zum Teil gedecktes rheinisch-westfälisches Bergbau- und Industriegebiet kämen, das nicht nur einen sehr wesentlichen Teil unserer wirtschaftlichen Kraft und unseres nationalen Reichtums, sondern auch unserer militärischen Verteidigungsfähigkeit ausmacht. Wenn es in diesem Kriege von den Feinden erobert worden wäre, so wäre bei der Unmöglichkeit, uns aus der übrigen Welt zu versorgen, unsere wirtschaftliche Widerstandskraft gebrochen worden. Gegen diese Gefahr müssen wir uns in Zukunft schützen. Der Alt-Reichskanzler hat deutlich erklärt, daß Belgien nicht zum Einfallstore Englands werden dürfe, und daran muß jede deutsche Regierung unverbrüchlich festhalten. Durch Befestigungsanlagen auf deutscher Seite können wir kaum einen feindlichen Angriff erfolgreich abwehren, weil Städte wie Aachen und Eupen unmittelbar an der Grenze liegen; hier muß eine Änderung eintreten. Aber wenn man darum gefordert hat, daß wir ganz Belgien behalten und gleichsam als ein Festungsglacis ausbauen müßten, so ist das doch wohl eine sehr weite Anwendung des Verteidigungsrechtes. Etwas anderes

wäre es mit der Besetzung von Lüttich, das den schmalen und verkehrsgeographisch so wichtigen Durchgang zwischen der holländischen Grenze und den Ardennen beherrscht. In unserem Besitze würde es den Feinden den Zugang in das Deutsche Reich in ähnlicher Weise erschweren, wie Belfort uns den Zugang zu Frankreich durch die burgundische Pforte erschwert. Daß die Bevölkerung besonders unangenehm ist, dürfte uns nicht hindern. Falls wir Lüttich nicht besetzen, müssen wir jedenfalls auf Entfestigung und Entwaffnung ganz Belgiens bestehen.

Der zweite Grund für die Angliederung Belgiens ist der marinestrategische Wert der flandrischen Küste. Auch das ist zum Teil ein Gedanke der Verteidigung, nämlich gegen eine englische Landung. Belgien wird von England seit langem als ein Brückenkopf auf dem Kontinente betrachtet und ist gerade darum, vornehmlich auf englischen Antrieb, zu einem selbständigen Staatsgebilde gemacht worden. Aber das geschah nicht im Gegensatze gegen Deutschland, sondern gegen Frankreich. Es war für England wichtig, ein Gebiet zu haben, wo es seine Truppen bequem landen und den französischen entgegenstellen konnte. Deutschland gegenüber hat Belgien diese Bedeutung viel weniger, da England seine Truppen jederzeit an der Küste seines französischen Bundesgenossen landen kann und vielleicht schon binnen kurzem einen Tunnel unter dem Kanal zur Verfügung haben wird, der England, wenn es das wünscht, zu einem Stücke des Kontinentes macht. Freilich ist es dabei, selbst wenn es Calais behalten sollte, wie ihm oft untergeschoben wird, auf Frankreich angewiesen; aber ohne Frankreich kann es überhaupt keinen Kontinentalkrieg gegen Deutschland führen. Belgien hat für England daher jetzt weniger den Wert einer Angriffsstellung als einer Verteidigungsstellung gegen Deutschland.

Die Bedeutung der flandrischen Küste für uns wird heute nicht nur in der Abwehr englischer Angriffe, sondern auch in der Möglichkeit gesehen, daß wir von hier aus England angreifen. Die flandrischen Häfen sind schon in diesem Kriege, obgleich wenig ausgebaut, wichtige Ausgangspunkte unserer Torpedo- und Unterseeboote und unserer

Flieger, die von hier aus in wenigen Stunden sowohl an die Themsemündung wie an den Eingang des Kanals gelangen können. Die immer wiederholten englischen Offensiven in Flandern, die die Zerstörung unserer Unterseebootsbasis zum ausgesprochenen Zwecke haben, beweisen, wie unangenehm diese den Engländern ist. Dieselbe Bedeutung würde die flandrische Küste in einem künftigen Kriege haben. Ob sie darüber hinaus auch eine große Flottenbasis werden kann, ob die ungünstigen Küstenverhältnisse, die ja zum Niedergange Brügges und zur Verödung dieser Küste geführt haben, überhaupt die Anlage eines großen Kriegshafens hier erlauben, und ob ein solcher unmittelbar der englischen Küste gegenüber militärisch möglich ist, wird von den Fachleuten verschieden beurteilt. Über das Maß der eigentlich militärischen Bedeutung ist man sich also nicht einig. Selbstverständlich würde ein deutscher Kriegshafen hier die militärische Besetzung ganz Belgiens oder wenigstens Flanderns zur Voraussetzung haben, weil er sonst von der Landseite her genommen werden könnte. Die Forderung der flandrischen Küste fällt demnach mit der Forderung der militärischen Angliederung des Hinterlandes zusammen.

Die Hauptfrage ist, welche Bedeutung die flandrische Küste für unsere Freiheit der Seeschiffahrt hat. Eine starke und laute Partei sieht in ihrem Besitze die einzige Möglichkeit, die Freiheit der Meere zu gewinnen, und ist darum bereit, alles daran zu setzen und ihm zuliebe auf vieles an sich wertvolle, z. B. auf unseren Kolonialbesitz, zu verzichten. Aber wenn sie sagen, daß der Besitz der flandrischen Küste den Kanal und damit den Zugang zum atlantischen Ozean öffne, so ist das zum mindesten ein ungenauer Ausdruck, durch den viel Verwirrung angerichtet worden ist. Nur einzelne Schiffe könnten von hier aus eine englische Blockade vielleicht durchbrechen; die regelmäßige Schiffahrt durch den langen Kanal zwischen der englischen und der französischen Küste, wo in jedem Hafen Kriegsschiffe lauern können, wäre nach wie vor unmöglich; unsere Handelsschiffe könnten nicht daran denken, diesen Weg zu nehmen. Was die Vertreter jener Ansicht in Wahrheit sagen wollen, ist, daß bei unserer

verbesserten seestrategischen Stellung England die Beherrschung der Nordsee nicht mehr aufrechterhalten könne und sich unter dem Drucke der für seine eigenen Küsten bestehenden Gefahr viel eher zur Nachgiebigkeit entschließen werde. Der politische Gedanke der Verteidigung unseres Rechtes auf das Meer würde also durch den Erwerb einer militärischen Angriffsstellung verwirklicht werden. Da diese aber natürlich auch zu politischen Angriffen mißbraucht werden könnte, begreift sich der unbedingte Widerstand, den England unserer Besitznahme der flandrischen Küste entgegensetzt.

Drittens wird die Angliederung Belgiens aus zwei wirtschaftlichen Gründen gefordert.

Antwerpen, einer der schönsten Häfen der Welt, ist der wichtigste Ausfuhrhafen für unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet. Ein großer Teil der deutschen Ausfuhr und auch ein Teil der Einfuhr haben ihren Weg bis zum Kriege über Antwerpen genommen, und ein großer Teil von dessen Handel hat sich in deutschen Händen befunden. Wenn nach dem Kriege wieder ein selbständiges Belgien erstände, das dann sehr deutschfeindlich sein würde, so wäre es, fürchtet man, um diese Handelsbeziehungen geschehen und der deutsche Handel in Antwerpen dem Untergange geweiht. Rotterdam, das auf dem Wasserwege eine viel bessere Verbindung mit dem Rheinlande als Antwerpen hat und ihm daher im Verkehr mit Massengütern, also in der Einfuhr, den Rang abläuft, könnte vielleicht einen gewissen Ersatz für Antwerpen bieten; aber dieses scheint, nach den Ausführungen von Schumacher und anderen, in der Tat für den Handel mit Stückgütern und die Ausfuhr so große, hier nicht näher zu erörternder Vorzüge nicht nur vor Rotterdam, sondern auch vor Amsterdam und Bremen, ja selbst Hamburg zu besitzen, daß der Verlust Antwerpens für den deutschen Handel und die deutsche Industrie sehr nachteilig wäre. Auf den Einwand, daß Belgien sich ins eigene Fleisch schneiden würde, wenn es den deutschen Handel aus Antwerpen ausschlösse, wird, aber kaum mit Recht, erwidert, daß das seiner Industrie zu gute kommen würde. Man fürchtet auch, daß Antwerpen, statt ein Ausfallstor der deutschen, zukünftig

ein Einfallstor der englischen Industrie würde. Voraussagen sind heikel; aber ich kann mir nicht denken, daß eine noch so feindliche belgische Regierung die Interessen Antwerpens so sehr preisgeben würde, und glaube, daß in diesem Falle, wenn ein Lebensinteresse des deutschen Handels und der deutschen Industrie auf dem Spiele stände, die Nachteile Rotterdams überwunden werden können.

Belgien hat in der Gegend von Lüttich und in der Gegend von Charleroi reiche Kohlenlagerstätten, die seit langem ausgebeutet werden, und im Kempenlande südöstlich von Antwerpen ruhen, allerdings in sehr großer Tiefe, noch viel reichere Kohlenlagerstätten, die bisher nicht ausgebeutet werden, der modernen Technik aber zugänglich sind und nach dem Kriege wohl bald in Angriff genommen werden. Bei der großen wirtschaftlichen Macht, die der Besitz von Kohle verleiht, würde eine wirtschaftliche Vereinigung der belgischen Kohlenproduktion mit der deutschen große Vorteile haben; in diesem Kriege hat uns die belgische Kohle für unsere eigene Versorgung und die Versorgung der Neutralen gute Dienste geleistet. Ähnliches gilt von der belgischen Industrie. Auch sie hat uns in diesem Kriege unterstützt, und auch für unsere Friedenswirtschaft wäre es erwünscht, wenn jene auf dem Weltmarkte nicht mehr, wie es bisher meist der Fall gewesen ist, im Bunde mit der französischen gegen uns, sondern mit uns arbeitete. Das sind alles Motive von Bedeutung; aber sie reichen nicht aus, um eine imperialistische Politik der Eroberung zu begründen, wobei auch zu beachten ist, daß die Eroberung Belgiens die Ernährungsschwierigkeiten in einem künftigen Kriege steigern würde. Die Wirtschaftsprobleme des Friedens wird man versuchen müssen, auf dem Wege der Verständigung zu lösen. So wird man auch versuchen müssen, durch Verträge den unlauteren Wettbewerb zu beseitigen, den Belgien wegen der Vernachlässigung aller sozialen Fürsorge für seine Arbeiter auf dem Weltmarkte ausübt.

Neben den militärischen und wirtschaftlichen Motiven spricht bei den auf die Einverleibung oder Angliederung Belgiens gerichteten Wünschen auch ein nationales Motiv mit. Über die Hälfte der Bevölkerung besteht aus germanischen, ursprünglich niederdeutschen

Flamen, die von der französierten Regierung national bisher ganz unterdrückt worden sind. Sie haben ihre eigene Sprache und haben in früherer Zeit eine hohe Kultur gehabt, und schon vor dem Kriege war eine starke nationale Bewegung erwacht, um ihrer Sprache und Literatur wieder eine gleichberechtigte Stellung zu verschaffen. Wenn sie sich auch nicht als Deutsche betrachten, sondern uns, ähnlich wie viele Holländer, oft unfreundlich gegenüberstehen, empfinden wir doch die Pflicht, diesen germanischen Volksstamm vor dem nationalen Untergange zu bewahren. Ein kräftiger germanischer Volksstamm, so hoffen wir, wird auch ein Gegengewicht gegenüber den ganz französierten Wallonen bilden. Darum hat die deutsche Verwaltung schon während des Krieges eine Scheidung in zwei Verwaltungsgebiete vorgenommen, dem Flamenlande oder Flandern eine selbständige Verwaltung gegeben und die flämische Universität Gent eingerichtet. Auf der Aufrechterhaltung des flämischen Volkstums müssen wir im Friedensschlusse unter allen Umständen bestehen; aber die Forderung der Einverleibung werden wir auf Grund der nationalen Verwandtschaft kaum erheben können; sogar in den Flamen selbst würden wir wahrscheinlich unwillige Mitbürger bekommen.

Vom Standpunkte einer bedenkenlosen imperialistischen Politik sprechen viele Gründe für die Annexion Belgiens in der einen oder anderen Form, sei es als Einverleibung in das deutsche Reich, sei es als bloße Angliederung: der Schutz, den das als Glacis gedachte und ausgebaute Vorland unserem rheinisch-westfälischen Bergbau- und Industriegebiete gewähren würde, der von der flandrischen Küste ausgeübte starke politische Druck auf England, die Beherrschung des für unsere Ausfuhr und unsere Schiffahrt so wichtigen Hafens von Antwerpen, der Zusammenschluß mit der starken belgischen Industrie.

Aber diesen Vorteilen stehen große Bedenken gegenüber.

Erstens der Widerspruch der Belgier selbst, und zwar nicht nur der Wallonen, sondern, wie es scheint, auch der großen Mehrheit der Flamen. Die Annexion Belgiens, und zwar seine militärische, politische und wirtschaftliche Angliederung fast noch mehr als die Einverleibung ins deutsche Reich, wäre eine Vergewaltigung. Unter

Umständen können große Nationen vielleicht nicht anders handeln; aber jede Vergewaltigung der kleinen Nationalitäten erweckt schwere sittliche Bedenken und sollte vermieden werden, wenn es nur irgend geht.

Zweitens der Widerspruch Frankreichs und Englands. Jener entspringt allerdings aus Herrschsucht und entbehrt der inneren Notwendigkeit, verursacht also mehr eine äußere Schwierigkeit als ein Gewissensbedenken; Frankreich würde vielleicht einverstanden sein, sich mit uns in Belgien zu teilen, uns Flandern zu überlassen, wenn es selbst dafür Wallonien bekäme. Aber Englands Widerstand ist natürlich gerade gegen unsere Besitznahme Flanderns gerichtet. Obgleich es dieses zu einer Landung seiner Truppen nicht braucht, ja vielleicht selbst im Besitz der flandrischen Küste sie nicht dazu benützen würde, weil eine Landung weiter westlich sicherer ist, so würde es natürlich seine Truppen gern gleich bis an die deutsche Grenze vorschieben können, so wie es das ja schon für diesen Krieg geplant hatte, um von hier aus Deutschland zu bedrohen und zugleich einen Druck auf Holland auszuüben. Aber viel wichtiger ist ihm nach den Ereignissen dieses Krieges die Rücksicht auf seine eigene Verteidigung geworden. Unsere Operationen von der flandrischen Küste aus sind ihm höchst lästig, und es befürchtet von da für die Zukunft noch ernstere Angriffe. Wenn wir immer das von Napoleon auf Antwerpen gemünzte Wort wiederholen, daß der Besitz der flandrischen Küste eine auf die englische Brust gerichtete Pistole sei, so wird England das natürlich zu verhindern suchen. Keine andere Friedensforderung Deutschlands erschwert den Friedensschluß mit England so sehr wie diese. Falls der Besitz Flanderns wirklich das einzige Mittel ist, um England zu zwingen, daß es uns das Meer frei gibt, so müssen wir es anwenden, den Krieg fortsetzen, bis wir jenes bezwungen haben, und uns gegen seine dauernde Feindschaft wappnen. Aber ehe wir einen solchen Entschluß fassen, müssen wir die Richtigkeit der vorgebrachten Gründe auf das ernsteste prüfen und sehen, ob wir die Freiheit unserer Schiffahrt und unseres Handels nicht auch auf andere Weise erreichen können.

Sehr böses Blut würde die Besitznahme Belgiens wahrscheinlich in Holland machen, nicht nur weil es für sich selbst ein ähnliches Schicksal befürchten würde, sondern weil es auch, auf drei Seiten von uns umschlossen, dadurch seine politische Bewegungsfreiheit verlöre. Die Gegnerschaft Hollands, des Rheinmündungsstaates, des großen Kolonialreiches, kann uns aber nicht gleichgültig sein, auch wenn wir uns vor einem Einfalle Englands durch Holland nicht fürchten.

Keine andere Friedensforderung würde auch bei den Neutralen, auch bei solchen, die uns sonst wohl wollen, so große Mißstimmung erregen und dadurch unserer moralischen Stellung in der Welt so sehr schaden wie Belgiens Einverleibung oder Unterwerfung. Es ist ja ein Ausfluß politischer Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit, daß die meisten von ihnen die Notwendigkeit unseres Durchmarsches nicht eingesehen haben und sich nur an den formalen Rechtsbruch halten; aber damit müssen wir rechnen. Wenn wir jetzt Belgien behalten wollten, so würden sie an der Aufrichtigkeit unserer früheren Erklärungen zweifeln und uns Eroberungssucht vorwerfen. Nötigenfalls müssen wir ein solches Urteil und die daraus entspringende Entfremdung in den Kauf nehmen; aber wir dürfen das bißchen Freundschaft, das wir in der Welt noch haben, nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen. Ähnlich wie die Neutralen würden unsere eigene Pazifisten urteilen. Ob mit Recht oder Unrecht, Tatsache ist, daß die Sozialdemokratie und mit ihr viele andere gerade der Einverleibung oder Unterwerfung Belgiens auf das äußerste widerstreben, und daß der verhängnisvolle Streit der Parteien, neben den Fragen der inneren Politik, hauptsächlich über die belgische Frage entbrannt ist.

Vor einer Einverleibung Belgiens in das deutsche Reich scheut heute wohl die große Mehrheit des deutschen Volkes zurück. Wir wollen im Reiche nicht 8 Millionen unwilliger und feindlicher Mitbürger haben, die 60—80 protestierende Abgeordnete in den Reichstag schicken. Dieser Gedanke kann heute wohl als ausgeschlossen gelten. Aber auch eine mehr äußerpolitische, militärische und wirtschaftliche Angliederung, wie sie die Annexionisten verlangen, stößt auf große Bedenken. Ganz abgesehen davon, daß es für England,

Frankreich und auch Holland überhaupt kaum einen Unterschied macht, ob Belgien ein Teil des deutschen Reiches ist oder nicht, sobald es nur politisch und militärisch in unserer Hand ist, so ist für die Belgier selbst einfache Unterwerfung, die ihnen ihre höchsten politischen Rechte nimmt, noch demütigender und drückender als die Eingliederung in das deutsche Reich. Es wäre eine reine Betätigung unseres Machtwillens, ohne den Versuch der Versöhnung. Man muß sich fragen, ob eine solche Knebelung eines anderen Kulturvolkes unserer würdig ist. Nur wenn es um unser Leben geht, dürfen wir uns dazu entschließen.

Die große Frage ist, ob eine Form gefunden werden kann, bei der unser Leben gesichert ist und doch die Selbständigkeit Belgiens gewahrt bleibt. Die Wiederherstellung des früheren Zustandes ist kaum möglich. Die verbürgte Neutralität Belgiens ist nun einmal innerlich von ihm selbst, äußerlich von uns zerbrochen worden und kann nicht wiederhergestellt werden; in einem neuen Kriege würde sich keine Partei daran kehren. Aber auch die Wiederherstellung Belgiens in voller politischer, militärischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit und Handlungsfreiheit erscheint so gefährlich für uns, daß wir nur sehr schwer darein einwilligen könnten; denn so wie es jetzt denkt und fühlt, würde es sich ganz in den Dienst unserer Feinde stellen und beim ersten Trompetenstoß gegen uns losgehen. Ein abermaliger deutscher Durchmarsch wäre unmöglich; wohl aber könnten französische und englische Heere sofort ihren Angriff gegen eine unserer verwundbarsten Stellen richten. Auch schon im Frieden würde Belgien uns überall in den Weg treten und unsere Feinde unterstützen. Davor müssen wir uns bewahren.

Manche haben die beste Lösung in der staatlichen Trennung Flanderns, d. h. des Flamenlandes, von Wallonien gesucht, wobei die beiden Länder entweder selbständige Staaten bilden oder jenes mit dem deutschen Reiche oder Holland, dieses mit Frankreich vereinigt würde. Die belgische Gefahr für uns würde dadurch verringert, weil die Feindschaft gegen uns wohl nur von den Wallonen, nicht von den Flamen übernommen werden und das der Küste entrückte

Wallonien den Feinden nicht mehr dieselben Vorteile bieten würde. Aber wirkliche Vorteile würden auch wir kaum davon haben, weil Flandern in keiner unmittelbaren Verbindung mit dem deutschen Reiche steht, außer wenn dieses das in wallonischem Gebiete gelegene Lüttich behält. Bei der Schmalheit seiner Ausdehnung zwischen Meer und Wallonien könnte es leicht erdrückt werden. Die Eingliederung in das deutsche Reich oder die Vereinigung mit Holland, von dem sie sich ja wegen des religiösen Gegensatzes getrennt haben, würde auch kaum im Sinne der Flamen liegen. Daher scheint nur die Autonomie, d. h. die selbständige innere Verwaltung Flanderns innerhalb des Königreiches Belgien, in Betracht zu kommen, so wie sie jetzt von uns hergestellt worden ist.

Die annexionistischen Politiker pflegen ohne rechte Begründung die Behauptung aufzustellen, daß Belgien entweder in Abhängigkeit von Deutschland oder von England kommen werde; ein drittes gebe es nicht. Wenn das richtig ist, so ist die Entscheidung für uns natürlich gegeben: ein militärisch, politisch und wirtschaftlich von England abhängiges Belgien wäre für uns schwer zu ertragen. Wir müssen, wie der frühere Reichskanzler gesagt hat, reale Garantien dagegen haben, daß Belgien ein französisch-englischer Vasallenstaat wird, daß es gegen uns befestigt und bewaffnet wird, daß es ein Werkzeug in der Hand der beiden feindlichen Mächte wird. Aber sind denn wirklich nur die beiden Möglichkeiten vorhanden? Kann Belgien nicht als ein neutrales Land zwischen den beiden Machtgruppen liegen? Mit einer formellen Neutralität, bei der Belgien tatsächlich seine Befestigungen nur gegen uns baut und nur gegen uns rüstet, ist uns natürlich nicht gedient, und auf wirkliche Neutralität eines bewaffneten Belgiens können wir uns nicht verlassen. Aber kann hier nicht ein entfestigtes und entwaffnetes Land liegen, das keiner Partei militärischen Beistand leistet und auch keine wirtschaftlich bevorzugen darf? Und wenn in diesem Lande die Übermacht der französierten Wallonen gebrochen wird und die Flamen, die ihre Selbständigkeit und ihre Erhebung aus dem Staube uns verdanken, mit gleichem politischem Einflusse neben die Wallonen treten,

können wir dann nicht hoffen, daß dieser Staat, der doch unter den Folgen seiner Entscheidung vom 4. August 1914 genug gelitten hat, den ernsten Willen zur Neutralität hat? Wenn wir überlegen, daß nur eine solche Lösung uns jetzt den Frieden bringen und ihn später bewahren kann, so dürfen wir uns weder durch Habgier noch durch Ängstlichkeit von ihr abhalten lassen, sondern müssen den hochherzigen Entschluß fassen, Belgien seine Selbständigkeit und Freiheit zurückzugeben.

Wir haben allerdings keinen Grund, es zu räumen, ehe nicht auch unsere Feinde unsere Kolonien räumen. Das Schicksal Belgiens wird nicht in Verhandlungen mit der belgischen Regierung, sondern mit England, Frankreich und den Vereinigten Staaten entschieden werden.

In diese Friedensverhandlungen wird auch das Schicksal der belgischen Kongokolonie eingehen. Soll Belgien seine Unabhängigkeit durch die Abgabe der Kongokolonie erkaufen? Ich halte es nicht für unmöglich, daß England und Frankreich darein einwilligen würden, um unsere Aufmerksamkeit von ihren eigenen Kolonien abzulenken. Aber ich weiß nicht, ob wir gut täten, darauf einzugehen. Der Wert des Kongolandes für uns ist nicht so groß, daß wir es unbedingt haben müßten, zumal da England das wertvolle Katanga wahrscheinlich für sich herausnehmen würde; und die erzwungene Abtretung würde immer auf dem belgischen Volke lasten und es gegen uns kehren. Wir müssen dahin trachten, es auch innerlich von der Seite unserer Feinde abzudrängen. An England oder Frankreich darf das Kongoland natürlich nicht abgetreten werden. Auch das Vorkaufsrecht müssen wir uns an Stelle Frankreichs sichern, und wir müssen uns auch die Rechte einräumen lassen, deren wir zur Verbindung unserer Kolonien und zur freien Bewegung im tropischen Afrika bedürfen.

XI.

Der Friede mit England und Portugal.

Der Friedensschluß mit England ist der wichtigste und schwierigste von allen. Es ist zwar nicht, wie so oft gesagt worden ist, der Anstifter des Krieges gewesen, hat aber dann seine ganze Macht und Energie an ihn gesetzt und ist unser stärkster Gegner geworden. Englands Seeherrschaft und sein ungeheuerer politischer Einfluß hat viele andere Staaten, Portugal und der Hauptsache nach auch Italien, die Vereinigten Staaten und in gewissem Sinne Japan, ganz abgesehen von den kleineren Mitgängern, in den Krieg hineingezogen und hält sie wie auch die ursprünglichen Bundesgenossen in ihm fest. Es ist der Hauptträger der Blockade, durch die wir von der Welt abgesperrt sind, hat unsere Schiffahrt und unseren Handel draußen zerstört und unsere Kolonien erobert, schadet und verleumdet uns in der ganzen Welt, sucht uns, Gott sei Dank vergeblich, an Nahrungsmitteln und Rohstoffen auszuhungern. Aber auch im Landkriege leistet es viel mehr, als wir je gedacht hätten; wenn im Anfange des Krieges die zweihunderttausend Engländer neben der französischen Armee kaum in Betracht kamen, so liegt heute fast schon das Schwergewicht des Kampfes an der Westfront bei ihnen, ganz abgesehen von ihren nicht unbeträchtlichen militärischen Leistungen im Orient. England ist es, das unsere Feinde zusammenhält, sie stützt und zum Ausharren zwingt. Mit England müssen wir einen Frieden finden, um überhaupt dazu zu gelangen, während der Friede mit jedem anderen erst ein Teilfriede sein würde. In den Frieden mit England geht auch im einzelnen der Friede mit einem großen Teil unserer Feinde ein: England vertritt deren Ansprüche, und wir müssen umgekehrt die anderen mit für das haftbar machen, was uns England zugefügt hat.

1. Der Grund der Feindschaft und die Kriegsziele.

Auch hier wieder müssen wir zunächst nach dem Grunde der Feindschaft und dem Gegenstande des Streites, nach den Kriegszielen beider Parteien fragen, um uns über die Möglichkeiten des Friedens klar werden zu können. Auch zwischen uns und England lagen strittige Einzelfragen, namentlich über Kolonialbesitz und die Betätigung der beiden Völker im Orient. Aber diese Einzelfragen hätten beglichen werden können, wie sie schon früher des öfteren beglichen worden waren, und auch jetzt war eine Verständigung erzielt worden; der Vertrag lag, wie es heißt, zur Unterschrift bereit, als der Krieg ausbrach. Es muß also ein allgemeinerer Grund gewesen sein, der England in ihn hineingetrieben hat; denn die Auffassung, daß die Einkreisungspolitik und der Krieg nur ein Werk König Eduards und Greys seien, ist zu kindlich, als daß man sich bei ihr aufzuhalten brauchte. Wohl konnten im englischen Volke Zweifel bestehen und eine Reihe einsichtsvoller Männer gegen den Krieg sein, ebenso wie bei uns manche mit der im ganzen doch antienglischen Politik des Fürsten Bülow nicht einverstanden waren und auf eine Verständigung mit England hinarbeiteten. Aber daß große Lebensinteressen zwischen den beiden Völkern lagen, die eine Verständigung schwer machten und auf eine gewaltsame Auseinandersetzung drängten, darüber ist kein Zweifel möglich. Englands Weltherrschaft und unsere Weltstellung stehen einander im Wege. Das ist der eigentliche Grund für Englands Einkreisungspolitik und seinen Eintritt in den Krieg. Diese Größe des Gegensatzes muß man sich ganz klar machen, wenn man sich bei den Friedensverhandlungen nicht auf Nebensachen versteifen und die Hauptsache verfehlen will.

England hat vom Anfange des siebzehnten Jahrhunderts an zuerst mit Spanien, dann mit den Niederlanden und Frankreich um die Herrschaft zur See und über See gekämpft und hatte am Anfange des neunzehnten Jahrhunderts, in den Kriegen mit Napoleon, den vollen Sieg und eine auf seine Seeherrschaft gestützte Art von Weltherrschaft errungen. Damit verband sich auch eine wirtschaft-

liche Herrschaft: der weitaus größte Teil der Schiffe, die die Meere durchfurchten, trug die englische Flagge, überall saß sein Handel obenauf, seine Industrie hatte keinen ernstlichen Wettbewerb, sein Kapital arbeitete überall, von überallher strömten ihm die Schätze der Welt zu. Es sonnte sich in seinem Reichtum und seiner Macht. Wenn es Nebenbuhler fürchtete, so waren es Frankreich und in anderem Sinne Rußland, das sich in Asien ausbreitete und gegen Indien vordrang; Deutschland war wirtschaftlich unentwickelt, und politisch hielten sich Preußen und Österreich das Gleichgewicht; bald der eine, bald der andere waren Englands Bundesgenossen.

Zuerst nur langsam bahnte sich eine Veränderung an. Unter dem Einflusse der neuen Verkehrsmittel und Produktionsmethoden im Zeitalter des Dampfes entwickelten sich in den Hansestädten Schiffahrt und Handel und erwuchs im deutschen Binnenlande, auf die reichen Lagerstätten von Kohle und Eisen und das ältere Hausgewerbe gestützt, Industrie. Österreich-Ungarn wurde geschlagen und hinausgedrängt, Preußen und die kleineren mittel- und süddeutschen Staaten schlossen sich im norddeutschen Bunde und dann im Deutschen Reiche zusammen, das Frankreich gegenüber siegreich blieb. Und nun setzte, indem sich das Deutsche Reich schützend hinter die deutsche Volkswirtschaft stellte, jene gewaltige Entwicklung des deutschen Lebens ein, die wir staunend miterlebt haben: immer mehr und immer größere und schönere deutsche Schiffe fuhren auf allen Meeren, an allen Handelsplätzen der Erde setzte sich der deutsche Handel fest und trat mit dem englischen in Wettbewerb, auf allen Märkten erschienen die Erzeugnisse der deutschen Industrie und gewannen den englischen den Boden ab, in Afrika und in der Südsee gründeten wir, die bisher kolonielosen, wenn auch in bescheidenem Maße Kolonien. Und zum Schutze dieser riesigen, immer noch wachsenden Interessen zur See und über See wurde von der Jahrhundertwende ab eine Flotte gebaut, die hinter der englischen Flotte zurückblieb, aber die französische und russische weit überflügelte. Wir können uns nicht wundern, daß diese Entwicklung die Engländer erschreckte, ihnen den Atem beklemmte, daß sie anfingen, für ihre eigene

Macht und ihren Reichtum zu fürchten, daß sie auf Abwehr unseres Vordringens sannen. Solange wir eine ausgesprochene Kontinentalmacht waren, bewiesen sie uns Wohlwollen, weil wir ihnen als ein Bundesgenosse gegen Frankreich und Rußland erschienen; jetzt sahen sie uns mit Mißtrauen an und wandelten sich allmählich in Gegner um. Schon in den 80er Jahren entstanden Reibungen über unseren Kolonialerwerb, aber da Bismarck diesen in mäßigen Grenzen hielt, gewannen sie keine größere Bedeutung. In den 80er und 90er Jahren wurde auch der wirtschaftliche Gegensatz lebendig, der unter anderem zu dem bekannten Gesetze des Made in Germany führte. Aber es ist ein großer Irrtum, wenn das deutsche Volk noch heute immer nur an diesen Gegensatz denkt; er allein würde kaum den Krieg entfesselt haben. Das Entscheidende ist doch wohl der Bau der deutschen Flotte gewesen, aus dem England unseren festen Willen erkannte, das Gebäude unseres Weltverkehres und unserer Weltwirtschaft zu schützen; sollte die Flotte unserer Absicht nach nur zur Verteidigung dienen, so konnte England doch fürchten, daß sie auch einmal, etwa im Bunde mit anderen, zum Angriffe verwendet werden möchte. Seitdem erschien ihm Deutschland als ein gefährlicherer Gegner als Frankreich und Rußland. Seitdem vollzog sich die Schwenkung seiner Politik. Wohl hat es mehrere Male versucht, uns durch Freundschaftsangebote auf seine Seite zu ziehen; aber was es für unsere Freundschaft bot und andererseits für seine Freundschaft forderte (wahrscheinlich namentlich eine Einschränkung des deutschen Flottenbaus und entschiedene Wendung unserer Politik gegen Rußland) erschien dem damaligen Reichskanzler, Fürsten Bülow, als eine zu große Gefahr für die politische Selbständigkeit des Deutschen Reiches; er lehnte die englischen Anerbietungen ab. Nun wandte sich England, wo eben König Eduard den Thron bestiegen hatte, gegen uns, verbündete sich mit Frankreich und später auch mit Rußland und begann die Einkreisungspolitik, durch die es uns überall in der Welt zurückzudrängen und zu schwächen suchte. Man kann wohl nicht sagen, daß es den Krieg gewollt habe; wenn es uns ohne Krieg hätte niederhalten und zurückdrängen können, wäre es ihm lieber gewesen. Aber seine Politik

mußte einmal zum Kriege führen, weil wir uns diese Einkreisung auf die Dauer nicht gefallen lassen konnten. Mehrere Male hat die französisch-englische Marokkopolitik, ein anderes Mal die Balkanpolitik dicht an den Rand des Krieges geführt. Über diese ist jetzt der Weltkrieg entbrannt. Rußland war es, das ihn wollte, das zutappte, um Österreich-Ungarn niederzuschlagen und Konstantinopel zu erobern; aber es wagte das doch nur im festen Vertrauen auf Englands Hilfe. Ohne Zögern ist dieses in den Krieg eingetreten, in dem Gedanken, daß es dadurch mit geringen eigenen Opfern Deutschlands politische Macht brechen und seinen lästigen Wettbewerb und die Bedrohung durch seine Flotte beseitigen könne. Es mag dahingestellt bleiben, wie weit ihm die gleichzeitige Schwächung Rußlands und Frankreichs durch den Krieg erwünscht war; jedenfalls wollte es durch den Krieg seine Weltherrschaft nicht nur behaupten, sondern befestigen und erweitern.

Wir haben keine bestimmten Unterlagen, um die Kriegsziele Englands im einzelnen zu bestimmen; denn die englischen Staatsmänner haben mit großem Geschick immer die Kriegsziele ihrer Verbündeten in den Vordergrund gestellt, um sich den Anschein der Uneigennützigkeit zu geben; was unverantwortliche Stimmen fordern, kann nicht ohne weiteres als ernste Absicht der Regierung genommen werden. Immerhin kann man sich ein ungefähres Bild davon machen, was es uns im Falle eines Sieges angetan hätte. Die Hauptsache war ihm zweifellos die Zerstörung unserer Seemacht, weil es sie als eine Gefahr für seinen Besitz, ja für sein Leben empfindet; unsere jetzige Flotte hätte es zerstört oder weggeführt, den Bau neuer Schiffe durch eine Bestimmung des Friedensvertrages verhindert, Helgoland wieder besetzt, Schleswig-Holstein an Dänemark gegeben, um uns die Verfügung über den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu nehmen. Das zweite war ihm die Schwächung unserer Handelsschiffahrt, unseres Überseehandels und unserer Ausfuhrindustrie; vom Tage der Kriegserklärung an hat es in seinen Kolonien und überall, wo es Einfluß hatte, unseren Handel nicht nur lahm gelegt, sondern vernichtet; auf der Pariser Wirtschaftskonferenz hat es den nach dem

Kriege gegen uns zu führenden Wirtschaftskrieg durchgesetzt; wenn es gekonnt hätte, hätte es sicher unsere rheinisch-westfälischen Industrieanlagen zerstört; wahrscheinlich hätte es uns eine ungeheure Kriegsentschädigung auferlegt, um uns die baldige Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens unmöglich zu machen. Das Dritte war die Eroberung unserer Kolonien, die ihm in verschiedener Weise im Wege waren. Ein Teil dieser Gefahren erscheint heute von uns abgewandt: wir brauchen keinen Einfall des Feindes in unser Land, keinen Verlust deutschen Bodens, auch nicht die Zerstörung unserer Flotte zu fürchten. Aber ein anderer Teil besteht heute noch: unsere Kolonien sind in englischer Hand, der größte Teil unserer Schiffe und unserer Handelswerte draußen sind zerstört, und, was vielleicht das Schlimmste ist, aus dem Wirtschaftskriege drohen uns große Gefahren für unser Leben, wenn es uns in den Friedensverhandlungen nicht gelingt, diese Gefahr abzuwenden.

Hinter diesen Gedanken unserer Schädigung, hinter dem Wunsche, uns wieder klein zu machen und in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von sich zu bringen, stand und steht der Gedanke eigenen Wachstums. England fühlt sich immer noch nicht auf der Höhe, ist immer noch nicht gesättigt. Wie ihm die letzten Jahrzehnte in Ägypten, in Süd-Afrika und an anderen Stellen der Erde neuen Zuwachs zu seinem Reiche und neue Reichtumsquellen gebracht haben, so sollte auch der Weltkrieg das Reich vergrößern und festigen. Ein Teil der deutschen Kolonien und ein Teil der Türkei sollten ihm dazu dienen: die Besitznahme von Süd-Afrika sollte den lästigen Nachbarn dort aus der Welt schaffen, die von Ost-Afrika, Arabien und Mesopotamien, abgesehen von ihrem eigenen Werte, die ganze Umrandung des indischen Ozeans in britische Macht bringen.

Unser Krieg auch gegen England ist ein Verteidigungskrieg. Wir können uns die Stellung in der Welt, die wir in harter, friedlicher Arbeit errungen haben, von ihm nicht wieder nehmen lassen. Wir müssen auch weiter unsere Schiffe auf dem Meere fahren lassen und Seemacht haben, müssen eine Kolonialmacht bleiben, draußen Handel treiben, unsere Fabrikate absetzen, Nahrungsmittel und Rohstoffe

dafür einkaufen. Wir können es nicht zulassen, daß unser wirtschaftliches Leben durch rohe Gewalt geknickt wird. Aber wir können nun, da der Kampf einmal entbrannt ist, bei dieser Verteidigung im engsten Sinne nicht stehen bleiben, nicht mehr dulden, daß England uns bei jedem Schritte in der Welt hindernd entgegentritt und daß die ganze Welt ohne uns aufgeteilt wird. Wir haben auch, wie der Reiter über den Bodensee, erst jetzt während des Krieges klar erkannt, an welchem Abgrunde entlang wir immer gewandelt sind, weil wir unser Leben draußen nur wirtschaftlich aufgebaut und gegen die englische Übermacht nicht geschützt hatten. Diesen Schutz müssen wir jetzt gewinnen, den Bann, der auf uns liegt, brechen, dadurch daß wir Englands Übermacht zerstören.

Es ist hier nicht möglich, die Grundlagen und das Wesen von Englands Weltherrschaft eingehend zu besprechen.*) Sie ist keine einfache Erscheinung, sondern setzt sich aus verschiedenen Dingen zusammen, die für uns von verschiedener Bedeutung sind und je nachdem für die Aufstellung unserer Kriegsziele mehr oder weniger in Betracht kommen. Das angelsächsische Volkstum hat sich, wie kein anderes, über die Erde verbreitet und dabei seinen inneren Zusammenhang bewahrt, der auch politisch eine Quelle großer Kraft ist; auch die Vereinigten Staaten fühlen sich als englische Tochternation. Das britische Reich ist das größte Kolonialreich der Erde: neben den riesigen Siedelungskolonien Canada, Australien, Neu-Seeland, Süd-Afrika stehen das Kaiserreich Indien und eine große Zahl über die ganze Erde verstreuter Wirtschafts- und Herrschaftskolonien. England hatte sie bisher in kluger liberaler Politik auch allen anderen Völkern geöffnet, und wir haben sie ihnen darum nicht mißgönnt; aber wenn es sich jetzt mit seinen Kolonien wirtschaftlich eng zusammenschließt und unseren Handel und unsere Ausfuhr, unsere Schiffahrt mehr oder weniger ausschließt, wie es seine Absicht zu sein scheint, so bedeutet das eine große wirtschaftliche Einengung für uns, und wir werden uns fragen müssen, ob wir ihm diesen gewaltigen

*) Ich muß dafür auf mein Buch über Englands Weltherrschaft und ihre Krisis, 3. Auflage, Leipzig, B. G. Teubner, 1917, verweisen.

Kolonialbesitz für immer zugestehen wollen. Eine viel unmittelbarere Gefahr für uns ist, wie ich bei der Besprechung unserer Lebensinteressen ausführlich erörtert habe, die Seeherrschaft, die es durch seine Lage, seine Stationen, seine Flotte, seine Beherrschung der Kabel ausübt, durch die es uns von den Meeren getrieben und uns abgesperrt hat, durch die es auch einen maßgebenden Einfluß auf die Politik aller europäischen Seestaaten und aller überseeischen Staaten ausübt. Sie müssen wir brechen, wenn wir künftighin frei atmen und uns frei bewegen und in der Welt betätigen und wenn wir verhindern wollen, daß fast die ganze Welt gegen uns geht. Das Vierte ist seine wirtschaftliche und finanzielle Hegemonie, die allerdings in den letzten Jahrzehnten schon eine Einbuße erlitten hatte und jetzt durch den Krieg selbst einen starken Stoß bekommen zu haben scheint. Auch gegen sie müssen unsere Anstrengungen gerichtet sein, wenn wir unser eigenes Wirtschaftsleben frei und stark entfalten wollen.

Die englische Macht hat sich in diesem Kriege noch viel gewaltiger und fester erwiesen, als die meisten von uns gedacht hatten. Ein solches Gebäude stürzt nicht auf einen Schlag zusammen; zu viele andere stehen stützend und schützend dahinter. Was wir hoffen können, ist nur, England so zu schwächen, ihm einen solchen Stoß zu versetzen, daß es um der Erhaltung seiner Weltmacht willen den Gedanken an Weltherrschaft aufgibt und uns freien Raum zur Entfaltung neben sich läßt.

Wir werden nachher die einzelnen Probleme des Friedensschlusses, die sich aus diesem allgemeinen Gesichtspunkte ergeben, zu prüfen haben; zuvor aber müssen wir uns klar machen, was jetzt überhaupt erreichbar ist.

2. Der Stand und die Aussichten des Krieges.

Der Stand und die Aussichten des Krieges sind gerade gegenüber England nicht einfach zu beurteilen. Nach der Kriegskarte, wie sie heute ist, erscheinen sie nicht günstig. Bei uns wird meist zu sehr betont, daß wir im Westen und im Osten große Stücke feindlichen

Landes besetzt haben, aber zu wenig beachtet, daß kein englisches Gebiet dabei ist. Wir sind weder in England selbst gelandet, wie am Anfange des Krieges von vielen gehofft wurde, noch haben wir auch nur das kleinste Stückchen englischen Kolonialbesitzes in Händen. Das Hauptstück des englischen Krieges gegen uns, die durch die Blockade bezweckte Aushungerung, ist allerdings auch gescheitert, da wir uns fähig gezeigt haben, die Folgen der Absperrung, wenn auch unter großen Schwierigkeiten und Entbehrungen, zu überwinden. Aber England hat zusammen mit seinen Bundesgenossen den größten Teil unserer Kolonien genommen und recht beträchtliche Stücke in Mesopotamien und Arabien erobert, und es hat auch viel größere Beträge deutschen Privateigentums in seiner Gewalt, als wir von englischem in unserer. Man darf sich deshalb nicht so sehr wundern, daß die Engländer, die nur auf das äußere Bild blicken, sich ebensosehr als Sieger über uns fühlen, wie wir uns als Sieger über Frankreich und Rußland fühlen, zumal da sie ja immer noch auf einen Durchbruch in Flandern hoffen, an den sie ohne Rücksicht auf die furchtbaren Verluste immer neue Angriffe setzen. Wenn wir trotzdem die feste Hoffnung haben, auch mit England zu einem guten Abschlusse zu gelangen, so gründet sich das auf drei Erwägungen. Erstens hoffen wir, daß die Engländer an der Westfront keine in Betracht kommenden militärischen Erfolge haben, daß aber umgekehrt die Verluste, die die Türkei bisher im Kriege erlitten hat, noch im Kriege selbst wieder eingebracht werden, und daß wir vielleicht auch vor dem Suezkanal und Ägypten erscheinen können, wo schon die drohende Gefahr England zur Nachgiebigkeit bringen würde. Zweitens setzen wir unsere Hoffnung auf den U-Bootkrieg. Die Meinungen in Bezug auf seine Wirkungen sind allerdings geteilt, im Reichstage sind die Geister darüber scharf auf einander geplatzt; aber wenn wir auch nicht annehmen, wie viele Enthusiasten es tun, daß England dadurch der Aushungerung zugeführt und auf die Knie gezwungen wird, so werden doch die Schwierigkeiten der Versorgung und die Verluste an Schiffsraum allmählich so groß, daß es sie schwer ertragen kann und sich lieber zu Opfern im Friedensschlusse entschließen wird, als diese

Schwierigkeiten und Verluste immer größer werden zu lassen. Drittens rechnen wir mit der Solidarität Englands mit Belgien und mit Frankreich. Es ist schon bei der Besprechung des Friedens mit Belgien hervorgehoben worden, welchen Wert England dessen Selbständigkeit beilegt, und es ist klar, daß es auch für Frankreich einspringen muß, daß es nicht gewinnen darf, während jenes blutet, falls es sich nicht die Freundschaft und Bundesgenossenschaft Frankreichs für immer verscherzen will. Wir dürfen also Belgien und Nordfrankreich auch England gegenüber als Pfänder betrachten. Ihre Eroberung im Kriege muß uns dazu dienen, die Herausgabe unserer Kolonien und, wenn nötig, Mesopotamiens und Arabiens sowie eine Sicherung vor wirtschaftlicher Schädigung durch einen Handelskrieg zu erzwingen.

Nach dem jetzigen Stande der Dinge ist es kaum wahrscheinlich, daß der Krieg, wie manche erwartet hatten, noch mit einer vollständigen Niederlage Englands etwa von der Art der Niederlage Rußlands und jetzt eben Italiens oder gar der beiden Balkanstaaten enden wird. Wir werden daher unsere Forderungen England gegenüber nicht überspannen dürfen, nichts bei ihm durchsetzen können, was an sein Innerstes greift. Aber wir hoffen, es doch so zu packen, daß es sich zur Nachgiebigkeit gegenüber unseren Lebensforderungen entschließt, und hoffen, ihm den Krieg, in den es so leichtherzig hineingegangen ist, so verleidet zu haben, daß es nicht so bald wieder einen Krieg mit uns anfängt.

3. Das belgische Problem.

An der Spitze der Probleme des Friedens mit England steht das belgische Problem. Wir haben es bei dem Frieden mit Belgien in seiner allgemeinen Bedeutung besprochen und dabei auch die Stellung Englands dazu berührt; hier müssen wir noch einmal unter dem Gesichtspunkte seiner Bedeutung für England darauf zurückkommen. Dieses hat uns den Krieg unter dem Vorwande erklärt, daß es zum Schutze der belgischen Neutralität verpflichtet sei,

und hat dadurch seinen Krieg gegen uns nicht nur beim englischen Volke, sondern überall in der Welt populär gemacht. Heute glaubt wohl auch in England und unter den Neutralen kein Einsichtiger mehr an dieses Märchen; es hat sich ja deutlich offenbart, daß England auch ohne unsere Verletzung der belgischen Neutralität in den Krieg gegen uns gegangen wäre, und daß es diese freudig begrüßt hat, eben weil sie ihm einen so guten Vorwand lieferte. Dennoch ist Belgien für England mit ein Kriegsgrund gewesen, da es selbst gehofft hatte, dort festen Fuß zu fassen, und sich nun hinausgedrängt sah. Es hat, wie Homer Lea und, was wichtiger ist, Lord Kitchener das mit aller Deutlichkeit ausgesprochen haben, Belgien als ein englisches Glacis, als einen Brückenkopf auf dem Kontinente betrachtet. Wenngleich Belgien, wie oben erörtert worden ist, bei Englands Bund mit Frankreich nicht mehr die Bedeutung eines Landungsplatzes für englische Heere hat, die es früher hatte, als England und Frankreich Gegner waren, so würde es doch jede englische Offensive gegen Deutschland sehr erleichtern, und umgekehrt könnte es auch, so fürchten die Engländer, eine ausgezeichnete Basis für deutsche Angriffe auf England werden. Die englischen Staatsmänner kennen doch auch Napoleons Wort von der auf Englands Brust gesetzten Pistole! Darum haben sie versucht, Deutschland hier zuvorzukommen. Darum werden sie, da ihnen das nicht gelungen ist, im Friedensschlusse alles daran setzen, seine Festsetzung in Belgien zu verhindern. Die Rolle als belgische Schutzmacht, die es nun einmal übernommen hat, gibt ihm natürlich einen guten Vorwand. Wenn der Besitz Belgiens und im besonderen der flandrischen Küste eine unbedingte deutsche Forderung ist, so wird der Krieg weiter gehen, bis England ganz besiegt ist, und da an einen Frieden auf Gnade und Ungnade, bei dem England alles bewilligen müßte, kaum zu denken ist, wird es uns in diesem Falle kaum etwas von dem herausgeben, was es uns im Kriege genommen hat. Wir müßten Belgien vielleicht mit dem Verzicht auf alle unsere Kolonien und der Preisgabe großer wirtschaftlicher Interessen teuer erkaufen. Wenn wir dagegen Belgien, das wir jetzt als Faustpfand in den Händen haben, nicht etwa Eng-

land einräumen, was für uns zu gefährlich wäre, aber frei geben und in dem Sinne, wie es oben erörtert worden ist, neutral lassen, so wird England dafür bereit sein, auch von seiner Seite Opfer zu bringen und uns die Pfänder, die es von uns in Händen hat, zurückzugeben. Wir müssen hier ein Tauschgeschäft machen. Unsere Aneignung Belgiens wäre ein verewigter Kriegszustand; bei der nächsten Gelegenheit schlüge England wieder los. Nur unser Verzicht auf Belgien macht einen Frieden mit ihm möglich, bei dem wir nicht sonst zu viel verlieren und der auch von einiger Dauer ist.

4. Die orientalische Frage.

Wie England in Belgien das Leben eines Bundesgenossen und zugleich sein eigenes Interesse verficht, so verfechten wir im türkischen Orient gleichfalls das Leben des Bundesgenossen und zugleich unser Interesse an eigener wirtschaftlicher Betätigung. England hat hier vorläufig einen großen militärischen Gewinn davon getragen. Während es von Ägypten und Indien her mit Leichtigkeit Truppen, Munition und Proviant heranführen konnte, hatte die Türkei beim unvollendeten Ausbau der Eisenbahnen, der ja gerade wegen des langjährigen Widerstandes von Seiten Rußlands und Englands unvollendet war, die größten Verkehrsschwierigkeiten zu überwinden. So ist es England gelungen, die Sinaihalbinsel wieder ganz in seine Hand zu bringen und darüber hinaus in Süd-Palästina einzudringen, so daß die unmittelbare Gefahr, die dem Suezkanal einmal drohte, wieder abgewandt ist, ferner den mittleren Teil der arabischen Westküste und vom persischen Meerbusen aus fast ganz Mesopotamien zu erobern. Wenn es uns nicht gelingt, wenigstens einen Teil dieser militärischen Erfolge wieder rückgängig zu machen, muß es eine der wichtigsten Angelegenheiten des Friedensschlusses sein, diese Gegenden zurückzugewinnen und den Bestand der Türkei unversehrt wiederherzustellen.

England hat sich vom Jahre 1882 an ganz Ägyptens bemächtigt und seine Herrschaft von da aus den Nil aufwärts bis in den ägyptischen Sudan ausgedehnt. Sein mehrmals feierlich wiederholtes

Versprechen, Ägypten wieder zu räumen, sobald die Ordnung hergestellt sei, hat es nicht gehalten. Während des Krieges hat es nun einen weiteren Schritt getan, die Suzeränität des Sultans beseitigt, den Khedive abgesetzt und einen ganz von ihm abhängigen Khedive an seine Stelle gesetzt; es hat sich mit anderen Worten Ägypten einverleibt. Wenn das auch nur die Eroberung zum Abschluß gebracht hat, die es 32 Jahre zuvor begonnen hatte, so ist das doch kein Grund, über diese Rechtsverletzung stillschweigend hinwegzugehen. Wenn es jetzt nicht gelingt, wie man am Anfange des Krieges wohl dachte, England aus Ägypten hinauszuwerfen und die Selbständigkeit Ägyptens wiederherzustellen, so muß ihm dieser Erwerb jedenfalls stark in Rechnung gestellt werden.

Die Sinaihalbinsel war durch einen Vertrag vom Jahre 1906 der Türkei ab- und dem ganz unter englischem Einfluß stehenden Ägypten zugesprochen worden, weil England sie als das Glacis des Suezkanals betrachtet und darum nicht in fremden Händen lassen wollte. Es wäre sehr bedauerlich, wenn sich dieses Verhältnis jetzt nicht ändern ließe, sondern die Sinaihalbinsel englisch bliebe und England den Suezkanal allen Verträgen zum Trotz so befestigte, daß es ihn künftighin schon im Vorfelde verteidigen könnte. Zum mindesten muß die Türkei das Land bis an den Golf von Akaba heran in festen Besitz bekommen und muß England seinen früheren Widerspruch gegen den Bau einer Eisenbahn nach Akaba fallen lassen; denn es ist sehr wichtig für die Türkei, einen Zugang zum roten Meere zu haben, der ihr Seehandel und auch die Entfaltung einer gewissen Seemacht möglich macht. Allerdings wird sich England dagegen sträuben, weil der Schiffahrtsweg nach Indien dadurch in der Flanke bedroht wird; aber gerade dies ist eine Stelle, an der Englands Seeherrschaft gebrochen werden muß.

Auch der Besitz von Mittel-Arabien und namentlich von Mekka ist für die Türkei sehr wichtig. Mekka ist die alte Kalifenstadt, der religiöse Mittelpunkt des Islams, und wenn der Sultan seinen Einfluß dort verliert und England einen von ihm abhängigen Kalifen einsetzt, so bedeutet das eine Verminderung seines Einflusses

in der ganzen muhammedanischen Welt und im besonderen eine sehr große Schwächung seiner Herrschaft über alle arabischen Landschaften. Darum muß er auf den Rückzug Englands von hier und die Wiederherstellung seiner Autorität in Mekka dringen.

Am persischen Meerbusen hatte sich England schon vor dem Kriege in Ormus, in Koweit und am Schat el Arab bis Basra aufwärts festgesetzt. Es hatte sich auch die Schiffahrt auf den Flüssen gesichert, die Ausbeutung der reichen Petroleumlagerstätten und die Herstellung großartiger Bewässerungsanlagen in Mesopotamien in Angriff genommen. Über die Bagdadbahn war, nach langem Hin und Her, eine Verständigung mit Deutschland dahin erfolgt, daß das deutsche Unternehmen nur bis Basra geführt werden sollte, der persische Meerbusen dagegen ganz in englischen Händen blieb. Im Kriege ist England hier zum Angriffe vorgegangen; nach der schmählichen Niederlage von Kut el Amara hat es den Angriff von neuem angesetzt, hat Bagdad erobert und ist bis in die Nähe von Tekrit vorgedrungen. Es hat ganz bestimmte Ziele vor sich: es will sich die Herrschaft über den persischen Meerbusen sichern, damit keine andere Macht an ihn und an den indischen Ozean heran kann, und es will den Besitz und die wirtschaftliche Ausbeutung Mesopotamiens erringen, das jetzt noch ein verödetes und dünn bewohntes Land ist, durch Kulturarbeit aber wieder zur alten Fruchtbarkeit und Größe erweckt werden kann. Damit würde es seinem Weltreiche einen strategisch und wirtschaftlich gleich wertvollen Stein einfügen; der Türkei aber ginge ein sehr schöner Besitz, vielleicht die reichste Landschaft in ihrem Bestande, und uns ein sehr lohnendes Feld der Betätigung verloren. Obgleich die Größe des Gebietes, das künstlicher Bewässerung und intensivstem Anbau zugänglich ist, früher überschätzt worden ist, so hat es doch ungefähr die Größe des Königreiches Sachsen, und bei seiner großen Sommerwärme könnte es uns Baumwolle und manche andere wichtige Erzeugnisse in großen Mengen liefern. Vielleicht noch wertvoller sind die sehr reichen Petroleumlagerstätten, die sich von dem persischen in das türkische Gebiet hinein erstrecken. Es ist ein Land, das in vieler Beziehung

mit Ägypten verglichen werden kann, und wenn es auch wohl Jahrzehnte dauern wird, bis es in derselben Weise wie dieses wirtschaftlich erschlossen wird, so muß man doch in der Weltpolitik überhaupt mit langen Zeiträumen rechnen. Auch für den Weltverkehr hat es durch den Zugang zum persischen Meerbusen Wert; jedoch darf man diesen Wert von unserer Seite nicht überschätzen, solange England den Meerbusen selbst absperrt. Im Frieden werden die Erzeugnisse Mesopotamiens vielleicht zum größeren Teile den Seeweg nehmen; aber ihre besondere Bedeutung für uns liegt ja gerade darin, daß sie uns auch auf dem Landwege über den Balkan und Klein-Asien zugänglich sind und darum auch in Kriegszeiten nicht versperrt werden können. Daß der große Verkehr nach Indien diesen Weg nimmt, kommt mir unwahrscheinlich vor.

5. Die Rückgabe unserer Kolonien.

In Gemeinschaft mit seinen großen Kolonien Süd-Afrika, Australien und Neu-Seeland sowie mit Frankreich und Japan hat England den weitaus größeren Teil unserer Kolonien erobert; nur in einem kleinen Winkel von Ost-Afrika führen unsere Leute noch einen Heldenkampf. So ergibt sich für uns als eine der hauptsächlichsten Friedensforderungen die Wiederherstellung unseres Kolonialbesitzes. Vom ethischen Standpunkte aus, wie ihn der Papst in seiner Note vertreten hat, haben wir dasselbe Recht darauf wie Frankreich auf die Herausgabe seiner eroberten Provinzen oder Belgien auf seine Wiederherstellung; vom Standpunkte der Macht brauchen wir die Pfänder, die wir in Europa haben, nur gegen unsere Kolonien herauszugeben.

Es gibt ja allerdings, wie wir gesehen haben, in Deutschland viele Leute, die auf die Kolonien keinen Wert legen und daher auch auf ihre Rückgabe verzichten würden, um lieber in Europa mehr zu bekommen und namentlich Belgien in der Hand zu behalten. Aber diese Beurteilung des Wertes der Kolonien ist falsch (vergl. S. 63 ff.). Wir können uns nicht auf unseren Heimatboden beschränken, sondern

müssen uns draußen betätigen, können auch nicht nur in fremden Kolonien zu Gaste gehen, wie wir es früher getan haben, sondern müssen eigene Kolonien haben, in denen wir uns ganz nach eigenem Ermessen betätigen können, die unseren überschüssigen Kräften freien Raum zur Entfaltung gewähren und auch unserer Schiffahrt und Seemacht zur Stütze dienen.

Freilich wird die Forderung der Rückgabe unserer Kolonien dadurch erschwert, daß Deutsch-Südwest ganz und Deutsch-Ost hauptsächlich nicht von England selbst, sondern von der südafrikanischen Union, Neu-Guinea und der Bismarckarchipel von Australien, die Samoainseln von Neu-Seeland erobert worden sind, und daß wir an diese englischen Trabanten nicht direkt herankönnen. Aber wir müssen auf das Mutterland einen so starken Druck wie nur möglich setzen, um durch seine Vermittlung auf jene zu wirken, denn weder Kamerun noch Südwest- noch Ost-Afrika noch die pazifischen Besitzungen dürfen wir leichten Herzens preisgeben. Im schlimmsten Falle muß England uns für das, was es uns nicht zurückgeben kann, einen gleichwertigen Ersatz aus seinem eigenen Kolonialbesitze geben. Wenn wir es entscheidend besiegen, müssen wir von ihm über die Rückgabe unserer Kolonien hinaus die Abtretung eigener Kolonien fordern. Aus den Betrachtungen über das deutsche Kolonialreich kann man ungefähr entnehmen, um welche es sich handeln würde.

6. Die Freiheit der Meere.

Auch das Problem der Freiheit der Meere ist bereits in einem früheren Kapitel (S. 87 ff.) vom Standpunkt unserer Lebensinteressen aus erörtert worden. Es wurde festgestellt, was Freiheit der Meere bedeutet, warum sie ein Lebensbedürfnis für uns ist und warum wir sie von England erkämpfen, dessen Seeherrschaft brechen müssen. Der U-Bootkrieg hat das doch nur insofern getan, als nun auch Englands eigener Handel und eigene Versorgung großen Schaden erlitten haben und immer schwieriger werden. Aber unsere Schiffahrt ist dadurch nicht wiederbelebt, unsere wirtschaftliche und politische

Verbindung mit überseeischen Ländern nicht wiederhergestellt worden; im Gegenteil hat uns die traurige Notwendigkeit des Unterseebootkrieges manche neue Feinde zugezogen. Wenn Englands Seeherrschaft nicht gebrochen wird, so würde es uns in einem neuen Kriege das Meer wieder auf ganz dieselbe Weise versperren, uns wieder dieselben Schäden zufügen, uns wieder in dieselbe Gefahr der Aushungerung versetzen. Schon der Hinblick auf diese Möglichkeit muß den Wiederaufbau unserer Schiffahrt, unseres Überseehandels und unserer Kolonien lahm legen. Und darüber hinaus besteht die Besorgnis, daß England auch im Friedenszustande die bisherige Freiheit der Meere aufheben und unseren Schiffen die Benützung seiner Häfen, die sich bei ihrer Lage an den besten Punkten alle Hauptwege des Weltverkehrs kaum umgehen lassen, sperren oder doch sehr erschweren und verteuern wird. Die Beseitigung dieser Gefahren durch den Sturz der englischen Seeherrschaft und die Gewinnung der Freiheit der Meere ist, wie mir scheint, die zentrale Frage unseres Verhältnisses zu England.

Die völkerrechtliche Festsetzung der Freiheit der Meere muß zwar einen wichtigen Punkt der Friedensunterhandlungen bilden, ist aber nicht die Hauptsache und hat überhaupt nur Bedeutung, wenn Englands Willkür gebrochen wird, mit der es das Völkerrecht immer wieder verletzen würde, wenn es nicht seine überwältigende Seemacht verliert, dank deren es die Seeherrschaft ausübt.

Während des Krieges sind manche phantastische Hoffnungen und Gedanken namentlich von solchen ausgesprochen worden, denen die englische Seeherrschaft überhaupt jetzt erst zum Bewußtsein gekommen ist: der Gedanke, daß wir in England landen und seine Flotte zerstören oder wegführen könnten, die Hoffnung, daß sich die kleineren Mächte gegen das englische Joch erheben und ihm seine Stationen wegnehmen würden, der Gedanke, unsere Macht bis an den westlichen Ausgang des Kanals vorzuschieben oder wenigstens von der flandrischen Küste aus England so drohend gegenüber zu treten, daß es uns in jeder Beziehung nachgeben müßte. Das sind alles Utopien. Selbst ein erfolgreicher Angriff auf den Kanal von Suez erscheint heute ferner gerückt als am Anfange des Krieges. Der U-Bootkrieg wird

England wohl zur Nachgiebigkeit bringen, aber seine Kraft nicht brechen, und nur ein glücklicher Zufall könnte zur Zerstörung der britischen Flotte führen.

Trotzdem können wir hoffen, daß England auch ohne diese Gewaltmittel, durch den einfachen Verlauf der Dinge seine bisherige Übermacht zur See eingebüßt hat. Sie ist ursprünglich aus der Natur des Landes heraus, als Folge seiner Stellung zum Meere und seiner guten Küstenbeschaffenheit, entstanden, wurde dann durch den Reichtum an Kohle und Eisen und die Entwicklung der englischen Industrie unterstützt, hat jetzt aber ihren Hauptgrund in zwei besonderen Umständen gehabt: nämlich erstens darin, daß sich England bei seiner Inselnatur mit einer kleinen Landmacht begnügen und fast seine ganze Kraft der Seemacht zuwenden konnte, und zweitens darin, daß es das riesige für eine große Flotte erforderliche Kapital zur Verfügung hatte. In beidem aber hat der Krieg eine Wandlung herbeigeführt. England ist während des Krieges eine Landmacht geworden, hat mit bewunderungswürdiger Energie die verhaßte allgemeine Wehrpflicht eingeführt und ein riesiges Heer aus dem Boden gestampft. Diesen Schritt wird es nach dem Kriege nicht zurücktun können; es wird eine starke Landmacht bleiben müssen, aber gerade darum wird es nicht mehr im Stande sein, seine Seemacht so vorab zu pflegen, wie es das bisher getan hat. Und es wird auch das Geld dazu nicht mehr so wie bisher haben; denn der Krieg hat einen sehr großen Teil des englischen Kapitals verschlungen; während der größere Teil unseres Kriegsaufwandes im Lande geblieben ist, ist der größere Teil des englischen außer Landes gegangen. Ganz abgesehen von der amerikanischen und japanischen Flotte, die jetzt nahe an die englische herangewachsen sind, wird auch deren Überlegenheit über unsere deutsche nicht mehr so groß sein können wie bisher. So sehen wir gerade bei England, wie der Krieg selbst, ganz abgesehen von den Friedensbestimmungen, eine Umkehr der Dinge bewirkt.

Andererseits können und müssen wir unsere Seemacht durch eigene Anstrengung vergrößern. Darum halte ich es für schädlich, wenn wir uns ganz auf die flandrische Küste verbeißen und nur in

ihrem Besitz die Möglichkeit zu haben behaupten, England entgegenzutreten. Auch vom Orient aus können wir das tun, weil wir von dort aus den Kanal von Suez und damit den Seeweg nach Indien und Ost-Asien bedrohen. Die enge Verbindung mit Österreich-Ungarn, den Balkanstaaten und der Türkei öffnet uns auch den Zugang zum mittelländischen Meere. Durch eigene Stationen, die zugleich als Landungspunkte unserer Kabel dienen, können wir unserer Schiffahrt und unserem Nachrichtenverkehr größeren Schutz als bisher gewähren. Die Hauptsache ist aber doch wohl der weitere Ausbau unserer Flotte, die nicht nur im Stande sein muß, unsere Küsten zu schützen, sondern auch Englands Blockade zu brechen und auf dem Meere draußen unsere Handelsschiffahrt aufrecht zu erhalten. Die Unterseeboote haben in diesem Kriege Unvergängliches geleistet und würden es in einem künftigen Kriege wieder tun; in welchem Verhältnisse wir große Kampfschiffe und Unterseebootschiffe bauen, ist eine marinetechnische Frage. Aber jedenfalls werden wir in größerer Zahl als bisher Auslandskreuzer haben müssen, wenn unsere Schiffahrt und unser Überseehandel nicht sofort wieder geliefert sein sollen.

Dieses Ergebnis unserer Betrachtungen wird für viele unbefriedigend sein, die alles schwarz auf weiß sehen wollen. Aber die Freiheit der Meere läßt sich nicht schwarz auf weiß geben. Auch wenn wir sie im Friedensvertrage als völkerrechtlichen Grundsatz von England erzwingen, so hat das noch wenig Wert. Für ihre tatsächliche Sicherung gibt es keine Bestimmungen, sie kann nur durch den Gang der Dinge hergestellt werden, und das nicht auf einmal, sondern in allmählicher Entwicklung. Diese aber ist vom Kriege angebahnt worden.

17. Der Wirtschaftsfriede.

Der Friede mit England muß noch viel mehr als der Friede mit den anderen Mächten ein Wirtschaftsfriede sein und zwar in zweierlei Richtung: rückblickend auf den Schaden, den uns England zugefügt hat, und vorausblickend auf den Schaden, den es uns in Zukunft zufügen will.

Wir müssen von ihm Schadenersatz für die jedem Völkerrechte Hohn sprechenden Verletzungen deutschen Privateigentums auf dem Meere und in überseeischen Ländern verlangen, die es selbst begangen oder zu denen es andere angestiftet hat. Dieser Schadenersatz ist etwas anderes als die allgemeine Kriegsentschädigung, weil er sich nicht auf einen zum Kriege gehörigen, in einem Kriege unvermeidlichen, sondern auf willkürlich und auch im Kriege rechtswidrig zugefügten Schaden bezieht. Unsere Reeder und Kaufleute und überhaupt unsere Landsleute draußen müssen für die Schädigungen an ihrer Gesundheit und die Einbußen an ihrem Eigentum entschädigt werden, und diese Entschädigung kann nicht vom Deutschen Reiche getragen, sondern sie muß von dem Urheber des Schadens, von England, verlangt werden. Dabei kann es sich nicht um eine Abschätzung des Schadens im Sinne eines Rechnungsbeamten handeln; in vielen Fällen ist ja doch das ganze Lebenswerk zerstört worden, das wieder aufgebaut werden muß. Wir müssen verlangen, daß die Geschäfte am selben Orte wieder aufgebaut werden können oder daß dafür eine vollkommen ausreichende Ablösungssumme bezahlt wird. Alle die Deutschen, deren Existenz draußen freventlich vernichtet worden ist, müssen die Mittel bekommen, um sie von neuem aufzubauen.

Das führt uns zum zweiten, zu der Abwehr des wirtschaftlichen Unheiles, das uns England auch in Zukunft noch zufügen will. England hat den teuflischen Plan ausgeheckt und seinen Bundesgenossen aufgeredet, nach dem Schlusse des Krieges mit den Waffen einen Wirtschaftskrieg gegen uns zu führen, deutsche Niederlassungen überall in der Welt möglichst zu verhindern, die deutschen Fabrikate zu boykottieren, uns den Bezug der Rohstoffe zu versperren. Dieser Wirtschaftskrieg ist eine sehr große Gefahr für uns und um so größer, je größer die Zahl der Staaten wird, die von England und den Vereinigten Staaten in den Krieg hineingezogen werden; militärisch können sie uns ja wenig tun, aber wirtschaftlich können sie uns erheblichen Schaden zufügen. Wenn der Plan wirklich zu strenger Durchführung kommt, so werden unsere Schiffahrt, unser Handel, unsere Industrie vollkommen lahm gelegt, unsere Bevölkerung zum

Stillstande und Rückgange verdammt, unserer politischen und militärischen Kraft der Nährboden entzogen. Wir werden es bei dem Friedensschlusse mit jedem einzelnen Staate zur Friedensbedingung machen müssen, daß er von einem solchen Wirtschaftskriege absieht; aber die größte Bedeutung hat diese Bedingung für den Frieden mit England, nicht nur wegen der ungeheueren Größe des britischen Reiches, das der größte Abnehmer unserer Fabrikate und Lieferant der uns nötigen Rohstoffe ist, sondern auch wegen der wirtschaftlichen Abhängigkeit, in der sich alle kleineren von ihm und den Vereinigten Staaten befinden.

Wenn das britische Reich, worauf ja schon vor dem Kriege eine starke Partei sowohl in England selbst wie in den Kolonien hinarbeitete, den bisherigen Freihandel aufgibt und sich zollpolitisch zusammenschließt, so ist das eine Maßregel der inneren Politik, gegen die andere Staaten an sich kaum Einspruch erheben können; aber eine Maßregel, die ihr Wirtschaftsleben so schädigt, daß sie die Frage aufwerfen werden, worin denn eigentlich das innere Recht des britischen Riesenreiches bestehe. Dieses ist, wie schon früher gesagt wurde, für die anderen nur erträglich, solange es Freihandel hat; als geschlossener Handelsstaat dagegen engt es sie wirtschaftlich so ein, daß sie dagegen aufbegehren müssen. Von diesem Gesichtspunkte aus wird Deutschland die Frage nach der künftigen Zollpolitik des britischen Reiches erheben müssen. Aber es ist fraglich, ob wir jetzt etwas dagegen tun können, außer der Gegenmaßregel eines mitteleuropäisch-türkischen Wirtschaftsbündnisses, über dessen Wert ja aber die Meinungen ebenso auseinandergehen wie drüben die Meinungen über den Wert des größerbritischen Zollvereins. Bestimmten Einspruch aber müssen wir gegen jede handels- und überhaupt wirtschaftspolitische Bevorzugung der Ententegenossen vor uns und gegen eigentliche Absperrungsmaßregeln erheben. Wir sind nach wie vor auf die Welt angewiesen, denn weder Mittel-Europa oder der Orient noch die Kolonien, auch wenn sich unser Kolonialreich sehr erweitert, sind eine genügende Grundlage unseres Lebens; wir müssen auch in der übrigen Welt kaufen und verkaufen und arbeiten können und dürfen

uns das nicht verschließen lassen. Solange uns England die Welt versperren will, können wir nicht Frieden mit ihm schließen, können wir auch Belgien nicht räumen, müssen unsere Schiffe und unsere Flieger nach England hinüber gehen, unsere Unterseeboote englische Schiffe versenken, wir in Gemeinschaft mit den Türken zum Angriffe auf den Suezkanal und Ägypten schreiten, um hier wertvolle Pfänder zu gewinnen, ja England am Leben zu schädigen. Ich glaube, daß der Verzicht auf den Wirtschaftskrieg die allerwichtigste Forderung ist, die wir bei den Friedensverhandlungen an England zu stellen haben.

8. Englische Weltherrschaft und deutsche Weltgeltung.

Ich habe oben ausgesprochen, daß es sich zwischen uns und England nicht so sehr um einzelne Probleme als vielmehr um das Ganze, um den Zusammenstoß zwischen Englands bisheriger Weltherrschaft und unserem Streben nach Gleichberechtigung in der Welt handelt. Darum wird der Krieg geführt. England hat ihn gewonnen, wenn es uns wieder in die Grenzen eines Kontinentalvolkes zurückweist, das nur nebenbei etwas Schiffahrt und Handel treibt und eine unbedeutende Ausfuhrindustrie hat. Wir haben ihn gewonnen, wenn wir den Bann Englands brechen, wenn es uns gelingt, die wirtschaftliche Stellung, die wir im Frieden errungen hatten und im Frieden künftig weiter auszubauen hoffen, zu schützen, gleichsam ihre Anerkennung durch England zu erzwingen; wir müssen erreichen, daß die Erde künftig nicht mehr ohne uns aufgeteilt, ihre Schätze ohne uns vergeben werden können. Nicht daß wir eine Weltherrschaft, d. h. einen überragenden Einfluß in der Welt für uns erstrebten — diese Forderung mancher Imperialisten muß immer wieder zurückgewiesen werden —, wohl aber, daß wir Gleichberechtigung mit den anderen Großmächten fordern. Das Gleichgewicht, das England in Europa aufrecht erhalten will, muß vielmehr für die Erde im ganzen durchgesetzt werden. Der Krieg ist unentschieden, wenn weder England uns niedergeworfen noch wir England so geschwächt haben, daß es künftig unsere Rechte anerkennen und uns freie Bahn lassen muß.

Die Entscheidung einer solchen Lebensfrage kann natürlich nur zum Teil in Paragraphen gefaßt werden und in der Friedensakte zum Ausdrucke kommen. Zum anderen, wohl größeren Teile vollzieht sie sich nur im Gange der Dinge selbst. Wir haben gesehen, daß die englische Weltherrschaft in vier Dingen besteht: in der Ausbreitung des angelsächsischen Volkstums über die Erde, im britischen Kolonialreich, in der auf die Lage Englands, seine zahlreichen Stationen, sein Kabelnetz und seine Flotte begründeten Seeherrschaft und in seiner wirtschaftlichen und finanziellen Hegemonie, die allerdings den Charakter des Monopols bereits verloren hatte, aber immer noch in einem großen Vorsprunge vor allen anderen Nationen bestand. Die Zukunft dieser vier Dinge schaut sehr verschieden aus. Die Ausbreitung des Volkstums ist eine unvergängliche Tatsache, an der nicht zu rütteln ist, die größte Leistung und zugleich der größte Gewinn Englands in den vergangenen Jahrhunderten. Höchstens kann im Laufe der Zeit eine Entfremdung eintreten; aber es läßt sich gegenwärtig nicht danach an. Das britische Kolonialreich wird sicher einmal zerfallen: an einzelnen Stellen machen sich deutlich Zeichen innerer Morschheit bemerkbar; aber daß wir es in diesem Kriege in Stücke schlagen oder auch nur größere Stücke davon losreißen, wie es am Anfange des Krieges viele geträumt haben, ist unwahrscheinlich. Worum es sich jetzt handelt, ist, Englands Seeherrschaft, seine wirtschaftliche Herrschaft und die auf beide zusammen begründete Weltherrschaft zu brechen. In welcher Weise und in welchem Maße dies geschehen kann, ist im vorigen Abschnitte erläutert worden. Unsere Unterseeboote haben sie in der Hauptsache gebrochen, England wird nicht mehr wagen, eine Seeherrschaft gegen uns auszuüben; auch die Vereinigten Staaten und Japan treten mehr und mehr gleichberechtigt daneben. Nachdem sich England in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von anderen hatte überflügeln lassen, verdankte es seinem in langer Zeit angesammelten Kapital noch einen großen wirtschaftlichen Vorsprung vor allen anderen. Dieses Kapital hat es jetzt im Kriege leichtsinnig preisgegeben; die Herrschaft über den Geldmarkt hat es verloren. Mit der Seeherrschaft

und der Herrschaft seines Handels und seines Geldes erlischt seine politische Weltherrschaft. In diesem Kriege hat sie sich noch furchtbar stark erwiesen und Portugal, Italien, Griechenland und in gewisser Weise auch Norwegen in ihren Bann gezogen, die Vereinigten Staaten und viele mittel- und südamerikanischen Staaten auf ihre Seite geführt. Aber der Krieg hat einen Keil in sie getrieben. Wenn England und wir am Anfange dieses Krieges einander so gegenübergestanden hätten, wie wir uns jetzt gegenüberstehen und beim Ausbruche eines neuen Krieges, vor dem uns das Schicksal bewahren möge, einander gegenüberstehen würden, wenn unsere Unterseeboote jeden Zugang nach England bedrohten, unsere Kreuzer von festen Stationen aus die Meere durchfurchten und englische Schiffe und engliches Gut aufbrächten, die Balkanhalbinsel uns ungehinderten Durchgang nach Vorder-Asien und freien Zugang zum mittelländischen Meere gewährte, die Türkei schnell eine starke Armee im südlichen Palästina sammeln und den Angriff auf den Suezkanal und Ägypten eröffnen könnte, so würden es sich alle jene Staaten dreimal überlegen, ehe sie für England Partei ergriffen. Dieses wird durch den Krieg seine besondere Stellung in der Welt verlieren und in die Reihe der anderen Mächte eintreten. Die Angelsachsen sind keine bevorzugte Rasse, wofür sie sich halten, von Gott zur Herrschaft über die Welt bestimmt. Man darf ihre Tüchtigkeit und ihre große Leistungen nicht verkennen; aber wir und andere Völker sind ebenso tüchtig und haben ebenso große Leistungen aufzuweisen. Es wäre ein Unglück für die Welt, wenn der angelsächsische Geist überall auf der Erde herrschte; der deutsche Gedanke hat dasselbe Recht!

Wie wird sich unser tatsächliches Verhältnis zu England nach dem Kriege gestalten? Wie das Gefühl der Völker?

Bei uns hat vor dem Kriege doch wohl nur eine Minderheit Haß oder starke Abneigung gegen England empfunden, während sich die meisten, der geistigen Verwandtschaft folgend, immer mehr zu den Engländern als zu anderen Nationen hingezogen fühlten; namentlich im Auslande konnte man beobachten, daß sich Deutsche und Engländer zusammenfanden. Gerade darum hat das deutsche

Volk den Eintritt Englands in den Krieg, dessen reale Motive es nicht einsah, beinah als einen Treubruch empfunden, und die Art, wie jenes den Krieg sofort führte, den Krieg der Aushungerung und der Zerstörung deutschen Lebens und Eigentums überall in der Welt, ließ den Zorn mächtig emporflammen; aber der Haßgesang Lissauers war ebenso unschön wie undeutsch empfunden. Unser Gerechtigkeitsgefühl hat nach einer strengen Bestrafung Englands verlangt, wie sie jetzt durch den Unterseebootkrieg vollzogen wird. Und unser nationaler Selbsterhaltungstrieb verlangt nach seiner Schwächung, die sich zu vollziehen begonnen hat, aber noch nicht vollzogen ist. Solange Englands Buße und Englands Schwächung noch nicht an das heranreichen, was es an uns gesündigt hat, wird das Gefühl des deutschen Volkes stark gegen England gekehrt sein; erst seine Bestrafung und Schwächung wird uns zur Versöhnung bereit finden.

Das Volksempfinden der Engländer wird natürlich mehr oder weniger den umgekehrten Verlauf nehmen: vor dem Kriege ein dumpfer Groll des in seinem Behagen gestörten Besitzers; dann ein überlegendes, von starken Empfindungen freies, kalt grausames Hineingehen in den Krieg, um den unbequemen Wettbewerber zu züchtigen und klein zu machen, der Krieg fast wie ein Sport angesehen; schließlich aber ein furchtbares Erwachen durch den grausamen Ernst des Krieges, der etwas so ganz anderes wurde, als sie gedacht hatten, dem Hunderttausende englischer Leben zum Opfer fallen, der an den Grundlagen des englischen Reiches rüttelt, das stolze Gebäude zum Einsturz zu bringen droht. Nun scheint doch auch bei den Engländern, die in ihrer Selbstgerechtigkeit ihre Schuld nicht fühlen, sondern den Krieg als deutschen Frevel empfinden, der nationale Haß erwacht zu sein, und er würde wohl nur im Falle des Sieges, nicht aber bei der von uns erhofften englischen Niederlage so bald wieder einschlafen. Die Engländer werden es noch lange empfinden, daß wir die Axt an die Wurzel ihrer Weltherrschaft gelegt haben.

Aber nicht Volksgefühle dürfen und werden die Politik bestimmen oder doch wenigstens nicht allein und maßgebend bestimmen, sondern nüchterne Überlegung des Staatswohles. Die Staatsräson

hat, wie Bismarck immer wieder hervorgehoben hat, wenig mit den Zu- und Abneigungen der Völker zu tun, geht als etwas Selbständiges neben ihnen her. Die große Frage ist, ob die beiden Mächte einen Frieden, der ja doch einmal zwischen ihnen geschlossen werden muß, als wirklichen Frieden oder nur als Waffenstillstand ansehen werden, ob sie einander entgegengekehrt bleiben, womöglich einen Wirtschaftskrieg führen und nur auf die Gelegenheit warten, ihren Widerstreit in einem späteren Kriege zum vollen Austrag zu bringen, oder ob sie aufrichtig um friedliches Nebeneinanderleben bemüht sein werden. Die Antwort auf diese Frage wird auch wieder je nach dem Ausgange dieses Krieges und dem Ergebnisse des Friedensschlusses verschieden lauten; oder man kann vielleicht auch umgekehrt sagen: die beiden Mächte werden den Frieden in verschiedener Weise schließen, je nachdem sie ihn nur als einen Waffenstillstand oder als einen wirklichen Frieden betrachten wollen.

Wenn man die Reden der englischen Staatsmänner liest oder die anderen Stimmen vernimmt, die von England zu uns herüber schallen, so erscheint uns eine Verständigung in absehbarer Zeit unmöglich; denn ihnen ist der Gedanke der englischen Weltherrschaft noch etwas Selbstverständliches, sie wollen von unserer Gleichberechtigung nichts wissen, gestehen uns noch nichts von dem zu, was wir verlangen müssen. Aber diese Reden sind Kampfmittel, zu einem guten Teile darauf berechnet, den Mut und die Widerstandskraft des englischen Volkes und der Bundesgenossen zu beleben. Der Glaube an ihr höheres Recht ist den Engländern allerdings angeboren; es wird ihnen schwer werden, unsere Gleichberechtigung anzuerkennen. Aber sie sind andererseits so durchaus praktische und realistische Menschen, daß sie der Wahrheit ins Gesicht sehen und daraus die richtigen Folgerungen für ihren Handel ziehen werden. Sie werden erkennen, daß sie uns nicht niederkämpfen können, daß ihr Kampf gegen uns ihnen selbst die furchtbarsten Wunden schlägt, und daß das Bestreben, die Weltherrschaft zu bewahren, sie die Weltmacht kosten kann. Aus dieser Erkenntnis heraus werden sie doch vielleicht vom Kampfe gegen uns abstehen und lieber, unter

Umständen sogar im Einverständnisse mit uns, an die Lösung der vielen anderen schweren Aufgaben herangehen, die ihnen gerade durch ihre große Weltmacht in allen Teilen der Erde gestellt sind.

Von unserem deutschen Standpunkte aus ist ein wirklicher Friede mit England nur möglich, wenn es uns das gleiche Recht zugesteht und namentlich auf jeden Wirtschaftskrieg nach dem Kriege verzichtet. Es mag sein, daß unsere Entwicklung zu schnell und zu brüsk gewesen ist, daß es bei langsamerer Entwicklung zu keinem Bruche mit England gekommen wäre, sondern das Ziel, auf das unsere Entwicklung hinsteuert, im Frieden hätte erreicht werden können — auf solche rückschauende Kritik kommt es hier nicht an. Aber nachdem die Frage unserer Stellung zur Stellung Englands in der Welt einmal angeschnitten ist und zu dem entsetzlichen, gewaltigen Kriege geführt hat, muß sie zum Austrage gebracht werden. Jetzt können wir nicht wieder ruhen, als bis uns England unser Recht in der Welt gönnt. Wir wollen ihm seinen riesigen Kolonialbesitz lassen, solange es ihn nicht zu unseren Ungunsten mißbraucht; aber wir müssen beanspruchen, daß wir im Frieden und im Kriege die Meere frei befahren, überall Handel treiben, überallhin unsere Fabrikate absetzen, von überallher unsere Nahrungsmittel und Rohstoffe beziehen, überall arbeiten und deutsche Kultur verbreiten können. Wenn uns England das versagen will, wenn es einen Wirtschaftskrieg gegen uns führt, der an die Wurzeln unseres Lebens greift, so ist eine Verständigung mit ihm unmöglich, so kann der Frieden nur ein Waffenstillstand sein, so müssen wir uns alle Vorteile für einen neuen Krieg zu sichern suchen, der dann unausbleiblich sein und zum Untergange nicht nur der britischen Weltherrschaft, sondern des britischen Reiches führen würde. Nicht bei uns, sondern bei England liegt die Entscheidung über das Geschick der kommenden Zeit. Davon, ob in Englands Brust die praktische, verständige Einsicht oder der nationale Hochmut und die nationale Selbstgerechtigkeit siegen, hängt es ab, ob die beiden großen Kulturnationen, denen so vieles gemeinsam ist, sich in Haß und Kampf verzehren oder in Eintracht oder doch wenigstens in gegenseitigem Gewährenlassen an der Gestaltung der Welt arbeiten.

9. Der Friede mit Portugal.

Als ein Anhang zum Frieden mit England kann der Friede mit Portugal behandelt werden; denn Portugal ist ja nur als Englands Vasall, auf dessen Geheiß und zu dessen Nutzen, in den Krieg gegangen. Zu dessen Gunsten beschlagnahmte es unsere in portugiesischen Häfen liegenden Schiffe, so daß wir ihm den Krieg erklären mußten. England ist verantwortlich für den Schaden, den uns Portugal zugefügt hat, und da wir an dieses nicht herankönnen, muß England es zwingen, uns Ersatz zu leisten. Portugal muß mit seinem Kolonialbesitz büßen, den es doch nicht verwerten kann. Schon vor längerer Zeit war ja eine Vereinbarung zwischen Deutschland und England über eine zukünftige Teilung des portugiesischen Kolonialbesitzes in Interessensphären getroffen worden; an diese Vereinbarung müssen wir, wenn auch in verändertem Sinne, anknüpfen. Es kann sich jetzt nicht mehr bloß um wirtschaftliche Rechte, sondern es muß sich um vollen Besitz handeln, und neben den kontinentalen Kolonien müssen auch die Inseln in Betracht gezogen werden. Auf dem Kontinent würde es sich um das portugiesische West-Afrika oder Angola handeln, das zusammen mit dem französischen Kongolande und dem belgischen Mündungsgebiete des Kongoflusses Kamerun mit Deutsch-Südwest-Afrika (natürlich unter der Voraussetzung, daß dieses deutsch bleibt) verbinden und ein deutsch-westafrikanisches Reich herstellen würde; das ostafrikanische Mozambique liegt doch wohl zu sehr im englischen Machtbereiche, als daß wir in ihm einen sicheren Besitz gewännen. Aber wohl noch wertvoller als Angola wären für uns die Azoren oder die Kapverden, weniger wegen ihres wirtschaftlichen Eigenwertes, als wegen ihrer Lage in der Nähe der wichtigsten Dampferwege über den atlantischen Ozean, die sie zu besonderen wichtigen Stützpunkten unserer Schiffahrt und unserer Flotte und zu Landungspunkten unserer Kabel machen würde. Allerdings würde ihr Erwerb wohl auf ziemlich nachdrücklichen Widerstand sowohl Englands wie der Vereinigten Staaten stoßen; aber wir müssen hoffen, daß wir ihn brechen können.

XII.

Der Friede mit den amerikanischen Staaten.

Im Februar dieses Jahres sind auch die Vereinigten Staaten in die Reihe unserer Feinde eingetreten, nachdem sie sich vom ersten Tage des Krieges an feindlich gegen uns gestellt und uns in jeder Weise geschädigt hatten. Diese Feindschaft ist für uns eine Überraschung gewesen, und wenn daran zum Teil auch politische Unbildung des deutschen Volkes schuld ist, so ist es doch in der Tat nicht leicht, sich über die Beweggründe der Vereinigten Staaten Rechenschaft zu geben. Ein wirklich durchschlagender Grund der Feindschaft ist eben nicht vorhanden; mehr als in irgend einem anderen Falle haben Stimmungen und persönliche Meinungen obgesiegt. Das macht auch jeden Ausblick in die Zukunft besonders schwer.

Nach den Erklärungen des Präsidenten Wilson, denen ein großer Teil der öffentlichen Meinung zustimmt, treten die Vereinigten Staaten in den Krieg ein, um das Recht zu wahren und den Sieg Deutschlands, des Feindes der Kultur und der Menschlichkeit, zu verhindern. Man wird diese Behauptung nicht einfach als Heuchelei bezeichnen können; die Amerikaner, in ihrer durch die Puritaner nach der neuen Welt übertragenen Selbstgerechtigkeit, die in der Demokratie das unbedingte Ideal sieht, und in ihrer völligen Unkenntnis und Verständnislosigkeit für europäische Dinge, glauben in der Tat an den Popanz, als der ihnen die deutsche Autokratie und der deutsche Militarismus erscheinen, und halten es für ein Verdienst, wenn sie das deutsche Volk und die Menschheit davon befreien. Daß unsere Verletzung der belgischen Neutralität und unser Unterseebootkrieg für uns notwendig und auch nur Gegenwirkungen gegen englische und französische Akte waren, erkennen sie nicht; sie sehen nur die Rechtsverletzung und die Grausamkeit, die darin liegt, und empfinden das

teilweise als persönliche Beleidigung. Das wollen sie sich nicht gefallen lassen, das wollen sie bestrafen.

Die Amerikaner der Vereinigten Staaten sind eben doch Angelsachsen; zwar ist sehr viel anderes Blut in ihren Volkskörper eingeflossen, aber die Einwanderer sind immer nach einiger Zeit in der herrschenden Nationalität aufgegangen, die bestimmende Geistesrichtung ist die angelsächsische. Sie sind noch heute wirtschaftlich und sozial mit England mehr als mit irgend einem anderen Lande verknüpft. Recht, Religion, Denkweise sind englisch. Sie nähren sich von englischer Literatur. Sie empfangen ihre politischen Nachrichten und ihr politisches Urteil über Europa aus englischen Quellen. Kein Wunder, daß sie auch diesen Krieg ganz durch die englische Brille sehen und von vornherein ganz für England Partei ergriffen haben.

Lange hatte allerdings bei aller sozialen und geistigen Verwandtschaft ein politischer Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und dem englischen Mutterlande bestanden, der aus der Zeit der Unabhängigkeitskämpfe herrührte und durch tatsächliche Interessengegensätze genährt wurde. Aber England hat es mit der großartigen Geschicklichkeit seiner Staatskunst, an der sich unsere Staatsmänner und Politiker oft ein Muster nehmen könnten, verstanden, diesen politischen Gegensatz aus der Welt zu räumen. Als ihm 1895 bei seinem Grenzstreite mit Venezuela die Vereinigten Staaten schroff entgegentraten, gab England nach und erkannte die Monroedoktrin ausdrücklich an. Seitdem ist ein Streitpunkt nach dem anderen beseitigt worden und haben die beiden Reiche einander immer unterstützt. Es ist fraglich, ob außer dem Schiedgerichtsvertrag ein förmliches Bündnis zwischen ihnen bestanden hat; tatsächlich aber kam ihr Verhältnis immer mehr auf ein solches hinaus. Es war eine Verständigung über die angelsächsische Beherrschung der Welt. Die Vereinigten Staaten bekamen von England freie Hand in Amerika und einen Rückhalt gegen Japan — in dem englisch-japanischen Vertrage wurde ja der Bündnisfall gegen die Vereinigten Staaten ausdrücklich ausgeschaltet —, England suchte darin einen Rückhalt zuerst wohl hauptsächlich gegen Rußland, später gegen Deutschland. Und diesen Rückhalt hat es jetzt gefunden.

Ein wirklicher politischer Gegensatz der Vereinigten Staaten gegen Deutschland hat ja nicht bestanden. Eigentlich nur einmal, als sie die Philippinen nahmen, war es zu einem leichten diplomatischen Zusammenstoße gekommen. Als unbequem empfanden die Yankees wohl den deutschen Wettbewerb in Mittel- und Süd-Amerika; aber einen politischen Beigeschmack bekam dieser Gegensatz höchstens dadurch, daß sie die törichte Rederei mancher Alldeutscher von einer deutschen Besitzergreifung in Süd-Brasilien, die ihnen natürlich vom englischen Nachrichtendienst in pikanter Sauce aufgetischt wurde, ernst nahmen.

Die unfreundliche Stellung der Vereinigten Staaten gegen uns vom ersten Tage des Krieges an ist zuerst ganz von jenen Gefühlsmomenten bestimmt gewesen. Aber bald kamen reale wirtschaftliche Motive hinzu, die aus der englischen Seeherrschaft entsprangen. Der Verkehr mit England und seinen Bundesgenossen war frei, der Verkehr mit uns von den Engländern im Widerspruch mit allen völkerrechtlichen Bestimmungen unterbunden. Wohl haben die Vereinigten Staaten dagegen formellen Einspruch erhoben; aber bei ihrer Freundschaft mit England und ihrer Stimmung gegen Deutschland setzten sie hinter ihren Einspruch keinen Nachdruck, sondern nützten lieber die Lage in ihrem geschäftlichen Interesse aus. Es begann die Zeit der riesigen Lieferungen nicht nur von Lebensmitteln und Rohstoffen gewöhnlicher Art, sondern auch von Waffen und Munition, die zwar völkerrechtlich gestattet war, tatsächlich aber die Neutralität verletzte und die Interessen der Vereinigten Staaten immer enger mit unseren Feinden verband. Dazu kamen große Anleihen. Das ganze Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten wurde auf diese einseitige Mitarbeit am Kriege eingestellt und erzielte dadurch ungeheure Gewinne. Sie waren somit längst in den Wirtschaftskrieg gegen uns eingetreten. Das ist es ja gewesen, was bei uns so große, gerechte Empörung erregt hat, und was uns dann ihre Kriegserklärung leicht, wohl zu leicht, hat aufnehmen lassen.

Die Vereinigten Staaten sind allmählich in den Krieg hineingeglitten. So wie die Dinge lagen — sie über uns, wir über sie empört, sie wirtschaftlich ganz mit unseren Feinden verflochten, wir durch sie

auf das empfindlichste geschädigt und vom wirkungsvollen Unterseebootkriege abgehalten —, konnte jeder Zufall zum Kriege führen, und wir hatten ja schon mehrmals unmittelbar davor gestanden, bis ihn dann im Februar 1917 unsere Eröffnung des schonungslosen U-Bootkrieges mit der Bezeichnung bestimmter, England umgebender Sperrgebiete zum Ausbruche brachte. Der Gedanke, bei dieser Gelegenheit ein starkes Heer zu schaffen, auf das die Vereinigten Staaten ihre Weltmacht gründen und gegen jedermann verteidigen könnten, hat mitgesprochen, auch innerpolitischer Wettstreit und Eifersucht mag ihn begünstigt haben; aber wir dürfen uns darüber nicht täuschen; der Krieg ist gegen uns gerichtet, und nun, da er da ist, werden ihn die Amerikaner, trotz der starken Abneigung, die in weiten Kreisen dagegen besteht, voraussichtlich mit der ihnen eigenen Energie führen. Es wäre ein großer Leichtsinn von uns gewesen, ihn schon Anfang 1916 um des U-Bootkrieges willen heraufzubeschwören, den wir damals ja noch gar nicht mit der nötigen Kraft führen konnten. Bei der räumlichen Entfernung der beiden Mächte ist es sehr schwer, sich von diesem Kriege eine Vorstellung zu machen; aber ein Spaß ist es nicht, wenn wir außer unseren bisherigen Feinden nun auch dieser starken Macht im Kriege gegenüberstehen. Wir müssen durch energische Kriegsführung und auch durch politische Geschicklichkeit den europäischen Krieg zum Ende zu bringen suchen, ehe die Amerikaner mit voller Kraft eingreifen können, ehe sie ihr großes Heer fertig gestellt und sich den Schiffspark angeschafft haben, der nötig ist, um es herüberzubringen und fortdauernd mit allem Kriegsbedarf zu versorgen.

Vorläufig werden sie, wie es heißt, militärisch nur mit einigen Spezialwaffen, namentlich Fliegern, ernstlich in den Krieg eingreifen können. Aber den Wirtschaftskrieg führen sie schon heute und fügen uns damit beträchtlichen Schaden zu. Während sie vorher immer noch ein gewisses Neutralitätsgefühl hatten, das namentlich in ihrer Stellungnahme zu den europäischen Neutralen zur Geltung kam, geht jetzt gerade von ihnen die verschärfte Absperrung und der starke politische Druck auf diese aus. Die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung Englands und Frankreichs ist wohl noch umfassender ge-

worden. Sie haben uns jetzt schon unsere in amerikanischen Häfen liegenden Schiffe und anderes Privateigentum genommen. Und auch für die Zukunft müssen wir vielleicht auf einen Wirtschaftskrieg mit ihnen gefaßt sein.

Dazu kommt, daß die Vereinigten Staaten auch eine Anzahl mittel- und südamerikanischer Staaten, vor allem Brasilien, in den Krieg hineingezogen haben, und daß sie an der Kriegserklärung Chinas stark beteiligt sind. Wenn auch die militärische Bedeutung dieser Kriegserklärungen wenig in Betracht kommt, so gehen dadurch doch wieder viele deutsche Schiffe und deutsches Eigentum verloren und wird die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Kriege erschwert. Jetzt eben haben sie, wie es scheint, auch Japan zu neuerlicher Aufnahme der Kriegshandlungen bestimmt.

Unsere Staatsleitung hat Recht darin gehabt, daß sie den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden gesucht hat; nur die zwingende Notwendigkeit des U-Bootkrieges hat es rechtfertigen können, ihn doch auf uns zu nehmen. Es läßt sich heute noch nicht beurteilen, ob es überhaupt zum Kriege mit den Waffen kommt, ob die Vereinigten Staaten an unserem Friedensschlusse mit England und Frankreich teilnehmen oder ob, was das Unerfreulichste wäre, ein hängender Kriegszustand bleiben wird. Sie haben eigentlich kein positives Kriegsziel gegen uns außer unserer „Bestrafung" und politischen und wirtschaftlichen Schwächung. Und wir erst recht nicht ihnen gegenüber; wir sind ganz in der Abwehr. Wir müssen uns jeden Einspruch in unser Verfassungsleben verbitten, wie sie ihn mit ihrer klassischen Unverschämtheit erhoben haben; wir müssen von ihnen und den südamerikanischen Staaten Ersatz für den Schaden verlangen, den sie uns zugefügt haben, und müssen die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege zu verhindern suchen; wir müssen mit aller Energie dagegen ankämpfen, daß wir in den Vereinigten Staaten schlechter als andere europäische Mächte und in Mittel- und Südamerika schlechter nicht nur als diese, sondern auch als die Vereinigten Staaten gestellt werden.

XIII.

Der Friede mit Japan und China.

Als der Krieg ausbrach, dachten viele bei uns, daß Japan aus seinem alten Gegensatze gegen Rußland heraus auf unsere Seite treten würde. Sie bedachten nicht, daß das Bündnis Japans mit England in Geltung war, daß es sich auch mit Rußland verständigt hatte, und daß es, bei seiner isolierten Lage im Osten und seinem alten Gegensatz gegen die Vereinigten Staaten, als Feind Englands und Rußlands leicht in eine schlimme Lage kommen konnte, vor der es sich hüten mußte. Daß es aber als unser Feind in den Krieg eingriff, kam doch unerwartet. Es ist fraglich, ob sein Bündnis mit England ihm die Verpflichtung dazu auferlegte und ob es bloß um dieser Verpflichtung willen, falls sie überhaupt bestand, in den Krieg gegangen wäre. Eigene Interessen führten es in derselben Richtung. Man hat bei uns oft die Dankbarkeit betont, die Japan uns für Belehrung und geistige Unterstützung schulde — diese Dankbarkeit, die ja übrigens zwischen uns und England geteilt ist, wird in den wissenschaftlichen Kreisen sicher empfunden —; aber man vergißt bei uns zu sehr, daß unsere Politik Japan mehrmals in den Weg getreten ist, daß wir zusammen mit Rußland und Frankreich es nach dem Frieden von Schimonoseki wieder aus der Halbinsel Liautung hinausdrängten, und daß unsere Neutralität während des russisch-japanischen Krieges viel mehr Wohlwollen gegen Rußland als gegen Japan zeigte. Die Japaner haben dieses Einschreiten den Russen und deren Freunden, den Franzosen, viel leichter verziehen als uns, weil sie unsere Beweggründe nicht verstanden. Auch das bekannte Wort: „Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter," das den Gegensatz der Rasse und der Kultur in den Vordergrund rückte, hat sie tief verletzt. Unseren Diplomaten und Beamten draußen war diese

Stellung Japans gegen uns vollkommen bekannt, und sie waren auf feindliche Akte der Japaner gefaßt. Diese haben jetzt die Rache für Schimonoseki genommen. Unser schönes Kiautschau lag ihnen doch zu bequem vor der Tür und mußte eine leichte Beute für sie sein. Das hatte man ja auch bei uns längst eingesehen, und gerade viele Kolonialpolitiker hatten darum die Besitznahme von Kiautschau überhaupt als einen großen Fehler der deutschen Politik bezeichnet. Ich glaube nicht, daß das richtig ist; der Fehler unserer Politik hat nur darin bestanden, daß sie auf das falsche Pferd gesetzt hat, daß sie in den 90er Jahren und ebenso im folgenden Jahrzehnt mit Rußland statt mit Japan gegangen ist, daß sie Kiautschau nicht in einem damals wohl leicht zu erlangenden Einverständnis mit diesem genommen hat. Denn nur von Japan drohte ihm wirkliche Gefahr, weil nur Japan eine überwältigend starke Flotte in der Nähe hat und, wenn auch unter Verletzung der chinesischen Neutralität, auch von der Landseite angreifen konnte; Flottenangriffen von der Seeseite her wäre es gewachsen gewesen.

Japan hat durch seine Übermacht Kiautschau nach heldenhaftem Widerstande der Besatzung erobert und die beiden Inselgruppen der Karolinen und Marianen besetzt. Zum europäischen Kriege hat es nur durch Lieferung von Artillerie und Kriegsschiffen einen Beitrag geleistet; eine wirkliche Teilnahme daran hat es bisher immer abgelehnt. Auch der Vertrag mit den Vereinigten Staaten scheint darin keine Änderung zu bewirken.

Mit Gewalt können wir Japan kaum zur Herausgabe seines Raubes zwingen, weil die Entfernung zu groß ist und es uns in unserem Bereiche keine Handhabe bietet. Auch einen mittelbaren Druck durch seine Bundesgenossen können wir kaum ausüben. Gewisse wirtschaftliche Schädigungen wären wohl möglich; aber es ist sehr fraglich, ob es klug wäre, dazu zu greifen, weil ein Wirtschaftskrieg auch uns großen Schaden verursachen würde und wir doch jetzt jede unnütze Schädigung vermeiden müssen. Wir müssen wieder ein freundliches Verhältnis zu Japan anstreben, weil wir nicht mit aller Welt in Unfrieden leben können. Der Gedanke der Rassen- und

Kulturverschiedenheit, der bei uns wieder von so vielen Philistern mit viel Behagen und wenig Witz breitgetreten worden ist, darf nicht in Betracht kommen; ich habe im Lande selbst nicht das Gefühl gehabt, als ob die geistige Fremdheit so groß sei. Die wirklichen Interessengegensätze sind gering; denn über unseren wirtschaftlichen Anteil an China ist eine Verständigung möglich. Das war ja auch der Gedanke des Auswärtigen Amtes, als es, in jener durch einen unglücklichen Zufall bekannt gewordenen Depesche, durch Vermittelung von Mexiko eine Verständigung mit Japan und seine Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen die Vereinigten Staaten zu erreichen versuchte. Auch andere politische Kreise in Deutschland hatten ja auf eine Verständigung mit Japan in der Form eines Deutschland, Rußland und Japan umfassenden Dreibundes hingestrebt. Aber vorläufig ist Japan, vielleicht gerade unter dem Eindrucke jener Veröffentlichung, einen anderen Weg gegangen und hat sich mit den Vereinigten Staaten verständigt. Unter diesen Umständen ist es für uns, die wir nicht hinter die Kulissen blicken können, nicht möglich, bestimmte Friedensziele aufzustellen und anzugeben, in welcher Weise uns Japan Genugtuung zu leisten hat, ehe wir ihm die Hand zur Versöhnung reichen können.

Durch Japan, die Vereinigten Staaten und England — welche der drei Mächte dafür am meisten getan hat, läßt sich schwer feststellen — ist auch China in den Krieg gegen uns hineingezerrt worden, obgleich zwischen China und uns nichts vorlag und es ja auch durch unseren Unterseebootkrieg nicht betroffen wurde. Auch dieser Krieg hat natürlich keine militärische, wohl aber wirtschaftliche Bedeutung: viel kostbares deutsches Eigentum und unsere bisherige wirtschaftliche Stellung gehen verloren. Wir werden viele Kraft daran setzen müssen, um sie wiederzugewinnen.

XIV.

Die deutsche Zukunft.

„Der Friede und die deutsche Zukunft" ist der Titel dieses Buches; denn allen seinen Erörterungen, auch wenn sie sich manchmal in Einzelheiten verlieren, liegt die gemeinsame Frage zu Grunde: wie muß der Friede aussehen, um dem deutschen Volke und dem Deutschen Reiche eine sichere und schöne Zukunft zu gewähren? Die deutsche Zukunft ist das Ziel, auf das alle unsere Wünsche gerichtet, dem alle Gedanken untergeordnet sind, in dem auch die Betrachtungen dieses Buches gipfeln. Allerdings nicht die Zukunft in der ganzen Ausdehnung des Wortes, sondern nur die Zukunft der äußeren Stellung des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes; nur auf sie bezieht sich der Krieg und beziehen sich die Friedensverhandlungen. Es ist teils Lüge, teils Selbsttäuschung, wenn unsere Feinde behaupten, gegen unsere Verfassung und unser inneres Staatsleben zu kämpfen, und wir lehnen es von vornherein grundsätzlich ab, uns mit ihnen darüber auseinanderzusetzen.

Dieser größte Krieg aller Zeiten ist ein Markstein in der Geschichte der Menschheit, die danach ein ganz anderes Bild als vorher zeigen wird; er ist ein Markstein im besonderen in der Entwicklung unseres geliebten Vaterlandes. Wir kämpfen in ihm um unser Dasein und unser Lebensrecht. Fast gegen die ganze Welt müssen wir sie erringen. Und wenn wir uns jetzt ihrer aller erwehren, wenn wir als Sieger aus dem Kriege hervorgehen, so hat er uns doch furchtbare Verluste zugefügt, unser Volk und unsere Volkswirtschaft auf lange geschwächt, auch auf manchen Schaden unseres Staatslebens den harten Finger gelegt. Wir dürfen darum nicht in den Tag hinein wandeln, wie wir es in mancher Beziehung bisher getan haben, sondern müssen ernsthaft unseren künftigen Lebensweg prüfen. Wir

müssen ein Ideal unserer Zukunft vor uns haben, das aber keine luftige Phantasie und keine großsprecherische Utopie sein darf, sondern das sittlich begründet sein und auch an der Kraft unseres Könnens gemessen werden muß.

Die Aufgabe des Friedensschlusses besteht nach unserer Meinung, wie ich sie im zweiten Kapitel auseinandergesetzt habe, nicht darin, den Zustand wiederherzustellen, wie er vor dem Kriege war; denn das hieße die Bedeutung des Krieges ganz verkennen. Er ist dadurch entstanden, daß die Dinge in der Welt nicht so waren, wie sie sein sollten, daß ein Widerspruch zwischen dem Besitze der Völker und ihrer inneren Kraft bestand, der nach Ausgleich strebte. Diesen Widerspruch sollte der Krieg beseitigen, nach der Meinung unserer Feinde, indem er uns zu Boden schlug, nach unserer Hoffnung, die nun wohl in Erfüllung geht, indem er ihre Angriffe an unserer starken Wehr abprallen läßt. Die Aufgabe des Friedensschlusses ist es, diesem einen neuen Zustand begründenden Ergebnisse des Krieges eine bestimmte, völkerrechtlich bindende Form zu geben. Der Friedensschluß muß die Ursache des Krieges soweit wie möglich beseitigen. Darum haben unsere Betrachtungen mit der Untersuchung der Ursache des Krieges begonnen; darum muß auch diese Schlußbetrachtung von ihr ausgehen, und sie muß sie sogar, wenn auch in aller Kürze, in noch weiteren geschichtlichen Rahmen spannen, um daraus die Lehren für die Gestaltung der Zukunft entnehmen zu können.

Deutschland erlebte am Ende des Mittelalters und namentlich vom sechzehnten Jahrhundert an eine Zeit völligen Niederganges, der im dreißigjährigen Kriege seinen tiefsten Punkt erreichte; staatliche Zersplitterung und innerer Streit, durch die Reformation gesteigert, während um uns herum starke Nationalstaaten entstanden, sowie wirtschaftliche Verödung in Folge der Verlegung der Hauptwege des Welthandels seit dem Zeitalter der großen Entdeckungen waren seine Ursachen. Etwa um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts wird ein Aufstieg merkbar. Als erstes kann man vielleicht die Schaffung eines neuen Preußens und die siegreiche Abwehrung der feindlichen Einkreisung durch Friedrich den Großen ansehen; diese staatliche

Entwicklung blieb jedoch noch weit von ihrem Ziele entfernt. Es ist charakteristisch für das deutsche Volk, daß es die Höhe zuerst im geistigen Leben erreichte, daß es zuerst das Volk der Dichter und Denker wurde. Für Wirtschaftsleben und Staatsleben war die Zeit noch nicht reif. Erst im Zeitalter des Dampfes, als Dampfschiffahrt und Eisenbahnen die Nachteile der hinteren Lage und der Binnenlandnatur beseitigten oder doch minderten und die im deutschen Lande und Volke liegenden Produktionsmöglichkeiten zur Geltung brachten, konnte sich das deutsche Wirtschaftsleben freier entfalten und aus der heimischen Beschränktheit in die Welt hinausgehen. Erst in dieser Zeit und vielleicht im Zusammenhange damit fand auch das alte Sehnen nach nationaler Einigung seine Verwirklichung, erstand, allerdings ohne Österreich, das neue Deutsche Reich. Und als sich nun dieses mit seiner Großmacht schützend und fördernd hinter das deutsche Wirtschaftsleben stellte, kam jene Zeit gewaltiger Entwicklung, die wir staunend und bewundernd, manchmal auch beinahe erschrocken, miterlebt haben. Immer mehr ging Deutschland auch Schiffahrt treibend, kaufend und verkaufend und arbeitend, hinaus in die Welt, und während das Deutsche Reich bei seiner Gründung noch ganz ein europäischer Kontinentalstaat war, erwarb es nun bald, wenn auch in bescheidenem Maße, Kolonien und nahm an den politischen Dingen in der ganzen Welt Anteil, beschränkte es sich nicht mehr auf europäische Kontinentalpolitik, sondern kümmerte sich um die Weltpolitik.

Diese ungeheuere Entwicklung änderte das politische Weltbild vollkommen und mußte den älteren Mächten zuerst in Europa, später auch in der übrigen Welt unbequem werden. Wo vorher gleichsam ein politisch leerer oder passiver Raum gewesen war, in den die anderen, den Gegensatz der beiden deutschen Mächte Österreich und Preußen benützend, nach Belieben übergreifen konnten, erstand jetzt eine starke Macht, die sich nicht nur jeden Übergriff verbat, sondern auch in allen politischen Dingen, zuerst nur den europäischen, später auch den außereuropäischen, mitreden wollte. Aus einem Gebiete der Landwirtschaft, nach dem England und Frankreich ihre Fabrikate ab-

setzen konnten, wurde ein Industriestaat, dessen Industrie, Handel und Schiffahrt ihnen empfindlichen Wettbewerb bereiteten. Durch diesen neuen Mitbewerber im Wettkampf um die Güter der Welt fühlten sie sich aus ihrer Ruhe aufgestört, in ihrem Spielraum beengt, in ihren Interessen geschädigt und bedroht. Gegen ihn wollten sie den alten Zustand aufrecht erhalten. Aber während unser Vordringen in friedlicher Arbeit und friedlichem Wettbewerb geschah, suchten sie die Verteidigung nicht in eigener friedlicher Arbeit, sondern in den Mitteln der Politik und zuletzt in der Gewalt der Waffen. Politisch sind sie die Angreifer; die Schuld des Krieges liegt ganz bei ihnen.

Die Feindschaft gegen uns hat sich allmählich, bei den verschiedenen Gegnern zu verschiedener Zeit, entwickelt. Es liegen ihr auch im einzelnen verschiedene Motive zu Grunde, bei den einen mehr Motive der europäischen, bei den anderen mehr Motive der Weltpolitik, bei den einen nur Motive der Macht, bei den anderen auch Motive der Wirtschaftspolitik — es ist nicht nötig, das noch einmal zu erörtern —; gemeinsam ist allen unseren Feinden der Wunsch, uns niederzuringen und klein zu machen, Deutschland in einen Zustand zurückzuwerfen, in dem es wieder ein Gegenstand der Ausnützung und Ausbeutung für sie würde und nicht die Kraft hätte, ihnen in den Weg zu treten. Sie wollen die Welt unter sich aufteilen. Wenn sie den Sieg errungen hätten, wären ihnen zunächst die Türkei und Österreich-Ungarn zum Opfer gefallen.

Die Geschichte wird einst mit Bewunderung von unserem siegreichen Kriege gegen mehr als die Hälfte der Welt berichten, wird erzählen, daß wir von der Übermacht der feindlichen Heere nicht erdrückt worden sind, daß wir die Absperrung und Aushungerung ausgehalten haben. Und wenn sie auch die tapfere Mitwirkung unserer treuen Bundesgenossen, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens, rühmend anerkennen wird, so wird sie doch vor allem die bewunderungswürdige Leistung des deutschen Heeres und die hervorragende Ausdauer des deutschen Volkes rühmen. Wir stehen heute noch mitten im Kampfe und wissen nicht, bis zu welchem Ziele er

uns führen wird. Je nach dem Temperament und je nach der militärischen und politischen Einsicht gehen die Urteile darüber auseinander, was wir oder was die Feinde noch erreichen können, und auch wie lange wir und wie lange sie den Kampf noch fortsetzen wollen und können. Aber das läßt sich heute mit ziemlicher Sicherheit als Ergebnis des Krieges aussprechen, daß wir den Angriff der Feinde abgewiesen haben und siegreich aus dem Kampfe hervorgehen, daß wir aber dabei auch schwere Verluste erlitten haben. Wir können sie nicht so besiegen, um ihnen den Frieden zu diktieren, sondern müssen uns mit ihnen über die Friedensbedingungen verständigen, unsere Gewinne und Verluste gegen ihre Gewinne und Verluste ausgleichen. Aber bei dieser Verständigung und diesem Ausgleich bleibt ein Plus auf unserer Seite; es ist unseren Feinden nicht gelungen, uns klein zu machen; im Gegenteil werden wir, von der schweren, aber vorübergehenden Schwächung durch die Leiden und Verluste des Krieges selbst abgesehen, mit fest behaupteter, ja verstärkter und erweiterter Stellung aus ihm hervorgehen. Unsere Soldaten haben nicht umsonst gekämpft, unser Volk nicht umsonst geduldet; sie haben die Opfer für die Größe des Vaterlandes gebracht, und alle künftigen Generationen werden ihnen dankbar sein.

Unser Krieg ist ein Verteidigungskrieg, wir sind ohne bestimmte Ziele in ihn hineingegangen, und auch zuvor hatten wir uns vielleicht zu sehr vom Strome der Entwicklung treiben lassen, statt unsere Zukunft klar vorauszudenken. Darum ist jetzt der Kampf der Meinungen in so bedenklicher, unser ganzes Volksleben vergiftender Schärfe entbrannt. Um zwei verschiedene Reihen von Fragen handelt es sich: um die Form und um die räumliche Ausdehnung unserer Lebensforderungen.

Wollen wir uns von unserer Macht tragen lassen, soweit sie reicht, um jede mögliche Sicherheit herzustellen und jeden möglichen Gewinn davonzutragen? Oder wollen wir unsere Macht immer durch Rücksicht auf Recht und Billigkeit zügeln, auch auf die Lebensbedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten der anderen Rücksicht nehmen, die unserigen mit den ihrigen in Einklang zu setzen suchen? Ein Friede,

der von jener Sinnesweise beherrscht wird, ist ein Machtfriede; den Frieden, der von dieser Sinnesweise beherrscht wird, habe ich Vernunftfrieden genannt. Wollen wir also einen Machtfrieden oder einen Vernunftfrieden schließen, und welchen der beiden Grundsätze wollen wir überhaupt in unserem politischen Leben walten lassen? Die alleinige Betonung der Macht sucht alle möglichen Vorteile zu gewinnen, alle möglichen Nachteile auszuschalten, die Interessen aller anderen den eigenen unterzuordnen, die anderen unter den eigenen Willen zu zwingen; sie führt also notwendigerweise zu einem Streben nach Weltherrschaft. Die Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten der anderen dagegen, manchmal wohl unter Verzicht auf eigene Wünsche, auf eigenen Gewinn, ja scheinbar auf die Vermehrung der eigenen Sicherheit, führt zu einem Gleichgewichte der Großmächte in der Welt. Die Frage lautet somit in anderer Form: wollen wir eine deutsche Weltherrschaft oder nur eine gleichberechtigte Stellung mit den anderen Großmächten erstreben? Die Antwort kann, wie mir scheint, nicht zweifelhaft sein. Die Zeit der Weltherrschaften ist heute, da sich die europäische Kultur über die ganze Welt verbreitet hat, vorbei. Die letzte Weltherrschaft ist die auf die Beherrschung der Meere begründete englische. Sie wird vielleicht schon in diesem Kriege ihr Ende finden. An ihre Stelle wird aber keine neue Weltherrschaft treten. Auch wenn wir wollten, könnten wir sie nicht erringen. Zu stark stehen die anderen Staaten da; sie würden sich nochmals alle gegen uns zusammenfinden und uns erdrücken. Aber wir wollen es auch nicht; der Machtkoller ist eine vorübergehende Krankheit. Das deutsche Volk hat zu viel Achtung vor den anderen Gliedern der Menschheit, als daß es sie zu seinem Nutzen unterdrücken möchte, es empfindet dafür zu sittlich. Nur unser gleiches Recht mit den anderen wollen wir haben. Aber auf ihm wollen wir bestehen; wir lassen uns von den anderen nicht unterwerfen, erdrücken, bei Seite schieben. Ein freies, gesundes, starkes Deutschland soll es sein.

Hier nun setzt die zweite Fragenreihe betreffs unserer Zukunft ein. In den letzten vier Jahrhunderten ist unsere Entwicklung dahin

gegangen, daß wir aus einem rein europäischen Volk und Reich ein Weltvolk geworden sind und das Deutsche Reich Kolonial- und Weltpolitik zu treiben begonnen hat. Aber jetzt im Kriege sind laute Zweifel ausgesprochen worden, ob wir uns damit auf dem richtigen Wege befunden haben. Namentlich die schwere Lage, die durch die Absperrung alles Seeverkehrs über uns verhängt worden ist, hat den Anlaß zu diesen Zweifeln gegeben; Selbstversorgung aus dem uns immer zugänglichen, durch Englands Seeherrschaft nicht bedrohten Kontinentalraum ist als oberste Lebensforderung hingestellt worden; von außereuropäischen Ländern könnte höchstens der Orient als Gebiet deutscher Betätigung in Betracht kommen. Man kann wohl sagen: das durchschlagende Motiv dieser Ansicht ist der Zweifel an unserer Kraft, die englische Seeherrschaft zu brechen und Freiheit der Meere zu gewinnen; denn eine deutsche Kontinentalmacht kann die englische Seeherrschaft bestehen lassen. Diese Ansicht scheint heute schon abzuflauen; die große Mehrzahl des deutschen Volkes, soweit sie sich überhaupt in diesen Dingen eine Meinung zu bilden sucht, hat doch wohl die Überzeugung gewonnen, daß das Gebiet des Deutschen Reiches und seine kontinentale Nachbarschaft nicht ausreichen, um das deutsche Volk zu ernähren, es mit allem, was es braucht, zu versorgen und ihm genügenden Spielraum zu seiner Betätigung zu geben. Wir können auf unsere überseeische Betätigung nicht verzichten, ja wir müssen sie noch zu erweitern suchen. Und namentlich müssen wir sie politisch und militärisch sichern, was wir bisher viel zu wenig getan hatten.

So ergeben sich die Richtlinien für die Bestimmung unserer Zukunft: nicht eine auf reiner Machtpolitik beruhende Weltherrschaft, sondern ein auf Rücksichtnahme und Verständigung beruhendes Gleichgewicht und gleiches Recht mit den andern; nicht Beschränkung auf den europäischen Kontinent, sondern Betätigung auch über See in der übrigen Welt, also, wenn wir die beiden Gesichtspunkte zusammenfassen, eine ebenbürtige Stellung im Staatensystem. Das ist das Idealbild der deutschen Zukunft, auf dessen Verwirklichung wir hinarbeiten müssen.

Von ihm aus bestimmen sich unsere einzelnen Lebensforderungen.

Das erste ist ein starkes und gesundes Deutsches Reich. An dem wollen und können wir nicht tasten lassen. Unsere Feinde haben auf allen Seiten Stücke davon abreißen wollen; von den meisten ihrer Forderungen ist es durch den Gang des Krieges still geworden; nach Elsaß-Lothringen schreien die Franzosen und mit ihnen die Engländer und Yankees heute noch. Aber gegen diese Forderung bäumt sich das ganze deutsche Volk auf, sie geht an unsere Ehre: wir haben es in dem Kriege von 1870/71 gewonnen, der unsere Einheit besiegelte, es ist zum größten Teile ein deutsches Land, es ist politisch und militärisch ein notwendiger Bestandteil. Es darf dem Deutschen Reiche nichts verloren gehen. Andererseits ist wohl ziemliche Einigkeit darüber hergestellt, daß wir dieses nicht über seinen heutigen Bestand hinaus erweitern wollen, weil es sich bei einer Erweiterung nur um nichtdeutsche Landschaften handeln könnte, die widerwillig in das Deutsche Reich einträten. Dieses ist zwar nicht ganz, aber überwiegend ein Nationalstaat und soll es bleiben. Die Schwärmerei für den übernationalen Staat, die sich am Anfange des Krieges breit machte, ist verraucht; wir erkennen zwar an, daß der Nationalitätenstaat unter Umständen, so namentlich bei Österreich-Ungarn, eine Notwendigkeit ist, sehen aber deutlich seine Nachteile gegenüber dem Nationalstaat, in dem sich Volk und Staat zusammen finden, und wollen diesen darum nicht preisgeben. Nur das Baltenland möchten manche in das Deutsche Reich einbeziehen; aber auch es würde in der Mehrheit seiner Bevölkerung national fremd sein und geographisch einen unglücklichen Auswuchs darstellen. Sonst wird, von kleinen Grenzgebieten abgesehen, auch von den Annexionisten heute nicht mehr Einverleibung ins Reich, sondern nur eine Angliederung in der einen oder anderen Form gefordert.

Gerade weil wir in der Mitte liegen und die anderen Staaten von allen Seiten auf uns drücken, empfinden wir unseren Lebensraum als engbrüstig und müssen ihn wenigstens an einigen Stellen erweitern, um den feindlichen Druck von unseren Zentralorganen zu entfernen. Dazu kommt der Gedanke, der sich in diesem Kriege mit

so furchtbarer Gewalt aufgedrängt hat, daß unser heimischer Lebensraum genügen sollte, um uns im Notfalle zu ernähren und zu versorgen, und daß er das jetzt nicht tut. Auch darum will man ihn erweitern: in Belgien und Nord-Frankreich würden wir Kohle, Eisen, Industrie, in den Landschaften im Osten des Reiches Ackerland gewinnen. So vereinigen sich die Motive der Landesverteidigung und der Volksversorgung. Dazu hofft man, durch den Besitz Belgiens das Mittel in die Hand zu bekommen, um auf England zu drücken und es zu zwingen, daß es uns das Meer frei gibt. Aber wenigstens einem Teile dieser Wünsche und Lebensbedürfnisse stehen große Bedenken und Schwierigkeiten gegenüber, weil sie auf die Lebensbedürfnisse der anderen Staaten stoßen. Darum gehen hier die Meinungen im deutschen Volke weit auseinander; namentlich über Belgien wird häßlicher Streit geführt. Während die einen, die nur in der größtmöglichen Macht das Heil des Vaterlandes sehen, die Grenze unserer militärischen und politischen Herrschaft ohne Rücksicht auf die Rechte der kleineren Völker und der anderen Großmächte so weit hinausschieben wollen, wie es unserem Machtbedürfnis entspricht, und sich dabei nicht entblöden, jede andere Ansicht für Mangel an Vaterlandsliebe zu erklären, erkennen die anderen die nationalen Rechte auch der Kleinen an und verwerfen Annexionen, die das Leben anderer Mächte so berühren, daß darüber keine Versöhnung möglich ist. Es scheint, daß sich die Reichsregierung auf diesen Standpunkt gestellt hat und von ihm aus den Frieden schließen will. Ost-Frankreich und Belgien werden danach, vielleicht mit Ausnahme einiger kleinerer Stücke, gegen die Herausgabe unserer Kolonien und der von den Engländern eroberten türkischen Länder freigelassen werden, jedoch nur mit der Sicherheit, daß Belgien keinenfalls in die Hand Englands und Frankreichs fällt, sondern in Wahrheit unabhängig und neutral wird. Im Osten wird das russische Reich zurückgedrängt und dessen starker Druck von uns genommen werden. Weichsel-Polen wird sicher, die Ostseeprovinzen und Litauen werden wahrscheinlich in der einen oder anderen Form in den deutschen Einflußbereich einbezogen. Diese Länder verlieren dadurch ja nicht eine Freiheit und

Selbständigkeit, die sie besessen haben, sondern werden vom russischen Joche befreit und tun einen großen Schritt vorwärts zu politischer Freiheit und nationaler Selbständigkeit. Für uns erwächst daraus eine Sicherung und eine Erweiterung unseres Lebensraumes. Aber der Gedanke, daß von ihnen die Notdurft unseres Lebens befriedigt werden könnte, ist allerdings irrtümlich und muß aufgegeben werden. Was wir von hier an Erzeugnissen der Landwirtschaft bekommen können, reicht für unseren Bedarf entfernt nicht aus. Das deutsche Volk ist eben weit über das heimische Reichsgebiet und seine Nachbarschaft hinausgewachsen; es muß seine Lebenswurzeln auch außerhalb einsenken, wenn es nicht verdorren und verkümmern will. Aber das Reich daheim muß der starke Kern sein.

Unser zweites Lebensbedürfnis ist der Bestand Österreich-Ungarns und das Bündnis mit ihm, und das große Ergebnis dieses Krieges, der zur Zerstückelung der Monarchie bestimmt war, ist die Erhaltung ihres Daseins und ihres Bestandes. Ich will hier nicht von dem eigenen Lebensrechte Österreich-Ungarns sprechen, sondern nur von unserem Interesse daran. Seit der Erklärung, die Bismarck 1876 an Rußland gegeben hat, und dem Bündnis, das wir 1879 geschlossen haben, ist die Freundschaft mit Österreich-Ungarn die erste Richtlinie unserer auswärtigen Politik gewesen und muß es bleiben. Auch ein um Deutsch-Österreich vergrößertes Deutsches Reich könnte uns das weit nach Osten und Südosten ausgreifende Österreich-Ungarn nicht ersetzen. Es gewährt uns die Deckung auf unserer Südostseite und den Zugang zum adriatischen Meere, zum Balkan, zum schwarzen Meere, und es wird das nach dem Ausgange dieses Friedens in erhöhtem Maße tun. Man streitet noch darüber, ob ein Zollbündnis der beiden Reiche zweckmäßig sei; aber eine wirtschaftliche Annäherung und Angleichung wird erfolgen müssen, und politisch und militärisch muß das Bündnis noch fester verankert werden als bisher. Hier muß ein fester Bund hergestellt werden, mit dem unsere Feinde unter allen Umständen zu rechnen haben, der seine vereinigte Kraft in die Wagschale der Weltpolitik werfen kann. Er muß ein Bestandteil der deutschen Zukunft sein.

Von sehr großer Bedeutung für diese ist die im Kriege gewonnene Ordnung der Dinge in der Balkanhalbinsel. Der bisherige Zustand ließ Österreich-Ungarn und damit auch uns nicht zur Ruhe kommen; hier sollte unsere Einkreisung vollzogen, von hier der Hebel zur Vernichtung Österreich-Ungarns angesetzt werden. Wahrscheinlich wird die Landkarte künftig keine größere Fläche mit der österreichischen Farbe bedeckt zeigen als bisher, sondern nur Verschiebungen der Balkanstaaten unter einander; darum wissen diejenigen, die ihren Blick nur auf das äußere Bild der Landkarte heften, nichts daraus zu machen. Und doch ist hier ein sehr großes Ergebnis erzielt worden. Der russische und wahrscheinlich auch der italienische Einfluß werden von der Balkanhalbinsel verschwinden und damit die Ursache der ewigen Unruhe. Bulgarien wird mit uns im Bunde stehen, Rumänien (oder wenigstens die Walachei), Serbien, Montenegro, Albanien werden unserem Einflusse unterworfen sein. Wir werden hier nicht mehr eingeschnürt sein und haben eine sichere Landverbindung mit dem Orient gewonnen.

Die Bewahrung der Türkei vor der Aufteilung durch Rußland, England, Frankreich und Italien ist ein weiteres sehr großes Ergebnis dieses Krieges. Wir wissen noch nicht, ob es uns gelingt, sie ganz unversehrt zu bewahren; aber die Gefahr der Zerstückelung ist abgewandt. Wir wollen hier keine Herrschaft ausüben — darum wird auch dieses Ergebnis von den Machtpolitikern unterschätzt —, aber wir hoffen in der Türkei, die uns nicht nur ihr Leben verdankt, sondern auch künftig nur im Bunde mit uns ihres Lebens sicher ist, einen wertvollen Bundesgenossen zu gewinnen. Wir hoffen hier ein fruchtbares Feld wirtschaftlicher Betätigung und auch eine Stelle zu finden, von der aus wir nötigenfalls den Hebel ansetzen können, um von England die Freiheit der Meere zu erringen.

Aber wir glauben nicht, daß uns Vorder-Asien alle die überseeischen Länder ersetzen kann, in denen wir bis zum Kriege Kolonien gehabt oder Handel getrieben und uns sonst wirtschaftlich betätigt haben. Unser Kolonialreich muß wieder auferstehen, nicht nur ebenso groß, sondern größer als bisher. Frankreich und England, womöglich

auch Japan müssen uns unsere Kolonien wiedergeben oder doch im Austausche vollwertigen Ersatz dafür leisten, und sie ebenso wie Portugal und Belgien müssen uns auch von ihrem eigenen Besitze abgeben. Das ist eine Lebensforderung, auf die wir nicht verzichten können. Gerade weil die Türen des britischen Reiches und der Vereinigten Staaten weniger offen sein werden als bisher und uns durch sie manche Schwierigkeiten auch in den kleineren, eigentlich neutralen Ländern bevorstehen, müssen wir unseren Bedarf wenigstens in einiger Zeit und einigermaßen in unseren Kolonien decken können. Zu einer gedeihlichen deutschen Zukunft gehört ein großer und guter deutscher Kolonialbesitz.

Aber es gehört dazu auch die offene Tür nicht nur im Orient, sondern auch in überseeischen Ländern. Wir können nicht auf Handel und wirtschaftliche Betätigung in allen Ländern der Erde verzichten. Der Orient, in dem wir doch auch nur im Wettbewerb mit anderen arbeiten, und unser Kolonialbesitz, auch wenn er viel größer wird, genügen uns nicht. Es liegt kein Grund vor, warum die mittel- und südamerikanischen Länder, China und manche andere, die ja auf wirtschaftlichen Austausch angewiesen sind, nicht uns ebensogut wie England und Frankreich, den Vereinigten Staaten und Japan zugänglich sein sollen, warum nur diese und nicht auch wir uns aus ihnen versorgen, aus ihnen Reichtum und Kraft gewinnen sollen. In den feindlichen Staaten und ihren Kolonien werden unser Handel und unsere wirtschaftliche Betätigung vielleicht nicht wieder Fuß fassen; aber in allen anderen Ländern müssen wir uns wieder durchsetzen. Es wäre eine Verarmung unserer Zukunft, wenn wir es nicht täten.

Kolonialbesitz und Weltwirtschaft sind auf die Dauer an sichere Verbindung über das Meer gebunden, weil sie sonst immer wieder abgeschnitten und zerstört werden können. Zur deutschen Zukunft gehört Freiheit der Meere, die wir von England erkämpfen müssen. Sie muß völkerrechtlich festgesetzt werden; aber das bekommt erst Wert, wenn sie tatsächlich geschützt ist. Das Meer kann vom Menschen nicht besiedelt werden; es darf darum auch politisch keines einzelnen Staates

Gebiet sein, sondern muß allen in gleicher Weise zur Verfügung stehen. Diese volle Freiheit der Meere wird jetzt noch nicht zu erkämpfen sein; dazu ist Englands Macht doch noch zu groß. Aber wir müssen sie anbahnen. Ein neuer Krieg mit uns muß England so gefährlich erscheinen, daß es auf ihn lieber verzichtet und unsere Bewegungsfreiheit nicht antastet. Und wenn es zu einem Kriege kommt, so dürfen wir nicht wieder so ganz von dem Meere verschwinden müssen und so völlig abgesperrt werden können wie in diesem Kriege. Wenn der Besitz der flandrischen Küste, wie behauptet wird, das einzige taugliche Mittel ist, um die Freiheit der Meere bei England durchzusetzen, so dürfen wir sie nicht aus der Hand geben. Aber das ist doch wohl nicht richtig; durch Stationen, Auslandkreuzer und überhaupt eine starke Flotte, namentlich Unterseeboote, die Englands Verbindung mit der Welt unterbinden, und zugleich durch die politische Bedrohung im Orient werden wir künftighin einen so starken Druck auf England ausüben können, daß es uns das Meer frei gibt.

Als letzter, aber wichtigster Bestandteil der deutschen Zukunft erscheint die politische Macht, weil sie ihr Rückgrat ist, allem anderen erst den Halt gibt. Darin haben unsere Machtpolitiker natürlich Recht: die Macht spielt eine so große, entscheidende Rolle, daß ein Volk ohne sie verloren ist. Wir brauchen eine starke, allen anderen ebenbürtige Macht, aber — das muß gleich hinzugefügt werden — keine Übermacht, die uns augenblickliche Vorteile gewähren, aber schließlich zum Verhängnis werden würde, durch die wir uns selbst das Grab graben würden, weil sie uns alle zu Feinden machen würde. Was wir erstreben, ist Gleichgewicht. Auch England kämpft ja und nicht erst jetzt, sondern seit langem für Gleichgewicht, aber nur für Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent, damit die europäischen Kontinentalmächte sich gegenseitig binden, während es selbst inzwischen die Welt beherrschen will. Einst ist Europa der Schauplatz fast aller Geschichte und Politik gewesen, europäische Macht war Weltmacht; heute hat sich der Umkreis der Politik auf die ganze Erde erweitert, wirkliche Macht kann nicht auf Europa beschränkt sein, sondern muß die ganze Erde oder wenigstens große Teile der

Erde umfassen, muß Weltmacht sein. Es kommt nicht mehr auf das Gleichgewicht der Mächte in Europa, sondern in der Welt an. Und so steht das Ziel, das wir aufstellen, in vollem Gegensatze zum englischen. Wir wollen seine und überhaupt jede Art von Weltherrschaft, deren furchtbare Bedeutung wir jetzt in der allgemeinen Feindschaft gegen uns erkennen, brechen und uns gleichberechtigt neben die anderen setzen. Wir wollen uns in der Welt betätigen; darum müssen wir Weltmacht haben. Wir sind schon bisher mächtig gewesen — hat unsere Kraft doch ausgereicht, um den Angriff der Übermacht siegreich abzuwehren —, aber unsere Macht war auf Europa beschränkt, reichte nicht über die Meere hinüber. Alle überseeischen Staaten standen ganz unter dem Banne Englands und auch Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Japans, hatten von uns nichts zu hoffen und nichts zu fürchten, sind darum gegen uns gegangen. Diesen Bann müssen wir brechen, indem wir auch unsere überseeische Macht ausbilden und anderen an Macht und Rechten ebenbürtig in die Welt hinaustreten.

So wird aus diesem Kriege ein größeres, mächtigeres und schöneres Deutschland erstehen.

Und es wird auch ein innerlich gesunderes und freieres Deutschland erstehen. Macht nach außen ist in unserem Zeitalter hoch entwickelter Kultur nicht möglich, wenn sie nicht auf innere Einheit begründet ist. Unser deutsches Volk hat diese Einheit, die fremden Beobachtern zu fehlen schien, gegen den Angriff unserer Feinde in wundervoller Weise betätigt; aber sie wird auf die Dauer nur bestehen bleiben, wenn der dringende Wunsch des deutschen Volkes nach innerer Freiheit und größerer bürgerlicher Gleichheit in Erfüllung geht. Das ist die große Bedeutung der inneren Umbildung des deutschen Staatslebens, die jetzt während des Krieges eingesetzt hat und während des Krieges einsetzen mußte, wenn der Krieg uns nicht zum Verderb werden sollte. Wir haben furchtbare Verluste erlitten; wir werden, auch wenn wir einen noch so vorteilhaften Frieden schließen, auf lange Jahre hinaus große Opfer bringen müssen, um unser Wirtschaftsleben und unsere Staatskraft wieder aufzubauen.

Zu diesen Opfern ist nur ein Volk bereit, dessen heißeste Wünsche erfüllt sind, das im Staate sein Glück sieht. Jeder große Entwicklungsvorgang ist mit Kampf verbunden: bestehende Interessen, auch berechtigte, werden verletzt und leisten Widerstand; der Ansturm überschreitet leicht die richtige Grenze. So möchte der ruhige Beobachter auch jetzt manches anders wünschen und wendet sich betrübt ab von dem gehässigen Zank der Parteien. Aber er sieht darin nur eine Entwicklungskrankheit und blickt freudig vorwärts in die Zukunft, die uns ein mächtiges Deutsches Reich und ein gesundes und einiges deutsches Volk bringen wird.